

Innerstädtische Raumbewachung: Methoden und Analysen

Sturm, Gabriele (Ed.)

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerk / collection

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Sturm, G. (Hrsg.). (2007). *Innerstädtische Raumbewachung: Methoden und Analysen* (Berichte des BBR, 25). Bonn: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-58554-6>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Innerstädtische Raumbewertung: Methoden und Analysen

Projektleitung und wissenschaftliche Redaktion

Gabriele Sturm

Textbeiträge

Brigitte Adam, Ferdinand Böltken, Hans-Peter Gatzweiler, Helmut Janich,
Petra Kuhlmann, Sebastian Metzmaker, Katrin Meyer, Gabriele Sturm,
Karen Schönwälder

Gestaltung

Marion Kickartz



Bundesamt
für Bauwesen und
Raumordnung

Berichte

In der Schriftenreihe Berichte veröffentlicht das BBR die ihm gesetzlich aufgetragenen Berichte zur räumlichen und städtebaulichen Entwicklung in Deutschland und Europa sowie ausgewählte Ergebnisse seiner empirischen Raumbewertung.

IMPRESSUM

Herausgeber

Bundesamt für
Bauwesen und Raumordnung
Deichmanns Aue 31–37
53179 Bonn
www.bbr.bund.de

Druck

Bundesamt für Bauwesen und
Raumordnung, Bonn

Verlag und Vertrieb

Selbstverlag und Buchhandel

Selbstverlag des Bundesamtes
für Bauwesen und Raumordnung
Deichmanns Aue 31–37, 53156 Bonn
Postfach 21 01 50, 53156 Bonn
Tel.: +49 22899-401-2209
Fax: +49 22899-401-2292
E-Mail: selbstverlag@bbr.bund.de

Nachdruck und Vervielfältigung

Alle Rechte vorbehalten

ISSN 1436 – 0055 (Schriftenreihe)
ISBN 978-3-87994-075-2

Preis: 19,50 €
Berichte Band 25
Bonn 2007

Inhalt

Stadtbeobachtungswerkstatt IRB – eine kurze Einleitung	1
Gabriele Sturm	

I. Grundlagen

Das Kooperationsprojekt „Innerstädtische Raubeobachtung“: Rückblick, Ausblick, Ergebnisse. Informationsgrundlagen für Stadtforschung und Stadtentwicklungspolitik*	7
Ferdinand Böltken, Hans-Peter Gatzweiler, Katrin Meyer	
25 Jahre Zusammenarbeit von VDSt/Kommunen und BBR/ BfLR	7
Aufbau der Innerstädtischen Raubeobachtung als Grundlage vergleichender Stadtforschung	9
Erster Anlauf zum Aufbau der IRB	10
Schwachpunkte des IRB-Ansatzes	10
Zweiter Anlauf zum Aufbau der IRB	12
Ergebnisse aus der „Werkstatt“ IRB	17
Fazit	21
Die aktuelle Datenlage der Innerstädtischen Raubeobachtung	23
Katrin Meyer	
Beteiligte Städte ...	23
... und Stadtteile	23
Gruppierungen von Städten und Stadtteilen	26
Einheitliches Merkmalsprogramm	27
Standard- und Entwicklungstabellen	27
Zeitreihen	29
Ausblick	29
Zentrenkonzepte auf kommunaler Ebene und deren Potenzial für die Stadtteiltypisierung der Innerstädtischen Raubeobachtung	31
Sebastian Metzmacher	
Bedeutung der innerstädtischen Zentren	31
Strukturwandel im Einzelhandel und Bedeutungsverlust innerstädtischer Zentren	31
Mit Zentrenkonzepten dem Bedeutungsverlust entgegenwirken	32
Abgrenzung innerstädtischer Zentrenkonzepte ausgewählter Großstädte	32
Faktoren der Stadtteilbeschreibung 2003: Ein Städtevergleich anhand des abgeleiteten Index Urbanismus*	37
Sebastian Metzmacher	
Urbanismus und weitere Dimensionen der Stadtstruktur	37
Der Faktor Urbanismus	38
Indexbildung als Ersatz für den Faktor Urbanismus	39
Urbanismus – einige stadtvergleichende Ergebnisse	40
Fazit	43
Stadtteiltypisierung deutscher Großstädte – Ergebnisse einer ersten stadtübergreifenden Clusteranalyse 2003	45
Sebastian Metzmacher	
Datenbasis und Methodik	45
Clusterbeschreibung	47
Die Qualität der Clusteranalyse	49
Städtevergleich	50
Kurzcharakterisierung der sechs Cluster	52
Ausblick	52

II. Stadtspezifika

Das statistische Amt der Stadt Freiburg – ein verlässlicher Partner der raumbezogenen Politikberatung* 55

Ferdinand Böltken, Hans-Peter Gatzweiler, Helmut Janich, Katrin Meyer

Die Bevölkerungsentwicklung Leipzigs in den 90er Jahren – ein intrakommunaler Vergleich* 59

Ferdinand Böltken, Petra Kuhlmann

Kleinräumige Bevölkerungsentwicklung Leipzigs im Städtevergleich 1991 bis 2003* 63

Sebastian Metzmacher

Möglichkeiten und Grenzen der Innerstädtischen Raumbesichtigung des BBR für das Monitoring einzelner Stadtregionen* 67

Gabriele Sturm

III. Stadtteiltypisches

Stadtstruktur und Bevölkerungsentwicklung – vergleichende Analysen auf Basis der Innerstädtischen Raumbesichtigung* 77

Ferdinand Böltken

IRB: Konzept, Stand der Dinge und aktuelle Aktivitäten 77

Anwendungsfelder vergleichender Analysen: „Benachteiligte Viertel“ und das Programm „Die soziale Stadt“ 77

IRB: Aktuelle Aktivitäten und weiterer Ausbau 87

Demographie auf Stadtteilebene 89

Gabriele Sturm, Brigitte Adam, Katrin Meyer

Bevölkerungsentwicklung auf Stadtteilebene 89

Auswirkungen der Alterung auf Stadtteilebene 95

Internationalisierung: Zusammenhang von Altersstruktur und kulturell-ethnischer Mischung nach innerstädtischer Lage 99

Singularisierung: Struktur privater Haushalte nach innerstädtischer Lage 104

Konsequenzen für Stadtentwicklung und Stadtpolitik 106

Bunter als die Politik behauptet – Abschottungstendenzen von Migranten werden überschätzt* 109

Karen Schönwälder

Literaturverzeichnis 113

Anhang 117

*) Die gekennzeichneten Beiträge wurden bereits in Fachpublikationen veröffentlicht
Genauere Angaben sind den einzelnen Beiträgen zu entnehmen.

Verzeichnis der Abbildungen, Karten, Tabellen

Stadtbeobachtungswerkstatt IRB – eine kurze Einleitung

Karte 1	Teilnehmerstädte am Kooperationsprojekt „Innerstädtische Raumbbeobachtung“ – 2006	4
---------	---	---

I. Grundlagen

Das Kooperationsprojekt „Innerstädtische Raumbbeobachtung“: Rückblick, Ausblick, Ergebnisse

Abbildung 1	Datenlieferung aus „alten“ IRB-Städten für das „Schnellprogramm“ sowie Anteil der diesbezüglich vollständigen Zeitreihen	11
Abbildung 2	Innerstädtische Lagetypen der IRB	16
Abbildung 3	Durchschnittliche Segregation von Ausländern in 18 IRB-Städten – 1991 bis 2002	17
Abbildung 4	Nach Städten differenzierte ethnische Segregation von Ausländern – 1991 bis 2002	18
Abbildung 5	Zusammenhang zwischen Sozialhilfeanteil und Ausländeranteil in IRB-Städten – 2002	18
Abbildung 6	Soziale und ethnische Segregation nach der Differenz von Segregationsindex „Sozialhilfe“ und Segregationsindex „Ausländer“ – 2002	19
Abbildung 7	Bevölkerungsentwicklung in Großstädten nach innerstädtischen Lagetypen – 1991 bis 2002	20

Die aktuelle Datenlage der Innerstädtischen Raumbbeobachtung

Abbildung 1	Verteilung der IRB-Stadtteilgrößen – 2004	25
Abbildung 2	Von den IRB-Städten lieferbare Merkmale zum Zeitpunkt 31.12.2004	28
Tabelle 1	Die Einwohnerzahlen der 45 IRB-Städte – 1990, 1995, 2000, 2004	24
Tabelle 2	Kennwerte der innerstädtischen Raumeinheiten – 2004	25
Tabelle 3	Kennwerte kleiner IRB-Raumeinheiten mit weniger als 100 bzw. 50 Einwohnern – 2004	26
Tabelle 4	Kennwerte der IRB-Bevölkerung nach innerstädtischen Lagetypen – 2004	27

Zentrenkonzepte auf kommunaler Ebene und deren Potenzial für die Stadtteiltypisierung der Innerstädtischen Raumbbeobachtung

Tabelle 1	Beispiele für verschiedene Zentrenkonzepte: Leipzig, Bremen, Frankfurt a. M., Münster und Dortmund	33
Tabelle 2	Vergleichbare Abgrenzungskriterien innerstädtischer Zentren	36

Faktoren der Stadtteilbeschreibung 2003: Ein Städtevergleich anhand des abgeleiteten Index Urbanismus

Abbildung 1	Bevölkerungsanteile nach Grad des Urbanismus – 2003	40
Abbildung 2	Ausländeranteile nach Grad des Urbanismus – 2003	41
Abbildung 3	Arbeitslose nach Grad des Urbanismus – 2003	42
Tabelle 1	Indikatoren zur Stadtteiltypisierung, die in die Faktoranalyse eingehen	37
Tabelle 2	Drei Faktoren für 20 Indikatoren zur Stadtteiltypisierung	38
Tabelle 3	Abgrenzung der Wertebereiche für den aufsummierten Index Urbanismus	39

Stadtteiltypisierung deutscher Großstädte – Ergebnisse einer ersten stadtübergreifenden Clusteranalyse 2003

Tabelle 1	Die in die Clusteranalyse zur Stadtteiltypisierung eingehenden Variablen	45
Tabelle 2	Korrelationsmatrix der neun in die Clusteranalyse eingehenden Variablen	46
Tabelle 3	Beschreibung der Stadtteil-Cluster anhand der Mittelwerte von 13 charakteristischen Merkmalen	47

Tabelle 4	Verteilung der Stadtteile nach Clusterzugehörigkeit auf die innerstädtischen Lagetypen	48
Tabelle 5	Homogenität der Cluster anhand der F-Werte der herangezogenen Merkmale	49
Tabelle 6	Verteilung der Bevölkerung auf die sechs Stadtteil-Cluster	51

II. Stadtspezifika

Das statistische Amt der Stadt Freiburg – ein verlässlicher Partner der raumbezogenen Politikberatung

Abbildung 1	Bevölkerungsentwicklung in drei Städten Baden-Württembergs – 1980 bis 2002	57
Abbildung 2	Bevölkerungsentwicklung in Freiburg, Karlsruhe, Stuttgart nach innerstädtischen Lagetypen – 1980 bis 2002	57

Die Bevölkerungsentwicklung Leipzigs in den 90er Jahren – ein intrakommunaler Vergleich

Abbildung 1	Bevölkerungsentwicklung im Stadt- und Landkreis Leipzig – 1991 bis 1997	61
Abbildung 2	Bevölkerungsentwicklung der Stadt Leipzig nach innerstädtischen Lagetypen – 1991 bis 1997	61
Abbildung 3	Bevölkerungsentwicklung für vier ostdeutsche Vergleichsstädte nach innerstädtischen Lagetypen – 1991 bis 1997	61
Abbildung 4	Bevölkerungsentwicklung für zehn westdeutsche Städte nach innerstädtischen Lagetypen – 1980 bis 1997	61
Abbildung 5	Entwicklung der deutschen Bevölkerung Leipzigs nach innerstädtischen Lagetypen – 1991 bis 1997	61
Abbildung 6	Entwicklung der deutschen Bevölkerung für zehn westdeutsche Städte nach innerstädtischen Lagetypen – 1980 bis 1997	61
Karte 1	Bevölkerungsentwicklung in den Leipziger Ortsteilen – Differenz 1997 zu 1991	60
Karte 2	Lagetypen und deren Bevölkerungsentwicklung – Differenz 1997 zu 1991	60

Kleinräumige Bevölkerungsentwicklung Leipzigs im Städtevergleich 1991 bis 2003

Abbildung 1	Bevölkerungsentwicklung Leipzig-Stadt, Leipzig-Umland und Region – 1989 bis 2003	63
Abbildung 2	Bevölkerungsveränderungen in Leipzig nach innerstädtischen Lagetypen – 1991 bis 2003	64
Abbildung 3	Bevölkerungsentwicklung Leipzigs nach innerstädtischen Lagetypen – Differenzen 2003 zu 1991, 1998 zu 1991, 2003 zu 1998	64
Abbildung 4	Bevölkerungsentwicklungstypen ausgewählter IRB-Städte nach innerstädtischen Lagetypen – 1991 bis 2004	66

Möglichkeiten und Grenzen der Innerstädtischen Raumbesichtigung des BBR für das Monitoring einzelner Stadtregionen

Abbildung 1	Bevölkerungsentwicklung nach innerstädtischen Lagen in 7 ostdeutschen sowie 24 westdeutschen IRB-Städten – 1991 bis 2004	68
Abbildung 2	Bevölkerungsentwicklung in den Stadtregionen Frankfurt a. M. und Offenbach – 1991 bis 2004	73
Karte 1	Anteil der Arbeitslosen an der erwerbsfähigen Bevölkerung in den Städten Frankfurt a. M. und Offenbach – 2004	69
Karte 2	Anteil der Arbeitslosen an der erwerbsfähigen Bevölkerung in den Gemeindeverbänden des Planungsverbandes – 2003	69
Karte 3	Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen in den Gemeindeverbänden des Planungsverbandes – 2003	70
Karte 4	Bevölkerungsentwicklung in den Kreisen der Rhein-Main-Region, die den Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main umfassen – 1995 bis 2003	70
Karte 5	Die BBR-Stadtregionen 2004	71

III. Stadtteiltypisches

Stadtstruktur und Bevölkerungsentwicklung – vergleichende Analysen auf Basis der Innerstädtischen Raubeobachtung

Abbildung 1	Soziale Benachteiligung in den 2 500 Stadtteilen der 42 IRB-Städte – 2002	78
Abbildung 2	Soziale Benachteiligung in den Stadtteilen der 42 IRB-Städte nach innerstädtischem Lagetyp – 2002	79
Abbildung 3	Anteil von Stadtteilen mit hoher sozialer Benachteiligung in IRB-Städten – 2002	80
Abbildung 4	Ausweisung von Fördergebieten des Programms „Soziale Stadt“ in den nach Benachteiligung kategorisierten IRB-Stadtteilen – 2002	81
Abbildung 5	Salden der Umzüge innerhalb der Stadt und Wanderungen über die Stadtgrenze nach Grad der Benachteiligung der IRB-Stadtteile – 2002	83
Abbildung 6	Salden der Umzüge innerhalb der Stadt und Wanderungen über die Stadtgrenzen für benachteiligte Viertel mit und ohne Maßnahmen der „Sozialen Stadt“ – 2002	84
Abbildung 7	Salden der Umzüge in der Stadt und der Wanderungen über die Stadtgrenzen, in benachteiligten Vierteln mit und ohne Maßnahmen der „Sozialen Stadt“ nach Deutschen und Ausländern – 2002	85
Abbildung 8	Salden der Umzüge und Wanderungen in benachteiligten Vierteln der Inneren Stadt westdeutscher Städte mit und ohne Maßnahmen der „Sozialen Stadt“ nach Deutschen und Ausländern – 2002	86
Tabelle 1	Soziale Indikatoren nach Grad der Benachteiligung in Stadtteilen west- und ostdeutscher IRB-Städte – 2002 (Ost einschließlich Berlin)	79
Tabelle 2	Soziale Indikatoren nach Grad der Benachteiligung in Stadtteilen west- und ostdeutscher IRB-Städte – 2002 (West einschl. Westberliner, Ost einschl. Ostberliner statistischer Bezirke)	80
Tabelle 3	Soziale Indikatoren und Förderprogramm „Die Soziale Stadt“ – 2002	82
Tabelle 4	Sozialindikator „Ausländer“ und Förderprogramm „Die Soziale Stadt“ – 2002	82
Tabelle 5	Umzüge innerhalb der Stadt und Wanderungen über die Stadtgrenzen nach Grad der Benachteiligung der IRB-Stadtteile – 2002	83
Tabelle 6	Umzüge innerhalb der Stadt und Wanderungen über die Stadtgrenzen für benachteiligte Viertel mit und ohne Maßnahmen der „Sozialen Stadt“ – 2002	84
Tabelle 7	Umzüge in der Stadt und Wanderungen über die Stadtgrenzen, in benachteiligten Vierteln mit und ohne Maßnahmen der „Sozialen Stadt“ nach Deutschen und Ausländern – 2002	85
Tabelle 8	Umzüge und Wanderungen in benachteiligten Vierteln der Inneren Stadt westdeutscher Städte mit und ohne Maßnahmen der „Sozialen Stadt“ nach Deutschen und Ausländern – 2002	86

Demographie auf Stadtteilebene

Abbildung 1	Natürlicher Bevölkerungssaldo nach innerstädtischen Lagetypen 1998 bis 2004	90
Abbildung 2	Verteilung der allgemeinen Geburtenziffer – 2004	91
Abbildung 3	Allgemeine Geburtenziffer nach städtischer Zentralität – 2004	91
Abbildung 4	Verteilung des Stadtgrenzen überschreitenden Wanderungssaldos – 2004	91
Abbildung 5	Wanderungssaldo nach städtischer Zentralität – 2004	92
Abbildung 6	Stadtgrenzen überschreitende Wanderungssalden nach innerstädtischen Lagetypen – 1998 bis 2004	92
Abbildung 7	Bivariate Verteilung des natürlichen Bevölkerungs- und des Stadtgrenzen überschreitenden Wanderungssaldos – 2004	93
Abbildung 8	Verteilung des Anteils unter 18-Jähriger auf 45 IRB-Städte – 2004	97
Abbildung 9	Verteilung des Anteils über 65-Jähriger auf 45 IRB-Städte – 2004	97
Abbildung 10	Verteilung der prozentualen Anteile unter 18-Jähriger und über 65-Jähriger auf 2 331 IRB-Stadtteile – 2004	97
Abbildung 11	Bivariate Altersgruppenverteilung – 2004	98
Abbildung 12	Bivariate Altersgruppenverteilung mit Kennzeichnung für Stadtteile bevölkerungswachsender und bevölkerungsschrumpfender Städte – 2004	99

Abbildung 13	Entwicklung der ausländischen Bevölkerung – 1991 bis 2004	101
Abbildung 14	Verteilung der prozentualen Ausländeranteile – 2004	101
Abbildung 15	Bivariate Verteilung der Wanderungssalden ausländischer und deutscher Bevölkerung – 2004	101
Abbildung 16	Altersstruktur ausländischer, doppelstaatiger und deutscher Bevölkerung – 2004	102
Abbildung 17	Familienstandsanteile der über 18-jährigen Bevölkerung – 2004	104
Abbildung 18	Verteilung des Anteils Alleinstehender (Ledige + Geschiedene + Verwitwete) – 2004	104
Abbildung 19 a + b	Bivariate Verteilung des Anteils der 18- bis 30-Jährigen sowie der über 65-Jährigen mit dem Anteil der Alleinstehenden – 2004	105
Tabelle 1 a	Verteilung der Stadtteile aus bevölkerungswachsenden, -stagnierenden und -schrumpfenden IRB-Städten (1998–2004) für die Bereiche der Inneren und der Äußeren Stadt	94
Tabelle 1 b	Bevölkerungsentwicklung in Stadtteilen bevölkerungswachsender, -stagnierender und -schrumpfender Städte (1998–2004) für Bereiche der Inneren und der Äußeren Stadt	94
Tabelle 2	Kennwerte der Verteilungen der Altersklassenanteile – 2004	96
Tabelle 3 a bis c	Kennwerte der Verteilungen der Altersklassenanteile der Bevölkerung (a) ohne deutsche Staatsangehörigkeit, (b) mit deutscher und weiterer Staatsangehörigkeit und (c) mit (i. d. R. ausschließlich) deutscher Staatsangehörigkeit – 2004	103
Tabelle 4	Demographische Prozesse als Herausforderungen	107

Anhang

Merkmalsprogramm des Kooperationsprojekts „Innerstädtische Raumbewachung“ – 2005	119
Altersgruppenverteilung in den IRB-Städten – 2004	120
Anteile von Ausländern und Doppelstaatern in den IRB-Städten – 2004	121
Verteilung der Nationalitäten bei den Ausländern in den IRB-Städten – 2004	122
Verteilung der Nationalitäten bei den Doppelstaatern in den IRB-Städten – 2004	123
Profile der Lagetypen einzelner IRB-Städte	124

Stadtbeobachtungswerkstatt IRB – eine kurze Einleitung

Gabriele Sturm

Stadtluft macht frei, Renaissance der Innenstädte, Überleben im Großstadtdschungel, Lichter der Großstadt, Moloch Stadt, Stadtfucht und Landliebe, (Neue) Urbanität – all dies sind Slogans aus mehr als 100 Jahren Auseinandersetzung mit der Stadt und mit dem Städtischen. Für Deutschland waren und sind Städte Kristallisationspunkte für historische Prozesse (Kaiserstadt Aachen, Lutherstadt Wittenberg, Reichshauptstadt Berlin) und gesellschaftliche Entwicklungen. Insofern sind sie ein unverzichtbarer Gegenstand für ein Beobachtungssystem, das raumbezogene und raumwirksame Merkmale sammelt und zu analysieren sucht. In Deutschland zählen Städte zu den rund 13 000 Kommunen, selbstverwalteten Gebietskörperschaften mit Zuständigkeit für lokale öffentliche Aufgaben. Nun kommt in einer stark verstädterten Gesellschaft wie der Bundesrepublik dem Leben in den Städten besonderes Gewicht zu. Dazu reicht es nicht, wie bei den kleineren Gemeinden, nur die gesamtstädtischen Daten zu untersuchen. So bunt wie die gesamte Gesellschaft ist, so bunt sind Städte – jedoch nicht gleichverteilt über alle Stadtteile. Da finden sich sehr unterschiedliche Quartiere Seit' an Seit' und fordern von uns genaueres Hinsehen.

Mit diesem Band werden nun zum ersten Mal in der Berichte-Reihe des BBR Arbeiten über die *Innerstädtische Raumbewachung*, die IRB, einer breiteren Öffentlichkeit vorgestellt. Zwar existiert die IRB als Kooperationsprojekt des Deutschen Städtetages (DST), des Verbandes Deutscher Städtestatistiker (VDSt), des kommunalstatistischen Informationssystems (KOSIS-Verbund), des Deutschen Instituts für Urbanistik (DIfU) und des BBR seit 1986 – Ergebnisse wurden bislang jedoch hauptsächlich in Kreisen von Expertinnen und Experten diskutiert. Denn die IRB ist nicht nur eines von vielen Projekten des BBR, sondern in besonderem Maße auch eine Werkstatt. „Gebastelt“ wird mit kommunalstatistischen Informationen, die auf Stadtteilebene vorliegen.

Diese Daten für einigermaßen vergleichbar große Raumeinheiten unterhalb der Gemeindeebene sollen u. a. Hinweise liefern auf Trends der Stadtentwicklung in Deutschland. An solch verallgemeinerbaren Aussagen ist seitens der Kooperationspart-

ner vor allem das BBR interessiert. Die IRB ist eine zentrale Säule des Raumbewachungssystems für Deutschland. Neben Daten und Indikatoren, die flächendeckend für Raumordnungsregionen, Kreise und Gemeinden vorliegen, liefert die IRB ergänzend kleinräumige Daten und Indikatoren unterhalb der Stadtebene für derzeit 45 deutsche (Groß-)Städte (Karte 1).

In den vergangenen Jahrzehnten ging die gesellschaftliche Modernisierung damit einher, dass die Bevölkerung in den Städten und in deren nahem Umland zugenommen hat. Solches dürfte sich auch in Zeiten anstehender Bevölkerungsabnahme kaum zugunsten der ländlichen Regionen umkehren. Gleichwohl verlaufen die Entwicklungsdynamiken für verschiedene Städte recht unterschiedlich. Für eine Stadtbeobachtung gilt es also, die Entwicklungen zu beschreiben und bestimmte Entwicklungstypen zu identifizieren. Der fortwährende gesellschaftliche Wandel führt dazu, dass die Ergebnisse für dergleichen Beschreibungen und Analysen nie endgültig festschreibbar sind. Es sind die stetigen Veränderungen, auf die das Hauptaugenmerk liegen muss, um möglichst frühzeitig auf daraus entstehende stadtpolitische wie stadtplanerische Herausforderungen reagieren zu können.

Die Städte in diesem Kooperationsprojekt haben dagegen meist eher ein Interesse an Stadtvergleichen, an der Kenntnis ihrer eigenen Position im Vergleich zu anderen – insbesondere zu den Städten vergleichbaren Typs. Dem wollen wir in diesem Bericht entgegen kommen, indem im Anhang für fast alle an der IRB mitwirkenden Städte einige – vor allem städtische Materialität betreffende – Merkmale nach innerstädtischen Lagetypen zusammengestellt werden. Diese Darstellungen sollen vor allem den Expertinnen und Experten vor Ort Anregungen liefern, wie sie ihre Stadt im Vergleich zu anderen charakterisieren können.

Der größte Teil der in diesem Bericht zusammengestellten Artikel ist während der beiden vergangenen Jahre bereits an anderer Stelle abgedruckt worden.¹ Einige der Texte beruhen auf Vorträgen. Die Bündelung dieser Texte verdeutlicht das Potenzial, das in diesem Kooperationsprojekt schlummert. Die hier konzentrierte Präsentation ermuntert vielleicht die eine Kollegin oder den an-

(1) Bei den Republikationen wurden Korrekturen hinsichtlich neuer Rechtschreibung und Grammatik vorgenommen. Wo darüber hinaus Textteile geändert wurden, ist dies gekennzeichnet.

deren Kollegen in den Statistischen Ämtern der IRB-Städte, diesen Informationsschatz auch vor Ort offensiver zu nutzen.

Gleichwohl ist darauf hinzuweisen, dass die Städtestatistik einer besonderen Aufmerksamkeit bedarf. Zu achten ist nicht nur auf sich ändernde Gebietsstände, sondern vor allem auf unterschiedliche Bevölkerungszählungen/-definitionen oder auf je eigene Rekonstruktionen der Privathaushalte. Im Bericht wird deshalb bei allen Abbildungen und Tabellen auf die jeweilige Datengrundlage hingewiesen. Dies ist i. d. R. die Kommunalstatistik der IRB-Städte mit der so genannten IRB-Bevölkerung als Referenzgröße. Die IRB-Bevölkerung kann je nach städtischen Rahmenbedingungen entweder die Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung oder die wohnberechtigte Bevölkerung sein. Diese Setzung ist sinnvoll, weil die Städte für die hauptsächlich am Ort lebenden Menschen planen müssen. Aus dieser Differenz und aus teilweise noch zusätzlich unterschiedlichen Zählweisen entstehen für manche Städte nicht unerhebliche Unterschiede zu den bei den Statistischen Landesämtern für die Städte vorliegenden Bevölkerungszahlen. Diese verwenden ausschließlich die Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung, um Doppelzählungen zu vermeiden. Die unterschiedlichen Perspektiven werden auch zukünftig vorhanden sein. So verbleiben wir auch diesbezüglich mit der Innerstädtischen Raumbearbeitung in einer permanenten Werkstatt.

Die Grobgliederung des Berichts in drei Teile hat sich mehr oder weniger aus den Intentionen der bereits vorliegenden Arbeiten ergeben:

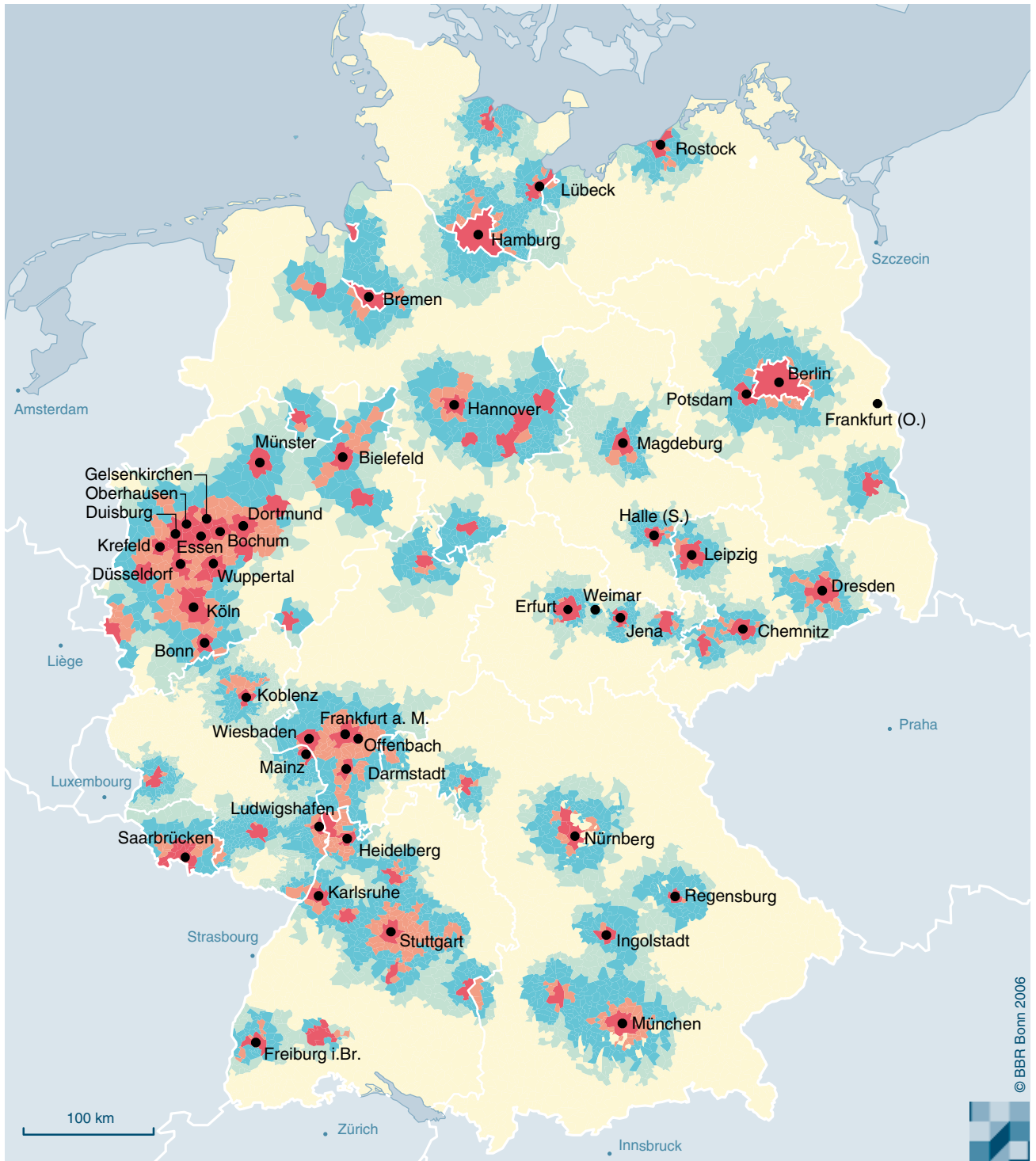
Im ersten Teil *Grundlagen* geht es um die grundsätzliche Vorstellung des Projekts Innerstädtische Raumbearbeitung und um erste tastende Typisierungsversuche innerstädtischer Differenzierung. Der erste Artikel von *Ferdinand Böltken, Hans-Peter Gatzweiler und Katrin Meyer* berichtet über die Geschichte der IRB, von ihren Höhen und Tiefen und von der hoffnungsvollen Reaktivierung im Jahre 2002. Danach stellt *Katrin Meyer* die empirischen Grunddaten der aktuellen IRB vor. Diese sind für das Grundverständnis der IRB und als Hinter-

grundinformationen für die Analysen des dritten Berichtsteils unverzichtbar, sollen aber nicht jedes Mal wiederholt werden. Schließlich sind diesem Teil drei Artikel von *Sebastian Metzmacher* zugeordnet, die aus der laufenden Forschungsarbeit stammen. Es handelt sich um erste Vorarbeiten für differenziertere Stadtteiltypisierungen. Die in diesen Artikeln berichteten Zwischenergebnisse sollen vor allem einer Methodendiskussion im Kreis der Kolleginnen und Kollegen dienen und dürfen nicht als bereits nutzbare Kategoriensysteme verstanden werden.

Im zweiten Teil *Stadtspezifika* werden einige Auswertungen vorgestellt, die auf Wunsch einzelner Städte mit den IRB-Daten vorgenommen wurden. Dazu ist allerdings anzumerken, dass solche Einzelfallanalysen nicht der Hauptintention der IRB folgen. Denn insgesamt ist die Sammlung und Abstimmung der Kommunalstatistiken nicht darauf ausgerichtet, viele Städtestatistiken nebeneinander zu stellen, sondern den Blick von der einzelnen Stadt weg auf grundlegende städtische Entwicklungen in Deutschland zu richten. Die einzelnen Städte profitieren von derartigen Generalisierungen, da sie ihre individuelle Entwicklung im Verhältnis zu Großströmungen einschätzen können.

Im dritten Teil *Stadtteiltypisches* werden schließlich erste generalisierende Analysen vorgestellt. *Ferdinand Böltken* verdeutlicht am Beispiel des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ die Einsatzmöglichkeiten der IRB als Monitoringinstrument. *Gabriele Sturm, Brigitte Adam und Katrin Meyer* stellen eine erste überblicksartige Darstellung demographischer Befunde für die IRB-Städte vor, wobei insbesondere die Relevanz für Stadtentwicklungsprozesse und diesbezügliche Stadtpolitik thematisiert wird. Und schließlich berichtet *Karen Schönwälder* kurz aus einer Forschungs Kooperation mit der Arbeitsstelle *Interkulturelle Konflikte und gesellschaftliche Integration* am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB). Dort wurden IRB-Daten genutzt, um die Siedlungsstruktur der Nationalitäten zu untersuchen.

Karte 1
Teilnehmerstädte am Kooperationsprojekt „Innerstädtische Raumbewachung“ – 2006



● Teilnehmerstädte
Stand: 1.11.2006

BBR-Stadtregionen 2004

- Kernstadt
- Ergänzungsgebiet zur Kernstadt
- Engerer Pendlerverflechtungsraum
- Weiterer Pendlerverflechtungsraum
- Gemeinden außerhalb von Stadtregionen, gemeindefreie Gebiete

Gemeinden, Stand 31.12.2004
Quelle: Innerstädtische Raumbewachung des BBR
Datenbasis: Laufende Raumbewachung des BBR

I. Grundlagen

Das Kooperationsprojekt „Innerstädtische Raubeobachtung“: Rückblick, Ausblick, Ergebnisse*

Informationsgrundlagen für Stadtforschung und Stadtentwicklungspolitik

Ferdinand Böltken
Hans-Peter Gatzweiler
Katrin Meyer

25 Jahre Zusammenarbeit von VDSt/ Kommunen und BBR/BfLR

Das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR/BfLR¹) und der Verband Deutscher Städtestatistiker (VDSt) bzw. die Städtestatistik können auf rund 25 Jahre Zusammenarbeit zurückblicken. Begonnen hat sie mit dem Auf- und Ausbau der Laufenden Raubeobachtung im BBR in der zweiten Hälfte der 70er Jahre als Informationssystem für die räumlich orientierte Politik und Forschung. War die Laufende Raubeobachtung zunächst ausgerichtet auf die Aufgaben der Raumordnungspolitik, gewannen schon bald Probleme der Agglomerations- und Stadtentwicklung an Bedeutung. Neue städtebauliche Aufgaben zu Beginn der 80er Jahre führten zu neuen Informationsanforderungen:

- sozial- und umweltverträgliche Verbesserung des Wohnumfeldes;
- Erhaltung und Modernisierung des Wohnungsbestandes;
- Verbesserung der Standortsituation von Betrieben; Sicherung und Stärkung der Multifunktionalität der Innenstädte;
- umweltverträgliche Erneuerung des Stadtverkehrs;
- Bodenschutz und Abbau von Umweltbelastungen;
- Schutz von Freiräumen und Vermeidung weiteren Siedlungsflächenwachstums usw.

Städtebauliche Forschung in der damaligen BfLR wie auch im heutigen BBR dient vor allem dem Zweck, die Entscheidungsgrundlagen für politische Rahmensetzungen des Bundes zu erarbeiten und die Folgen dieser Rahmensetzungen für die Stadtentwicklung empirisch abzuschätzen. Der große Zwischenraum zwischen politischer Rahmensetzung „von oben“ und dem Geschehen „vor Ort“ muss überbrückt werden, um der Politik die Folgen ihres Handelns und Nichthandelns klar zu machen. Weil der Bund keinen „Durchgriff“ bis auf die kommunale Ebene hat, muss er zumindest den „Durchblick“ haben. Das heißt, er muss wissen, wie z. B. seine Planungs- und för-

derrechtlichen Rahmensetzungen auf der konkreten Handlungsebene vor Ort wirken. Er muss Zusammenhänge und Wirkungsketten kennen, wenn er Rahmen setzend zielgerichtet Einfluss auf die Stadtentwicklung nehmen will. Dies gilt erst recht heute, wo viele Städte – vor allem im Osten – das Problem „Schrumpfung“ bewegt und in Zeiten knapper Kassen finanzielle Förderinstrumente wie z. B. die Städtebauförderung auf dem Prüfstand stehen.

Für die städtebauliche Forschung im BBR ergeben sich daraus grundlegende Konsequenzen: Wenn man städtische Entwicklungsprozesse verstehen will, dann müssen Analysen auch kleinräumige Maßstäblichkeit aufweisen, müssen die Wirkungen bundespolitischer Rahmensetzungen auf dieser Ebene nachvollzogen werden können. Es bedarf vergleichender Zeitreihenanalysen mit anderen Regionen und Städten um festzustellen, welche Strukturen und Entwicklungen allgemeinen Trends folgen und wo spezifische lokale Besonderheiten vorliegen.

Es muss auch bekannt sein, auf welcher Basis die lokalen/regionalen Akteure ihre Entscheidungen treffen, welches ihre Bewertungsmaßstäbe sind und wie ihr Urteil über die jeweils vorhandenen Umstände und Entwicklungen ausfällt. Dabei spielen neben den „qua Amt“-Beteiligten (Politik, Verwaltung, Wirtschaft) auch die betroffenen Bürger eine wichtige Rolle. Neben kleinräumigen, für den Baustein Gemeinde/Stadtteil aufbereiteten Daten und Informationen werden also akteursspezifische, d. h. subjektbezogene und auch subjektive Informationen benötigt.

Wie kann diesen Informationsanforderungen Rechnung getragen werden? Das Datenangebot der amtlichen Regionalstatistik reicht hier bei weitem nicht aus. Stadtforschung ist hier vielmehr auf Daten angewiesen, die von Kommunen erhoben und aufbereitet werden; seien es nun Daten, die im Verwaltungsvollzug anfallen oder die aus (nicht) regelmäßig durchgeführten lokalen Erhebungen, Umfragen oder Fallstudien stammen. Das entscheidende Problem ist dabei die interkommunale Vergleichbarkeit.

*) Dieser Artikel erschien erstmals in: Zahl und Entscheidung 1879–2004. Festschrift zum 125-jährigen Bestehen des Verbandes Deutscher Städtestatistiker (Stadtforschung und Statistik, 2/2004), S. 193–211

(1) 1998 wurden die Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (BfLR) und die Bundesbaudirektion (BBD) zum Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung zusammengeschlossen.

Sie ist nicht „von der Sache her“ gegeben, sondern muss organisiert werden. Das gilt für die Erarbeitung und Pflege der Datengrundlagen wie für den Austausch von Ergebnissen.

Ein Beispiel für die Organisation von Vergleichbarkeit ist die kommunale und die bundesweite *Umfrageforschung*. Die zahlreichen Umfragen der Städte greifen immer wieder ähnliche Fragestellungen auf. Die Ergebnisse selbst aber sind interkommunal häufig nicht vergleichbar, weil mit abweichenden Erhebungskonzepten und Frageformulierungen gearbeitet wird. Die Möglichkeiten des Vergleichs sind damit stark eingeschränkt. Ein Vergleich mit anderen Kommunen bietet jedoch häufig erst die Möglichkeit, die jeweiligen Befunde richtig einzuordnen. Vor allem ist es nur durch vergleichende Analysen möglich, lokalspezifische Problemlagen von generellen Entwicklungen zu trennen und entsprechende Maßnahmen zu begründen.

Diese Erkenntnis führte zur Gründung einer AG *Kommunale Umfrageforschung* und zu Vergleichsempfehlungen, zu demographischen und inhaltlichen Vergleichstandards. An dieser Diskussion hat sich das BBR bereits in den frühen 80er Jahren beteiligt (Bick et al. 1995) und seine eigene Umfrageforschung an den gemeinsamen Standards orientiert. Die entsprechenden Ergebnisse werden dann auch in einer zum Vergleich geeigneten Weise publiziert (BBR 2003). Die Städte können sich damit einmal nach interkommunalen Vergleichen, aber auch nach bundesweiten Vergleichsmaßstäben (bzw. den entsprechenden Raumtypen) einordnen. Das BBR seinerseits kann die bundesweiten Trends mit Blick auf kommunale Ergebnisse spezifizieren.

Inzwischen hat sich die kommunale Umfrageforschung zu einem wichtigen eigenständigen Bestandteil von Kommunalstatistik und Stadtforschung entwickelt. Dabei ist bei den Kommunen das Bemühen um methodische und inhaltliche Vergleichstandards wach geblieben (Roski et al. 1997), auch wenn sich die Umfragen natürlich zuerst an den Erfordernissen vor Ort orientieren. Da aber diese Erfordernisse zu erheblichen Teilen vergleichbar sind, kann man auch weiterhin von vergleichbar organisierter Forschung profitieren.

Gemeinsame Standards hat auch das in den frühen 80er Jahren entstandene Kooperationsprojekt einer überörtlich ver-

gleichenden, laufenden *kleinräumigen Wohnungsmarktbeobachtung* geprägt. Hier ging es darum, ein gemeinsames Tabellenprogramm zu formulieren, das einen direkten Ergebnisaustausch erlaubt. Dabei wurde das Stadtgebiet in „Teilmärkte“ aufgeteilt bzw. kleinräumige Basisdaten zu Wohnungsmarktmodellen zusammengefasst. Jede der teilnehmenden Städte stellte dann Ergebnisse für diese Teilmärkte zur Verfügung, die man zu vergleichenden Analysen nutzen konnte. Vergleiche sind natürlich nur im Rahmen der vorab festgelegten Rahmenbedingungen möglich und insofern „verletzlich“ gegenüber sich wandelnden Strukturen und Interessen.²

Weniger wandelbar aber ist das grundsätzliche Interesse an den methodischen Grundlagen bzw. entsprechenden *Methodenstudien* (Klitzing 1988) und an den empirischen Instrumenten einer sinnvollen Wohnungsmarktbeobachtung. Zu Letzteren zählt z. B. das Projekt *Haushaltsgenerierung* (HHGen), an dessen Ursprüngen das BBR beteiligt war und das nach wie vor ein wichtiger Bestandteil kommunalstatistischer Kooperation ist. Das gleiche gilt für die Standards zum Aufbau von *Gebäudedateien*, mit denen eine sinnvolle Verknüpfung zum Melderegister hergestellt werden konnte. Auch dieses nun von den Kommunen unter Federführung der Stadt Erfurt weiter entwickelte Projekt hat Bemühungen zum Aufbau vergleichender empirischer Werkzeuge zum Hintergrund, an denen das BBR beteiligt war. Als weiteres Beispiel für Werkzeuge, die auf der besonderen Fähigkeit der Kommunalstatistik zur Analyse kleinräumiger Strukturen aufbauen, ist schließlich auch die vom BBR unterstützte Erstellung eines Handbuchs zur *kleinräumigen Nutzung von VZ-Daten* (Klitzing 1989) zu nennen.

Das wichtigste Vorhaben in Kooperation mit der kommunalen Ebene/dem VDSt war und ist aber der Aufbau und die Nutzung einer überörtlichen städtestatistischen Aggregatdatenbasis für vergleichbare Raumeinheiten unterhalb der Gemeindeebene (Stadtteile), kurz der Aufbau einer bundesweit vergleichenden, kleinräumigen *innerstädtischen Raumbearbeitung*. Dieses Vorhaben kann nur auf dem Wege interkommunaler Zusammenarbeit von Städtestatistik und Stadtforschung geleistet werden. Rund 40 Städte als freiwillige interkommunale Arbeitsgemeinschaft vollziehen mittlerweile zusammen mit dem BBR ein gemeinsam beschlossenes Datenprogramm, betreiben

(2) Das Projekt wurde schließlich in der beschriebenen Form nicht mehr fortgeführt. Die Datengrundlagen gehen nun in die IRB ein und können dort flexibel ausgewertet werden (dazu Göddecke-Stellmann/Metzmacher 1994; Göddecke-Stellmann 1998)

auf dieser Basis den Aufbau der innerstädtischen Raumbearbeitung und nutzen sie für vergleichende Stadtforschung. Als Ergebnis der Zusammenarbeit von BBR und VDSt/den Städten wird hier ein Vorhaben realisiert, dessen langfristige Bedeutung für die vergleichende Stadtforschung als Ganzes nicht genug betont werden kann.

Das Informations- und Forschungsinteresse des BBR trifft sich hier in besonderer Weise mit dem Interesse der Städte, mit deren Informationsbedarf. Keine Stadt entwickelt sich isoliert auf einer freien Fläche und keine Stadt sieht davon ab, ihre eigene Entwicklung mit der anderer Städte zu vergleichen. Stadtentwicklung als Prozess kann nicht ohne Bezug zu gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen oder zu der Entwicklung im Umland analysiert werden. Das heißt, über die Besonderheiten einer Stadt in ihrer jeweiligen Struktur und Entwicklung hinaus gibt es einen Bedarf an Informationen zur Entwicklung der Städte insgesamt im Siedlungsgefüge des Bundesgebietes, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede herausarbeiten zu können.

Das Ziel einer gemeinsamen Verbesserung der statistischen Grundlagen für interkommunale und regionale Vergleiche wurde und wird schließlich auch durch die Zusammenarbeit in verschiedenen Arbeitsgruppen und Gremien verfolgt. Als Mitglied der KOSIS-Gemeinschaft DUVA beteiligt sich das BBR so z. B. intensiv an der Weiterentwicklung des statistischen Informationssystems DUVA. Seit vielen Jahren stützt sich das räumliche Informationssystem des BBR, die Laufende Raum- und Stadtbeobachtung, auf DUVA-Werkzeuge.

Nicht zuletzt hat das BBR in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten eine Vielzahl einschlägiger Veranstaltungen und Veröffentlichungen als Foren genutzt, um städtestatistische Anliegen zu befördern; seien es Veranstaltungen im Rahmen der Statistischen Woche oder der Frühjahrstagungen des VDSt, seien es Gremien des VDSt oder des Deutschen Städtetages wie den Statistischen Ausschuss oder Veröffentlichungen in einer Vielzahl von Publikationen, angefangen von der Hauszeitschrift des BBR, den *Informationen zur Raumentwicklung*, bis hin zur Zeitschrift *Stadtforschung und Statistik* des VDSt.

Seit 2000/2001 hat die enge Zusammenarbeit zwischen VDSt und BBR erstmals auch einen institutionellen Rahmen: das *Netzwerk Stadt- und Regionalstatistik*. Im

Verbund mit den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder sowie der Bundesagentur für Arbeit/dem Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) verfolgen der VDSt/KOSIS und das BBR das Ziel, „das Anliegen vergleichender Stadt- und Regionalstatistik zu fördern, hierzu statistische Daten für Regionen, für Kreise und Gemeinden, für Städte sowie deren Stadtteile verfügbar zu machen, sie soweit wie möglich zu harmonisieren und die Maßnahmen auf diesem Gebiet aufeinander abzustimmen“. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass das Netzwerk diesem Ziel gerecht wird und sich als Arbeitsgemeinschaft zur Weiterentwicklung der Stadt- und Regionalstatistik bewährt hat.

Aufbau der Innerstädtischen Raumbearbeitung als Grundlage vergleichender Stadtforschung

Das Projekt *Innerstädtische Raumbearbeitung* (IRB) als wichtigstes Kooperationsvorhaben von BBR und VDSt soll im Folgenden nach Entstehung, Entwicklungsverlauf, gegenwärtigem Stand und mit einigen Ergebnissen dargestellt werden. Mit nun über 20 Jahren Entwicklungs- und Laufzeit ist es eines der traditionsreichsten Kooperationsprojekte zwischen Kommunen, VDSt/KOSIS und der kommunalstatistisch engagierten Forschung. Nach vielen Gesprächen und Diskussionen haben der Deutsche Städtetag, der VDSt und der KOSIS-Verbund, das Deutsche Institut für Urbanistik (DIFU) und das BBR 1986 erstmals die Form der Zusammenarbeit in einem Kooperationsvertrag geregelt. Die Rahmenbedingungen für eine dauerhafte Zusammenarbeit zum Aufbau einer innerstädtischen Raumbearbeitung waren damit geschaffen, womit freilich noch lange nicht die zahlreichen, zu Anfang kaum absehbaren Schwierigkeiten gelöst waren.

Tatsächlich entspricht der gegenwärtige Entwicklungsstand diesen vielen Schwierigkeiten und ist angesichts der langen Laufzeit durchaus kritisch zu beurteilen. Aber daraus sind Lehren zu ziehen. Deswegen sollen im Folgenden einige der inhaltlichen und organisatorischen Schwierigkeiten skizziert werden, um dann den daraus abgeleiteten Neuanfang der IRB zu schildern.

Erster Anlauf zum Aufbau der IRB

Die IRB ist Teil der *Laufenden Raumbearbeitung* (LRB) des BBR. Raumbearbeitung dient der vergleichenden Beschreibung und Analyse von Tendenzen der Stadt- und Raumentwicklung bzw. der räumlichen Lebensbedingungen in Deutschland. Der Ansatz, die Beobachtungsperspektive in die Städte hinein zu verlagern, entsprach zunächst keinem eigenständigen stadtforscherischen Interesse, sondern wurde aus eher methodischen Überlegungen zur angemessenen Vergleichsperspektive entwickelt: Ganz offensichtlich ist es nur begrenzt sinnvoll, die Heterogenität innerhalb einer Großstadt unreflektiert mit der relativen Homogenität kleiner Gemeinden und Dörfer zu vergleichen. Um eine Basis für sinnvolle kleinräumige Vergleiche (, die aus der Perspektive der LRB unterhalb von „Region“ beginnen,) zu gewinnen, musste daher die Ebene Stadtkreis bzw. Stadtgemeinde unterschritten werden.

Dabei ging man zunächst davon aus, dass die IRB im Prinzip eine kleinräumige Fortsetzung der LRB sein könne, bei der die Daten für Stadtteile aus den vorliegenden stadtstatistischen Publikationen entnommen werden könnten. Diese Annahme erwies sich durch ein entsprechendes Gutachten (Klitzing 1984) sehr rasch als Illusion. Es zeigte sich, dass nicht nur die Daten, sondern auch die räumlichen Gliederungen innerhalb der Städte außerordentlich uneinheitlich und kaum vergleichbar sind. Das bestätigte sich dann auch bei den ersten direkten Kooperationen mit den statistischen Ämtern der Städte³ bzw. dem VDSt. Der erste Merkmalskatalog, der dem Stadtforschungsausschuss als „Wunsch-katalog“ vorgelegt wurde⁴, erwies sich nach Datenverfügbarkeit und Weitergabebereitschaft weitgehend als illusionär.

Der von der Stadtstatistik dennoch als gemeinsames Anliegen befürwortete und unterstützte Ansatz⁵ der IRB musste daher pragmatisch auf das Machbare beschränkt werden. Dabei wurde in verschiedenen Abstimmungsprozessen der *Entwicklung der Bevölkerung* eine zentrale Rolle zugewiesen: Welche Bevölkerungsgruppen verlassen die Stadt bzw. bestimmte Stadtgebiete, welche wandern in welche Gebiete zu? Wie verschieben oder verfestigen sich dadurch sozialräumliche Strukturen innerhalb der Stadt? Dabei gilt es, das Gemeinsame, die bundesweiten oder regionaltypischen Trends solcher internen Stadtentwicklungs-

prozesse zu erkennen und nach dem Einfluss der jeweiligen Kontextbedingungen zu untersuchen.

Diese Bedingungen sind zunächst durch die Stadt selbst und ihre Region gegeben: Die Wirtschaftsstruktur und -kraft, die Ausbildungssituation, die historisch vorhandenen Strukturen und Institutionen, die Lage und Verflechtung in der Bundesrepublik und in Europa. Diese Bedingungen werden von der Laufenden Raumbearbeitung Deutschland und Europa erfasst. Zusätzlich wird mit der bundesweiten Umfrageforschung des BBR die Reaktion der Bevölkerung auf diese Bedingungen erfasst. Es steht also ein ausge-reiftes System der Raumbearbeitung zur Verfügung, um die Entwicklung der Städte insgesamt einzuordnen.

Die IRB kann sich dann auf die internen Folgen gesamtstädtischer Entwicklungen konzentrieren. Diese internen Prozesse weisen zwischen verschiedenen Städten, zumindest zwischen Städten mit vergleichbaren Rahmenbedingungen, recht weitgehende Gemeinsamkeiten auf. Natürlich ist jede Stadt und jeder Stadtteil einzigartig, aber die Mechanismen, nach denen sich Stadtteile in die Stadtstruktur einfügen und nach denen sich dann die Stadtstruktur bildet und verändert, sind relativ vergleichbar und in zahlreichen Studien (etwa in der Tradition der Sozialraumanalyse) belegt.

Aus der Beschränkung der IRB auf das den Städten Gemeinsame (und aus der bundesweiten Perspektive des BBR) leitet sich die Möglichkeit ab, bei der IRB auf die flächendeckende Erfassung aller Städte zu verzichten: Für die Analyse genereller Entwicklungstrends ist eine Auswahl von Städten hinreichend, die die Siedlungs- und Problemstruktur der Städte in der Bundesrepublik abdecken. Allerdings: Beim Aufbau der IRB wurde keine systematische Auswahl von Städten vorgenommen. Man setzte darauf, dass das analytische Interesse der Städte an stadtvergleichenden Analysen so groß ist, dass die Verfügbarkeit des gemeinsamen Datenpools Anreiz genug sein würde, eine ausreichende Anzahl von Städten qua Selbstrekrutierung für eine vollständige Belieferung des gemeinsam abgestimmten Tabellenprogramms zu gewinnen.

Schwachpunkte des IRB-Ansatzes

Die Erwartung eines sich qua Eigeninteresse der Städte selbst steuernden Entwicklungsprozesses markiert eine problemati-

(3) Es wurden Pre-Tests hinsichtlich Daten, Stadtteilabgrenzungen und Stadtteiltypen in zunächst sieben Städten (Augsburg, Essen, Leverkusen, Münster, Saarbrücken, Stuttgart, Wuppertal) durchgeführt und die Ergebnisse dem Stadtforschungsausschuss des VDSt im Mai 1986 in Bremen vorgestellt.

(4) BfLR: Mindestkatalog für kleinräumige Raumbearbeitung. Sitzung Ausschuss Stadtforschung am 15./16.5.1986 in Bremen. Der Katalog umfasste mit begründenden Kommentaren ca. 40 Seiten.

(5) Es wurde eine Lenkungs- und eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die über die Entwicklungsrichtung und die anstehenden operationalen Probleme berieten.

sche Fehleinschätzung. Insbesondere überschätzte das BBR das Interesse der Städte an einer (strengen Regeln entsprechenden) kleinräumig vergleichenden interkommunalen Eigenforschung auf der Basis des gemeinsamen IRB-Datenpools. Diese Fehleinschätzung ist verständlich. Denn natürlich stimmen die Städte den üblichen Argumenten zur Notwendigkeit systematisch vergleichender Forschung zu. Natürlich ist es richtig, dass nur im Vergleich innerhalb und zwischen Städten Einmaliges von Generellem zu trennen ist. Nur so zeigen sich generelle und spezifische Einflussfaktoren, lassen sich Richtung und Stärke von Trends einordnen und gemeinsame Forderungen an Forschung und Politik ableiten.

Aber: Die Perspektive der kommunalen Stadtforschung und Statistik ist sehr stark (bei Kosten- und Stellenknappheit zunehmend) auf die eigene Stadt und den Vergleich innerhalb der Stadt konzentriert, ergänzt durch vergleichende Einblicke in ausgewählte benachbarte oder strukturähnliche Städte. Dabei handelt es sich dann häufig nicht um direkt auf Vergleichbarkeit ausgerichtete Analysen, sondern um jeweils vorliegende stadtspezifische Ergebnisse, die man qua ausreichender Ortskenntnis gleichwohl zu sinnvollen Vergleichen heranziehen kann. Man kann also im Sinne der IRB-Argumente analysieren, ohne die IRB heranzuziehen.

Tatsächlich bestätigte sich das Interesse an eigenständig vergleichenden IRB-Auswertungen in keinem Fall, zumindest nicht durch Bezug und Analyse des Datensatzes. Die Teilnahme an der IRB wurde vielmehr zum einen als altruistische Investition in die wissenschaftliche Forschung des BBR begründet, von der man allenfalls durch deren vergleichende Analysen und die angebotenen Standardvergleiche profitierte.⁶ Zum anderen fühlte man sich den vom Verband nachdrücklich geforderten Anstrengungen zum Aufbau einer den regionalstatistischen Standards bundesweiter Vergleichbarkeit entsprechenden Kommunalstatistik verpflichtet. Dieses Verbandsinteresse äußerte sich auch darin, dass das Projekt IRB nach der ersten viel versprechenden Testphase⁷ von den Städten selbst bzw. von der damit beauftragten Stadt Stuttgart federführend übernommen wurde.

Trotz dieser (freundlichen) Übernahme konnte der Anspruch einer relativ vollständigen Ausfüllung des gesamten Tabellenprogramms nur eingeschränkt eingelöst

werden. Vollständig beliefert wurden i. d. R. die Tabellen zum Bevölkerungsbestand, mit Abstrichen die zu Bevölkerungsbewegungen und Wohnungen. Dies gilt auch für die ostdeutschen Städte, die sich nach der Deutschen Einheit mit großem Engagement in die IRB einbrachten. Mit diesen Daten konnten zwar bereits einige bislang nicht mögliche Einblicke in Tendenzen der Bevölkerungsentwicklung innerhalb von Städten gewonnen werden (z. B.: Knoche 1987; Böltken et al. 1993; Kaiser 1993; Schulz 1993; Göttsche-Stellmann 1994 a und b; Böltken/Kuhlmann 1998⁸). Aber wegen der nur bruchstückhaft verfügbaren Tabellen zu Gebäudebestand, zu Sozialhilfe, Haushalten und Flächennutzung waren kaum analytische Verbindungen zu sozialen und städtebaulichen Hintergründen der erkennbaren Entwicklungen möglich.

Dennoch: Zumindest die Verfügbarkeit von „Eckdaten“⁹ entwickelte sich bis Mitte der 90er Jahre recht viel versprechend. 1994 jedenfalls konnte die IRB auf zeitreihenfähige Basisdaten von 35 Städten zugreifen.

Diese relativ günstige Entwicklung wurde dann durch organisatorische Schwierigkeiten unterbrochen. Eine Schwierigkeit erwuchs aus einem von Beginn an bestehenden Interessengegensatz bei der Konstruktion der IRB. Einerseits sollte es ein Stadtforschungsprojekt mit relativ ehrgeizigem Merkmalsprogramm sein, das dann auf den Anspruch auf Flächendeckung verzichten musste. Andererseits galt das VdSt-Interes-

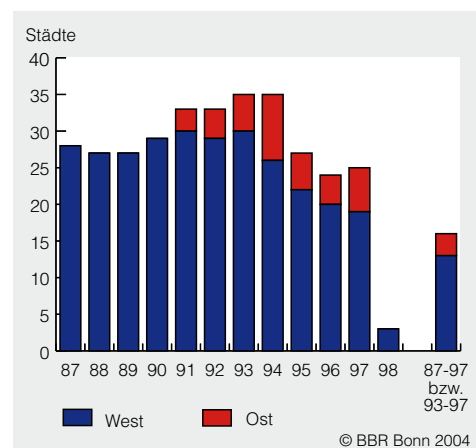
(6) Die organisatorischen Rahmenbedingungen und die inhaltlichen Schwerpunkte einschließlich Standard-Auswertungen wurden 1987 in einem Prospekt (DST, VDSt, DifU, BfLR) unter Federführung des Stadtforschungsausschusses des VDSt (D. R. Talkenberg) geschildert.

(7) Nach dem inhaltlichen Test organisierte der Deutsche Städtetag 1987 eine Umfrage zur Teilnahmebereitschaft. Von 86 angeschriebenen Städten antworteten 56, davon 55 positiv.

(8) Diese Analyse ist im zweiten Teil dieses Berichts abgedruckt, um ein Beispiel für diese Frühphase aufzunehmen und die Entwicklung zur heutigen Analyse zu zeigen.

(9) Das so genannte „Schnellprogramm“ von Basisdaten entspricht in etwa dem KOSTAT-Datensatz (Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung nach Altersgruppen, Ausländer insgesamt, wohnberechtigte Bevölkerung insgesamt). Aber selbst bei diesem Basisprogramm war die Vollständigkeit über alle Jahre nur in der Hälfte der Fälle gegeben (s. rechte Säule in Abb. 1).

Abbildung 1
Datenlieferung aus „alten“ IRB-Städten für das „Schnellprogramm“ sowie Anteil der diesbezüglich vollständigen Zeitreihen (rechte Säule)



Quelle: Innerstädtische Raumbearbeitung des BBR

se einem vermarktungsfähigen, möglichst kleinräumigen und dabei flächendeckendem Datensatz, der sich dann allerdings auf nur wenige Grunddaten beschränken sollte. Dazu wurde die KOSTAT-DST gegründet, deren Geschäftsstelle die Stadt Dortmund wurde.¹⁰

Zugleich erklärte sich Dortmund bereit, die Betreuung des Projekts IRB zu übernehmen, um die Stadt Stuttgart auf deren Drängen von ihrem langjährigen Engagement zu entlasten.¹¹ Beide Projekte/Datensätze sollten nun unter der Federführung Dortmunds aufeinander abgestimmt werden und sich gegenseitig ergänzen. Tatsächlich aber wurde die Übergabe der IRB an Dortmund und der gleichzeitige Start von KOSTAT-DST offenbar als Beendigung der IRB verstanden. Jedenfalls blieben ab 1998 die Datenlieferungen gemäß den IRB-Vorgaben weitgehend aus. Diese Situation führte dann schließlich zur Neuorganisation der IRB.

Zweiter Anlauf zum Aufbau der IRB

Der erste Anlauf zum Aufbau der IRB geriet in Schwierigkeiten, obwohl die Sache, die Notwendigkeit kleinräumiger Einblicke in die Stadtentwicklung, von keinem der Beteiligten in Frage gestellt wurde. Deswegen wurde in einem zweiten Anlauf versucht, einerseits die nach wie vor wichtigen Dinge zu bewahren, andererseits die Lehren aus erkannten inhaltlichen, methodischen und organisatorischen Schwächen zu ziehen. Inhaltlich geht es um eine Ergänzung des Merkmalsspektrums, methodisch um die Klärung von Raumbezügen und die Verbesserung der räumlichen Repräsentativität, organisatorisch um eine Klärung der Federführung des Projekts und um die Honorierung der Datenbereitstellung durch die Städte.

Aspekte des Neubeginns

Ganz im Gegensatz zum Einbruch der Datenlieferungen für die IRB nahm zugleich das Interesse an anspruchsvollen stadtstatistischen Datensätzen zu. Das wird einmal dokumentiert durch die Marktforschung bzw. durch die kommerzielle Datenbereitstellung. Sie bedient – zu attraktiven Preisen – die entsprechenden Kundenwünsche in erstaunlicher inhaltlicher Breite und nahezu beliebiger räumlicher Tiefengliederung, wobei sie auf der Basis statis-

tischer Grundlagen, von Begehungen, Karten, Werbeaktionen usw. auch kleinräumige Schätzungen vornimmt. Das geht allerdings – eingestandenermaßen – zu Lasten der Datenqualität, wenn mehr als eine mehr oder weniger enge Annäherung an die Wirklichkeit benötigt wird. Damit sind diese Daten im wissenschaftlichen und politischen Diskurs nur eingeschränkt „belastbar“.

Gerade aber solche belastbaren Daten werden zur Steuerung und Kontrolle raumbezogener Politik zunehmend gefordert. Ein prominentes Beispiel dafür ist das EU-Projekt *Urban Audit*, das die Grundlagen der europäischen Strukturpolitik einschließlich Raumordnungs- und Städtebaupolitik und entsprechender Entwicklungs- und Förderprogramme zu verbessern sucht. Dabei ist es für die raumbezogene Forschung nicht untypisch, dass sich Urban Audit in seinen Datenanforderungen zu erheblichen Teilen mit der LRB und der IRB überschneidet (z. T. mit geschätzten bzw. abgeleiteten Daten in defizitären Merkmalsbereichen auch darüber hinausgeht).

Für die Bundesrepublik zeigen sich ähnliche Tendenzen einer stärkeren empirischen Fundierung raumbezogener Politik, z. B. der Städtebauförderung, insbesondere das Programm *Soziale Stadt* bzw. das NRW-Vorläuferprojekt *Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf*. Man will und muss durch systematische Studien Hinweise auf einen möglichst effektiven Mitteleinsatz gewinnen. Dazu ist es zunächst notwendig, die Wirkung von Maßnahmen über Zeitverläufe hinweg zu beobachten. Dazu braucht man aber zweitens den Vergleich zur Entwicklung in anderen Gebieten, um die „Wirkung“ von Maßnahmen von auch ansonsten vorhandenen Veränderungen unterscheiden zu können.¹² Voraussetzung dieser Messungen ist Vergleichbarkeit. Vergleichbarkeit bei der Abgrenzung und Charakterisierung der Gebiete, Vergleichbarkeit bei den erhobenen Merkmalen, Vergleichbarkeit von Raumabgrenzungen und Merkmalen über Zeitspannen.

Diese aktuellen Anforderungen entsprechen weitgehend den Überlegungen und Instrumenten, die bei der Entwicklung der IRB maßgebend waren. Der Ansatz der IRB sollte deshalb wieder aufgegriffen werden, wobei versucht wurde, die inhaltlichen und organisatorischen Erfahrungen seit Beginn der 80er Jahre pragmatisch umzusetzen.

(10) Die Gründung der KOSTAT-DST leitete sich aus dem deutlich vorhandenen Interesse an kleinräumigen Daten für kommerzielle Zwecke („business is local“) ab. Nur: Für den Einsatz vor Ort ist die strenge Vergleichbarkeit zwischen Städten weniger wichtig als die Detailfülle vor Ort, zu Lasten der Vergleichbarkeit. Das Projekt musste inzwischen seinen kommerziellen Anspruch aufgeben und wird nun als KOSIS-Projekt von der Stadt Frankfurt am Main betreut.

(11) Die Diskussion um diese Umstrukturierungen begann 1995, mit deutlichem Einfluss auf die Datenlieferung (Abb. 1).

(12) Man braucht also die klassische experimentelle Versuchsanordnung: Vorher-Nachher-Messung mit einem experimentellen Stimulus und zugleich Vorher-Nachher-Messung in Kontrollgruppen ohne diesen Stimulus.

Bestätigt werden zunächst die Instrumente zur Organisation von Vergleichbarkeit:

- bundesweit vergleichbares Merkmalsprogramm,
- bundesweit vergleichbare Raumbezüge (Stadtteil, Lagetypen, Umland),
- gesicherte Vergleichbarkeit im Zeitverlauf.

Bestehen bleibt auch das Gerüst zur Sicherung von Vollständigkeit/Akzeptanz/Belastbarkeit der Datenbasis:

- Regional- und Kommunalstatistik, amtliche Daten,
- Raumeinheiten auf Basis städtestatistischer Gliederungen,
- Einschränkungen hinsichtlich Einzelfallauswertungen,
- Ausschluss von Weitergabe des Datenmaterials,
- Zusammenarbeit bei inhaltlichen und methodischen Fragen in einer Arbeitsgemeinschaft der Städte und des BBR (AG IRB).

Verbesserungsnotwendigkeiten liegen auf inhaltlicher und auf methodischer/organisatorischer Ebene vor:

- Inhaltlich ist die allzu starke Konzentration auf Daten zur Bevölkerungsstruktur zu verbessern. Sie sind vor allem durch Daten zur sozialen Lage, zu Arbeit und Beschäftigung zu ergänzen.
- Methodisch angreifbar ist die Willkürlichkeit der Städteauswahl durch „Selbstrekrutierung“. Sie sollte durch eine systematische Auswahl abgelöst werden, bei der neben Gesichtspunkten der regionalen/siedlungsstrukturellen Repräsentativität auch die verbindliche Zulieferung des gesamten Merkmalsprogramms ausschlaggebend sein muss.
- Organisatorisch sollte die unklare Zuordnung von KOSTAT-DST und IRB aufgehoben werden. Die Federführung von KOSTAT sollte bei den Städten, die beim Neuaufbau der IRB beim BBR liegen.
- Das BBR sollte die kommunalen Datenlieferungen finanziell honorieren.

Die IRB liegt, wie die Nutzung der Daten gezeigt hat, vor allem im Stadtforschungsinteresse des BBR. Das BBR sollte diesem Interesse, wie bei anderen Instrumenten der Raumbearbeitung auch, durch *Ankauf der Daten* bzw. finanzielle Unterstützung

der Datenlieferung gerecht werden. Damit wird auch dem Interesse der Kommunen, den Wert kommunalstatistischer Daten zu dokumentieren, entsprochen. Die Teilnahme an der IRB kann so leichter begründet werden und in einigen Fällen zugleich die Stellung der Kommunalstatistik stärken.

Zur Umsetzung des Merkmalsprogramms im Sinne der geforderten Verbesserungen wurde die *AG IRB* einberufen. Ausgehend von dem bestehenden Merkmalsprogramm wurden Verbesserungen zur Berichterstattung über die soziale Lage diskutiert. Hier konnten zunächst die Bedenken, die der Bereitstellung der Datenlieferungen zum Sozialhilfebezug entgegenstanden, ausgeräumt werden. Dazu trugen die nach wie vor bestehenden Verwendungsbeschränkungen des Datenmaterials, aber auch die positiven Erfahrungen der Zusammenarbeit in der AG bei, die weiterhin auch organisatorisch gesichert bleiben soll.

Ein ganz wesentlicher Schritt nach vorne bedeutet die Datenbasis, die den Kommunen von der *Bundesagentur für Arbeit* (BA) zur Verfügung gestellt wird. Hier konnten – auch durch Einbeziehung des zusammen mit der Kommunen initiierten *Netzwerks Stadt- und Kommunalstatistik*¹³ – Vereinbarungen zur Weitergabe der kleinräumigen BA-Daten erzielt werden. Auch dies spricht für das gewachsene Vertrauen innerhalb der Gruppe der Statistikproduzenten und Statistikanwender.

Eine wesentliche Verbesserung zur vergleichbaren Analyse der Bevölkerungsentwicklung innerhalb der Städte wurde durch die Klärung des jeweils zu verwendenden Bevölkerungsbegriffs erzielt. Die Städte beliefern nun – als die *IRB-Bevölkerung* – die Struktur- und Bewegungstabellen auf der Basis des Bevölkerungsbegriffs, der der Wirklichkeit ihrer Stadt auf geprüfte Weise am nächsten kommt und den sie selbst zur Grundlage ihrer Berichterstattung machen. Das ist einmal die wohnberechtigte Bevölkerung (sofern Nebenwohnungen quantitativ bedeutsam sind und die Dateien deshalb auf Zuverlässigkeit geprüft bzw. entsprechend korrigiert wurden), zum andern die Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung (in den Städten, in denen die wohnberechtigte Bevölkerung weniger bedeutsam und daher auch statistisch weniger gepflegt ist).¹⁴

Die geforderte kontrollierte *Auswahl von Teilnehmerstädten* wurde auf der Basis eines systematischen „Auswahlrasters“ vor-

(13) Das Netzwerk wurde 2000 gegründet (Anfang 2001 offiziell institutionalisiert) und auf der Statistischen Woche vorgestellt (Böltken 2001 b).

(14) Der Vorschlag wurde auf der Sitzung der neu gegründeten AG IRB in Frankfurt a.M. im November 2002 gemacht und dann nach seinen Bedingungen spezifiziert. Auf der Frühjahrs-tagung des VDSSt 2003 in Wis-mar wurde darüber berichtet.

genommen. Mit ihm sollte die Abdeckung der Siedlungsstruktur der Bundesrepublik geleistet werden. Dazu wurde eine mehrfache „Schichtung“ der angestrebten Grundgesamtheit (Großstädte/Oberzentren bzw. deren Stadtteile) vorgenommen. Dabei wurde zunächst eine unter pragmatischen Gesichtspunkten abgeleitete Höchstzahl von Städten (ca. 30) vorgegeben. Diese Anzahl entspricht nach den IRB-Erfahrungen der Zahl der tatsächlich kommunalstatistisch leistungsfähigen und kooperationswilligen Städte. Sie erscheint groß genug, um Einzelfälle und gruppenspezifische Entwicklungen von generell gültigen Trends zu trennen. Voraussetzung dabei ist, dass keine systematische Auswahlverzerrung vorliegt. Um solche Verzerrungen zu vermeiden, wurde die Vertretung aller Bundesländer als Schichtungskriterium gewählt. Sie sollten gemäß ihrem Bevölkerungsanteil vertreten sein. Je nach der landesspezifischen Zielgröße (z. B. NRW: mindestens sieben Städte, Bayern fünf, Sachsen zwei) wurde dann die jeweilige Hauptstadt bzw. die größte Stadt ausgewählt; weitere Städte wurden dann nach der Größenrangfolge und nach ihrer Zugehörigkeit zu den siedlungsstrukturellen Gebietstypen des BBR geordnet. Bei mehreren „Kandidaten“ spielte zudem der bisherige IRB-Hintergrund eine Rolle.

Dieser Auswahlplan wurde den Städten auf der Frühjahrstagung des VDSt in Erfurt 2001 vorgestellt (Böltken 2001). Im März 2002 wurden auf seiner Basis 60 Städte angeschrieben und um Mitarbeit gebeten. Dazu lag als Anlage das überarbeitete Tabellenprogramm bei. Die Städte sollten das Programm kritisch bewerten und detailliert Auskunft über ihre Datenlage und Teilnahmebereitschaft geben. Aus diesen Angaben wurde im Sommer 2003 eine Auswahl für die erste Datenlieferung getroffen und die ausgewählten Städte darum gebeten, den abgestimmten Datensatz für 500 € zur Verfügung zu stellen.

Stand des Neuaufbaus der IRB

Den Rücklauf auf die Aufforderung zur Teilnahme am Neuaufbau der IRB stellt die Karte in der Einleitung dieses Berichtsbandes dar.¹⁵ 40 Städte folgten der Aufforderung zur Datenlieferung (oder stellten sie sicher in Aussicht), darunter neun Städte aus den neuen Ländern. Sie vertreten 17,5 Mio. Einwohner, die in ca. 2 400 Stadtteilen leben. Mit ihrer Verteilung über die gesamte Bun-

desrepublik konnte die mit dem Auswahlplan angestrebte *regionale Repräsentativität* voll eingelöst werden. Dabei ist es günstig für die Zeitreihenbildung und die Abstimmung der Raumbezüge, dass 33 der 40 Städte bereits langjährige Mitglieder der IRB sind. Nimmt man die Städte des Projekts KOSTAT mit insgesamt über 8 500 Stadtteilen hinzu, ergibt sich eine noch dichtere Abdeckung der Stadt- und Siedlungsstruktur der Bundesrepublik und eine breite Ausgangsbasis für vergleichende Analysen.

Auch die *Breite der Datenlieferung* hat sich entscheidend verbessert. Allerdings konnte der Anspruch einer vollständigen Belieferung des Tabellenprogramms noch nicht eingelöst werden. Hätte man sich strikt dieser Vollständigkeit verpflichtet, hätte man zugleich den Anspruch auf räumliche Repräsentativität aufgeben müssen. So werden auch bei diesem Neuanfang die alten Stärken und Schwächen der Kommunalstatistik sichtbar, wobei allerdings die Stärken stärker und die Schwächen schwächer geworden sind.

Nach wie vor hervorragend sind die zentralen Merkmale zu *Bevölkerungsstruktur und Bevölkerungsbewegungen* abgedeckt. Damit kann die Veränderung der Bevölkerung als Folge und als Ursache struktureller Veränderungen innerhalb der Städte analysiert werden, differenziert nach Alter, Geschlecht und Ethnie. Zugleich ist damit eine ganz wesentliche Grundlage für die Beobachtung der Wirkungen von städtebaulichen Maßnahmen gegeben, zumindest für solche, die auf die Zusammensetzung der Bevölkerung und auf selektive Zu- und Abwanderungen abzielen. Freilich stecken in dieser so eindrucksvollen Merkmalsfülle noch manche Probleme.

Einen außerordentlich wichtigen Bestandteil des Datenkranzes der IRB bilden die nun vorhandenen Daten zur Sozialstruktur, zu *Sozialhilfe*, zu *Beschäftigung* und *Arbeitslosigkeit*. Mit diesen Daten kann einmal die Entwicklung der „sozialen Lage“ in den Stadtteilen exakt dargestellt werden. Zudem können sie die vorab skizzierten Bevölkerungsveränderungen präzisieren und z.T. erklären. Schließlich bilden die Daten zur Sozialstruktur eine wichtige Grundlage zur Charakterisierung der Stadtteile und ihrer sozioökonomischen Situation sowie zum angemessenen Vergleich von Entwicklungsprozessen in Stadtteilen unterschiedlicher sozialer Lage.

(15)
Die Karte führt auch die inzwischen neu hinzugekommenen Städte Chemnitz, Darmstadt, Frankfurt/O., Jena, München auf.

Weniger vollständig, aber immer noch erfreulich verbessert ist die Lage bei der Beschreibung der *Wohnungs- und Gebäudesituation*. Dabei schlagen die Lücken bei den anstehenden Analysen wiederum zweifach zu Buche: Zum einen bei der Beobachtung der entsprechenden Sachverhalte selbst (wie und wo entwickeln sich welche baulichen Bedingungen). Zum anderen aber auch bei der plastischen Beschreibung der städtebaulichen Situation, die dann als Kontextinformation zur vergleichenden Analyse der Bevölkerungs- und Sozialstrukturentwicklung genutzt werden kann.

Sorgenkind bleibt die *Flächennutzung*. Liefern können nur die wenigen Städte, bei denen die Flächennutzung für statistische Einheiten (und nicht nur auf Gemarkungsebene) vorliegt und kontinuierlich fortgeschrieben wird. Aber selbst dann erscheint es zweifelhaft, ob die Daten dazu geeignet sind, detailliert den kleinräumigen Wandel von Flächennutzung zu erfassen.¹⁶ Die Daten können wieder eher zu Zwecken der Stadtteil- bzw. Quartiersbeschreibung genutzt werden. Dabei können dann auch Näherungswerte eine ausreichend präzise Beschreibung liefern. Diese Dinge werden in der AG IRB abzustimmen sein.

Eine weitere, gemeinsam mit den Städten noch zu leistende Aufgabe ist die Vervollständigung von *Zeitreihen zentraler Eckwerte*. Nur im Zeitvergleich lassen sich viele Tendenzen einordnen und bewerten. Um den Anschluss an die alte IRB herzustellen und die schon vorliegenden Zeitreihen zu schließen, wird angestrebt, die Lücke zwischen den Datenlieferungen 1997 und 2002 zumindest für einige wichtige, konstant gehaltene IRB-Tabellen zu füllen.

Aus dieser groben Auflistung wird klar, dass die IRB immer noch im Aufbau ist, mit ständigen inhaltlichen Anpassungs- und Entwicklungsprozessen. Diese Veränderungsprozesse werden notwendig bleiben, wenn die IRB den Tendenzen der Stadtentwicklung angemessen folgen will.

Raumbezug und Gebietstypisierung

Auch beim Raumbezug sind noch Anpassungen zu leisten. Ziel der IRB ist es, Daten für *innerstädtische Gebietseinheiten* zur Verfügung zu stellen, die im Durchschnitt nicht mehr als 10 000 Einwohner haben. Auf den ersten Blick scheint dieses Ziel mit durchschnittlich 7 300 Einwohnern je Raumein-

heit erfüllt. Dahinter verbirgt sich jedoch eine erhebliche Streuung der innerstädtischen Gebietseinheiten, schon innerhalb der Städte, erst recht aber zwischen ihnen. Hier Abstimmungen zu erzielen, wird allerdings nicht in allen Fällen möglich sein, weil die Grundvoraussetzung der Datenverfügbarkeit keine beliebigen Raumzuschnitte erlaubt, sondern auf die jeweils vorhandenen statistischen Gliederungen zurückgreifen muss, selbst wenn diese meist historisch gewachsenen Gliederungen aus heutiger Sicht nicht mehr angemessen erscheinen mögen. Dass diese Fragen von erheblicher inhaltlicher Bedeutung sind, wird im Folgenden am Beispiel des Vergleichs von Segregationsindizes gezeigt.

Abstimmungsprobleme mit inhaltlichen Folgen ergeben sich auch bei den Wanderungen in das und aus dem Umland der Städte. Um Suburbanisierungsprozesse bzw. den Austausch zwischen Stadt und Umland besser abbilden zu können, musste ein *Umlandbereich* abgegrenzt werden. Er sollte sich im Prinzip aus den Nachbargemeinden der Stadt, gegebenenfalls ergänzt um weitere sehr eng verflochtene Gemeinden, zusammensetzen. Vom BBR wurde für jede Stadt ein Vorschlag erarbeitet, der „vor Ort“ bestätigt oder auch in Details überarbeitet werden sollte. Dadurch konnte in der Mehrzahl der Städte eine räumliche vergleichbare Abgrenzung erreicht werden. Ein Drittel der BBR-Abgrenzungsvorschläge wurde allerdings durch eigene, zumeist viel größere Umlandabgrenzungen ersetzt. Das hat natürlich unmittelbaren Einfluss auf die Umlandwanderungsdaten und deren Vergleichbarkeit. Es muss daher auch hier eine Anpassung erfolgen, wenn man nicht den Sinn der IRB, den Vergleich zwischen vielen Städten, gefährden will.¹⁷

Schließlich steht noch ein ganzes Bündel an raumbezogenen Abstimmungen an, das bislang nur in den Grundzügen bearbeitet wurde: die Festlegung von *innerstädtischen Gebietstypen*. Wenn man Tendenzen der Stadtentwicklung differenziert analysieren will, muss man der Heterogenität innerhalb der Städte gerecht werden und die unterschiedlich strukturierten Stadtteile nicht unreflektiert zusammenfassen. Das hauptsächlichste Problem ist ähnlich wie bei der Umlandabgrenzung: Einerseits sollte man der spezifischen Situation der Städte gerecht zu werden suchen, andererseits muss man von der einzelnen Stadt abstrahieren,

(16) Erfahrung mit entsprechenden kommerziellen Angeboten zeigen, dass im Einzelfall die Angaben recht unzuverlässig sind. Das liegt z.T. an den zugrunde gelegten Erfassungskriterien, z.T. an der zeitlichen Periodizität der Erhebungen.

(17) Dabei kann man zwischen eher räumlichen Modellen (wie beim BBR-Vorschlag, den man noch um einen weiteren Ring von Gemeinden oder Kreisen ergänzen könnte) und eher funktionalen Abgrenzungen unterscheiden, etwa den funktional abgegrenzten Raumordnungsregionen (auf Basis von Stadt- und Landkreisen) oder dem mit dem VDST abgestimmten Modell funktional verflochtener „Stadtregionen“ (auf Basis von Gemeinden, Göddecke-Stellmann 1995). Welche Entscheidung man auch trifft, sie muss einen Kompromiss darstellen zwischen den Erfordernissen vor Ort und dem Erfordernis überörtlicher Vergleichbarkeit.

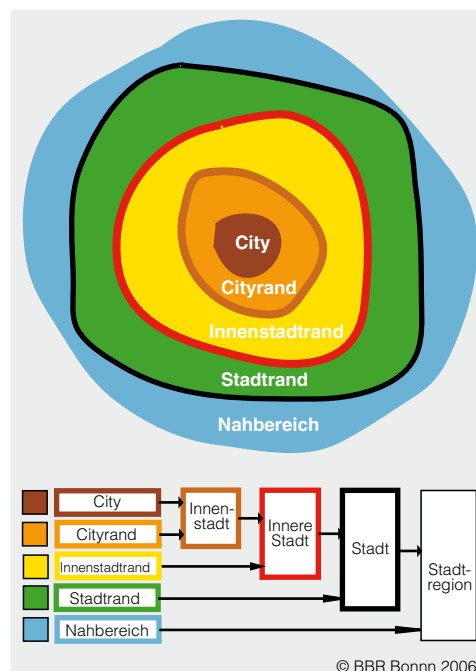
um dem Kriterium der überörtlichen Vergleichbarkeit gerecht zu werden. Aus dem Blickwinkel und den Fragestellungen der IRB, der Beschränkung auf stadtübergreifende Tendenzen der Stadtentwicklung, ist dabei im Zweifel der überörtlichen Vergleichbarkeit der Vorzug zu geben. Dieser Ansatz spiegelt sich in der einfachsten Form der Stadtteil„typisierung“, der Einteilung der Stadt in Lagezonen und die Zuordnung der Stadtteile zu diesen Lagetypen.

Die *Lagetypen* (Abb. 2) folgen einer in der Raumbeobachtung wesentlichen Dimension, nämlich der Unterscheidung von Räumen nach ihrer Zentralität. Dabei orientiert sich die IRB bei der Beschreibung der Stadtstruktur an den historisch gewachsenen Vorgaben. Zentrum ist, was in der Stadt als Zentrum ausgewiesen wird. Die Stadtteile der Innenstadt werden nach der vorgegebenen Abgrenzung der „Innenstadt“ in den Selbstdarstellungen der Städte eingeordnet. Damit wird in aller Regel die Entwicklungsgeschichte der Stadt „zitiert“, mit allen typischen Merkmalskombinationen, die immer noch damit verbunden sind: Der zentrale Geschäftsbereich, die hohe Dichte, die überregional orientierte Infrastruktur, die urbanen Gelegenheiten und Belastungen. Um diesen vorgegebenen „Kern“ gruppieren sich dann die weiteren Lagezonen: Zunächst ein Ring an die Innenstadt angren-

zender Stadtteile. Sie umfassen sehr häufig die Stadt nach den Erweiterungsschüben der Gründerzeit („Neustadt“). Das verbleibende Stadtgebiet wird dann als „Stadtrand“ eingestuft, wobei durch die dort eingeordneten Stadtteile natürlich sehr unterschiedliche Typen von „Stadtrand“ vertreten werden, vom dörflich gebliebenen eingemeindeten Dorf bis zur extrem verdichteten Großsiedlung in den Außenbereichen der Stadt. Damit wird besonders deutlich, dass die einfache Lage-„Typisierung“ nicht hinreicht, um die städtebauliche und soziale Situation einzelner Stadtteile hinreichend präzise und vergleichsgerecht zu charakterisieren.

Bei der *inhaltlichen Ergänzung der Lagetypen* muss wieder angestrebt werden, die spezifische Sicht der Städte mit der bundesweit vergleichenden Perspektive des BBR zu verbinden. Die Lösung dazu wurde im Arbeitskreis „Stadtteiltypisierung“ entworfen. Sie deckt sich weitgehend mit den zahlreichen Ergebnissen von Studien zur „Sozialraumanalyse“: Stadtstruktur lässt sich mit relativ wenigen, weitgehend allgemein gültigen Merkmalsdimensionen (Böltken et al. 1996; Ruten et al. 2002) beschreiben. Die Stadtteile wiederum lassen sich je nach ihrer Stellung auf diesen Dimensionen beschreiben bzw. in entsprechende Typen einordnen, die sich aus der Kombination dieser gemeinsam relevanten Merkmalsdimensionen ergeben.

Abbildung 2
Innerstädtische Lagetypen der IRB



Quelle: Innerstädtische Raumbeobachtung des BBR

Die Datenlage für diese Zuordnungen ist nach der Erweiterung des Merkmalspektrums recht günstig. Mit den Daten zur Bevölkerungs- und Sozialstruktur können weitgehend die Merkmalsebenen von Sozialraumanalysen abgedeckt und z. B. „benachteiligte Viertel“ identifiziert werden. Mit den Daten zu Umzügen und Wanderungen können Viertel mit hoher Ab- oder Zuwanderung, mit den Daten zur Wohnbebauung Quartiere unterschiedlicher Wohndichte, mit den Daten zur Flächennutzung Gebiete mit mehr oder weniger Grünflächen usw. abgegrenzt werden.

Defizite bestehen aber weiterhin in städtebaulicher Hinsicht, so bei historischen Entstehungszusammenhängen und qualitativen Einstufungen (Plattenbaugebiete, Industriegebiete mit hoher Umweltbelastung o. ä.). Dazu werden zusätzliche Informationen zur Struktur der Stadt, z. B. aus Kartengrundlagen oder nach Einstufungen kommunaler Experten, vorgenommen werden müssen.

Ergebnisse aus der „Werkstatt“ IRB

Im Folgenden werden zwei Anwendungsbeispiele dargestellt. Dabei geht es nicht nur um die Vermittlung (vorläufiger) Ergebnisse, sondern um die plastische Illustration des IRB-Ansatzes, die Notwendigkeit angemessener Vergleichsgrundlagen – und die Erkenntnis, dass viele Probleme erst durch inhaltliche Anwendungen sichtbar werden. Es handelt sich also um Berichte aus der Werkstatt.

Segregation in deutschen Städten

Sozialräumliche Differenzierung ist ein klassisches Dauerthema von Stadtforschung, Stadtplanung und Städtebaupolitik.¹⁸ Insofern eignet es sich in besondere Weise, um zum Gegenstand von Stadtbeobachtung und Monitoring zu werden. Dies umso mehr, als die zugrunde liegenden Prozesse und Mechanismen räumlicher Differenzierung sozialer Tatbestände (Segregation, Gentrification, Verdrängung) weitgehend bekannt sind und eine bemerkenswerte Konstanz über längere Zeitphasen wie zwischen unterschiedlichen Städten und Ländern aufweisen. Die Prozesse sind also offenbar so naturwüchsig, dass Versuche ihrer Steuerung („soziale Mischung“, „ausgewogene Bewohnerstruktur“) langfristig höchst bescheidene Erfolge aufweisen, sobald man die Steuerungsinstrumente lockert und den Dingen freien Lauf lässt. Dann „gesellt sich wieder gleich und gleich“, dann entscheidet der Preis über die Nutzung von Attraktivität, dann gibt es selektive Zu- und Abwanderungen, Gewinner und Verlierer.

Soziale Differenzierung wird zum Problem, wenn benachteiligte Quartiere mit einer Konzentration verschiedener Problemlagen entstehen, die sich gegenseitig verstärken. Damit werden benachteiligte Viertel selbst zur Quelle von Benachteiligung für ihre Bewohnerinnen und Bewohner (Häußermann 2003), vor allem für Kinder und Jugendliche: In einem Kontext der Chancenlosigkeit sind sie die Verlierer, die die Zukunft vor sich haben. Insofern setzt die städtebauliche Förderung beim Programm *Soziale Stadt* konsequent an diesem Punkt der Polarisierung sozialer Probleme innerhalb von Städten an. Dem liegen zwei Annahmen zugrunde: erstens ein hoher Grad sozialräumlicher Polarisierung, zweitens seine Zunahme derselben. Beide Annahmen treffen im Einzelfall sicher zu. Ob sie aber als generelle Tendenz gelten, ist empirisch kaum belegt,

insbesondere die Annahme einer (alarmierend) zunehmenden räumlichen Polarisierung.

Das gilt insbesondere für die Verteilung und Konzentration der nichtdeutschen Bevölkerung, die i. d. R. als ein zentraler Indikator sozialräumlicher Polarisierung verwendet wird. Berechnet man als quantitatives Maß dieser „ethnischen Segregation“ den Duncanschen Segregationsindex¹⁹, dann zeigt sich zunächst, dass die Wohnsituation der ausländischen Bevölkerung tatsächlich in erheblichem Ausmaß von einer Gleichverteilung über das Stadtgebiet abweicht: Rund ein Viertel aller Ausländer müsste innerhalb der Stadt umziehen, um eine solche Gleichverteilung zu erreichen.

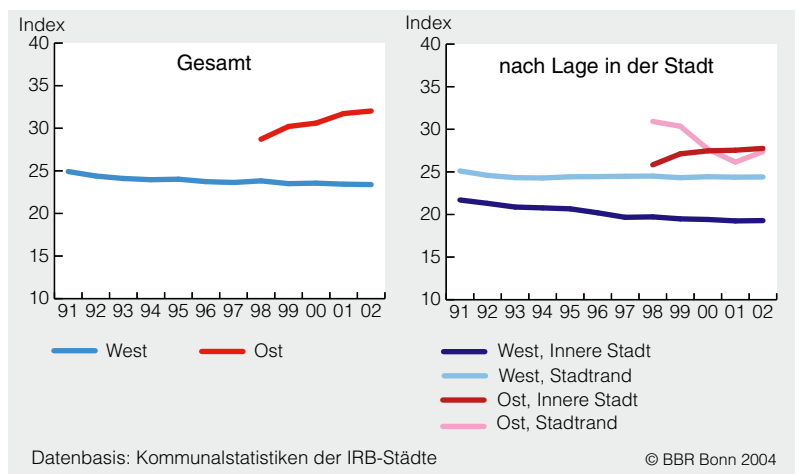
Es gibt also ein erhebliches Ausmaß sozialräumlicher Segregation. Allerdings ist durchaus nicht eindeutig, dass sie in den letzten Jahren zugenommen hat. Der Vergleich von zehn westdeutschen Städten (mit insgesamt 520 Stadtteilen) zwischen 1991 und 2002 zeigt eher eine Abnahme von Segregation innerhalb des Stadtgebiets, während im Osten (acht Städte mit 530 Stadtteilen) ein leichter Anstieg vorliegt. Das hängt auch mit der Höhe des Ausländeranteils zusammen: Je höher der Anteil (und das heißt dann eben i. d. R. auch: je länger ansässige, je mehr bereits in Deutschland geborene, je mehr im Alltag integrierte Ausländer) in der Stadt, desto allgemeiner die räumliche Verteilung über die Stadt. Das wird bestätigt durch die höhere Segregation am Stadtrand, wo der Ausländeranteil i. d. R. insgesamt niedriger ist als in den inneren Bereichen der Stadt.²⁰

(18) Die hier dargestellten Ergebnisse waren Teil der Berichterstattung auf der Frühjahrstagung des VDSSt vom 29. bis 31. März 2004 in Frankfurt/O.: Böttken / Meyer: Innerstädtische Raumbewachung IRB: Erweitertes Datenspektrum für Stadtforschung und Regionalanalyse.

(19) Der Index setzt jeweils die Vertretung der verglichenen Gruppen im Stadtteil in Beziehung zur Vertretung in der Gesamtstadt. Der Wert kann interpretiert werden als das Ausmaß, in dem die Mitglieder der segregierten Gruppe umziehen müssten, damit es zu einer Gleichverteilung in der Stadt kommt.

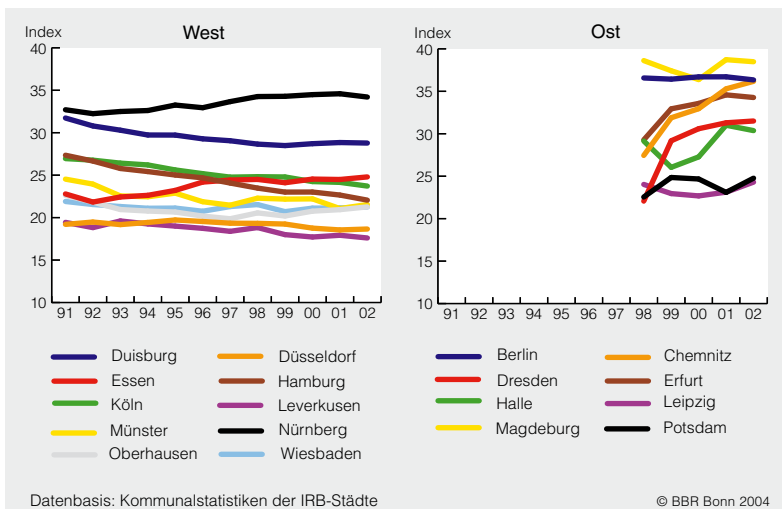
(20) Ausschlaggebend dürfte hier aber auch sein, dass sich am Stadtrand häufig einerseits Gebiete hoher Attraktivität (freiwillige Entmischung sozial Begünstigter) vorfinden, andererseits Gebiete, die eher Sammelgebiete für „Zuweisungen“ sozial Benachteiligter sind.

Abbildung 3 Durchschnittliche Segregation von Ausländern in 18 IRB-Städten – 1991 bis 2002



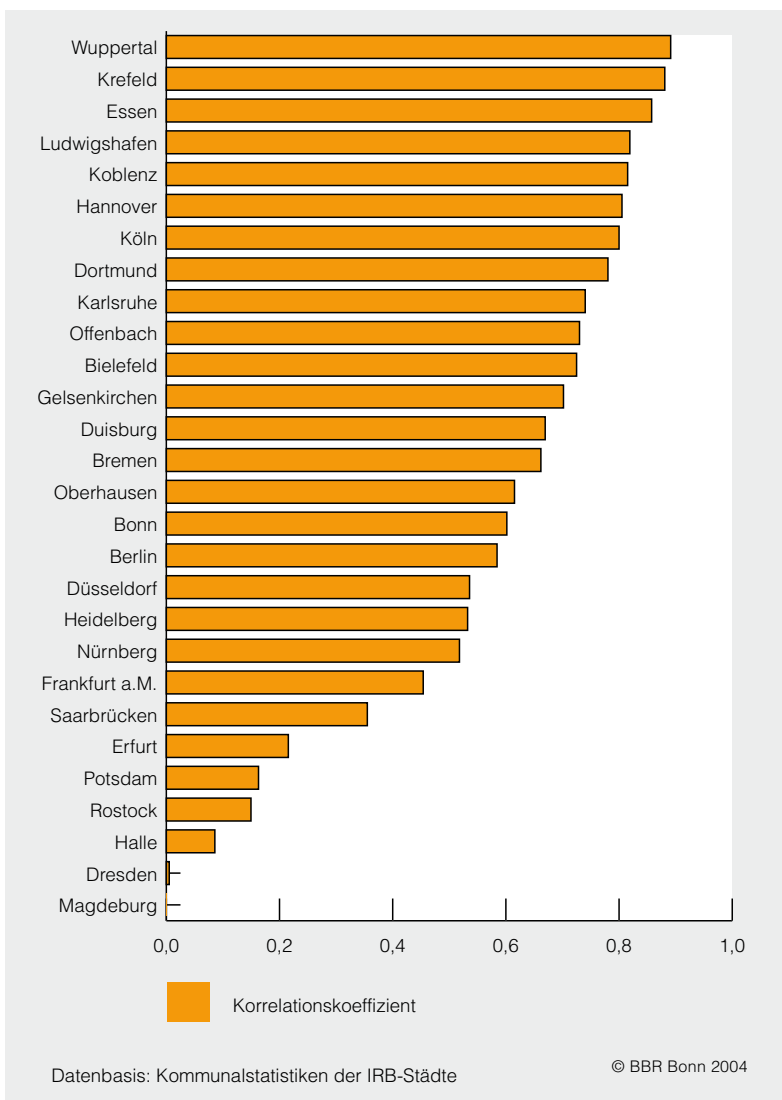
Quelle: Innerstädtische Raumbewachung des BBR

Abbildung 4
Nach Städten differenzierte ethnische Segregation von Ausländern – 1991 bis 2002



Quelle: Innerstädtische Raumbearbeitung des BBR

Abbildung 5
Zusammenhang zwischen Sozialhilfeanteil und Ausländeranteil in 18 IRB-Städten – 2002



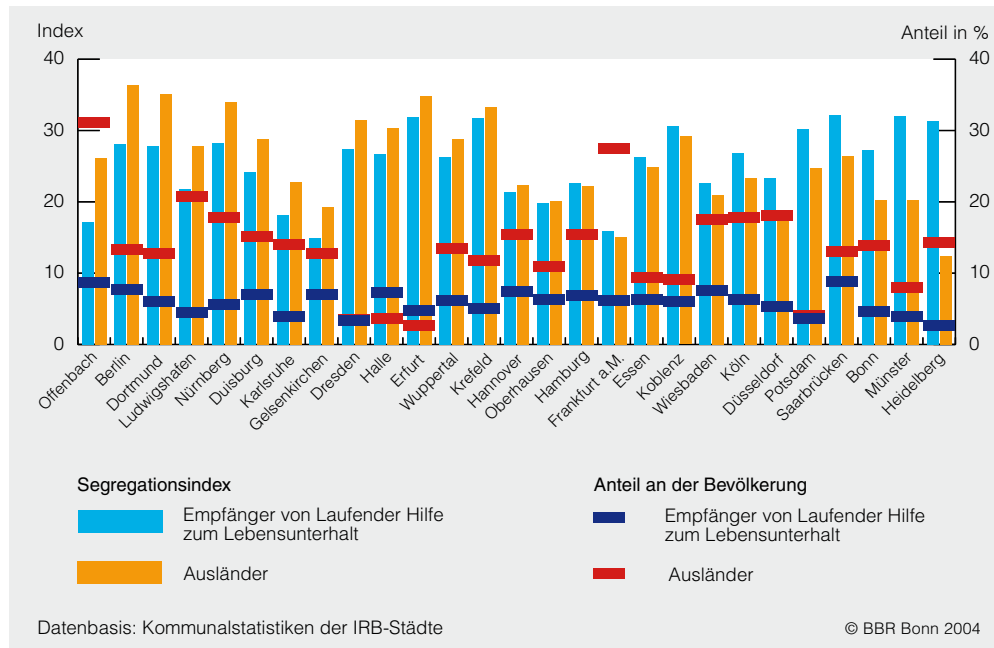
Quelle: Innerstädtische Raumbearbeitung des BBR

Dieser und ähnliche in der Literatur dargestellte Befunde werden z. T. mit Skepsis betrachtet (z. B. Janßen 2004). Der verwendete Index sei kaum geeignet, dem Phänomen sozialräumlicher Segregation gerecht zu werden. Insbesondere lasse er sich kaum zwischen verschiedenen Städten vergleichen, da er stark von der Größe und der Anzahl der jeweils vorhandenen Stadtteile abhängt. Das ist in der Tat der Fall und lässt sich auch bei den IRB-Daten beobachten: Je kleiner die Stadtteile, desto höher der Wert des Segregationsindex' (z. B. in Erfurt), weil Unterschiede zwischen kleinen Stadtteilen sichtbar werden, die ansonsten in großen Stadtteilen überdeckt werden. Mit den Daten der IRB können dennoch sinnvolle Vergleiche angestellt werden, indem z. B. die jeweiligen Werte als Zeitreihe nebeneinander gestellt werden. Die Entwicklungstendenz bestätigt im Prinzip die Konstanz sozialräumlicher Differenzierungen, wenn sich auch einige Städte mit einer eher steigenden, andere mit sinkender Segregation zeigen, was hier nicht weiter untersucht werden kann (Abb. 4).

Auch die Annahme der regelmäßigen Kombination bestimmter Problemlagen ist zu überprüfen. So gilt z. B. die Gleichung „hoher Ausländeranteil = hohe soziale Benachteiligung“ nicht durchgängig. In einer ganzen Reihe von Städten haben sich soziale Benachteiligung (gemessen mit dem Indikator „Anteil Sozialhilfeempfänger“) und Ausländeranteil voneinander gelöst (Abb. 5) bzw. entsprechen sich die Muster von sozialer und ethnischer Segregation (Abb. 6) nur sehr bedingt.

Dabei zeigt sich beim Auseinanderklaffen von sozialer und ethnischer Segregation wiederum kein durchgängiges Muster. Einerseits übersteigt die soziale die ethnische Segregation. Das gilt z. B. für (Universitäts-) Städte, bei denen ein relativ niedriges Sozialhilfeniveau bei eher durchschnittlichem Ausländeranteil (Heidelberg, Münster, Bonn) vorliegt. Andererseits übersteigt die ethnische die soziale Segregation. Dabei ragen (neben ostdeutschen Städten mit sehr geringem Ausländeranteil) einige von der Industrialisierung besonders geprägte Städte (Offenbach, Ludwigshafen, Nürnberg, Ruhrgebietsstädte) mit einer ausgeprägten (Gast-)Arbeitertradition und entsprechenden Wohngebieten heraus, in denen sich dann nicht nur eine benachteiligte ausländische Bevölkerung vorfindet.

Abbildung 6
Soziale und ethnische Segregation in 18 IRB-Städten geordnet nach der Differenz von Segregationsindex „Sozialhilfe“ und Segregationsindex „Ausländer“ – 2002



Quelle: Innerstädtische Raubeobachtung des BBR

Bevölkerungsentwicklung – Zurück in die (Innen-)Stadt?

In manchen Meldungen wird aktuell vom Ende der „Stadtflucht“ berichtet. Die lange von Bevölkerungsverlusten gebeutelten Städte sähen endlich Licht am Ende des Tunnels, weil sie sich unter dem Druck der Verhältnisse gewandelt haben und nun neu entdeckt würden. Dabei kann eine plausible Rechnung aufgemacht werden: Einerseits haben die Städte durch Stadtflucht von Bevölkerung und Betrieben neue Freiräume gewonnen, die zur Schaffung attraktiver städtischer Umwelten genutzt wurden. Und andererseits haben die Menschen bemerkt, was ihnen außerhalb der Städte alles fehlt. Da sie sich zudem ausrechnen können, dass der angekündigte Bevölkerungsrückgang die Versorgung außerhalb der Städte problematisch werden lässt, wenden sie sich wieder der Gelegenheitsfülle der Städte zu bzw. wenden sich nicht mehr von ihr ab. Davon profitieren dann auch die inneren Bereich der Stadt mit ihrem vielfältigen Angebot.

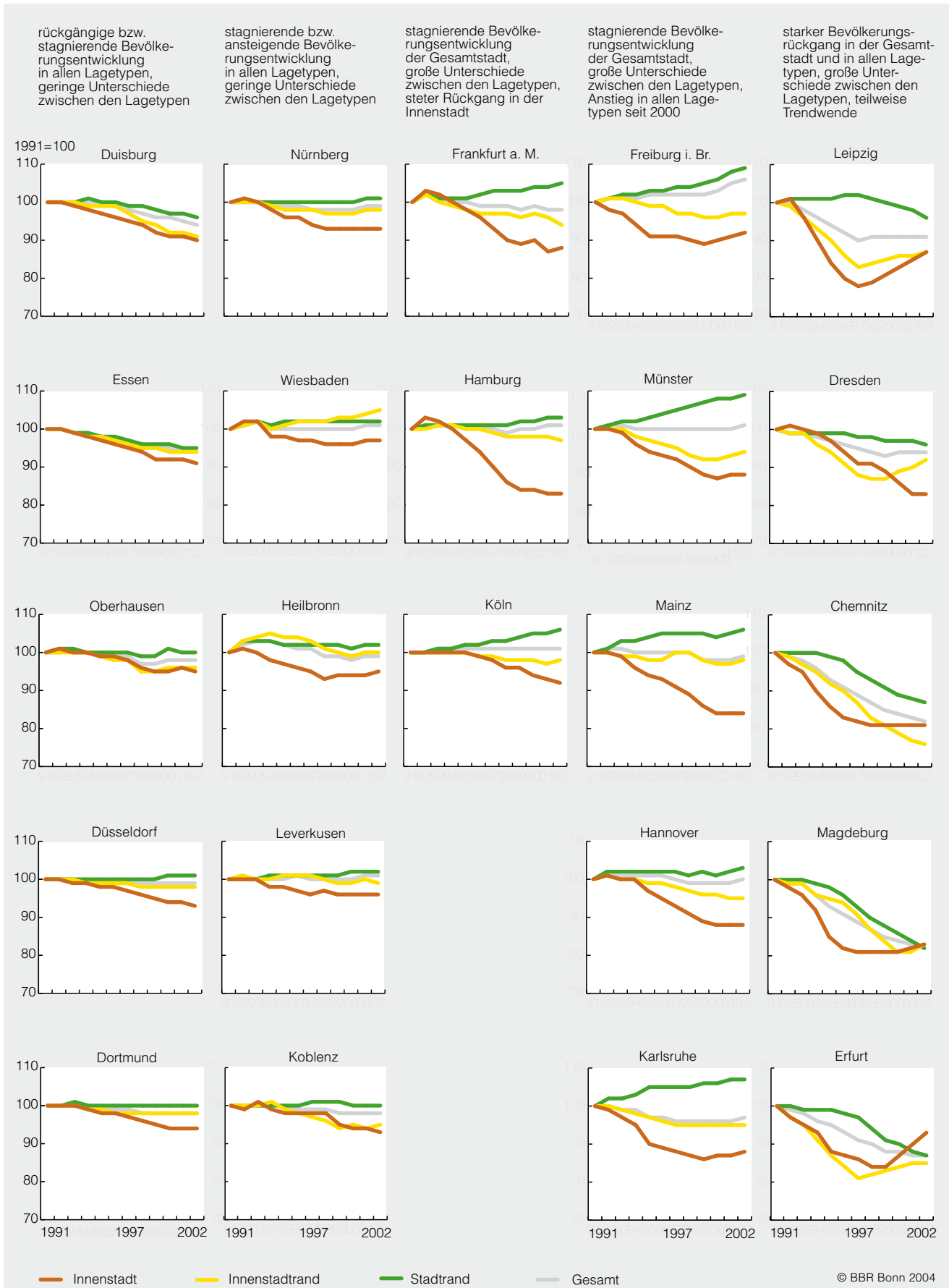
Zur Prüfung dieser Annahmen wird im Folgenden die Bevölkerungsentwicklung seit 1991 innerhalb von 23 Städten (18 West, 5 Ost) dargestellt. Sie ist für die Städte ins-

gesamt negativ, vor allem im Osten. Allerdings zeigen sich gegen Ende der 90er Jahre Hinweise auf eine Abkehr von dieser negativen Tendenz. Schließt man die durch den Abbruch der IRB-Lieferungen entstandenen Lücken durch die verfügbaren KOSTAT-Daten, können nach den mit den Städten abgestimmten innerstädtischen Lagetypen interne Differenzierungen vorgenommen werden. Dabei ergeben sich für diese Auswahl von Städten unterschiedliche Entwicklungsmuster, die in Abbildung 7 zu fünf Gruppen zusammengefasst werden.

Gruppe 1: Duisburg, Essen, Oberhausen, Düsseldorf, Dortmund

Diese (überwiegend Ruhrgebiets-)Städte sind durch den steten Rückgang der Bevölkerung insgesamt seit 1991 gekennzeichnet. Dieser ist in Düsseldorf und Dortmund am geringsten und scheint seit ca. 2000 abgebremst zu sein. In allen Städten gibt es nur relativ geringe Unterschiede nach den Lagetypen. Dennoch zeigen sich systematische intrakommunale Gemeinsamkeiten: Die Entwicklung in der Innenstadt ist durchgängig stärker negativ, während der Stadtrand die geringsten oder gar keine Verluste aufweist.

Abbildung 7
 Bevölkerungsentwicklung in Großstädten nach innerstädtischen Lagetypen – 1991 bis 2002



Quelle: Innerstädtische Raumbeachtung des BBR; Datenbasis: Kommunalstatistiken der IRB-Städte; Gebietsstand 31.12.2002

Gruppe 2: Nürnberg, Wiesbaden, Heilbronn, Leverkusen, Koblenz

Die Bevölkerungsverluste (Nürnberg, Heilbronn, Koblenz) bzw. -gewinne (Wiesbaden, Leverkusen) sind gegenüber 1991 eher gering, der kurzfristige Anstieg nach der Deutschen Einigung wurde bis Mitte der 90er Jahre wieder abgebaut. Die Entwicklungskurven der Lagetypen liegen – ähnlich wie bei Gruppe 1 – dicht beieinander. Ungefähr seit 1998/1999 bleiben die Bevölkerungszahlen in den verschiedenen innerstädtischen Lagen – auch in den Innenstädten – konstant (Leverkusen, Koblenz) oder steigen sogar leicht an (Nürnberg, Wiesbaden, Heilbronn). Freilich, diese positiven Aspekte gelten auch für die sonstigen Stadtgebiete, so dass auch in dieser Gruppe die Innenstadt relativ benachteiligt wird.

Gruppe 3: Frankfurt a. M., Hamburg, Köln

Diese „Metropolen“ sind dadurch gekennzeichnet, dass sich zwar die Gesamt Einwohnerzahl gegenüber 1991 kaum verändert hat, es aber in der Entwicklung nach den innerstädtischen Lagetypen große Unterschiede gibt. Auch hier sind die Bevölkerungsverluste in den Innenstädten am größten, in der Hamburger Innenstadt betragen sie 17 % gegenüber 1991. Demgegenüber wachsen die Metropolen jedoch konstant am Stadtrand (Maximum in Köln mit +6 %).

Gruppe 4: Freiburg, Münster, Mainz, Hannover, Karlsruhe

Mit Ausnahme von Freiburg, wo die Einwohnerzahl gegenüber 1991 auf 106 % angestiegen ist, entsprechen die Einwohnerzahlen von 2002 weitgehend dem Stand zu Beginn der 90er Jahre. Alle Städte zeichnen sich aber dadurch aus, dass in allen Lagetypen – besonders auch in den Innenstädten – eine positive Entwicklung eingesetzt hat. Diese Gruppe repräsentiert demnach am ehesten einen Trend „zurück in die Stadt“, wobei im längerfristigen Vergleich allerdings auch hier der Stadtrand der eindeutige Gewinner ist.

Gruppe 5: Leipzig, Dresden, Chemnitz, Magdeburg, Erfurt

Die größten Veränderungen hinsichtlich des Bevölkerungsstandes haben sich – einigungsbedingt – in den neuen Ländern ergeben. Alle Städte haben z. T. dramatische Bevölkerungsverluste hinnehmen müssen.

An der „Spitze“ liegen hierbei Magdeburg und Chemnitz mit einer Abnahme auf 82 % gemessen an 1991. Lediglich Dresden, evtl. auch Leipzig, verlieren nun nicht weiter an Bevölkerung. In Leipzig und Magdeburg wachsen die Innenstädte seit Mitte bis Ende der 90er Jahre wieder leicht, in Erfurt sogar recht stark. In Dresden und Chemnitz scheinen die Innenstadtverluste zumindest aufgehalten zu sein. Zwar sind die Verluste am Stadtrand in allen Städten geringer als in den anderen Lagetypen, jedoch konnten auch die zahlreichen Eingemeindungen diese Entwicklung nicht kompensieren.

Insgesamt gesehen haben die Innenstädte die größten Bevölkerungsverluste, die sich zum Stadtrand hin abschwächen oder dort sogar in Gewinne umschlagen. Dies betrifft oft Städte außerhalb der hochverdichteten Agglomerationsräume, von denen man annehmen kann, dass sie noch Platz zum Wachsen am Rand haben. In vielen Städten scheinen aber auch die Bemühungen zur Aufwertung der Innenstädte zu fruchten, zumindest lassen ansteigende Einwohnerzahlen dies vermuten. Dabei wäre zu prüfen, ob hier eher Bedingungen wie am Stadtrand (Wohn- und Wohnumfeldsituation) oder aber urbane Qualitäten den Ausschlag geben.

Für solche „erklärenden“ Untersuchungen sind natürlich die hier vorgenommenen Differenzierungen völlig unzureichend. Das betrifft einmal die Bevölkerung. So wäre zumindest nach (Lebenszyklus-) Altersgruppen und nach Ethnie zu unterscheiden, aber auch nach dem sozioökonomischen Status, der mit den BA-Daten angenähert werden kann. Zu differenzieren wären dann aber auch, in Kombination mit der Lage innerhalb der Stadt, die Stadtteile nach ihrer Sozial- und Bebauungsstruktur, nach Umweltqualitäten, Infrastrukturausstattung usw.: Welche Eigenschaften ziehen welche Leute an, welche halten oder vertreiben bestimmte Gruppen? Welche Rolle spielen Stadtentwicklungskonzepte? Zum Teil können solche Frage bereits jetzt mit dem Datensatz der IRB beantwortet werden. Zum Teil muss er ergänzt werden, um solche Fragen untersuchen zu können.

Fazit

Die beiden Beispiele zeigen, dass die IRB eine wertvolle Quelle für empirische Untersuchungen ist und sich bei weiterem Ausbau zum Seismographen der Stadtent-

wicklung in Deutschland entwickeln kann. Der weitere Ausbau wird umso „naturwüchsiger“ verlaufen, je mehr die IRB als gemeinsames Projekt der teilnehmenden Städte und des BBR verstanden und zu gemeinsamen Vergleichsuntersuchungen genutzt wird. In solchen Auswertungen kann die Überblicksinformation der IRB mit dem Kenntnisstand vor Ort verknüpft werden. Damit können dann Unterscheidungen von ortsspezifischen Besonderheiten und generellen Entwicklungstendenzen vorgenommen werden, die als Grundlage städtebaulicher Orientierungen dienen können.

Dabei ist klar, dass die Innerstädtische Raumbeobachtung des BBR – trotz aller Anstrengungen zur Organisation von dauerhafter Vergleichbarkeit – kein starres, abgeschlossenes System sein kann und sein soll. Obwohl der Kreis der Teilnehmerstädte und das Merkmalsprogramm im Prinzip feststehen. So ist die Werkstatt IRB offen für weitere interessierte Städte und inhaltliche Ergänzungen.

Die aktuelle Datenlage der Innerstädtischen Raumbearbeitung

Katrin Meyer

Seit dem Neuaufbau der Innerstädtischen Raumbearbeitung unter dem Dach des BBR sind vier Jahre vergangen. Der ersten Datenlieferung zum Stichtag 31.12.2002 folgten bereits zwei weitere und die 2005er ist vorbereitet. In Reflexion der Hauptaufgaben des Projektes IRB lässt sich ein durchweg positives Zwischenfazit ziehen.

Beteiligte Städte ...

Die im vorangegangenen Artikel genannten Fakten hinsichtlich des Neuaufbaus der IRB haben sich im vergangenen Jahr weiter entwickelt: An der Datenlieferung 2004, die im Herbst 2005 erfolgte, beteiligten sich 42 Städte. Zum Jahreswechsel 2005/06 meldeten Chemnitz, Jena und Darmstadt ihre Mitarbeit in der IRB an und lieferten ihre Daten rückwirkend auch für die Jahrgänge seit 2002. So hat die Innerstädtische Raumbearbeitung zum Beginn des Jahres 2006 45 Teilnehmerstädte, darunter elf Städte in Ostdeutschland (neben Berlin).

In diesen 45 Städten leben insgesamt mehr als 19 Mio. Einwohner, darunter knapp 14 Mio. in Städten der alten Länder, etwas über 3 Mio. in Berlin und gut 2 Mio. in den anderen Städten der neuen Länder (Tab. 1). Mit Ausnahme von Mannheim sind alle Städte der Bundesrepublik mit mehr als 300 000 Einwohnern in der IRB vertreten. Von den 18 Städten zwischen 200 und 300 000 Einwohnern nehmen elf Städte an der IRB teil. Außerdem zählen derzeit alle Landeshauptstädte außer Kiel und Schwerin zu den IRB-Städten.

Die derzeitige Städteauswahl ist der bereits geschilderten Entwicklungsgeschichte der IRB geschuldet. Der Seitensatz zwischen einer gewünschten repräsentativen Auswahl typischer Städte und der dann praktizierten Selbstrekrutierung hat dazu geführt, dass derzeit zwar mehr Städte teilnehmen als ursprünglich geplant, jedoch weder von Vollerhebung noch von bewusster Auswahl gesprochen werden kann. Trotz des nicht unerheblichen Aufwandes der Datenaufbereitung sollte der Datensatz jedoch auf keinen Fall wieder reduziert werden. Vielmehr wird eine gezielte Ergänzung angestrebt: Erwünscht ist derzeit die Teilnahme aller westdeutschen Großstädte mit mehr als 200 000 und aller ostdeutscher Großstädte

mit mehr als 100 000 Einwohnern. Dazu erscheinen bestimmte kleinere Großstädte in exponierter geografischer Lage als Teilnehmerinnen wünschenswert – u. a., um die regionale Differenziertheit abzubilden und den Prozentsatz der großstädtischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung jeden Bundeslandes zu erfassen. Aktuell bewegen sich diese IRB-Quoten (abgesehen von den Stadtstaaten) wenig repräsentativ zwischen 6,4 % für Niedersachsen und 32 % für NRW – wobei zu bedenken ist, dass die Bundesländer durch sehr unterschiedliche Grade der Vergrößerung charakterisiert sind. Der mit den angestrebten Ergänzungen erzielbare Datensatz besäße eine gewisse Vollständigkeit und ließe sicherere Aussagen über bundesdeutsche Großstadtentwicklungen auf Stadtteilebene zu.

... und Stadtteile

Die Städte sind in ihrer Gesamtheit für die IRB jedoch weniger interessant, geht es doch um eine Beobachtung innerstädtischer Raumeinheiten. Und so sind aktuell in der IRB 2 811 statistische Bezirke, Ortsteile, Stadtteile, Distrikte oder anders bezeichnete administrative Gebietseinheiten vertreten, darunter 1 713 in den Städten der alten Länder, 903 in den ostdeutschen Städten und 195 in Berlin (Tab. 2). „Ziel der IRB ist es, Daten für innerstädtische Gebietseinheiten zur Verfügung zu stellen, die im Durchschnitt nicht mehr als 10 000 Einwohner haben“ (Böltken/Gatzweiler/Meyer 2004, S. 203). Mit durchschnittlich 7 891 Einwohnern pro Raumeinheit wird dieses Ziel erfüllt, wobei die Streuung ganz erheblich ist. So beträgt die durchschnittliche Einwohnerzahl je Raumeinheit in Frankfurt/Oder 798, in Berlin erreicht sie einen Wert von 17 093. In den bevölkerungsmäßig kleinsten Raumeinheiten lebt kaum eine Handvoll Menschen, die größte in der IRB vertretene innerstädtische Gebietseinheit umfasst hingegen mehr als 85 000 Einwohner!

Gruppiert man die Stadtteile nach ihrer Einwohnerzahl, ergibt sich somit ein sehr differenziertes Bild (Abb. 1). Nur ungefähr jede fünfte IRB-Raumeinheit liegt nahe der durchschnittlichen Größe (Gruppe der Stadtteile mit 5 000 bis 10 000 Einwohnern). Über die Hälfte der Stadtteile liegt darunter. In

Tabelle 1

Die Einwohnerzahlen der 45 IRB-Städte, angeordnet nach Bundesländern von Nord nach Süd bzw. nach Raumordnungsregionen

Stadt (Raumordnungsregion)	Bundesland	Bevölkerung 1990	Bevölkerung 1995	Bevölkerung 2000	Bevölkerung 2004
Lübeck (4)	Schleswig-Holstein	2 626 000 214 758	2 725 000 216 986	2 790 000 213 399	2 829 000 211 874
Hamburg, LH (6)	Hamburg	1 652 000 1 652 363	1 708 000 1 707 901	1 715 000 1 715 392	1 735 000 1 734 830
Rostock (8)	Mecklenburg-Vorpommern	1 924 000 248 088	1 823 000 227 535	1 776 000 200 506	1 720 000 198 993
Bremen, LH (11)	Bremen	682 000 551 219	680 000 549 357	660 000 539 403	663 000 545 932
Hannover, LH (19)	Niedersachsen	7 387 000 513 010	7 780 000 523 147	7 926 000 515 001	8 001 000 515 841
Frankfurt O. (27) Potsdam, LH (29)	Brandenburg	2 578 000 86 131 139 794	2 542 000 80 807 136 619	2 602 000 72 131 129 324	2 568 000 65 242 145 707
Berlin, BH, LH (30)	Berlin	3 434 000 3 433 695	3 471 000 3 471 418	3 382 000 3 382 169	3 388 000 3 387 828
Magdeburg, LH (32) Halle a. d. S. (34)	Sachsen-Anhalt	2 874 000 278 807 310 234	2 739 000 257 656 282 784	2 615 000 231 450 247 736	2 494 000 226 675 238 497
Münster (35) Bielefeld (36) Dortmund (39) Gelsenkirchen (40) Oberhausen (41) Essen (41) Duisburg (41) Krefeld (42) Düsseldorf, LH (42) Wuppertal (42) Bochum (43) Köln (44) Bonn (46)	Nordrhein-Westfalen	17 350 000 259 438 319 037 599 055 293 714 223 840 626 973 535 447 244 020 575 794 383 660 396 486 953 551 292 234	17 893 000 265 061 324 066 598 840 291 164 224 397 614 861 535 250 249 606 571 030 381 884 400 395 965 697 291 431	18 010 000 265 609 321 758 588 994 278 695 222 151 595 243 514 915 239 916 569 364 366 434 391 147 962 884 302 247	18 075 000 270 038 328 012 588 680 270 107 219 309 588 084 504 403 238 270 572 663 361 077 388 179 969 709 311 938
Frankfurt a. M. (51) Offenbach (51) Wiesbaden, LH (51) Darmstadt (52)	Hessen	5 763 000 644 865 114 992 260 301 138 920	6 010 000 650 055 116 533 267 122 138 980	6 068 000 646 550 117 535 270 109 138 242	6 098 000 646 889 119 527 274 076 140 078
Erfurt, LH (54) Weimar (54) Jena (56)	Thüringen	2 611 000 208 989 60 326 102 518	2 504 000 211 108 62 122 101 061	2 431 000 200 564 62 425 99 893	2 355 000 202 450 64 491 102 442
Leipzig (57) Dresden, LH (58) Chemnitz (60)	Sachsen	4 764 000 511 079 490 571 294 244	4 567 000 470 778 469 110 266 737	4 426 000 493 208 477 807 259 246	4 296 000 498 491 487 421 248 365
Koblenz (62) Mainz, LH (64) Ludwigshafen (66)	Rheinland-Pfalz	3 764 000 108 733 179 486 162 173	3 978 000 109 219 183 720 167 369	4 035 000 107 950 182 870 162 233	4 061 000 107 039 186 061 163 383
Saarbrücken, LH (67)	Saarland	1 073 000 191 694	1 084 000 187 032	1 069 000 183 257	1 056 000 180 269
Heidelberg (68) Karlsruhe (70) Stuttgart, LH (72) Freiburg i. B. (77)	Baden-Württemberg	9 822 000 136 796 275 061 579 988 191 029	10 319 000 138 781 275 690 585 604 199 273	10 524 000 140 259 278 558 583 875 205 102	10 717 000 143 123 284 163 590 657 213 998
Nürnberg (86) Ingolstadt (89) Regensburg (90) München, LH (93)	Bayern	11 449 000 493 692 105 489 121 691 1 229 026	11 993 000 492 425 111 979 125 836 1 236 370	12 230 000 488 400 115 722 125 676 1 210 223	12 444 000 495 302 120 157 128 917 1 249 176

Quelle: Laufende Raumbeobachtung des BBR;

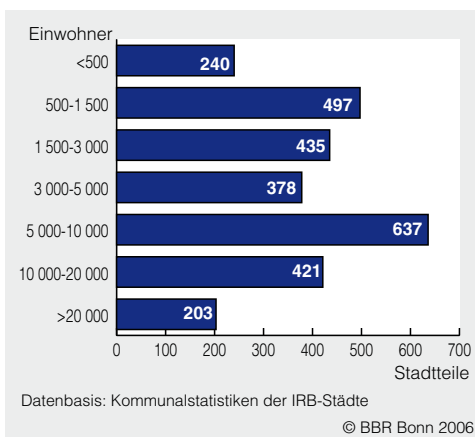
Datenbasis: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes des Bundes und der Länder jeweils zum 31.12. des angegebenen Jahres

Tabelle 2
Kennwerte der innerstädtischen Raumeinheiten – 2004

	alle 45 IRB-Städte mit 2 408 / 2 810 Raumeinheiten	12 ostdeutsche Städte incl. Berlin mit 695 / 1 097 Raumeinheiten	33 westdeutsche Städte mit 1 713 Raumeinheiten	15 große Großstädte (ab 400 000 Ew.) mit 1 234 / 1 565 Raumeinheiten	16 mittlere Großstädte (200 000 Ew. bis <400 000 Ew.) mit 712 Raumeinheiten	15 kleine Städte (<200 000 Ew.) mit 462 / 533 Raumeinheiten
durchschnittliche Anzahl der innerstädtischen Raumeinheiten	54	58 / 91	52	82 / 104	47	31 / 36
kleinste Anzahl	10 / 14	10 / 21	14	46	18	10 / 14
größte Anzahl	195 / 395	195 / 395	141	195 / 395	92	82
IRB-Bevölkerung	19 480 147	5.820.938 Berlin: 3 333 106 andere: 2 487 832	13 659 209	13 334 712	4 266 459	1 877 879
durchschnittliche Einwohnerzahl je Raumeinheit	8 089 / 6 932	8 374 / 5 305	7 974	10 806 / 8 521	5 992	4 065 / 3 523
minimale Einwohnerzahl	0	0	0	0	0	0
maximale Einwohnerzahl	85 439	Berlin: 65 353 andere: 22 225	85 439	85 439	36 699	24 366
durchschnittliche minimale Einwohnerzahl	914 / 850	550 / 309	1 046	568	1 179	982 / 776
durchschnittliche mittlere Einwohnerzahl	7 797 / 7 531	6 348 / 5 351	8 324	10 651 / 10 202	7 132	5 661 / 5 256
durchschnittliche maximale Einwohnerzahl	22 417 / 21 998	18 628 / 17 055	23 795	34 089 / 33 398	20 176	12 472 / 11 864

Quelle: Innerstädtische Raubeobachtung des BBR; Datenbasis: Kommunalstatistiken der IRB-Städte

Abbildung 1
Verteilung der IRB-Stadtteilgrößen – 2004



Quelle: Innerstädtische Raubeobachtung des BBR

jedem zehnten Stadtteil leben nicht einmal 500 Menschen. Außerdem finden sich in der IRB auch rund 200 Stadtteile mit einer Größenordnung von über 20 000 Einwohnern.

Dass diese recht unterschiedliche Korngröße bei einigen Analysen zu Problemen führt, wurde im Zusammenhang mit der Analyse der Segregationsindizes bereits berichtet. Auch, dass man diese unterschiedlichen

Stadtteilgrößen kaum anpassen kann. In Einzelfällen ist es möglich, die Daten auf eine höhere räumliche Ebene zu aggregieren. So würde sich im Falle von Frankfurt/Oder die Zahl der Einwohner je Raumeinheit von knapp 800 auf 4 400 erhöhen, wenn man statt der 80 statistischen Bezirke die 15 Ortsteile verwendet. Und die 395 Dresdener statistischen Bezirke lassen sich zu 64 Stadtteilen zusammenfassen – die durchschnittliche Größe der Raumeinheiten steigt dadurch von gut 1 200 auf knapp 7 500 Einwohner. Für den letzten Artikel dieses Berichtes (Sturm/Adam/Meyer) wird diese Zusammenfassung vorgenommen, so dass sich die Verteilungen dort nicht mehr auf eine Grundgesamtheit von 2 811, sondern auf eine von 2 414 Raumeinheiten beziehen. Zusätzlich differiert die Raumeinheitengröße auch innerhalb vieler Städte sehr stark, bedingt durch die stadtspezifischen Vorgehensweisen der Abgrenzung ihrer administrativer Gebietseinheiten.

Da es für zahlreiche Fragestellungen sinnvoll ist, zunächst die Verteilung eines Merkmals bzw. einer bestimmten Merkmalsausprägung über die interessierenden

Tabelle 3
Kennwerte kleiner IRB-Raumeinheiten mit weniger als 100 bzw.
50 Einwohnern – 2004

	alle 45 IRB-Städte mit 2 408 / 2 810 Raumeinheiten	12 ostdeutsche Städte incl. Berlin mit 695 / 1 097 Raumeinheiten	33 westdeutsche Städte mit 1 713 Raumeinheiten
Anzahl der Raumeinheiten mit weniger als 100 Einwohner	77 / 97	41 / 61	36
IRB-Bevölkerung in diesen Raumeinheiten	2 804 / 3 139	1 616 / 1 951	1 188
Anzahl der Raumeinheiten mit weniger als 50 Einwohner	51 / 69	26 / 44	25
IRB-Bevölkerung in diesen Raumeinheiten	905 / 1 068	524 / 688	380
Anzahl der Raumeinheiten mit weniger als 50 Ausländern	365 / 719	245 / 599	120
Ausländer in diesen Raumeinheiten	5 328 / 11 510	3 136 / 9 318	2 192

Quelle: Innerstädtische Raumbeobachtung des BBR;
Datenbasis: Kommunalstatistiken der IRB-Städte

Raumeinheiten / Stadtteile anzusehen, sollten allein schon wegen der vorzunehmenden Prozentuierung Stadtteile mit zu geringer Bevölkerung ausgeschlossen werden. In der Regel setzen wir die Grenze bei 100 Einwohnern – und, wenn es um ausländische Bevölkerung geht, bei 50. Um nun zu wissen, wie viele IRB-Stadtteile dadurch aus Verteilungsaussagen ausgeschlossen werden, wird hier in Tabelle 3 auch noch eine Charakterisierung dieser kleinen Raumeinheiten vorgestellt

Gruppierungen von Städten und Stadtteilen

Die meisten Analysen der IRB-Daten zielen auf Aussagen über Städtegruppen, Stadttypen oder Stadtteiltypen. Auch ohne schon inhaltlich abgeleitete Sozialraumtypen zur Verfügung zu haben, können bestimmte objektive Indikatoren für Gruppierungen herangezogen werden:

Fast standardmäßig wird die Gruppierung nach ost- und westdeutschen Städten vorgenommen. Die extremen Strukturunterschiede der ehemals beiden deutschen Staaten werden sich noch lange in den Strukturen und Entwicklungen der Städte abbilden. Insofern werden nahezu alle

Merkmalsbeschreibungen für die beteiligten elf *ostdeutschen* Städte, i. d. R. ohne Berlin, und für die 33 *westdeutschen* Städte getrennt vorgestellt.

Auf der Ebene der Städte ist es für bestimmte Fragestellungen sinnvoll, nach *Stadtgröße* zu gruppieren, da von dieser u. a. Verwaltungsstrukturen oder Fördergelder abhängen. Wir unterscheiden in bestimmten Darstellungen (z. B. unter www.raumbeobachtung.de) zwischen großen, mittleren und kleinen deutschen Großstädten. Alle 15 großen deutschen Großstädte mit Einwohnerzahlen zwischen 485 000 und 3,4 Mio. nehmen an der IRB teil – neben Berlin liegen zwei dieser großen Großstädte in den neuen Ländern. Von den mittleren Großstädten mit Einwohnerzahlen zwischen 200 und 390 000 nehmen 16 an der IRB teil – von diesen liegen vier in Ostdeutschland. Weiter sind zwölf kleine Großstädte mit Einwohnerzahlen zwischen 100 000 und 200 000 beteiligt – vier von diesen liegen in den neuen Ländern. Schließlich liegen Daten für zwei ostdeutsche Mittelstädte vor.

Bei den Merkmalen, die sich auf den Migrationshintergrund eines Teils der Bevölkerung beziehen, werden die Städte gemäß der Höhe ihres Bevölkerungsanteils ohne deutsche Staatsbürgerschaft zusammengefasst.

Merkmale werden i. d. R. also für solche Städtegruppen dargestellt. Und für die Beschreibung der Struktur wie der Entwicklungsdynamik dieser Städtegruppen interessiert insbesondere die innerstädtische Lage (Abb. 2 im vorhergehenden Artikel). Dies ist das Alleinstellungsmerkmal der IRB gegenüber allen anderen raumbezogenen Datenpools. Um eine Vorstellung über die städtische Bevölkerung in diesen Lagen zu bekommen, stellen wir in Tabelle 4 die Kennwerte für diese vor. Wenn es um Bevölkerungsbewegungen in den Städten geht, ist die Unterscheidung zwischen City, Cityrand und Innenstadtrand meist weniger interessant. Auch im Bewusstsein der Bewohnerinnen und Bewohner wird unter der Aussage „Ich wohne in der Stadt“ eher eine Wohnlage in einem dieser inneren Bereiche verstanden. Deshalb unterscheiden wir für zahlreiche Darstellungen, die sich ausdrücklich auf die städtische Bevölkerung beziehen, häufig zwischen Innerer und Äußerer Stadt – die beide in der Tabelle besonders markiert sind.

Tabelle 4
Kennwerte der IRB-Bevölkerung von 40 IRB-Städten nach innerstädtischen Lagetypen* – 2004

$\frac{N_{\text{Raumeinheiten}}}{N_{\text{Bevölkerung}}}$ / %	40 IRB-Städte	10 ostdeutsche Städte incl. Berlin	30 westdeutsche Städte
Raumeinheiten Innere Stadt	884 / 39 8,85 Mio. / 48	245 / 39 2,95 Mio. / 52	639 / 39 5,89 Mio. / 46
darin Raumeinheiten City + Cityrand = Innenstadt	303 / 13 2,70 Mio. / 15	75 / 12 0,88 Mio. / 15	228 / 14 1,82 Mio. / 14
sowie Raumeinheiten Innenstadtrand	581 / 26 6,15 Mio. / 33	170 / 27 2,08 Mio. / 37	411 / 25 4,07 Mio. / 32
niedrigster Bevölkerungs- anteil Innenstadt	2	5	2
höchster Bevölkerungs- anteil Innenstadt	44	36	44
niedrigster Bevölkerungs- anteil Innere Stadt	25	24	24
höchster Bevölkerungs- anteil Innere Stadt	88	88	78
Raumeinheiten Äußere Stadt (Stadtrand)	1 377 / 61 9,67 Mio. / 52	388 / 61 2,70 Mio. / 48	989 / 61 6,97 Mio. / 54
darin Raumeinheiten Ein- gemeindungen seit 1991	76 / 3 0,19 Mio. / 1	76 / 12 0,19 Mio. / 3	0 0

*) Da zwei Städte bei ihrer Lagetypenbestimmung Innenstadtrand und Stadtrand zusammenfassen, gehen diese Lagezuweisungen hier nicht ein. In der Folge ergänzen sich die Prozentwerte für die Innere und die Äußere Stadt nicht zu 100.

Quelle: Innerstädtische Raubeobachtung des BBR; Datenbasis: Kommunalstatistiken der IRB-Städte

Einheitliches Merkmalsprogramm

Ziel des Projektes IRB war und ist es, für die Teilnehmerstädte ein Merkmalsprogramm festzulegen, das komplett und dauerhaft beliefert werden kann und aus dem genügend Indikatoren abgeleitet werden können, um die räumlichen Entwicklungen mit ökologischen, ökonomischen, politischen und soziokulturellen Prozessen verknüpfen zu können. Nach den ersten Abfragen zu den Liefermöglichkeiten der einzelnen Städte stellte sich bald heraus, dass das zunächst ins Auge gefasste anspruchsvolle Ziel nicht erreicht werden kann. Weitere Lücken mussten in Kauf genommen werden, als das erste für 2002 dann abgesprochene Merkmalsprogramm mit der Datenerlieferung 2003 um einige Tabellen erweitert wurde. Das betrifft vor allem die Tabellen, die für „Deutsche mit einer weiteren Staatsbürgerschaft“ erstellt werden sollen, um sich mit diesen zusätzlichen Angaben der Zahl der Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund weiter anzunähern.

Bei Auswertung der IRB-Daten stellen diese Lücken in der Datenmatrix mehr oder weniger große Probleme dar. Abfragen zu Bevölkerungsbestand und -bewegung sind für eine große Zahl von Städten schnell mach-

bar. Will man diese Grunddaten jedoch mit z. B. Sozialhilfedaten oder Bautätigkeitsdaten verknüpfen, schrumpft die Fallzahl der Städte bzw. Stadtteile, für die solches möglich ist, stark zusammen. Mehr oder weniger viele Städte fallen dann ganz aus den Auswertungen heraus. In jedem Falle muss man sich vor Beginn der Auswertungsarbeiten erst einen Überblick verschaffen, welche Merkmale für welche Städte und für welche Jahre vorhanden sind.

Standard- und Entwicklungstabellen

Eine Übersicht über das aktuelle Merkmalsprogramm kann im Anhang eingesehen werden. Der größte Teil der insgesamt 30 Tabellen sind Haupt- bzw. Standardtabellen und im Prinzip Pflicht für jede IRB-Teilnehmerstadt. Die Bereitstellung dieser Merkmale gilt demnach als „Aufnahmeprüfung“ einer Stadt in das Projekt IRB. Es handelt sich dabei um die Tabellen zum Bevölkerungsbestand, zu Umzügen und Wanderungen, zum Wohnen und Bauen, zur Sozialhilfe und zur Beschäftigung bzw. Arbeitslosigkeit. Die Neben- bzw. Entwicklungstabellen zu den „Doppelstaaten“, zu Haushaltsstrukturen, zur Wohndauer und zur Flächennutzung bilden über das

Pflichtprogramm hinaus die Kür und runden für einen Großteil der Städte das Lieferprogramm ab. Als ebenfalls zunächst optionale Merkmale sind in diesem Jahr (2006) die Wahlbeteiligung an der Bundestagswahl und die Daten des Unternehmensregisters dazugekommen.

Betrachtet man den aktuellen Lieferstand (Abb. 2), ergibt sich für die Großzahl der Städte ein erfreuliches Bild die Standardtabellen betreffend:

- Ein Viertel der Städte kann die Haupttabellen komplett beliefern;

- ein weiteres Viertel der Städte hat im Prinzip nur kleine Ausfälle bei Tabellen, die sowohl für die Hauptwohn- als auch für die wohnberechtigte Bevölkerung geliefert werden sollen;
- ein drittes Viertel hat lediglich kleinere Ausfälle beim Wohnen/Bauen bzw. bei den Empfängern von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt.

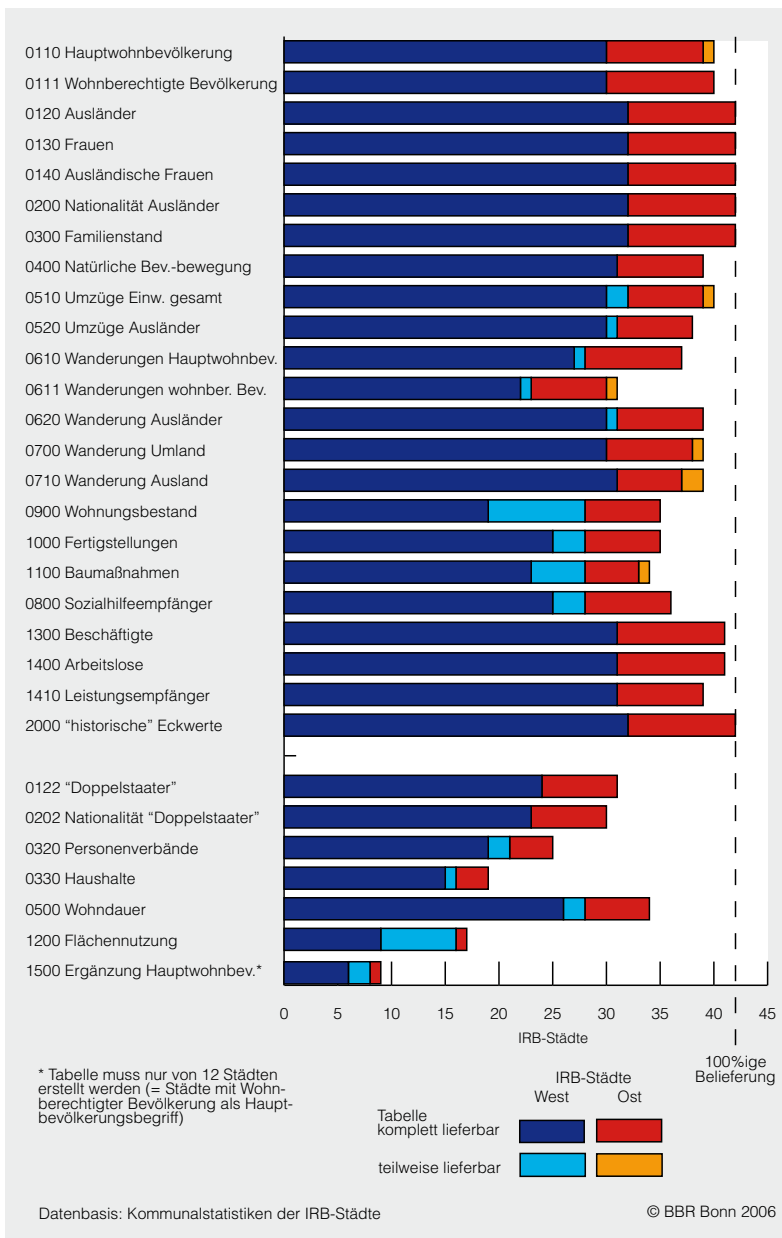
Das letzte Viertel der Städte hat größere Schwierigkeiten, die Tabellen zum Wohnen und Bauen, zu Wanderungen oder anderen wichtigen Bereichen zu beliefern. Von diesen Städten wurde jedoch signalisiert, dass die eine oder andere Lücke – manchmal auch in größerem Umfang – mit den nächsten Lieferungen geschlossen wird. Nicht selten hat auch die Teilnahme an der IRB bewirkt, dass in den statistischen Ämtern der Städte die Bemühungen zur Verbesserung der Datenbereitstellungen intensiviert wurden, man sich also nicht nur auf das per Knopfdruck Machbare beschränkt, sondern vor Ort neue Datenquellen verfügbar macht. Deshalb herrschte auch – vor allem in der IRB-AG – Einvernehmen darüber, dass keine kooperationswilligen Städte ausgeschlossen werden sollen, vor allem dann, wenn sie zur Abdeckung der bundesweiten Repräsentativität besonders wichtig sind. Auch einige der Städte mit bereits großem Lieferumfang haben ihr Datenangebot seit 2002 verbessern können. Das lässt hoffen, dass insgesamt in der einen oder anderen Stadt noch Ergänzungen der Datenlieferung zu erwarten sind.

Zusammengefasst und bezogen auf die bisherigen IRB-Städte heißt dies, dass

- das wichtigste Themenfeld der IRB, nämlich Bevölkerungsbestand und -bewegung als zentrale Merkmale für Stadtentwicklungsprozesse, von 36 Städten komplett geliefert werden kann;
- die Daten der Bundesagentur für Arbeit (Beschäftigung und Arbeitslosigkeit) fast vollständig geliefert worden sind;
- die Sozialhilfedaten für 33 Städten verfügbar sind;
- sich jedoch größere Datenlücken im Bereich Wohnen/Bauen gezeigt haben.

Auch bei der Lieferung der Nebentabellen ist die Entwicklung recht erfreulich verlaufen, war man doch ursprünglich davon ausgegangen, diese Tabellen ohnehin nur von wenigen Städten zu erhalten. Beispielsweise waren die zuletzt aufgenommenen Ta-

Abbildung 2
Von den IRB-Städten lieferbare Merkmale zum Zeitpunkt 31.12.2004



Quelle: Innerstädtische Raumbeachtung des BBR

bellens zu den „Doppelstaatern“ vorerst nur probeweise im IRB-Merkmalprogramm enthalten – zum einen, um die generelle Machbarkeit zu testen, zum anderen, um im Anschluss zu prüfen, ob sich die „Doppelstaater“ in gleicher Weise wie die Ausländer über das Stadtgebiet verteilen und man somit auf diese Angaben dann auch verzichten könne. 26 Städte sind derzeit in der Lage, diese „Doppelstaater“-Tabellen zu erstellen. Da sich herausstellte, dass die Verteilung der Deutschen mit einer weiteren Staatsbürgerschaft nicht mit der Verteilung der Ausländer korreliert, wurden diese Tabellen zum festen Bestandteil des Merkmalsprogramms.

Die Tabelle zur Wohndauer stellt für fast 30 IRB-Städte kein Problem dar und die Tabellen zu den Haushaltsstrukturen sind von ca. 25 Städten lieferbar. Lediglich die Flächennutzung kann nur von einem Viertel der IRB-Teilnehmer in der gewünschten Weise bereitgestellt werden. Das Problem ist hierbei, dass die Flächennutzungsdaten zwar meist vorliegen, auch in großer inhaltlicher Tiefe, die zugrunde liegenden Gebietseinheiten aber nicht die administrativen Raumeinheiten, sondern Gemarkungen o.ä. sind. Daten zur Flächennutzung sind jedoch inzwischen von Sebastian Metzmacher für die meisten der beteiligten Städte aus dem Amtlichen Topografischen Kartografischen Informationssystem (ATKIS) gewonnen worden, indem die dort enthaltenen Flächen unterschiedlicher Nutzung mit den administrativen Grenzen verschnitten wurden. Zwar entsprechen die im ATKIS enthaltenen Nutzungsarten in ihrer geringeren inhaltlichen Tiefe nicht dem Merkmalsprogramm der IRB, für eine Typisierung der innerstädtischen Raumeinheiten nach Hauptnutzungsarten stellen sie jedoch eine wertvolle Quelle dar.

Zeitreihen

Ein Grundanliegen der Innerstädtischen Raubeobachtung unter dem Dach des BBR ist die Beobachtung der Stadtteile im Zeitverlauf. Einige Städte haben schon früher in der IRB mitgearbeitet. Für diese Städte lagen Daten bis zum Jahr 1997 vor (dem vorläufigen Ende der ersten Phase der IRB, siehe Abb. 1 im vorhergehenden Artikel). Für die neuen IRB-Teilnehmerstädte begannen die Datenlieferung nach dem aktuellen Merkmalsprogramm mit dem Stichtag 31.12.2002. Um nun für wenige ausgewählte, jedoch sehr wichtige Eckwerte lange

Zeitreihen erstellen zu können, wurde die Tabelle IRB 2000 zu „historischen Daten“ eingeführt. Die „neuen“ Städte wurden gebeten, über diese Tabelle möglichst weit in die Vergangenheit zurückreichende Zeitreihen zur Verfügung zu stellen. Wenn möglich, sollten die Zeitreihen für die Städte in den alten Ländern um 1980 beginnen, für die neuen Länder sollten die Daten ab der Deutschen Einigung zusammengestellt werden.

Aufgrund der Knappheit der ausgewählten Merkmale, der Beschränkung auf wesentlichste Eckwerte konnte diese Tabelle gut beliefert werden. Auftretende Probleme hatten ihre Ursache fast immer in Gebietsstandsänderungen. So wurden die Zuschnitte der innerstädtischen Gebietseinheiten in der Vergangenheit nur in wenigen Städten der alten Länder (z.B. München) generell überarbeitet. Hingegen kam es in fast allen Städten der neuen Länder zu Gebietsstandsänderungen durch Eingemeindungen am Stadtrand. In den meisten Fällen ist es dann auch nicht mehr möglich, die gewünschten Eckwerte retrospektiv für die neuen, durch eingemeindete Dörfer entstandenen Stadtteile zu ermitteln (mit Ausnahme weniger Bevölkerungsbestandsdaten).

Ausblick

Es scheint ganz so, als ob die IRB während der vergangenen vier Jahre eine ganze Reihe von Kinderkrankheiten überwunden hat. Die letzte Datenlieferung verlief im Prinzip reibungslos, pünktlich und ohne größere Rückfragen. Die Daten wurden in guter Qualität geliefert. Da die meisten Städte für die Datenlieferung ein vom BBR bereitgestelltes Excel-Formular verwenden, kann die Datenaufbereitung zügig erfolgen. Nichtsdestotrotz werden auch in Zukunft einige Arbeiten zur Verbesserung und Vervollständigung der Datengrundlagen anstehen:

- Die jüngste Änderung am Merkmalsprogramm musste schon vor der Lieferung der Daten zum Stand 2005 abgestimmt werden. Mit dem Übergang von Sozial- und Arbeitslosenhilfe zu Arbeitslosengeld 2 (auch genannt „Hartz IV“) mussten die Tabellen zu Sozialhilfeempfängern und Arbeitslosen grundlegend überarbeitet bzw. komplett ersetzt werden. Dazu ist das BBR auf die aktive Mitarbeit der IRB-Teilnehmerstädte, insbesondere die der IRB-AG, angewiesen.

- Außerdem soll herausgefunden werden, inwieweit eine Tabelle zur Wahlbeteiligung als Indikator für politische Partizipation (Präferenz für den bundesweiten Vergleich: Bundestagswahl) in das Merkmalsprogramm aufgenommen werden kann.
- Die „historischen“ Daten liegen inzwischen nahezu vollständig vor. Nach einigen abschließenden Plausibilitätsprüfungen können sie in die Auswertungen einbezogen werden.
- Für die Erfassung der Wanderungen zwischen Stadt und Umland (Tabelle IRB 0700) war zwischen dem BBR und den IRB-Städten ein Nahbereich abgestimmt worden. Diese Abgrenzung deckt sich in ca. einem Drittel der Städte nicht mit den ursprünglichen Vorstellungen des BBR hinsichtlich der Verwendung eines sehr engen Umlandbegriffes. Auch hier ist zu überlegen, ob man das Feld noch einmal neu aufrollt, um zu bundesweit besser vergleichbaren Abgrenzungen zu kommen, indem man etwa ein engeres Umland nur der direkt angrenzenden Umlandgemeinden und ein weiteres Umland der Stadtregion oder Raumordnungsregion definiert. Dann müssten allerdings auch zwei Umlandwanderungstabellen erstellt werden.
- Nach dem beabsichtigten Anwerben weiterer Städte sind die bereits durchgeführten Typenentwicklungen (siehe die folgenden Texte von Sebastian Metzmaier) auf breiterer Datenbasis zu wiederholen und zu schärfen.

Der nun folgende Text ist im Zusammenhang mit der nachträglichen Datenergänzung der Flächennutzungen in den Stadtteilen entstanden. Um die ATKIS-Informationen inhaltlich sinnvoll zuordnen zu können, bedurfte es einiger Vorüberlegungen hinsichtlich der damit zu beschreibenden städtischen Realitäten. Die daraus entwickelten Zentrenbezeichnungen wurden von den jeweiligen Städten bestätigt, bevor sie in den Datensatz aufgenommen wurden.

Gabriele Sturm

Zentrenkonzepte auf kommunaler Ebene und deren Potenzial für die Stadtteiltypisierung der Innerstädtischen Raubeobachtung

Sebastian Metzmacher

Anhand von ausgewählten innerstädtischen Zentrenkonzepten deutscher Großstädte wird im Folgenden untersucht, inwieweit die für die jeweilige Zentralitätsstufe herangezogenen Abgrenzungskriterien zwischen den Städten vergleichbar sind. Lassen sich nämlich relativ vergleichbare Kriterien finden, können die Zentrenkonzepte in die Innerstädtische Raubeobachtung (IRB) des BBR aufgenommen werden und einen wesentlichen Beitrag zur inhaltlichen Typisierung städtischer Teilräume leisten.

Bevor die Abgrenzungskriterien für die Zentrenkonzepte vorgestellt werden, wird zunächst kurz auf die Bedeutung der innerstädtischen Zentren für das städtische Leben und die Stadtentwicklung eingegangen und eine knappe Beschreibung des Strukturwandels im Einzelhandel sowie dessen Auswirkungen auf die innerstädtischen Zentren vorgenommen. Im Anschluss folgt dann eine Darstellung ausgewählter Zentrenkonzepte samt einer Zusammenfassung der vergleichbaren Kriterien. Abschließend wird auf die Frage eingegangen, ob die Zentrenkonzepte relativ vergleichbar sind und somit in die IRB aufgenommen werden können.

Bedeutung der innerstädtischen Zentren

Innerstädtische Zentren sind Knotenpunkte sozialer und wirtschaftlicher Beziehungen in der Stadt. Hier konzentriert sich das öffentliche Leben und es bündeln sich wichtige Versorgungsfunktionen für die Bewohner und Beschäftigten der näheren Umgebung und des weiteren Einzugsbereichs. In den Zentren finden sich vielfältige öffentliche und private Dienstleistungen aus Ökonomie, Politik und Soziokultur. Das Erscheinungsbild der innerstädtischen Zentren wird neben öffentlichen Einrichtungen und

Gastronomie besonders vom Einzelhandel geprägt. Er hat eine Leitfunktion und bildet somit die Basis für ein reges öffentliches Leben und den Ansatzpunkt für weitere „zentrenbildende“ Einrichtungen und Angebote (z. B. Landeshauptstadt Düsseldorf 2004, S. 1; Landeshauptstadt München 2001, S. 6 ff.; Der Senator für Bau, Verkehr und Stadtentwicklung 1999, S. 69). Diese besondere Bedeutung der innerstädtischen Zentren ist aus Sicht der kommunalen Politik zu erhalten und auszubauen.

Strukturwandel im Einzelhandel und Bedeutungsverlust innerstädtischer Zentren

In den vergangenen Jahrzehnten entstanden an den Stadträndern neue Wohngebiete ohne Bezug zur Innenstadt. Ab einer gewissen Bevölkerungszahl war hier die wirtschaftliche Tragfähigkeit für neue Versorgungseinrichtungen gegeben. An Ausfall-, Durchgangs- und Schnittstellen von Fernstraßen etablierten sich zudem außerhalb geschlossener Siedlungsbereiche autokundenorientierte Einzelhandels-einrichtungen, großflächige Betriebe mit einem breiten und tiefem Warenangebot, das häufig typische innenstädtische Kernsortimente enthält. Das Warenangebot, der Stellplatzbedarf und die gute Pkw-Erreichbarkeit konfrontierten und konfrontieren den innerstädtischen Handel mit großen Problemen wie z. B. mit Kaufkraftabfluss und Bedeutungsverlust bei i. d. R. schwächerer Pkw-Erreichbarkeit.

Der Strukturwandel im Einzelhandel und die damit einhergehende Veränderung der Einzelhandelslandschaft stellen sich z. B. dar

- als starkes Wachstum der Verkaufsflächen bei gleichzeitigem Rückgang der Anzahl der Geschäfte,

- als Polarisierung der Einzelhandelsstandorte „Grüne Wiese“ versus innerstädtische Zentren und deren Konkurrenz um Kunden,
- als zunehmende Filialisierung und Tertialisierung des innerstädtischen Einzelhandels,
- als Substitution von Verkaufspersonal durch Verkaufsfläche in SB-orientierten Betrieben und
- als Ausdünnung des Nahversorgungsnetzes.

In der Folge verändern innerstädtische Einkaufsstraßen ihren Charakter, präsentieren sich ehemalige Nebenzentren oft mit leeren Geschäften, entstehen neue Nutzungsmischungen oder entleeren sich auch ehemals sehr lebendige Stadtquartiere.

Manche Prognosen gehen davon aus, dass auch bei gesättigtem Markt die Verkaufsflächen weiter ansteigen werden. Überwiegend wird dieser Zuwachs aber nur am Stadtrand bzw. außerhalb der Stadtgrenzen erfolgen (z. B. Der Senator für Bau, Verkehr und Stadtentwicklung 1999, S. 69 oder Stadt Leipzig 2000, S. 12). Neben der Suburbanisierung des Handels verlagerten auch andere Dienstleister sowie Freizeit- und Kultureinrichtungen ihre Standorte in den suburbanen Raum oder entstehen dort neu.

Die Suburbanisierung und die häufig damit einhergehende Konzentrierung des Einzelhandels sowie der komplementären Nutzungen gefährden die Versorgungsqualität in der City und besonders in den Stadtteil- und Nahversorgungszentren. Sie führen zudem zu einer Auslagerung von Erwerbsarbeitsplätzen und in der Folge zu Funktions- und Bedeutungsverlusten.

Mit Zentrenkonzepten dem Bedeutungsverlust entgegenwirken

Um dem Bedeutungsverlust der innerstädtischen Zentren entgegenzuwirken, übertrugen viele Großstädte das Konzept der Zentralen Orte als bestimmendes Prinzip der Landes- und Regionalplanung auf ihre Kommune (z. B. Bonn, Bremen, Frankfurt a.M., Köln oder Stuttgart). Mit entsprechenden stadtplanerischen Mitteln sollten – soweit möglich – einerseits die oberzentrale Funktion der Innenstädte wieder gestärkt und andererseits die Versorgungsqualität in den Stadtteilen gesichert werden. Bezweckt wird damit eine möglichst flächendeckende Nahversorgung im ganzen Stadtgebiet (z. B.

Acocella/Kemnitz 1998, S. 15 oder Stadt Dortmund 2004, S. 19). Darüber hinaus soll mit den Zentrenkonzepten eine zentrenverträgliche Neuansiedlung von Einzelhandels- und Dienstleistungsbetrieben entsprechend der hierarchischen Zentrenzugehörigkeit gesteuert werden.

Abgrenzung innerstädtischer Zentrenkonzepte ausgewählter Großstädte

Wie aber werden die innerstädtischen Zentren abgegrenzt? Welche Ausstattungsmerkmale muss z. B. ein Stadtteilzentrum aufweisen?

Während für die Ausweisung von Ober-, Mittel- und Unterebenen von der Landes- und Regionalplanung Kataloge für die Mindestausstattung der Zentren unterschiedlicher Stufe oberhalb der kommunalen Ebene erstellt wurden, können die Städte für ihre innere hierarchische Zentrengliederung nicht auf solche Hilfestellungen zurückgreifen (Stiens & Pick 1999, S. 6). Demzufolge erarbeiteten die Städte selbst Kriterien oder ließen diese durch Fachinstitute festlegen, anhand derer die hierarchische Gliederung der eigenen Stadt erfolgte (z. B. Gesellschaft für Markt- und Absatzforschung 2003, S. 26 [für Frankfurt a.M.]; Der Senator für Bau, Verkehr und Stadtentwicklung 1999, S. 69; Stadt Leipzig 2000, S. 19 [als Zielkatalog 2005] oder Stadt Münster 2002, S. 2 f.).

In der Tabelle 1 sind die Abgrenzungskriterien für einige Großstädte beispielhaft aufgeführt. Dabei sind die Anzahl der von den Städten angegebenen Kriterien, die Bezeichnung der Zentrentypen, die Anzahl der Einwohner im Einzugsbereich des jeweiligen Zentrentyps sowie die Anzahl der ausgewiesenen innerstädtischen Zentren unterschiedlich groß. So weist z. B. Bremen vier, Münster jedoch nur drei Zentren aus.

Trotz dieser Unterschiede, lassen sich eine Reihe vergleichbare Abgrenzungskriterien für den jeweiligen Zentrentyp bezüglich der Versorgungsfunktion (z. B. *A-Zentrum* oberzentral), des Einzugsbereichs (z. B. *B-Zentrum* = Stadtteil, teilweise regional), der Angebotsstruktur im Einzelhandel (z. B. *C-Zentrum* = Angebote des täglichen Bedarfs, ergänzt um ausgewählte mittel- und langfristige Bedarfsgüter), der komplementären Nutzungen (z. B. *D-Zentren* = hausorientierte Dienstleistungen, wie Friseur, Reinigung, Bankfiliale oder Cash-Point)

Tabelle 1
Beispiele für verschiedene Zentrenkonzepte: Leipzig, Bremen, Frankfurt a.M., Münster und Dortmund

Stadt	Abgrenzungskriterium	Zentrentypen			
	Zentrentyp allgemein	A-Zentrum	B-Zentrum	C-Zentrum	D-Zentrum
Leipzig (Zielkatalog 2005)	1. Typ	A-Zentrum (Stadtzentrum)	B-Zentrum (Stadtteilzentrum)	C-Zentrum (Stadtteilzentrum)	D-Zentrum (Nahversorgungszentrum)
	2. Einzugsbereich	gesamstädtisch überörtlich ca. 1 Mio. EW	teilstädtisch z. T. überörtlich ca. 50 000–100 000 EW	Stadtteil/Stadtbezirk ca. 20 000–50 000 EW	Wohnumfeld/Nahbereich bis ca. 10 000 EW
	3. Branchenmix	alle Bedarfsbereiche	alle Bedarfsbereiche	Schwerpunkt kurz- und mittelfristiger Bedarf	Schwerpunkt kurzfristiger Bedarf
	4. Sortimente	breit und tief	breit und teilweise tief	breit bei Lebensmitteln und in mehreren Non-Food-Segmenten	breit bei Lebensmitteln
	5. Betriebsgrößenmix	2–3 Betriebe >10 000 m ² 300–500 sonst. Betriebe	5–10 Betriebe >1 000 m ² ca. 80–100 sonst. Betriebe	1–2 Betriebe >1 000 m ² ca. 20 sonst. Betriebe	1 Betrieb bis 1 000 m ² ca. 5–10 sonst. Betriebe
	6. Kundenmagneten	in allen Branchen	in mehreren Bereichen	strukturprägende Betriebe meist im Food-Sektor	Supermarkt
	7. Betriebstypenmix	Kaufhäuser Textilsortimenter Spez. Fachhandel	evtl. Kaufhäuser Textilvollsortimenter SB-Warenhaus Fachmärkte Fachhandel	Supermarkt Textilfachmarkt oder kleinere Fachmärkte Fachhandel Lebensmittelhandwerk	Supermarkt Lebensmittelhandwerk Fachhandel
	8. Preissegmente	mittleres bis gehobenes Niveau in allen Bereichen	gehobenes Niveau in ausgewähl. Bereichen mittleres Niveau in allen Branchen	unteres bis mittleres Niveau	unteres bis mittleres Niveau
	9. Veranstaltungen/ Animation	Überregionale Events Großveranstaltungen Zielgruppenveranstalt.	Stadtteilveranstaltungen Stadtteilwettbewerbe Verkaufspräsentation Lokalkunst Kinderanimation	Stadtteilveranstaltungen Stadtteil- und Flohmärkte Familienfeste Kinderanimationen	Außenverkauf Kinderanimation
	10. Orientierung	Orientierungstafeln Broschüren	Orientierungstafeln Broschüren	Orientierungstafeln	Firmierung (Außenwerbung der Betriebe)
	11. Komplementär-Nutzung	Dienstleistungen Öffentliche Verwaltung Post Finanzdienstleister (inkl. Banken) konsumorientierte DL freie Berufe Ärzte Gastronomie Restaurants Kommunikations- und Trendgastronomie Bistros/Cafés/Bars Fast-Food Freizeit Veranstaltungsräume/-plätze Theater, Oper, Konzertsaal Großkinos Entertainment Center priv. Kultur- und Freizeitanbieter Stadtbibliothek	Dienstleistungen Außenstellen öffentl. Verw. Poststellen Bankfilialen konsumorientierte DL freie Berufe Ärzte Gastronomie Restaurants Bistros/Cafés/Bars Fast-Food Freizeit Sport/Fitness/Wellness Stadtbibliothek Diskotheken kulturelle Angebote	Dienstleistungen Außenstellen öffentl. Verw. o. Bürgerbüro Poststelle Bankfiliale(n) freie Berufe Ärzte Gastronomie Restaurants Bistros/Cafés/Bars Fast-Food Freizeit Fitness/Wellness Stadtbibliothek kulturelle Angebote (auch Programmkinos)	Dienstleistungen Postagentur Bankfiliale o. Cash Point Ärzte Ladenhandwerk Gastronomie Restaurants Fast-Food Freizeit Fitness/Wellness z.T. Stadtbibliothek
	12. Verkehr	S-Bahn, zentraler ÖPNV-Knoten Fußgängerzone Fahrradkonzept Verkehrsber. Bereiche Wirtschaftsverkehrskonzept Hilfsdienste für Ältere und Behinderte Berollbarkeit, barrierefreie Wege	Straßenbahnhaltepunkt Fußgängerzone/Mall Fußgänger-/Fahrradkonzept Parkierungsflächen Hilfsdienste für Ältere und Behinderte Berollbarkeit, barrierefreie Wege	Straßenbahnhaltepunkt Fußwegeanbindung Fußgänger-/Fahrradkonzept Parkierungsflächen Berollbarkeit, barrierefreie Wege	ÖPNV-Haltepunkt Fußgängeranbindung Fußgänger-/Fahrradkonzept Parkierungsflächen Berollbarkeit, barrierefreie Wege

noch Tabelle 1

Beispiele für verschiedene Zentrenkonzepte: Leipzig, Bremen, Frankfurt a.M., Münster und Dortmund

Stadt	Abgrenzungskriterium	Zentrentypen			
	Zentrentyp allgemein	A-Zentrum	B-Zentrum	C-Zentrum	D-Zentrum
Bremen	1. Typ	Kernbereich des Oberzentrums Innenstadt	Mittelzentrum Vegesack	Nebenzentren	Nahversorgungsbereiche
	2. Zentrenfunktion/ Einwohner im Einzugsbereich	oberzentrale Funktionen für die gesamte Region >1,2 Mio. EW	mittelzentrale Funktionen für Bremen-Nord und angrenzende niedersächsische Umlandgemeinden >100 000 EW	Zentrale „Marktplatzfunktionen“ für den jeweiligen Stadtteil, z. T. auch für weitere Stadt- und Ortsteile und für niedersächsische Umlandgemeinde ca. 15 000–40 000 EW	Zentrale Grundversorgungsfunktion für den Orts- bzw. Stadtteil <15 000 EW
	3. Angebotsstruktur	Oberzentrales gebündeltes Angebotsspektrum des Einzelhandels mit lückenlosem Angebot des aperiodischen Bedarfs (große Sortimentstiefe u. -breite inkl. Luxusbedarf) Warenhäuser mit höchstwertigen Angeboten Vielfältige, spezialisierte Dienstleistungen Vielfältige Angebote für Kultur, Freizeit, Bildung Regional u. überregional bedeutsame Kultureinrichtungen (Theater, Museen, Konzerthäuser) Hochwertige Gastronomie und Hotels Regierungs- und Verwaltungssitz Zentrum der Finanzwirtschaft Medienzentrum	Mittelzentrales gebündeltes Angebotsspektrum des Einzelhandels mit höherwertigen Angeboten des aperiodischen Bedarfs Warenhaus, Kaufhaus, Fachgeschäfte Zentrenrelevante Fachmärkte Beratungsdienste/ Weiterbildung Regionales, kulturelles Angebot, regional bedeutsame Kultureinrichtungen Zentrale Einrichtung der Stadtverwaltung öffentl. Dienstleistungen (Bücherei etc.) Vielseitige Gastronomie, Hotels Kommunikationszentren	Geschäfte des periodischen Bedarfs und des aperiodischen Bedarfs im Non-Food-Bereich (Textilien, Schuhe, Lederwaren) Fachgeschäfte bzw. Fachmarkt, z. T. Kaufhaus Lebensmittelvollsortimenter mit 800 bis 1 200 m ² Verkaufsfläche als Hauptfrequenzbringer zusätzliche Lebensmittel-discounter Wochenmarkt Beratungs-, Gesundheitsdienste Dezentrale Einrichtungen der Stadtverwaltung öffentl. Dienstleistungen (z. B. Bücherei) Spezialgastronomie Dezentrale Freizeiteinrichtungen	Geschäfte des überwiegend periodischen Bedarfs mit mind. einem Supermarkt Kreditinstitut Gastronomie Frisör, Reinigung soziale Dienstleistungen Kommunikationszentrum kirchliche Gemeindezentren
	4. Erreichbarkeit	Überregionaler Verkehrsknotenpunkt	Gute Erreichbarkeit für die Region	Gute Erreichbarkeit mit MIV gute ÖPNV-Anbindung gute Erreichbarkeit für Fußgänger und Radfahrer ausreichend bewirtschaftete Parkplätze	gute Erreichbarkeit für Fußgänger und Radfahrer
	5. Städtebauliche Gestaltung	Maßstäblichkeit der Altstadt repräsentative Architektur öffentl. Räume mit hoher Gestaltungs- und Aufenthaltsqualität	öffentl. Räume mit hoher Gestaltungsqualität	Stadtteiltypische Gestaltung	
Frankfurt a. M.	1. Typ	A-Zentrum	B-Zentrum	C-Zentrum	D-Zentrum
	2. Kennzeichen	Innerstädtisches Hauptzentrum mit gesamtstädtischen Versorgungsfunktionen Schwerpunkt der oberzentralen Versorgungsstruktur	städtebaulich integriertes Versorgungszentrum mit Ausrichtung auf die Versorgung des Ortsbezirks, teilweise auch übergreifende Versorgungsfunktionen für benachbarte Ortsbezirke/ Ortsteile differenzierte Angebotspalette im kurz- und mittelfristigen Bedarf, ergänzt um langfristige Angebote Mindeststandard: 25 Betriebe/10 000 m ² Verkaufsfläche	städtebaulich integriertes Versorgungszentrum im stadträuml. funktionalen Zusammenhang mit dem Ortsteil bzw. dem zugeordneten Wohnsiedlungsbereich Schwerpunkt bei Angeboten des täglichen Bedarfs, ergänzt um ausgewählte mittel- und langfristige Bedarfsgüter Mindeststandard: 10 Betriebe/2 000 m ² Verkaufsfläche	städtebaulich integrierte, untergeordnete Geschäftslage eines Wohnsiedlungsbereichs vorrangig auf die wohnungnahe Versorgung ausgerichtet überwiegend Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs Mindeststandard: 5 Betriebe/700 m ² Verkaufsfläche

noch Tabelle 1

Beispiele für verschiedene Zentrenkonzepte: Leipzig, Bremen, Frankfurt a.M., Münster und Dortmund

Stadt	Abgrenzungskriterium	Zentrentypen			
	Zentrentyp allgemein	A-Zentrum	B-Zentrum	C-Zentrum	D-Zentrum
Münster	1. Typ	Oberzentrum / City / Cityergänzungsbereiche	Stadtbereichs- / Stadtbezirkszentren	Grundversorgungs- / Stadtteilzentren	
	2. Zentrenfunktion	Über Funktionen des Stadtteils sowie Stadtbereichs- / -bezirks hinaus	Über Funktionen des Stadtteils	Funktionen für den jeweiligen Stadtteil	
	3. Handel-/Dienstleistungen	Einkaufs- / Dienstleistungseinrichtungen für den langfristigen Bedarf wie – Warenhäuser – Hauptpostamt – Hauptstellen Kreditinstitute – Hotels – Firmenverwaltungen, -vertretungen – oberzentrale Regierungs- / Verwaltungsbehörden	Einkaufs- / Dienstleistungseinrichtungen für den mittelfristigen und tlw. den langfristigen Bedarf wie – Fachgeschäfte – Notar, Rechtsanwalt – Restaurant – höherwertige Tertiärnutzung mit hoher Arbeitsplatzdichte	Einkaufs- / Dienstleistungseinrichtungen für den täglichen Bedarf wie – Post – Kreditinstitut – Tankstelle – versorgungsorientiertes Handwerk – Gaststätte	
	4. Gemeinbedarf	Rathaus, bürgerrelevante Ämter der Verwaltung Fachhoch- / Hochschule Einrichtungen beruflicher Fortbildung	weiterführende Schule größere Sporthalle / -plätze Freibad / Hallenbad Bezirksverwaltungsstelle Polizeistation	Grundschule Kindergarten Sportplatz Turn- und Sporthalle Fest- u. Marktplatz Markt Anlaufstelle der Verwaltung	
	5. Soziales/Kultur	VHS Stadtbücherei / Fachbibliothek Veranstaltungshalle Theater, Museum	VHS-Zweigställe Stadtbücherei Bürgerhaus / Begegnungsstätte	Relig. Gemeindezentrum Jugendeinrichtung Alteneinrichtung Begegnungs- / Versammlungsraum Stadtteil- / Pfarrbücherei, Bücherbus	
	6. Verkehr	Bahnhof Busbahnhof Parkhaus	Bushaltestelle (10 min. Takt) Buslinienknotenpunkt Bahnhaltdepot	Haltestelle Bus Parkplätze	
	7. Gesundheitswesen	Krankenhäuser mit Fachabteilungen / Spezialkliniken	Fachärzte	Ärzte	
	8. Freizeit/Stadtgestalt	Fußgängerzone Festplatz Stadion Spaßbad Vergnügungs- und Unterhaltungsangebot Botanischer Garten / Stadtpark	Stadtteilpark Stadtbereichs- / bezirksbezogene Identifikationsobjekte	Stadtteilbezogene, unverwechselbare Erlebniswerte / Identifikationsobjekte	
	9. Wohnen	kompaktere urbane Wohnformen in unterschiedlicher Dichte, Höhe, Körnigkeit	angepasste, jedoch bezüglich Dichte, Höhe, Körnigkeit intensivierte Wohnformen	stadtteilverträgliche Wohnformen bezüglich Dichte, Höhe, Körnigkeit	
Dortmund	1. Typ	City	Nebenzentren / Stadtbezirkszentren	Ortsteilzentren	Quartiersversorgungs-zentren
	2. Kennzeichen	Einzugsbereich ca. 2 Mio. EW oberzentrale Versorgungsfunktion ca. 500 von ca. 3 500 Einzelhandelsbetrieben ca. 190 000 m ² von 803 000 m ² Einzelhandelsverkaufsfläche sehr hohe Qualität und Ausdifferenziertheit des Angebotes stark mit allen innenstadttypischen Kernsortimenten besetzt	mittelzentrale Versorgungsfunktion für den Stadtteil Ergänzung für die City Angebot geht in den meisten Fällen weit über den Bereich der Grundversorgung hinaus und umfasst neben öffentl. und privaten haushaltsorientierten Dienstleistungen im Bereich des Handels auch innenstadttypische Kernsortimente	Versorgungsfunktion für den jeweiligen Ortsteil wesentlich geringeres Angebot an haushaltsorientierten Dienstleistungen und Einzelhandel als Stadtbezirkszentren; gilt besonders für innenstadttypische Kernsortimente	besitzen ausschließlich Nahversorgungsfunktion verfügen über mehrere nahversorgungsrelevante Einzelhandelsbetriebe sowie haushaltsorientierte Dienstleistungen wie z. B. Frisör

Quelle: Innerstädtische Raumbearbeitung des BBR

und der Erreichbarkeit der verschiedenen innerstädtischen Zentren finden (z. B. *B-Zentren* = sehr gute ÖPNV-Anbindung). Die vergleichbaren Kriterien der Zentrenkonzepte sind in Tabelle 2 dargestellt.

Häufig werden die Zentrenkonzepte der Städte aufgrund einer veränderten Einzelhandelslandschaft noch um großflächige Einzelhandelsagglomerationen in städtebaulich integrierten oder nicht integrierten Lagen erweitert. In Bremen sind z.B. zusätzlich zu den Nebenzentren (Tab. 1) großflächige Einkaufszentren in städtebaulich integrierten Lagen entstanden, die eine zentrale Versorgungsfunktion für den jeweiligen Stadtteil, teilweise auch für angren-

zende Stadtteile und Umlandgemeinden besitzen (Der Senator für Bau, Verkehr und Stadtentwicklung 1999, S. 71).

Die hier dargelegten Konzepte bieten jedoch bei allen Unterschieden auch eine Vielzahl von vergleichbaren Abgrenzungskriterien, die in allen untersuchten Städten für die jeweiligen innerstädtischen Zentren herangezogen wurden. Die Herausfilterung der gemeinsamen Relevanzstruktur ermöglicht so eine Übernahme der Zentrengliederung in die Innerstädtische Raumbearbeitung und liefert neben anderen Überlegungen einen Beitrag für die inhaltliche Typisierung der statistischen Raumeinheiten.

Tabelle 2
Vergleichbare Abgrenzungskriterien innerstädtischer Zentren

Abgrenzungskriterium	A-Zentrum	B-Zentrum	C-Zentrum	D-Zentrum
1. Versorgungsfunktion/ Einzugsbereich	oberzentral gesamstädtisch überregional	mittelzentral teilstädtisch teilweise regional	unterzentral Stadt-/Ortsteil	örtliche Nahversorgung
2. Angebotsstruktur im Einzelhandel	Branchenmix in allen Bedarfsbereichen Sortimente breit u. tief Angebote des aperiodischen Bedarfs in allen Bereichen Kundenmagneten sehr differenziertes Angebot an Betriebstypen (Kaufhäuser, Textilsortimenter, spezial. Fachhandel)	differenzierter Branchenmix Angebot geht in den meisten Fällen weit über den Bereich der Grundversorgung hinaus meistens innenstadttypische Kernsortimente Ergänzung/Entlastung für die City differenziertes Angebot an Betriebstypen	Schwerpunkt bei Geschäften des periodischen Bedarfs und des aperiodischen Bedarfs im Non-Food-Bereich (Textilien, Schuhe, Lederwaren)	Schwerpunkt im periodischen Bedarf mehrere nahversorgungsrelevante Einzelhandelsbetriebe
3. Komplementäre Nutzungen	oberzentrale, spezial. öffentliche und private Dienstleistungen vielfältige Angebote für Kultur, Bildung und Freizeit regional und überregional bedeutsame Kultureinrichtungen Hauptstellen von Kreditinstituten hochwertige Gastronomie und Hotels	Außenstellen der öffentl. Verwaltung konsumorientierte Dienstleistungen regionales, kulturelles Angebot; regional bedeutsame Kultureinrichtungen vielfältige Gastronomie und Hotels	Außenstellen der öffentl. Verwaltung o. Bürgerbüro Haushaltsorientierte Dienstleistungen Gaststätten Angebote für Kultur und Freizeit	Haushaltsorientierte Dienstleistungen (Frisör, Reinigung) Bankfiliale oder Cash-Point
4. Erreichbarkeit	überregional gut erreichbar zentraler ÖPNV-Knoten Fußgängerzone Fahrradkonzept bewirtschaftete Parkplätze	gute Erreichbarkeit für die Region Buslinienknotenpunkt / Bahnhaltestelle (hoher Verkehrstakt) Fußgängerzone bewirtschaftete Parkplätze	gute Erreichbarkeit mit MIV gute ÖPNV-Erreichbarkeit Fußgängerzone gute Erreichbarkeit für Fußgänger u. Radfahrer bewirtschaftete Parkplätze	ÖPNV-Haltepunkt Parkierungsflächen Fußgängeranbindung gute Erreichbarkeit für Fußgänger und Fahrradfahrer

Quelle: Innerstädtische Raumbearbeitung des BBR

Faktoren der Stadtteilbeschreibung 2003: Ein Städtevergleich anhand des abgeleiteten Index Urbanismus*

Sebastian Metzmacher

Für die Beobachtung, Beschreibung und Erklärung der dominanten Tendenzen der Stadtentwicklung in Deutschland ist eine Differenzierung des Stadtgebietes erforderlich. Dabei stellen Raum- bzw. Stadtteiltypen, die über die Zeit konstant gehalten werden, ein nützliches Instrument für die Beobachtung stadtstruktureller Entwicklungen dar, wie sie das BBR zum Ziel hat.

Eine Aufgabe des 1995 von den Städten und der damaligen BfLR (dem heutigen BBR) gegründeten Gemeinschaftsprojekts *Stadtteiltypisierung* bestand darin, herauszufinden, mit welchen zentralen und vergleichbaren Dimensionen sich die Stadtstruktur deutscher Städte stadtübergreifend beschreiben lässt, und mit welchen Methoden diese zentralen Dimensionen bestimmt werden können. Die Untersuchung bestehender Stadtteiltypisierungen führte die Arbeitsgruppe zu dem Ergebnis, dass es trotz stadt spezifischer Merkmalsauswahl weitgehend vergleichbare stadtübergreifende Merkmalsdimensionen gibt, mit denen sich die Stadtstruktur deutscher Städte abbilden lässt. Zur Bestimmung dieser Dimensionen wurde häufig eine Faktorenanalyse durchgeführt (Böltken et al. 1996). Die zentralen Merkmalsdimensionen wurden von der Arbeitsgruppe mit folgenden Überschriften versehen:

- Sozialer Status;
- Soziale Probleme / Segregation;
- Lebenszyklus / Altensegregation;
- Urbane Verdichtung.

Zweck dieses Beitrages ist es nun, sich anhand einer Faktorenanalyse nochmals der generellen Bedeutung von Merkmalsdimensionen zur Beschreibung der Stadtstruktur zu versichern und einige stadtvergleichende Ergebnisse zur Merkmalsdimension *Urbanismus* vorzustellen. Dabei stellen die extrahierten Faktoren keine abschließend diskutierten Dimensionen dar, sondern sind als Ansatzpunkt für weitere und vertiefende Überlegungen zu verstehen.

Urbanismus und weitere Dimensionen der Stadtstruktur

Mit der Faktorenanalyse wird eine Vielzahl von Variablen entsprechend ihrer statistischen Zusammenhänge, die sie unterein-

ander haben, in wenige, möglichst voneinander unabhängige Merkmalsgruppen (Faktoren) zusammengefasst. Mit Hilfe der extrahierten Faktoren können dann Stadtstrukturen entlang der so neu erhaltenen Klassifikation in Kurzform beschrieben werden. In die vorliegende Analyse sind insgesamt 20 Indikatoren aus den Bereichen Bevölkerungsstruktur und -bewegung, Familienstand, Soziales und Flächennutzung eingegangen (Tab. 1), die sich an verschiedenen Stadtteiltypisierungen einzelner Städte oder stadtübergreifender Analysen orientieren (u. a. Berger 1991; Geisler/Parpart 1981; Strohmeier et al. 2003; Zehner o. J.). Leider konnten aufgrund fehlender oder unzureichend vorhandener Merkmale in der verwendeten Datenbasis des IRB-Datensatzes 2003 nicht alle „Wunschindikatoren“ – wie z. B. *Anteil Einperso-*

*) Dieser Artikel erschien erstmals unter dem Titel Dimensionen der Stadtstruktur – Die Dimension „Urbanismus“ in: Stadtforschung und Statistik, 2/2005, S. 51–55

Tabelle 1
Indikatoren zur Stadtteiltypisierung, die in die Faktorenanalyse eingehen

Bevölkerungsstruktur/-bewegung
Einwohner je km ²
Anteil Bevölkerung unter 18 Jahre an der Bevölkerung insgesamt
Anteil 18- bis unter 30-Jährige an der Bevölkerung insgesamt
Anteil 65 Jahre und älter an der Bevölkerung insgesamt
Anteil Frauen zwischen 15 und 45 Jahren an der Bevölkerung insgesamt
Fertilitätsrate gesamt (Geborene je 100 Frauen 15–45 Jahre)
Fluktuation je 100 Einwohner
Ausländeranteil
Familienstand (ohne die unter 18-Jährigen)
Anteil Familienstand ledig am Familienstand insgesamt
Anteil Familienstand geschieden am Familienstand insgesamt
Anteil Familienstand verheiratet am Familienstand insgesamt
Anteil Familienstand verwitwet am Familienstand insgesamt
Soziales
Arbeitslose je 100 Einwohner
Anteil Arbeiter an den Beschäftigten insgesamt
Pro-Kopf-Wohnfläche
Flächennutzung
Anteil Freifläche an der Fläche insgesamt
Anteil Wohnbaufläche an der Fläche insgesamt
Anteil Industrie- und Gewerbefläche an der Fläche insgesamt
Anteil Fläche gemischter Nutzung an der Fläche insgesamt
Anteil Sondergebietsfläche an der Fläche insgesamt

Quelle: Innerstädtische Raumbewertung des BBR

nenhaushalte oder *Anteil Ein- und Zweifamilienhäuser* – berechnet werden und daher auch nicht in die Analyse eingehen.

Die Faktorenanalyse beruht schließlich auf insgesamt 726 Stadtteilen aus 17 Städten (Bonn, Dortmund, Duisburg, Essen, Frankfurt am Main, Gelsenkirchen, Halle, Hamburg, Hannover, Heidelberg, Köln, Krefeld, Ludwigshafen, Magdeburg, Oberhausen, Offenbach und Wiesbaden), für die diese 20 Variablen vorhanden sind. Für die Faktorenextraktion wird die Hauptkomponentenanalyse eingesetzt, d. h. die statistische Unabhängigkeit der Faktoren wird unterstellt (Bahrenberg/Giese/Nipper 1992, S.219). Zur besseren Interpretierbarkeit wird zum einen eine Varimaxrotation durchgeführt, zum anderen die Zahl

der extrahierten Faktoren nach mehreren Durchläufen mit unterschiedlicher Anzahl Faktoren auf drei Faktoren bzw. Dimensionen eingeschränkt. Diese sind „synthetische“ Variablen, die jeweils mit einem Teil der ursprünglichen Variablen so hoch wie möglich linear korrelieren. Sie lassen sich aufgrund ihrer Merkmalskombinationen mit den Begriffen

- *Urbanismus*,
- *Soziale Lage und*
- *Altenkonzentration*

beschreiben. Die Namensgebung der Dimensionen orientiert sich an früheren in der Literatur beschriebenen Ergebnissen (u. a. Böltken et al. 1996; Hermann 1992; Ruten 2003; Stadt Nürnberg 1991) und übernimmt damit die inhaltlichen Hypothesen hinsichtlich der zentralen Charakteristika von Großstadtvierteln.

In Tabelle 2 sind aus Gründen der Übersichtlichkeit für die drei Faktoren nur diejenigen Faktorladungen angegeben, die einen Zusammenhang (Korrelation) zwischen Indikator und Faktor von mindestens +/- 0,5 aufweisen. Je nach Indikatorenwahl und der Anzahl der in die Analyse eingehenden Stadtteile, aber auch in Abhängigkeit der gewählten Analysemethoden kann sich selbstverständlich eine andere Faktorenstruktur ergeben. Daraus folgern dann eventuell eine entsprechend veränderte Dimensionalität der Reduktionslösung oder andere Bezeichnungen für die zentralen inhaltlichen Dimensionen der Stadtteilbeschreibung oder eine andere Theoriebegründung. Was sich mit den jeweils ergebenden Ergebnissen analysieren lässt, soll hier nun beispielhaft am Faktor *Urbanismus* andiskutiert werden.

Der Faktor Urbanismus

Dieser zeigt in der vorliegenden Lösung sehr hohe Ladungen bei den Merkmalen zum Familienstand, zur Bevölkerungsdichte, zu bestimmten Altersgruppen und zu Flächennutzungsarten. Betrachtet man die Variablen mit hohen positiven Faktorladungen (Tab. 2), sind dies Merkmale, die eher das „Urbane“ der Innenstadt beschreiben.

Zu den Merkmalen gehören u. a.

- die *Bevölkerungsdichte*, die hier als Maß städtischer Konzentration dient. Die Bevölkerungsdichte liefert einen Beitrag zur Urbanität, wenn man sie u. a. „als das Aufeinandertreffen vieler unter-

Tabelle 2
Drei Faktoren für 20 Indikatoren zur Stadtteiltypisierung

Merkmale	Urbanismus	Sozialer Rang	Altenkonzentration
Einwohnerdichte EW je ha	0,72		
Anteil Familienstand ledig am Familienstand insgesamt	0,85		
Anteil Familienstand geschieden an Familienstand gesamt	0,61		
Anteil Familienstand verheiratet an Familienstand insgesamt	-0,92		
Anteil Familienstand verwitwet an Familienstand insgesamt			0,88
Anteil Freifläche an Fläche insgesamt	-0,71		
Anteil Wohnbaufläche an Fläche insgesamt			0,53
Anteil Industrie- und Gewerbefläche an Fläche insgesamt		0,56	
Anteil Fläche gemischter Nutzung an Fläche insgesamt	0,54		
Anteil Sondergebietsfläche an Fläche insgesamt	0,65		
Anteil 18- bis unter 30-Jährige an der Bevölkerung insgesamt	0,70		-0,51
Anteil Bevölkerung unter 18 Jahre an der Bevölkerung insgesamt	-0,67		
Anteil 65 Jahre und älter an der Bevölkerung insgesamt			0,86
Fertilitätsrate gesamt (Geborene je 100 Frauen zwischen 15 und 45 Jahren)		0,62	
Pro-Kopf-Wohnfläche			
Ausländeranteil		0,66	
Arbeitslose je Einwohner im erwerbsfähigen Alter (15 bis 65 Jahre)		0,73	
Fluktuation je 100 Einwohner	0,60	0,54	
Anteil Arbeiter an Beschäftigten		0,86	
Empfänger von LHU: gesamt je 100 Einwohner		0,88	
Erklärte Varianz	26,8 %	21,3 %	13,8 %

Extraktionsmethode: Hauptkomponentenanalyse; Rotationsmethode: Varimax mit Kaiser-Normalisierung

Quelle: Innerstädtische Raumbeachtung des BBR;
Datenbasis: Kommunalstatistiken der IRB-Städte

schiedlicher, unbekannter Menschen auf relativ engem Raum“ versteht, das eine bestimmte „städtische Lebensweise“ hervorbringt (Böltken 1979, S. 22),

- die Altersgruppe der 18- bis unter 30-Jährigen, die in der Lebensphase der Ausbildung und der beruflichen Orientierung tendenziell eher in den innenstädtischen Gebieten lebt,
- der Anteil Familienstand ledig am Familienstand insgesamt, der zum einen als Hinweis auf lebensphasentypischen Lebensstil interpretiert werden kann und zum anderen mit einigen Einschränkungen Rückschlüsse auf Haushaltsstrukturen zulässt, und
- die Flächennutzungsart Anteil Sondergebiets- und Mischgebietsflächen an der Gebietsfläche insgesamt als Indikator städtischer Nutzungsvielfalt.

Demgegenüber beschreiben die Indikatoren mit hohen negativen Faktorladungen – der Anteil Familienstand verheiratet am Familienstand insgesamt, der Anteil der Altersgruppe der unter 18-Jährigen und der Anteil Freiflächen an der Gebietsfläche insgesamt – das „familiäre“, das sich typischerweise eher am weniger verdichteten Stadtrand wiederfinden lässt. Daraus lässt sich folgern, dass in zu charakterisierenden Stadtteilen mit steigenden negativen Faktorladungen der urbane Charakter zunimmt.

Indexbildung als Ersatz für den Faktor Urbanismus

Die nun im Weiteren vorgestellte Indexbildung stellt den Versuch dar, den Faktor *Urbanismus* durch eine Kombination der drei am höchsten ladenden Merkmalen zu fassen, die weitgehend flächendeckend im IRB-Datensatz 2003 zur Verfügung stehen. Das bietet die Gelegenheit, mehr Stadtteile in die stadtvergleichende Analyse einbeziehen zu können. Während bei der Faktorenanalyse nur 726 der rund 2 500 Stadtteile zum Tragen kamen, ist es durch die Indexbildung auf Basis von nur drei Indikatoren möglich, 1 988 Stadtteile aus 35 Städten in die Analyse einzubeziehen. Die drei hochladenden und für viele Städte verfügbaren Indikatoren der Faktorenanalyse, die nun den *Index Urbanismus* bilden sollen, sind *Anteile Familienstand verheiratet am Familienstand insgesamt* (-0,92), die *Einwohnerdichte je ha* (+0,72) und der *Anteil der 18- bis unter 30-Jährigen an der Bevölkerung ins-*

gesamt (+0,70; Tab. 2). Die hier vorgenommene Indexbildung unterstellt eine Gleichgewichtigkeit der verwendeten Indikatoren, weshalb auch nur ein Familienstandsindikator einbezogen wird.

Für die Indexbildung werden die Verteilungen der drei ausgewählten Indikatoren in Quintile eingeteilt. Diesen werden jeweils Werte von 1 bis 5 zugewiesen, wobei der negativ ladende Familienstand umgekehrt kodiert wird. Werden diese drei Variablen sodann aufaddiert, ergibt sich für den *Index Urbanismus* ein Wertebereich von 3 bis 15. Anschließend werden die Indexwerte in drei Klassen eingeteilt (Grad Urbanismus: niedrig, mittel, hoch). Die Klassen werden so gewählt, dass die mittlere Klasse am stärksten besetzt ist, um die Gebiete mit einem niedrigen bzw. hohen Grad *Urbanismus* deutlicher herauszustellen. In der folgenden Tabelle 3 sind die Klassengrenzen für den Index dargestellt.

Tabelle 3
Abgrenzung der Wertebereiche für den aufsummierten Index Urbanismus

Wertebereich des Index	Grad des Urbanismus im Stadtteil
3 bis 6	niedrig
7 bis 11	mittel
12 bis 15	hoch

Quelle: Innerstädtische Raumbewertung des BBR

Die Verteilung der einbezieharen 1 988 IRB-Stadtteile nach dem Grad des Urbanismus zeigt sich dann wie folgt: 27,8 % der 1 988 Stadtteile fallen in die Klasse mit niedrigem Grad Urbanismus, 44,3 % in die mit mittlerem Grad Urbanismus und 27,9 % in die verbleibende Klasse mit hohem Grad Urbanismus. Betrachtet man den Grad des Urbanismus differenziert nach der Lage *Innere Stadt* (Innenstadt und Innenstadtrand = 785 Stadtteile) und *Äußere Stadt* (Stadtrand = 1 092 Stadtteile), entfallen, wie nicht anders zu erwarten, über die Hälfte, nämlich rund 55 %, der Stadtteile der *Inneren Stadt* in die Klasse mit hohem Grad Urbanismus, während nur rund 10 % der Stadtteile der *Inneren Stadt* einen niedrigen Grad Urbanismus aufweisen. Von den 1 092 Stadtteilen der *Äußeren Stadt* sind immerhin noch gut 10 % durch einen hohen Grad von Urbanismus gekennzeichnet.

Urbanismus – einige stadtvergleichende Ergebnisse

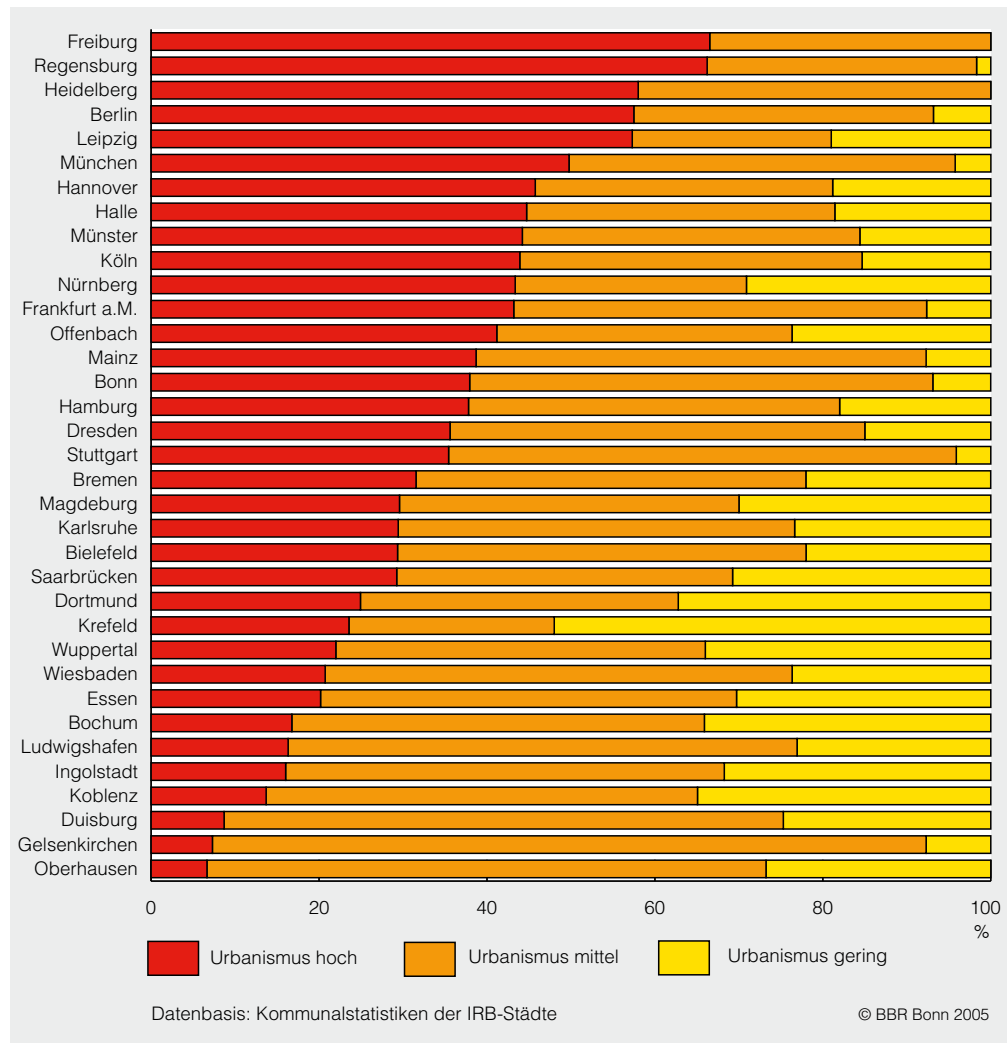
Mit diesem stadtteilcharakterisierenden Index können nun stadtvergleichende Beschreibungen vorgenommen werden. Beispielsweise kann überprüft werden, ob die Klassen Urbanismus niedrig, Urbanismus mittel und Urbanismus hoch bezüglich anderer Indikatoren ausreichend differenzieren, und ob sich diese Art der Differenzierung tendenziell in allen Städten zeigt.

In Abbildung 1 sind für das Jahr 2003 die Bevölkerungsanteile jeder Stadt dargestellt, die in Stadtteilen mit niedrigem, mittlerem oder hohem Grad des Urbanismus leben. Die Städte sind absteigend nach dem Anteil der Bevölkerung in Stadtteilen mit hohem Grad des Urbanismus sortiert. Wie aus der Abbildung hervorgeht, leben in Freiburg

i. Br. 2003 mit rund 67 % die meisten Menschen in Stadtteilen, die durch einen hohen Grad des Urbanismus gekennzeichnet sind. Die restlichen 33 % der Einwohner leben in Stadtteilen, die aus der stadtvergleichenden Bundessicht in die Klasse mit mittlerem Grad des Urbanismus fallen. Die Klasse niedriger Grad des Urbanismus fehlt in Freiburg vollständig, was auf die Art der Klassenbildung und -abgrenzung zurückzuführen ist. Stadtteile, die aus Sicht der vergleichenden Stadtforschung einen mittleren Grad des Urbanismus aufweisen, würden z. T. aus der Perspektive der Stadt Freiburg sicherlich in die Klasse mit niedrigem Grad des Urbanismus fallen.

Weitere Städte mit hohen Bevölkerungsanteilen in Stadtteilen, die durch einen hohen Grad des Urbanismus gekennzeichnet sind, sind Regensburg, Heidelberg, Berlin,

Abbildung 1
Bevölkerungsanteile in 35 IRB-Städten mit 1 988 Stadtteilen nach Grad des Urbanismus – 2003



Quelle: Innerstädtische Raumbeachtung des BBR

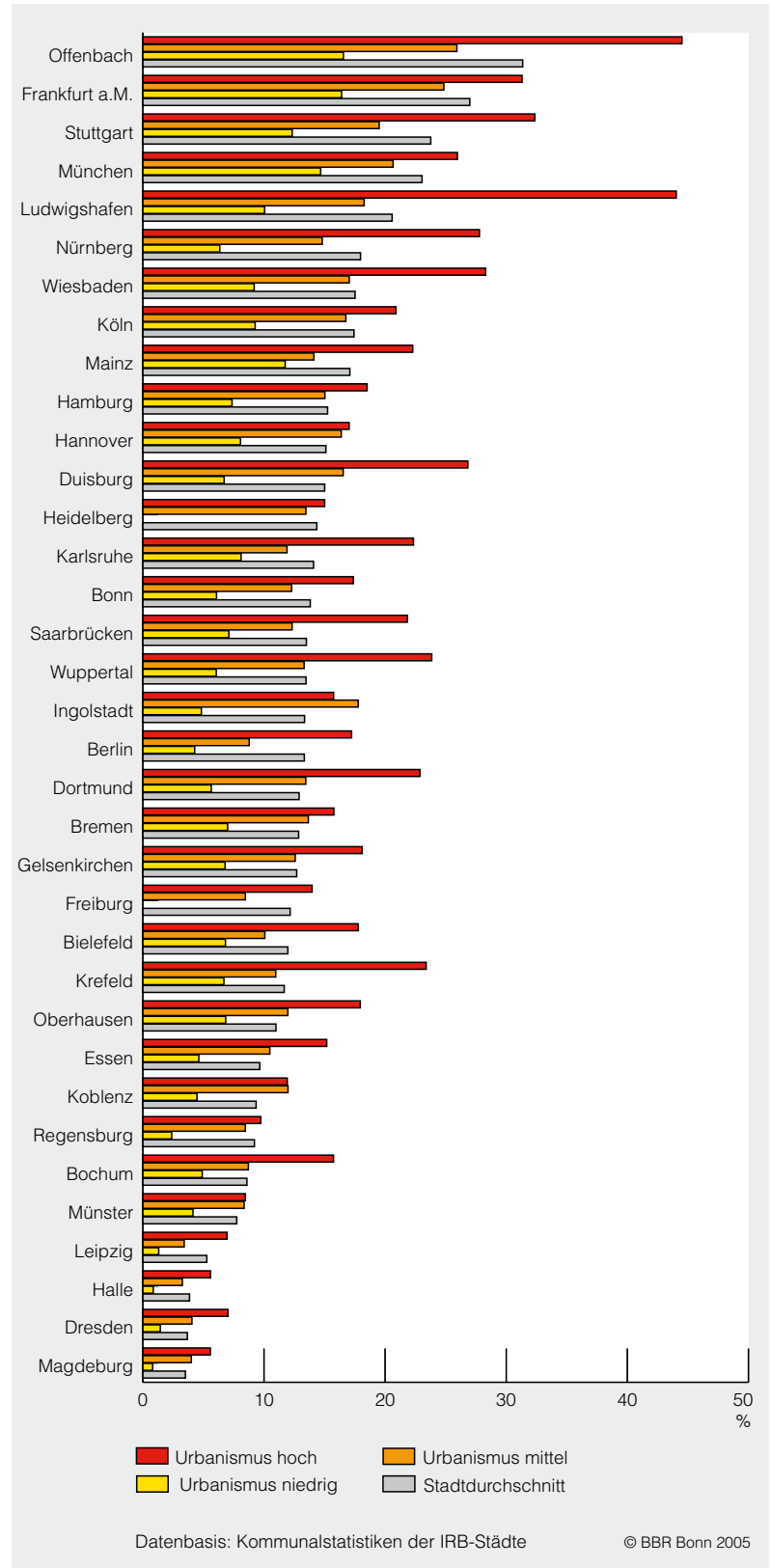
Leipzig und München. Die drei Städte mit dem höchsten Urbanismus-Grad sind also kleinere Großstädte mit großen Universitäten. Berlin, Leipzig und München verfügen ebenfalls über große Universitäten und gelten zudem als attraktive Großstädte, so dass auch dorthin viele junge Menschen zum Studium, zur Ausbildung oder zum Arbeiten kommen. In diesen Städte fallen sehr häufig die Merkmale hoher Anteil der 18- bis unter 30-Jährigen an der Bevölkerung, hohe Bevölkerungsdichte und geringer Anteil Verheiratete am Familienstand räumlich zusammen, so dass viele Stadtteile einen hohen Grad des Urbanismus aufweisen und dementsprechend auch der Anteil der Bevölkerung sehr hoch ist, der in solchen Stadtteilen lebt.

Demgegenüber tritt diese Merkmalskombination in den Stadtteilen der drei Ruhrgebietsstädte Oberhausen, Gelsenkirchen und Duisburg sehr viel seltener auf, weswegen in diesen Städten nur zwischen 6,6 % und 8,7 % der Einwohner in Stadtteilen leben, die durch einen hohen Grad des Urbanismus gekennzeichnet sind. Der überwiegende Teil der Einwohner lebt hier in Stadtteilen mit einem mittleren Grad des Urbanismus. Beim Blick in die Grunddaten der betroffenen Städte zeigt sich, dass dieser mittlere Ausprägungsgrad sich häufig aus der auftretenden Merkmalskombination mittlerer bis niedriger Anteil der 18- bis unter 30-Jährigen an der Bevölkerung, mittlere bis hohe Bevölkerungsdichte und mittlerer bis hoher Anteil Verheirateter am Familienstand ergibt.

Dass eine geringe Anzahl von Stadtteilen mit hohem Urbanismus nicht zwingend mit einem hohen Anteil von Stadtteilen mit niedrigem Urbanismus einhergeht, wird an der Abbildung 1 ebenfalls deutlich: Die meisten Stadtteile mit niedrigem Urbanismus weisen die Städte Krefeld, Dortmund, Koblenz, Bochum, Wuppertal und Essen auf. Auch in Ingolstadt, Saarbrücken, Magdeburg oder Wiesbaden überwiegt der Anteil der Stadtteile mit niedrigem den mit hohem Urbanismus. Dieses Städtespektrum erscheint auf den ersten Blick nicht besonders einheitlich, außer dass es eine ganze Reihe von Großstädten mit altindustriellen Altlasten und entsprechenden Stadtumbauaufgaben enthält. Bei dieser Kennzeichnung sei allerdings auch noch einmal an die Definition des Index und die Bedeutung der Beschreibung *niedriger Urbanismus* erinnert: Es sind Stadtteile, in denen vergleichsweise

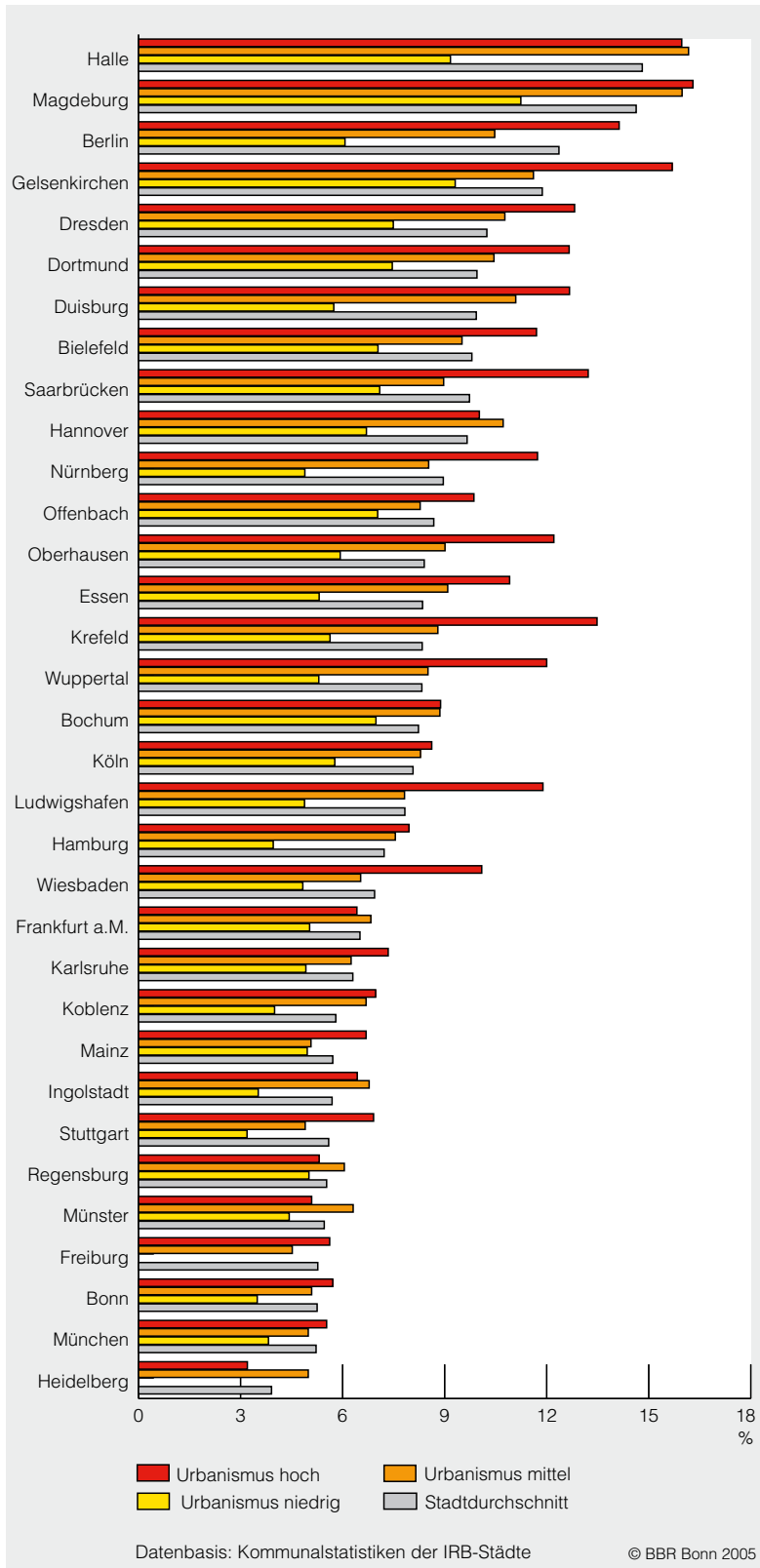
sehr wenig 18- bis unter 30-Jährige leben, die eine geringe Einwohnerdichte aufweisen und in denen viele Verheiratete leben. Dies trifft auf typische Stadtrandgebiete mit

Abbildung 2
Ausländeranteile nach Grad des Urbanismus für 35 IRB-Städte – 2003



Quelle: Innerstädtische Raumbeschreibung des BBR

Abbildung 3
Arbeitslose je 100 Einwohner im erwerbsfähigen Alter nach Grad des Urbanismus für 33 IRB-Städte – 2003



Quelle: Innerstädtische Raumbeachtung des BBR

Ein- und Zweifamilienhäusern genauso zu wie auf Stadtteile mit größeren Industriebranchen. Insofern ist für jede der angeführten Städte spezifisch zu untersuchen, was diese Beschreibung am Ort heißt.

Abbildung 2 zeigt nun – wiederum für das Jahr 2003 – den Ausländeranteil in der Gesamtstadt sowie in den nach dem Grad des Urbanismus differenzierten Stadtteilen. Die Städte sind absteigend nach dem durchschnittlichen Ausländeranteil sortiert. Die höchsten Ausländeranteile weisen die vier Städte Offenbach (31,4 %), Frankfurt am Main (27,3 %), Stuttgart (23,8 %) und München (23,5 %) auf. Am unteren Ende der Rangskala liegen erwartungsgemäß die ostdeutschen Städte Leipzig (5,2 %), Halle (3,9 %), Dresden (3,7 %) und Magdeburg (3,5 %).

Bis auf Ingolstadt und Koblenz, wo die höchsten Ausländeranteile in den Stadtteilen mit mittlerem Grad des Urbanismus erreicht werden, zeigt sich in allen Städten, dass mit abnehmendem Grad des Urbanismus auch die Anteile der ausländischen Bevölkerung abnehmen, auch wenn natürlich die Höhe der Ausländeranteile nach dem Grad des Urbanismus von Stadt zu Stadt unterschiedlich ist. Weit überdurchschnittliche Ausländeranteile in Stadtteilen mit hohem Grad des Urbanismus werden in Ludwigshafen (44,0 %) und Offenbach (45,5 %) erreicht. Hier liegen die Ausländeranteile um 23,5 bzw. um 13,2 Prozentpunkte über dem städtischen Durchschnitt. In den Städten Hamburg, Duisburg, Dortmund, Bremen, Oberhausen, Essen und in Magdeburg erreichen die Ausländeranteile selbst in Stadtteilen mittleren Urbanismusgrades den gesamtstädtischen Durchschnitt bzw. liegen darüber. Solches verweist in den Grenzen der Indexdefinition auf gewisse Normalisierungstendenzen der Ausländerintegration in diesen Städten.

In Abbildung 3 ist für das Jahr 2003 die Anzahl der Arbeitslosen je 100 Einwohner im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) in Stadtteilen differenziert nach dem Grad des Urbanismus dargestellt. Die Rangliste der Städte ist hier wie beim Ausländeranteil absteigend nach dem erwerbsquotenbezogenen Arbeitslosenanteil in der Gesamtstadt sortiert.

Die höchsten durchschnittlichen Arbeitslosenzahlen je 100 Einwohner im erwerbsfähigen Alter werden in den Städten Ostdeutschlands (Halle, Magdeburg und Dresden), in Berlin und in einigen Städten des Ruhrgebiets (Gelsenkirchen, Dortmund und Duisburg) erreicht. Die höchste durchschnittliche Zahl von 14,8 Arbeitslosen je 100 Einwohner im erwerbsfähigen Alter verzeichnet im Jahr 2003 Halle. Die niedrigsten Zahlen werden in den auch überregional bekannten Universitätsstädten Heidelberg, Bonn, Freiburg und Münster sowie in den süddeutschen Landeshauptstädten München und Stuttgart erreicht.

Ähnlich wie bei den Ausländeranteilen zeigt sich auch hinsichtlich der Verteilung der Arbeitslosen auf die Stadtteile in fast allen Städten eine Abnahme mit dem Grad des Urbanismus. Von diesem Muster weichen nur sieben Städte (Heidelberg, Münster, Hannover, Ingolstadt, Regensburg, Frankfurt a. M. und Halle) ab. In diesen Städten werden die höchsten Arbeitslosenzahlen je 100 Einwohner im erwerbsfähigen Alter in den Stadtteilen erreicht, die einen mittleren Grad des Urbanismus aufweisen. Die Zahlen sind jedoch im Vergleich zu denen in Stadtteilen mit hohem Grad des Urbanismus nur zwischen 1,8 und 0,2 Arbeitslosen

je 100 Einwohnern im erwerbsfähigen Alter höher. In den Städten Krefeld, Gelsenkirchen und Ludwigshafen liegen die Arbeitslosenzahlen je 100 Einwohner im erwerbsfähigen Alter in Stadtteilen mit hohem Grad des Urbanismus deutlich mit 5,1 bis 4,1 Arbeitslosen je 100 Einwohner im erwerbsfähigen Alter über dem Stadtdurchschnitt.

Fazit

Dieser erste Versuch, aus einer Dimension der stadtteilstrukturentdeckenden Faktorenanalyse einen auch allgemein für Städte einsetzbaren Index abzuleiten, scheint ein gangbarer Weg zu sein. Aufgrund der empirisch festgestellten Struktur können Einzelindikatoren zusammengefasst werden und eine Stadtteilcharakterisierung liefern, die deutliche Unterschiede zwischen den Städten aufzeigt. Das hier ausprobierte Beispiel eines Index *Urbanismus* hat ergeben, dass die gewählte Abstimmung des Grades akzeptabel zu differenzieren scheint. Weitere Versuche sind anzustellen mit anderen inhaltlichen Zusammenfassungen der vorhandenen Indikatoren. Ebenso stehen entsprechende statistische Überprüfungen aus. Der Weg ist jedenfalls eröffnet und lädt zu weiterem Forschen ein.

Stadtteiltypisierung deutscher Großstädte – Ergebnisse einer ersten stadtübergreifenden Clusteranalyse 2003

Sebastian Metzmacher

Damit die zentralen Tendenzen der Stadtentwicklung in Deutschland beobachtet, beschrieben und erklärt werden können, benötigt man für eine stadtstrukturelle Entwicklungsbeobachtung über die Zeit konstante Raum- bzw. Stadtteiltypen. Bei den rund 2 500 Stadtteilen der Innerstädtischen Raumbearbeitung des BBR gleicht kein Stadtteil genau dem anderen. Das äußere Bild und die interne Struktur eines jeden Stadtteils wird durch die städtebaulichen Gegebenheiten, die Wohnverhältnisse und die sozialen Lebensbedingungen verschiedener Bevölkerungsgruppen bestimmt. Trotz der Einzigartigkeit der einzelnen Stadtteile gibt es jedoch typische Gebiete, in denen bestimmte Merkmale mehr oder weniger stark räumlich konzentriert auftreten. Diese typischen Gebiete sind also nicht nur stadtspezifisch, sondern lassen sich auch in allen Städten wieder finden.

Als erster Schritt hin zu einer Typenbildung wurde im vorherigen Text eine Faktorenanalyse vorgestellt, um sich der generellen Bedeutung von Merkmalsbündeln (Dimensionen) zur Beschreibung der Stadtstruktur zu versichern. Anhand der Faktorenanalyse konnten die drei Einzeldimensionen *Urbanismus/Familismus*, *Soziale Lage* und *Altenkonzentration* extrahiert werden. In Abstimmung mit der Arbeitsgemeinschaft Innerstädtische Raumbearbeitung (AG IRB) wurden aus den drei Dimensionen möglichst einfache und generell verfügbare Variablen für eine Bildung komplexer Typen mittels Clusteranalyse ausgewählt (Tab. 1). Mit dem vorliegenden Arbeitspapier sollen das methodische Vorgehen und die Ergebnisse der Clusteranalyse auf Grundlage der vereinbarten und einiger zusätzlicher Variablen zur Diskussion gestellt werden.

Datenbasis und Methodik

Aus den rund 30 für die IRB erhobenen Grundmerkmalen wurden neun Variablen für die Clusteranalyse ausgewählt (Tab. 1). Aufgrund der Variablenauswahl können von den 42 IRB-Städten 33 Städte mit 1 701 Stadtteilen bei der Analyse berücksichtigt werden. Für die Clusterbildung erfolgt ein zweistufiges Verfahren. In der ersten Stufe wird eine hierarchische Clusteranalyse nach dem Ward-Verfahren durchgeführt, das als Ähnlichkeitsmaß die quadrierte euklidische

Distanz verwendet (Bahrenberg/Giese/Nipper 1992, S. 286). Das setzt voraus, dass diese gebildet werden kann, also als Differenzmaß sinnvoll ist. Auch sollten keine zu hohen Korrelationen zwischen den Variablen bestehen und wegen des quadrierten Distanzmaßes Ausreißer zuvor aussortiert werden.

Um also zu vermeiden, dass Stadtteile mit extremen Merkmalsausprägungen die Typenbildung verzerren, sind zum einen Stadtteile mit weniger als 500 Einwohnern vor der Analyse ausgeschlossen worden.

Tabelle 1

Die in die Clusteranalyse zur Stadtteiltypisierung eingehenden neun Variablen, die für eine Mehrheit der IRB-Städte vollständig vorliegen

Merkmalskatalog Innerstädtische Raumbearbeitung 2003	ausgewählte Variable
Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung	<ul style="list-style-type: none"> • Anteil der unter 6-Jährigen • Anteil der 18- bis unter 30-Jährigen • Anteil der über 60-Jährigen
Wohnberechtigte Bevölkerung	
Ausländer	<ul style="list-style-type: none"> • Anteil Ausländer
Deutsche mit weiterer Staatsangehörigkeit (Doppelstaater)	
Frauen	
Ausländische Frauen	
Staatsangehörigkeit Ausländer	
Staatsangehörigkeit Doppelstaater	
Familienstand	<ul style="list-style-type: none"> • Anteil Familienstand verheiratet, ohne die unter 18-Jährigen
Steuerrechtliche Personenverbände/Haushalte	
Natürliche Bevölkerungsbewegungen	
Wohndauer an der Adresse	
Umzüge zwischen Stadtteilen	
Umzüge Ausländer zwischen Stadtteilen	
Wanderungen der Bevölkerung mit Hauptwohnung	
Wanderungen der wohnberechtigten Bevölkerung	
Wanderungen Ausländer	
Wanderungen in/aus Umland	
Wanderungen Ausländer in/aus Ausland	
Bestand Wohngebäude und Wohnungen	<ul style="list-style-type: none"> • Pro-Kopf-Wohnfläche • Belegungsdichte: EW/ Wohnung
Baumaßnahmen an Gebäuden mit Wohnungen	
Flächennutzung	<ul style="list-style-type: none"> • Einwohnerdichte: EW/ha
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	
Arbeitslose	<ul style="list-style-type: none"> • Arbeitslose je 100 EW im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren
Sozialhilfeempfänger	
Leistungsempfänger	

Quelle: Innerstädtische Raumbearbeitung des BBR;
Datenbasis: Kommunalstatistiken der IRB-Städte

Zum anderen wurden über Boxplots (SPSS) Extremfälle für die neun Merkmale identifiziert und aus dem Datensatz entfernt. Nach der Datenbereinigung gehen aus den 33 Städten statt 1 701 noch 1 491 Stadtteile in die hierarchische Clusteranalyse ein.

Betrachtet man die Produkt-Moment-Korrelations-Koeffizienten nach Pearson und Bravais (Tab. 2) zeigt sich, dass die Korrelationen zwischen den neun Variablen hinsichtlich ihrer Höhe unproblematisch sind. Die Mehrzahl der Koeffizienten liegt deutlich unter oder um 0,5. Einen höheren Zusammenhang weisen lediglich die Variablen *Anteil der 18- bis unter 30-Jährigen an der IRB-Bevölkerung* mit dem *Anteil Verheirateter am Familienstand insgesamt, ohne die unter 18-Jährigen* (-0,76) und der *Anteil Verheirateter am Familienstand insgesamt, ohne die unter 18-Jährigen* mit der *Belegungsdichte (Personen je Wohneinheit)* (+0,65) auf.

Für die Ermittlung der richtigen Anzahl an Clustern gibt es bei der Clusteranalyse keine allgemeingültigen Konventionen. Beim Ward-Verfahren gibt es jedoch ein häufig genutztes und anerkanntes Kriterium zur Ermittlung der optimalen Clusterzahl, das so genannte Elbow-Kriterium. Die Festlegung der Clusterzahl orientiert sich dabei am Verlauf des Anstiegs der Fehlerquadratsummen. Das Verfahren wird dann abgebrochen, wenn der Anstieg der Fehlerquadratsummen vergleichsweise sehr stark ausfällt, d. h. der Zuwachs an Heterogenität durch das Zusammenfassen von Fällen in

den Clustern unvertretbar hoch wird. Bei der vorliegenden Analyse kommt es zwischen dem Wechsel von der 6. zur 5. Clusterstufe zu einem deutlichen Anstieg der Fehlerquadratsummen, was somit für eine Lösung mit sechs Clustern spricht.

Der Nachteil der hierarchischen Clusteranalyse liegt im schrittweisen Vorgehen der Clusterbildung. Cluster, die bei einem Schritt gebildet werden, können bei späteren Schritten nicht mehr aufgelöst oder umgeordnet werden. Sind einmal zwei Stadtteile in einem Cluster zusammengefasst, können sie in späteren Schritten nicht mehr verschiedenen Clustern zugeordnet werden. Das Ergebnis dieser schrittweisen Clusteranalyse kann deshalb eigentlich nur als Anfangslösung des Klassifikations- bzw. Typisierungsprozesses aufgefasst werden. Es empfiehlt sich, diese mit Optimierungsverfahren, wie z. B. der Diskriminanz- oder Zentrenclusteranalyse zu verbessern (Bahrenberg/Giese/Nipper 1992, S. 287 und 296).

Im vorliegenden Fall wird als zweite Stufe für die stadtvergleichende Stadtteiltypisierung die Zentrenclusteranalyse als Optimierungsverfahren gewählt. In diese gehen die gewonnenen Informationen aus der hierarchischen Clusteranalyse ein. Bei der Durchführung von Zentrenclusteranalysen muss vorab nämlich die Anzahl der zu bildenden Cluster vorgegeben werden. In der hier vorgestellten Analyse wurden mittels der hierarchischen Clusteranalyse sechs Cluster als die optimale Clusteranzahl für

Tabelle 2
Korrelationsmatrix der neun in die Clusteranalyse eingehenden Variablen

	Pro-Kopf-Wohnfläche	Arbeitslose je 100 EW	Anteil Ausländer	Anteil der unter 6-Jährigen	Anteil der 18- bis unter 30-Jährigen	Anteil der über 60-Jährigen	Anteil Familienstand verheiratet, ohne die unter 18-Jährigen	Einwohnerdichte: EW/ha
Arbeitslose je 100 EW	-.30							
Anteil Ausländer	-.36	.14						
Anteil der unter 6-Jährigen	-.19	-.06	.37					
Anteil der 18- bis unter 30-Jährigen	-.19	.32	.36	.01				
Anteil der über 60-Jährigen	.21	-.08	-.34	-.48	-.57			
Anteil Familienstand verheiratet, ohne die unter 18-Jährigen	-.09	-.28	-.28	.23	-.76	.23		
Einwohnerdichte: EW/ha	-.12	.34	.32	-.07	.40	-.13	-.54	
Belegungsdichte: EW/Wohnung	-.38	-.43	-.06	.34	-.34	-.17	.65	-.44

die Zentrenclusteranalyse ermittelt. Wenn diese Anzahl festgelegt ist, werden bei der Zentrenclusteranalyse alle Fälle (Stadtteile) – unabhängig davon, welchem der sechs Cluster sie bislang angehört haben – jeweils einem der vorgegebenen sechs Clusterzentroiden aus der hierarchischen Clusteranalyse so neu zugeordnet, dass die interne Heterogenität der Cluster minimiert wird. Um es zusammenfassend noch einmal deutlich zu sagen: Das Ergebnis dieser Analyse hängt zum einen von der Entscheidung für die zu verarbeitenden Variablen – hier neun aus rund 30 Merkmalsgruppen – und von der gewählten Gruppierungsmethode – hier Clusteranalyse auf Grundlage metrisch skalierten Stadtteilstatistiken unter Ausschluss extremer Stadtteilprofile – ab. Zum anderen spielt die Qualität des zugrunde liegenden Materials eine Rolle, worauf später noch einzugehen ist.

Clusterbeschreibung

Die sechs entstandenen Cluster können inhaltlich über die Abweichung der Gruppenmittelwerte von den Gesamtmittelwerten beschrieben werden. Für diese Beschreibung der Cluster werden neben den Mittelwerten der Clustervariablen ergänzend auch noch Mittelwerte weiterer Variablen herangezogen (Tab. 3), die charakteristisch erscheinen, insofern auch sie hoch mit den Clustern korrelieren. Im ersten Schritt werden die wesentlichen Eigenschaften

der Cluster dargestellt und nach einer kritischen Würdigung dann in einem zweiten Schritt Kurzcharakteristiken für diese Cluster formuliert.

Das erste Cluster beinhaltet 165 der für die Clusteranalyse verbliebenen 1 467 Stadtteile, was einem Anteil von gut 11 % entspricht. Die Stadtteile des Clusters sind durchschnittlich mit etwa 93 Einwohnern pro Hektar sehr hoch verdichtet und liegen, wenn man sie mit dem IRB-Lagetyp verschneidet, überwiegend in der *Inneren Stadt* (= Innenstadt und Innenstadtrand) (Abb. 2 in Böltken/Gatzweiler/Meyer in diesem Bericht und Tab. 4). Des Weiteren ist dieses Cluster durch einen sehr hohen Anteil Wohngebäude mit drei und mehr Wohneinheiten geprägt (zu 83 %). In dem Cluster ist zudem der durchschnittliche Anteil jüngerer Erwachsener (18- bis unter 30-Jährige) mit knapp 22 % besonders hoch und der Anteil über 60-Jähriger mit 20 % sowie der Anteil Verheirateter mit knapp 39 % weit unterdurchschnittlich. Die Belegungsdichte von nur 1,7 Einwohnern je Wohneinheit verweist auf einen überproportionalen Anteil von Einpersonenhaushalten. Überdurchschnittlich hoch ist in den Stadtteilen dieses Clusters auch der Ausländeranteil, der mit 19 % fünf Prozentpunkte über dem durchschnittlichen Ausländeranteil aller Stadtteile liegt. Dies alles passt zum Raumbild (Ipsen 1997) typisch großstädtischer Innenstadtquartiere, auch die hohen Fluk-

Tabelle 3

Beschreibung der Stadtteil-Cluster anhand der Mittelwerte von 13 charakteristischen Merkmalen sowie die entsprechenden Mittelwerte für die Gesamtheit aller Stadtteile

Variable	Cluster	1	2	3	4	5	6	insgesamt
Einwohnerdichte: EW/ha		93,3	42,8	24,3	23,7	48,7	47	43,6
<i>Anteil Wohngebäude mit 1 und 2 Wohneinheiten</i>		17,2	48,1	72,9	72,2	37,4	33,4	49,9
Belegungsdichte: EW/Wohnung		1,7	2,1	2,1	1,9	1,7	1,6	1,9
Pro-Kopf-Wohnfläche		38,5	33,1	36,9	44,5	41,3	38,5	38,3
Anteil Familienstand verheiratet, ohne die unter 18-Jährigen		38,7	55	59,2	57,1	44,6	51,3	52,1
Anteil der unter 6-Jährigen		4,7	6,4	5,3	4,8	4,9	4,1	5,2
Anteil der 18- bis unter 30-Jährigen		21,8	16,2	12,9	11,2	17,7	14,7	15,5
Anteil der über 60-Jährigen		20	22,6	25,6	30,4	23,9	30,7	25,1
Anteil Ausländer		19	24,5	9,2	8	14	6,1	14
Arbeitslose je 100 EW		9,4	10,4	7,1	5,1	7,2	13,5	8,4
<i>Empfänger von LHM je 100 EW</i>		6,4	10,4	5,2	2,6	4,7	6,5	6,2
<i>innerstädtische Fluktuation je 100 EW</i>		21,7	17,8	13,5	12,7	18,1	20	16,7
<i>Fluktuation insgesamt je 100 EW</i>		35,7	27,8	20,5	20,7	30,1	28,2	26,3
	Anzahl	165	245	410	299	201	147	1 467
	Anteil	11,25 %	16,70 %	27,95 %	20,38 %	13,70 %	10,02 %	

tuationenwerte unterstützen dieses Bild. Der durchschnittliche Anteil an Sozialhilfeempfängern, die leicht überdurchschnittliche Anzahl Arbeitsloser je 100 Einwohner im erwerbsfähigen Alter und die durchschnittliche Pro-Kopf-Wohnfläche in diesem Cluster sprechen tendenziell für eine im Durchschnitt eher mittlere soziale Lage in den zugehörigen Stadtteilen.

Das zweite Cluster wird aus 245 Stadtteilen gebildet (knapp 17 % aller Stadtteile). Auch in diesem Cluster fallen bei einigen Variablen deutliche Abweichungen vom Gesamtmittelwert auf: Insbesondere der hohe Ausländeranteil (fast 25 %), die überdurchschnittliche Anzahl Arbeitsloser je 100 Einwohner im erwerbsfähigen Alter (gut 10 %), der sehr hohe Anteil an Sozialhilfeempfängern (gut 10 %) oder der vergleichsweise hohe Anteil der unter 6-Jährigen an der Gesamtbevölkerung (gut 6 %) sind anzumerken. Weit unterdurchschnittlich ist hingegen mit 33 m² die durchschnittliche Pro-Kopf-Wohnfläche, die u. a. auf eine hohe Belegungsdichte und auf große Familien verweist. Bei den anderen Variablen sind die Abweichungen des Gruppenmittelwertes vom Gesamtmittelwert eher gering. Die Stadtteile des zweiten Clusters liegen überwiegend am Innenstadtrand und am Stadtrand (Tab. 4). Die Betrachtung der Variablen, die eine deutliche Abweichung vom Gesamtmittelwert haben, lässt vermuten, dass es sich bei den Stadtteilen dieses Typs um Gebiete mit durchschnittlich eher niedriger, teils mittlerer sozialer Lage handelt.

Mit 410 Stadtteilen bzw. mit einem Anteil von knapp 28 % an allen Stadtteilen ist das dritte das größte der sechs Cluster. Mit seiner vergleichsweise sehr geringen Verdich-

tung (gut 24 Einwohner pro Hektar), der überdurchschnittlichen Belegungsdichte, dem höchsten Anteil von Ehepaaren (59 %), dem geringen Ausländeranteil und der leicht unterdurchschnittlichen Pro-Kopf-Wohnfläche enthält dieses Cluster typische Stadtrandwohngebiete, die zu 73 % von Ein- und Zweifamilienhausbebauung geprägt sind. Familienhaushalte unterschiedlicher Konstellationen scheinen hier der vorherrschende Haushaltstyp zu sein. Gut 83 % der Stadtteile dieses Clusters konzentrieren sich auf den Stadtrand (Tab. 4). Diese das Cluster dominierende Stadtrandlage dürfte ein buntes Spektrum von Bebauungsformen enthalten: Dazu sind traditionell dörfliche Strukturen der eingemeindeten Stadtränder genauso zu zählen wie lockere Straßenrandbebauungen, Mischgebiete mit Kleinindustrie und Gewerbe durchsetzt, traditionelle Gartenstadtsiedlungen oder diverse Mischformen. Im Durchschnitt dürften die Stadtteile dieses Clusters gemäß dieser Kennzeichnung eine eher mittlere soziale Lage (mit breiter Streuung) aufweisen.

Etwa 20 % bzw. 299 der 1 467 Stadtteile bilden das vierte Cluster. Besonders ausgeprägt ist dort der Anteil der über 60-Jährigen (gut 30 %), die sehr hohe Pro-Kopf-Wohnfläche (knapp 45 m²), der im Clustervergleich zweithöchste Anteil Verheirateter (gut 57 %) und der Anteil Wohngebäude mit ein und zwei Wohneinheiten (rund 72 %). Weit unter dem Gesamtdurchschnitt liegen hingegen die Einwohnerdichte (knapp 24 Einwohner pro Hektar), der Ausländeranteil (8 %), die Anzahl der Arbeitslosen je 100 Einwohner im erwerbsfähigen Alter (gut 5 %) und der Anteil Sozialhilfeempfänger (knapp 3 %). Wie beim vorangegangenen Cluster liegen mit Abstand die meisten Stadtteile am Stadtrand (Tab. 4). Die Kombination der Variablen, deren Gruppenmittelwerte deutlich vom Gesamtmittelwert abweichen, lässt vermuten, dass es sich bei den Stadtteilen dieses Cluster um aufgelockerte Gebiete aus den 1950er, 60er und 70er Jahren handelt, wo nach wie vor viele Haushalte aus der Entstehungszeit leben und nur ein Teil der Nachfolgeneration mit wiederum ihren Kindern dort verblieben bzw. nachgerückt ist. Die vergleichsweise sehr geringe Fluktuation in den Stadtteilen dieses Clusters stützt diese Vermutung. Die soziale Lage in diesen Stadtteilen ist vermutlich eher gehoben.

Das fünfte Cluster setzt sich aus 201 Stadtteilen (knapp 14 % aller Stadtteile) zusam-

Tabelle 4
Verteilung der Stadtteile nach Clusterzugehörigkeit auf die innerstädtischen Lagetypen

Variable	Cluster	1	2	3	4	5	6	insgesamt
Innenstadt	Anzahl	63	25	4	9	47	19	167
	% vom Cluster	41,7	10,9	1,1	3,3	24,2	13,3	12,2
Innenstadtrand	Anzahl	63	61	59	60	75	67	385
	% vom Cluster	41,7	26,5	15,6	22,3	38,7	46,9	28,2
Stadtrand	Anzahl	25	144	314	200	72	57	812
	% vom Cluster	16,6	62,6	83,3	74,3	37,1	39,9	59,5
Insgesamt	Anzahl	151	230	377	269	194	143	1 364

Quelle: Innerstädtische Raumbearbeitung des BBR;
Datenbasis: Kommunalstatistiken der IRB-Städte

men. Es zeichnet sich dadurch aus, dass es eigentlich durch keine Extreme zu kennzeichnen ist. Die Stadtteile des Clusters sind kaum mehr als durchschnittlich verdichtet und verteilen sich relativ gleichmäßig über die IRB-Lagetypen. In diesem Cluster fallen neben einer hohen Fluktuation am ehesten der überdurchschnittliche Anteil jüngerer Erwachsener (18- bis unter 30-Jährige), der geringere Anteil Verheirateter, die leicht unterdurchschnittliche Belegungsdichte der Wohnungen und der geringere Anteil Wohngebäude mit ein und zwei Wohneinheiten auf. Dies verweist auf Nebenzentren, eventuell mit Altbaubestand und/oder eventuell auch auf klassische Gentrifizierungsquartiere. Die leicht überdurchschnittlichen Pro-Kopf-Wohnflächen sowie die leicht unterdurchschnittliche Anzahl Arbeitsloser je 100 Einwohner im erwerbsfähigen Alter und der geringere Anteil Sozialhilfeempfänger lässt vermuten, dass es sich im Durchschnitt wahrscheinlich um Stadtteile mit eher mittlerer bis gehobener sozialer Lage handelt.

Das sechste Cluster ist mit 147 Stadtteilen das kleinste. Die Stadtteile konzentrieren sich überwiegend auf den Innenstadt- und den Stadtrand (Tab. 4). In diesem Cluster ist durchschnittlich fast jeder dritte Einwohner über 60 Jahre alt. Die durchschnittliche Belegungsdichte von 1,6 Personen je Wohneinheit macht deutlich, dass in den Stadtteilen eher kleine Haushalte leben. Mit einem unterdurchschnittlichen Anteil von gut 33 % Wohngebäude mit ein und zwei Wohneinheiten sind die Gebiete zudem baulich stärker verdichtet. Auch die Einwohnerdichte liegt leicht über dem Durchschnitt. Besonders deutlich nach oben weicht das Gruppenmittel bei der Anzahl Arbeitslose je 100 Einwohner im erwerbsfähigen Alter vom Gesamtmittelwert ab, während der Sozialhilfeempfängeranteil durchschnittlich ist. Obwohl in diesem Cluster die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit besonders hoch ist, wird hier mit knapp 7 % der im Clustervergleich niedrigste Ausländeranteil erreicht. Die hohe bauliche Verdichtung, die durchschnittliche Pro-Kopf-Wohnfläche von unter 39 m², der hohe Altenanteil, der niedrige Ausländeranteil und die hohe Betroffenheit von Arbeitslosigkeit legen den Schluss nahe, dass es sich bei diesen Gebieten zum großen Teil um Großsiedlungen mit durchschnittlich eher niedriger, teils mittlerer sozialer Lage handeln könnte. Da etwa 64 % der Stadtteile dieses Clusters in den sieben an der Analyse beteiligten ostdeutschen

Städten liegen (Tab. 6), dürfte das Raumbild der Plattenbausiedlung besonders charakteristisch für diesen Stadtteiltyp sein.

Die Qualität der Clusteranalyse

Ein wesentliches Kriterium zur Qualitätsbeurteilung der Clusteranalyse ist die Homogenität der einzelnen Gruppen. Ein Maß zur Bestimmung der Homogenität ist der F-Wert. Der F-Wert ist der Quotient aus der Varianz des Clusters geteilt durch die Varianz der zugrunde liegenden Gesamtheit. Ein F-Wert kleiner eins bedeutet, dass die Streuung innerhalb des Clusters kleiner ist als die Streuung der Gesamtheit. Dementsprechend weisen F-Werte größer eins auf eine problematische Qualität des Analyseergebnisses hin, weil die Streuung innerhalb der Gruppe überproportional groß ist. In der Tabelle 5 sind die F-Werte für die zur Clusterung herangezogenen Merkmale dargestellt.

Aus der Tabelle geht hervor, dass bei den vier großen Clustern (2, 3, 4 und 5) die F-Werte durchgängig unter eins liegen und sich die Variablen somit gut zur Clusterbeschreibung eignen. Bei den verbleibenden beiden kleinen Clustern (1 und 6) liegen jeweils bei zwei der neun Merkmale die F-Werte über eins. Im ersten Cluster sind das die Variablen Anteil der Bevölkerung zwischen 18 und 30 Jahren und die Einwohnerdichte. Im sechsten Cluster werden bei den Merkmalen Anzahl Arbeitslose je 100 Einwohner im erwerbsfähigen Alter und Anteil der Bevölkerung über 60 Jahre F-Werte größer eins erreicht. Da die Streuung innerhalb der Cluster 1 und 6 bei den vier Variablen größer als die Streuung insgesamt ist, müssten sie bei der Clusterbeschreibung eigentlich ausgeschlossen werden. Betrachtet man jedoch

Tabelle 5
Homogenität der Cluster anhand der F-Werte der herangezogenen Merkmale

Variable	Cluster	1	2	3	4	5	6
Einwohnerdichte: EW/ha		1,15	0,54	0,20	0,20	0,54	0,55
Belegungsdichte: EW/Wohnung		0,52	0,88	0,49	0,34	0,38	0,41
Pro-Kopf-Wohnfläche		0,79	0,28	0,30	0,82	0,56	0,57
Anteil Familienstand verheiratet, ohne die unter 18-Jährigen		0,38	0,31	0,21	0,36	0,30	0,23
Anteil der unter 6-Jährigen		0,86	0,62	0,57	0,4	0,57	0,52
Anteil der 18- bis unter 30-Jährigen		1,08	0,41	0,13	0,13	0,52	0,33
Anteil der über 60-Jährigen		0,53	0,50	0,45	0,47	0,41	1,25
Anteil Ausländer		0,92	0,87	0,21	0,24	0,53	0,27
Arbeitslose je 100 EW		0,80	0,63	0,33	0,17	0,55	1,37

Quelle: Innerstädtische Raumbewertung des BBR;
Datenbasis: Kommunalstatistiken der IRB-Städte

für die vier Merkmale die zugehörigen Mittelwerte und Standardabweichungen im Zusammenhang mit den Gesamtmittelwerten und deren Standardabweichungen, zeigt sich, dass selbst unter Berücksichtigung der hohen Streuung bei den fraglichen vier Variablen sich in den beiden Clustern sich die Fälle mit den insgesamt höchsten Werten konzentrieren und damit das Cluster maßgeblich mitbestimmen. Insofern werden aufgrund inhaltlicher Überlegungen auch diese Variablen zur Clusterbeschreibung beibehalten.

Für die Städte mit einem hohen Anteil solcher Stadtteile (aus Cluster 1 und 6) ist allerdings die hohe Streuung dieser Variablen zu berücksichtigen. Das heißt, dass in den so klassifizierten Stadtteilen die Ausprägungen dieser Variablen stark vom Clustermittel abweichen können und zu stadtteilspezifischen Besonderheiten führen. Dies erinnert daran, dass für eine Reflexion der Qualität eines methodischen Verfahrens nicht nur die verfahrensimmanenten Kriterien zu kontrollieren sind, sondern die Gültigkeit der Ergebnisse sich insbesondere an der empirischen Realität messen lassen muss. Deshalb ist es notwendig, die Clusterverteilung für die beteiligten Städte konkret anzuschauen.

Städtevergleich

Betrachten wir also die Verteilung der Bevölkerung auf die Cluster im Stadtvergleich (Tab. 6), ergeben sich einige interessante Ergebnisse, die gleichwohl noch mit Vorsicht zu behandeln sind. Auffällig ist, dass sich in Magdeburg und in Gelsenkirchen die Bevölkerung auf nur drei Cluster verteilt, während in den anderen 29 Städten eine mehr oder weniger breite Vielfalt an Stadtteiltypen gegeben ist. Auch wenn also in den meisten Städten ein breites Spektrum an Stadtteiltypen festzustellen ist, gibt es aufgrund stadtspezifischer/regionaler Besonderheiten und Entwicklungen dominante Stadtteiltypen bzw. Schwerpunkte der Bevölkerungsverteilung auf einzelne Cluster. Mit Ausnahme von Potsdam werden in den ostdeutschen Städten z. B. die höchsten Bevölkerungsanteile im sechsten Cluster erreicht. In Magdeburg leben in Stadtteilen dieses Typs sogar fast 74 % der Bevölkerung. Auch in Halle und in Rostock sind es noch deutlich über 50 % der Einwohner, die sich in Stadtteilen des sechsten Clustertyps konzentrieren.

In den Ruhrgebietsstädten befindet sich der Bevölkerungsschwerpunkt im dritten Cluster. In Gelsenkirchen, Bochum und Dortmund liegen dort die höchsten und in Duisburg die zweithöchsten Bevölkerungsanteile. In den drei kleineren Großstädten Regensburg, Freiburg, Heidelberg, die jeweils über eine große Universität verfügen, werden die höchsten Bevölkerungsanteile im fünften Cluster erreicht. Auch in den Universitätsstädten Bonn, Frankfurt a.M., Mainz, Dresden und Hannover leben mehr als ein Fünftel der Bevölkerung in Stadtteilen, die diesem Cluster zuzurechnen sind.

Auch wenn diese Charakterisierung auf den ersten Blick einleuchtend erscheint, sind verschiedene Problematiken zu bedenken:

- Die in die Clusteranalyse direkt eingegangenen Variablen erlauben alleine kaum eine treffende Charakterisierung der dahinter stehenden Stadtteiltypen. Deshalb sind für deren Beschreibung nachträglich weitere korrelierende Variable hinzugezogen worden. Für einen zukünftigen Typisierungsversuch sollten diese und – falls es der Datensatz bei verbesserter Belieferung des Merkmalsprogramms dann zulässt – weitere Variable von Anfang an in die Clusteranalyse einfließen. Hier wurden die ursprünglichen und die später zugezogenen Variablen gleichbehandelt, ohne dies verfahrensimment kontrollieren zu können.

- Von den verwendeten Variablen trägt insbesondere der Anteil der Ein- und Zweifamilienhäuser dazu bei, dass ein Raumbild des Stadtteils entsteht. Allerdings ist gerade diese Merkmalsausprägung in einem breiten Spektrum von räumlichen Materialisierungen wiederzufinden, die zu sehr unterschiedlichen Sozialräumen (Riege/Schubert 2005) gehören. Um dies zu verdeutlichen, sei hier auf Ergebnisse der BBR-Umfrage (BBR 2006) verwiesen: Diese zeigt aus der Perspektive der Bewohnerinnen und Bewohner, dass die Siedlungsstruktur insgesamt in Westdeutschland eher von städtischen Strukturen geprägt wird, in Ostdeutschland eher von kleineren Orten und Dörfern. In diesen Rahmen ordnen sich die Wohngebiete ein. In den alten Ländern ist die bauliche Struktur auch vieler städtischer Wohngebiete vor allem durch nach dem Krieg entstandene Ein- und Zweifamilienhausgebiete geprägt. In den neuen Ländern überwiegt vor allem in den größeren Städten die Wohnblockbebauung. Insbesondere zählen dazu die zu DDR-Zeiten industriell gefertigten Plattenbauten. Noch

Tabelle 6
Verteilung der Bevölkerung in % auf die sechs Stadtteil-Cluster in 31 deutschen Großstädten

	1	2	3	4	5	6	Rest	Anzahl Raumeinheiten	EW Durchschnitt	EW Minimum	EW Maximum
Bochum	2,2	10,1	55,7	12,6	8,4	11,1	0,0	30	12 485	3 448	26 831
Bonn	15,7	17,8	22,1	19,2	21,9	–	3,3	62	4 939	1 000	11 968
Bremen	13,9	18,2	22,6	20,6	12,1	8,0	4,7	89	6 097	3	13 061
Dortmund	3,6	23,9	34,0	21,1	9,9	6,0	1,5	62	9 478	476	25 686
Dresden	6,2	–	21,5	3,1	24,4	33,8	10,9	64	7 463	2	13 566
Duisburg	–	38,5	25,2	16,6	9,3	10,5	0,0	46	10 983	3 228	21 693
Düsseldorf	15,0	25,9	14,9	23,4	17,5	–	3,1	49	11 888	230	34 478
Frankfurt/Oder	9,6	2,0	19,4	2,1	6,3	35,0	25,7	84	790	0	1 837
Frankfurt a. M.	9,0	40,5	10,2	8,1	31,8	–	0,4	46	13 551	0	29 257
Freiburg	29,9	10,3	15,7	0,9	36,7	–	6,5	41	4 746	54	10 575
Gelsenkirchen	–	39,5	42,9	–	–	17,6	0,0	18	15 210	3 935	34 995
Halle	19,9	–	10,4	2,2	6,2	60,7	0,7	43	5 537	18	19 210
Hamburg	18,2	20,0	31,3	10,9	15,2	–	4,5	103	16 637	0	85 507
Hannover	17,3	19,0	12,4	13,5	31,1	3,4	3,3	49	10 364	825	41 941
Heidelberg	33,0	5,0	18,5	–	43,5	–	0,0	14	9 302	3 242	15 894
Ingolstadt	–	31,3	42,8	8,9	12,7	–	4,4	61	1 966	6	6 989
Koblenz	–	12,6	17,3	45,6	15,6	8,1	0,8	32	3 362	439	7 852
Köln	23,3	30,4	26,0	6,6	12,3	1,1	0,2	85	11 420	852	39 478
Krefeld	17,5	12,1	32,4	36,9	1,0	–	0,1	45	5 139	172	11 747
Leipzig	22,3	–	6,9	2,6	12,4	24,6	31,2	63	7 892	1 207	19 135
Ludwigshafen	–	26,7	38,0	24,7	10,6	–	0,0	15	10 505	0	23 449
Magdeburg	–	–	14,5	–	11,5	73,8	0,1	40	5 676	0	21 892
Mainz	21,0	6,9	39,7	7,9	24,8	–	0,0	15	12 301	3 017	24 507
Nürnberg	24,6	14,9	11,8	33,4	4,3	1,6	9,3	87	5 586	0	16 864
Offenbach	–	55,7	24,9	3,7	2,0	–	13,7	19	6 214	757	14 855
Potsdam	25,8	7,4	7,1	9,4	12,4	22,5	15,4	82	1 754	0	6 463
Regensburg	18,5	1,6	23,3	4,2	30,6	3,5	18,2	36	4 135	968	9 456
Rostock	14,1	–	9,8	5,0	7,8	56,1	7,1	21	9 293	1 199	18 188
Saarbrücken	12,0	10,7	6,2	46,3	13,5	9,4	1,9	57	3 207	80	6 731
Stuttgart	13,6	24,3	13,5	22,6	16,4	0,5	9,1	141	3 927	0	26 652
Wiesbaden	7,8	28,7	30,6	27,0	–	–	5,9	26	10 427	723	36 586
	Überdurchschnittlich: Ausländer, Empfänger LHU, unter 6-Jährige, Belegung EW/Wohnung – unterdurchschnittlich: Pro-Kopf-Wohnfläche	Überdurchschnittlich: Einwohnerdichte EW/ha, 18- bis 30-Jährige, Fluktuation – unterdurchschnittlich: Verheiratete, über 60-Jährige, Ein-/Zweifamilienhäuser	Überdurchschnittlich: Verheiratete, Belegungsichte EW/Wohnung, Ein-/Zweifamilienhäuser – unterdurchschnittlich: Einwohnerdichte EW/ha, Fluktuation	Überdurchschnittlich: über 60-Jährige, Pro-Kopf-Wfl., Ein-/Zweifamilienh. – unterdurchschnittlich: 18- bis 30-Jährige, Arbeitslose, Empfänger LHU, EW/ha, Fluktuation	Überdurchschnittlich: Pro-Kopf-Wohnfläche, Fluktuation – unterdurchschnittlich: Verheiratete, Empfänger LHU, Ein-/Zweifamilienh., Belegung EW/Wohnung	Überdurchschnittlich: über 60-Jährige, Arbeitslose, Fluktuation – unterdurchschnittlich: Ausländer, unter 6-Jährige, Belegung EW/Wohnung	Raumeinheiten mit weniger als 500 EW oder mit anderen extremen Kennzeichnungen		alle IRB-Städte: 7 801		

Quelle: Innerstädtische Raumebeobachtung des BBR; Datenbasis: Kommunalstatistiken der IRB-Städte

dominanter sind im Osten insgesamt gesehen allerdings die vor 1948 erstellten Wohngebiete, die verbreitet durch Ein- und Zweifamilienhäuser geprägt sind. Dadurch ergeben sich in den verschiedenen Regionen Deutschlands sehr unterschiedliche Wohngebietstypen, die mit den erzeugten Clustern nur zum Teil abgebildet scheinen. Ihre Charakterisierung könnte u. a. bei einer Neuauflage der Clusteranalyse zur Auswahl der eingehenden Variablen beitragen.

- Unter anderem aufgrund der bereits formulierten Bedenken passen die Clusterbeschreibungen denn auch nicht für alle Städte zur örtlichen Realität. Die mögliche Diskrepanz wird verstärkt in all den Fällen, in denen sehr große Stadtteile in die Analyse eingehen. Für diese bilden die zu verarbeitenden Statistiken bereits statistische Mittelungen der in Wirklichkeit viel differenzierter ausgeprägten städtischen Vielfalt. Solche bereits durchschnittlichen Informationen werden dann tendenziell dem größten Cluster zugeschlagen, ohne dass dessen Beschreibung die städtische Realität treffen kann. Allerdings ist diesem Dilemma nur dadurch abzuweichen, dass diese Städte für eigene Belange auf einer feineren Gliederungsstufe eigene Sozialraumanalysen für ihre Stadt erstellen. Auch eine in den Startbedingungen verbesserte Clusteranalyse kann diese Problematik nicht heilen.

- Eine höhere Variablenzahl und eine damit eventuell erzielbare höhere Clusteranzahl oder zumindest treffendere Clusterbeschreibungen dürften allerdings das letzte hier anzusprechende Problem lösen können: das der teilweise sehr hohen Restkategorie. Da im Vorfeld nicht nur die kleinen, sondern auch statistisch abweichende Stadtteile vor der Analyse aussortiert worden waren, weisen einige Städte eine unverhältnismäßig große Residualkategorie an Stadtteilen auf, deren Bevölkerungs- und Raumstruktur sich nicht einordnen lässt. Dies sollte bei einer zukünftigen Analyse zu ändern sein.

Kurzcharakterisierung der sechs Cluster

Trotz der zu bedenkenden Einschränkungen, soll abschließend versucht werden, eine Kurzcharakterisierung der Cluster dieses ersten Versuchs vorzunehmen.

Cluster 1

Hoch verdichtete Gebiete der Inneren Stadt mit hohem Anteil jüngerer Be-

völkerung, weit überdurchschnittlichem Ausländeranteil, kleinen Haushalten und eher mittlerer sozialer Lage.

Cluster 2

Verdichtete Innenstadtrand- und Stadtrandgebiete mit sehr hohem Ausländeranteil, größeren Haushalten, hoher Betroffenheit von Arbeitslosigkeit, hoher Sozialhilfeempfängerdichte und eher niedriger, teils mittlerer sozialer Lage.

Cluster 3

Gering verdichtete Stadtrandgebiete mit Ein- und Zweifamilienhausbebauung, größeren Haushalten, überwiegend deutscher Bevölkerung und eher mittlerer sozialer Lage.

Cluster 4

Gering verdichtete und sozial eher gehobene Stadtrandgebiete, z.T. auch Stadtteile im Innenstadtrandbereich, mit hohem Anteil älterer Bevölkerung und sehr geringem Ausländeranteil.

Cluster 5

Mittel bis hoch verdichtete Gebiete mit unterschiedlicher Position zur City, mit hohem Anteil jüngerer Bevölkerung, eher kleinen Haushalten und eher mittlerer, teils gehobener sozialer Lage.

Cluster 6

Baulich hoch verdichtete Gebiete im Innenstadtrand- und Stadtrandbereich, mit hohem Anteil älterer Bevölkerung, kleinen Haushalten, hoher Betroffenheit von Arbeitslosigkeit, sehr niedrigem Ausländeranteil und eher niedriger, teils mittlerer sozialer Lage.

Ausblick

Diese Clusteranalyse stellt einen ersten Versuch dar, die Stadtteile der IRB-Städte nicht nur gemäß einem topografisch ausgerichteten Zentralitätskonzept, sondern auch nach sozialräumlichen Gegebenheiten zu ordnen. Die Ergebnisse liefern erste Hinweise auf diesbezügliche räumliche Gliederungstypen. Gleichwohl ist aus den diskutierten Problemen zu erkennen, dass die hier vorgestellten Clustertypen noch nicht tragfähig sind, um sie zur Grundlage zukünftiger Analysen zu machen. Ein nächster Typisierungsanlauf wird auf mehr Daten und vielleicht auch auf Erfahrungen in einigen Städten mit dort vorgenommenen Clusteranalysen zurückgreifen können.

II. Stadtspezifika

Das statistische Amt der Stadt Freiburg – ein verlässlicher Partner der raumbezogenen Politikberatung*

Ferdinand Böltken
Hans-Peter Gatzweiler
Helmut Janich
Katrin Meyer

Vor knapp zehn Jahren erschien in der Jubiläumsausgabe der *Beiträge zur Statistik der Stadt Freiburg im Breisgau* zum 90. Geburtstag des statistischen Amtes ein Beitrag der damaligen Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (BfLR) bzw. des heutigen Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR): „Die Freiburger Bevölkerungsentwicklung im Stadtvergleich – Ergebnisse aus der innerstädtischen Raumbearbeitung“ (Göddecke-Stellmann 1994). Damals konnte gezeigt werden, dass die Bevölkerungsentwicklung Freiburgs von 1980 bis 1994 im Vergleich zu anderen Städten Baden-Württembergs außerhalb der Innenstadt relativ günstig verlief, während die Innenstadt Bevölkerungsverluste aufzeigte, die auch im Vergleich zu den ebenfalls negativen Entwicklungen der Vergleichsstädte überdurchschnittlich waren.

Fünf Jahre später erschien – ebenfalls in dieser Reihe – ein Heft, das die Ergebnisse eines gemeinsamen Projektes der BfLR, der Stadt Freiburg und weiterer Städte zur Wohnungsmarktbeobachtung präsentierte. Dabei wurden auf der Basis der laufenden Raumbearbeitung (Ebene Stadt- und Landkreise) und der Innerstädtischen Raumbearbeitung (Ebene Stadtteile) Vergleichsanalysen für Städte und Stadtregionen präsentiert und Indikatoren zur Wohnungsmarktbeobachtung vorgeschlagen (Göddecke-Stellmann 1998). Die Entwicklung des Wohnungsmarktes wurde mit der Umzugsintensität gemessen, wobei die im Vergleich zu sonstigen Städten hohe Umzugsintensität innerhalb Freiburgs als Indikator einer ausgeprägten Entspannung am Wohnungsmarkt interpretiert werden konnte. Sie war einerseits auf die spezifischen Freiburger Verhältnisse zurückzuführen, zum anderen aber auch auf stadtübergreifende Tendenzen, die durch Vergleiche auf der Basis der stadtübergreifenden Raum- und Stadtbeobachtung festgestellt werden konnten.

In diesem Heft wurden zudem die statistischen Voraussetzungen für eine laufende Wohnungsmarktbeobachtung dargestellt, insbesondere die Verknüpfung von Haushalts- und Gebäudedatei (M. Metzmacher 1998). Sie ist nur möglich, wenn ein für einzelne Städte und für den Vergleich zwischen Städten geeignetes Verfahren zur Haushalts-

schätzung vorliegt. Diese Voraussetzung wurde mit dem ebenfalls in Kooperation von BfLR, Freiburg und weiteren Städten entwickelten „Haushaltsgenerierungsverfahren“ geschaffen (Willmann 1995), das auch die Grundlage problemadäquater Haushaltstypen bildet. Die damit möglichen Analysen zeigen dann die vielfältige Struktur des Freiburger Wohnungsmarktes und die entsprechend differenzierten Möglichkeiten der konkreten datengestützten Politikberatung, wie von Beiträgen des Statistischen Amtes überzeugend dargelegt werden konnte (Greiner 1998).

Die Freiburger Statistik und damit die Stadt Freiburg beteiligen sich also an und profitieren von der Entwicklung neuer statistischer Erhebungs- und Analyseinstrumente als Grundlage der Politikberatung. Sie profitiert damit von den intra- und interkommunalen Vergleichsoptionen, die mit kommunalstatistischen Kooperationsprojekten verbunden sind. Erst in (angemessen präzisen) Vergleichen lassen sich bundesweite oder regionale Gemeinsamkeiten und Freiburger Spezifika analytisch trennen und entsprechende Handlungsstrategien entwerfen. Diese Vergleichbarkeit ist nicht nur in methodischen Instrumenten, sondern auch in den Datengrundlagen anzustreben. Auch hier ist die Kooperation der Kommunalstatistik eine zwingende Voraussetzung.

Als Paradebeispiel für eine langfristige kommunalstatistische Kooperation kann inzwischen das Projekt „Innerstädtische Raumbearbeitung“ (IRB) gelten. Es wurde bereits zu Beginn der 80er Jahre von der BfLR in Kooperation mit dem damaligen Ausschuss Stadtforschung des Verbandes Deutscher Städtestatistiker, dem KOSIS-Verbund, dem Deutschen Städtetag und dem Deutschen Institut für Urbanistik entworfen. Ziel war, Grundlagen für eine vergleichende Stadtbeobachtung zu legen, die der internen Heterogenität der Städte gerecht wird. Freiburg war bei diesem Projekt von Anfang an¹ dabei und ist auch bei der Neujustierung der IRB in den letzten Jahren ein wichtiger Eckstein.

Die Neujustierung der IRB betrifft mehrere Ebenen. Einmal galt es, das Datenspektrum der kleinräumigen Stadtbeobachtung den aktuellen Problemlagen und Datenzugangsmöglichkeiten anzupassen. Es

^{*)} Dieser Artikel erschien erstmals 2005 in: Amt für Statistik und Einwohnerwesen der Stadt Freiburg im Breisgau (Hrsg.): Festschrift – 100 Jahre Statistisches Amt Freiburg (Beiträge zur Statistik der Stadt Freiburg i.Br., Jahreshaft 2002 – 2004), S. 1–7. – Freiburg

(1) Daten für Freiburger Stadtteile liegen ab 1980 vor.

musste zudem eine gesicherte Repräsentativität der teilnehmenden Städte durch eine entsprechende Auswahl und gezielte Anwerbungen verwirklicht werden (Böltken 2001 a). Schließlich musste der hinsichtlich personeller und finanzieller Ressourcen sehr angespannten Situation der kommunalstatistischen Ämter Rechnung getragen werden. Einmal, indem die Federführung des Projekts vom BBR übernommen wurde.² Zum anderen, indem die Datenbereitstellung durch die Teilnehmerstädte nun auch finanziell abgesichert wurde bzw. der abgestimmte Datensatz von den Städten gekauft wurde. Die Städte – und damit wiederum die Stadt Freiburg – profitieren also nicht nur inhaltlich durch Zugriff auf die gemeinsame Datenbasis, sondern auch durch finanzielle Entschädigung.

Dass dabei die Kosten an Zeit und Geld für die Städte möglichst minimiert werden, ist wiederum Ziel des groß angelegten KOSIS-Kooperationsprojekts DUVA (www.duva.de). Auch bei diesem Projekt spielt Freiburg eine herausragende Rolle in Entwicklung, Management und Betreuung. Bei DUVA geht es darum, den Prozess der Informationsgewinnung DV-technisch so zu organisieren, dass

- beliebige Informationsquellen,
- für unterschiedliche Fragestellungen,
- mit gleichen Verfahren,
- in einer medienbruchfreien Produktionskette
- und ausschließlich auf einer natürlich-sprachlichen Beschreibung des Produktionsprozesses basieren und damit

ohne besondere Programmierkenntnisse erschlossen, aufbereitet und präsentiert werden können. Mittlerweile haben sich 52 Städte, Statistische Ämter, Landes- und Bundesbehörden wie das BBR für DUVA als ihr zentrales Informationsmanagementsystem entschieden. Mit den mittlerweile zur Verfügung stehenden Komponenten³ stehen damit moderne Instrumente für Informationshaltung, -verarbeitung, für Analysen und Ergebnispräsentation für die jeweiligen statistischen Ämter und Stellen zur Verfügung. Zudem sind durch das gemeinsame Instrumentarium vielfältige Optionen für vergleichende Analysen gegeben, von der auch die Stadt Freiburg profitieren kann.

Das Engagement des Statistischen Amtes der Stadt Freiburg für DUVA zahlt sich darüber hinaus auch finanziell für das

KOSIS-Projekt und den Aufwand Freiburgs als betreuende Stelle aus: DUVA kann sich inzwischen vollständig selbst finanzieren, einschließlich der methodischen und systemtechnischen Weiterentwicklungen, von denen alle Städte profitieren. Auch die Laufende Raumbeobachtung und die Innerstädtische Raumbeobachtung des BBR profitieren davon. Das BBR hat die gesamte Datenverwaltung der Laufenden Raumbeobachtung auf DUVA umgestellt und arbeitet seit mehreren Jahren in der Lenkungsgruppe von DUVA mit. Bei der IRB nutzt das BBR z. B. die von der Stadt Freiburg zur Verfügung gestellte, an den IRB-Datensatz angepasste DUVA-Maske.

Neben diesen methodisch-technischen Aspekten hat das Statistische Amt der Stadt Freiburg auch zur Weiterentwicklung von Indikatoren für eine nachhaltige Stadtentwicklung beigetragen. Freiburg nahm 2002 neben rund 50 weiteren Städten an einem bundesweiten „Breitentest“ des BBR teil. Anliegen war, im kommunalen Alltag zu prüfen, ob ein in vier „Modellstädten der Zukunft“ (Münster, Heidelberg, Dessau, Güstrow) entwickelter Indikatorenkatalog für eine nachhaltige Stadtentwicklung auch in anderen Städten praktikabel ist. Mit seiner Beteiligung nutzte Freiburg vorausschauend die damit verbundenen Chancen für die kommunale Entwicklung wie

- die Erarbeitung einer verlässlichen, transparenten Datenbasis für kommunales Handeln,
- den Aufbau einer laufenden Erfolgskontrolle bezüglich der Umsetzung kommunaler Nachhaltigkeitsziele sowie
- die Förderung des Dialoges über nachhaltige Stadtentwicklung zwischen Politik und Bürgerschaft.

Neben der Bereitstellung von Indikatoren hat die Stadt Freiburg auch mit „Guten Beispielen“ aus der Städtebaupraxis dazu beigetragen, innovative Anstöße für eine nachhaltige Stadtentwicklung zu geben. Im BBR Online-Angebot www.werkstatt-stadt.de finden sich mit den Stadtquartieren „Rieselfeld“ und „Vauban“ Beispiele für die zukunftsfähige Bewältigung zentraler Herausforderungen der Stadtteilentwicklung. Das Beispiel „Vauban“ demonstriert in vorbildlicher Weise, wie die Potenziale städtebaulicher Konversionsprojekte für vielfältige Stadtteile mit ambitionierten Ansätzen des Ressourcensparens, der Verkehrsvermeidung und der Bürgermitwirkung genutzt

(2)

Die IRB war zunächst als reines Kooperationsprojekt auf der Basis unentgeltlicher, freiwilliger Teilnahme organisiert. Die Projektbetreuung lag – nach der von der BfLR getragenen Testphase – von 1991 bis 1998 bei der Stadt Stuttgart. Danach ging die Federführung an die Stadt Dortmund über. Seit 2002 wurde das Projekt inhaltlich und organisatorisch neu formiert. Federführung und Finanzierung liegt beim BBR. Die IRB entspricht damit den Rahmenbedingungen der sonstigen Instrumente des räumlichen Informationssystems des BBR, insbesondere der regionalstatistischen Laufenden Raumbeobachtung. Eine kommunalstatistische Arbeitsgruppe unterstützt weiter inhaltlich die IRB.

(3)

Nachweissystem (Modul zur Verwaltung der Metadaten), Zieldateigenerator (Modul zur Verdichtung und Veränderung von Dateien), Maskengenerator (Modul zur menügesteuerten Erzeugung von Datenerfassungsmasken), Internet-Assistent (Modul zur menügesteuerten Erzeugung von Tabellen im Internet), M-Direkt (Modul zur menügesteuerten Erzeugung von Tabellen und Graphiken), Pyramiden-Assistent GIZEH (Modul zur Erzeugung von Alterspyramiden-Graphiken)

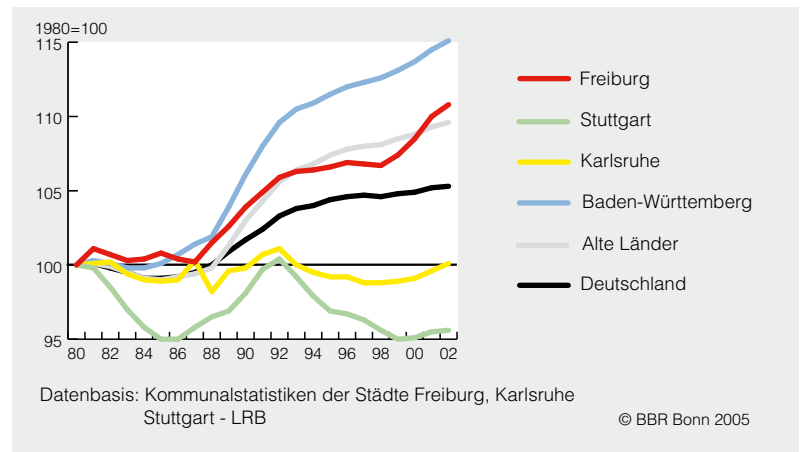
werden können. Das Beispiel „Rieselfeld“ zeigt, wie in einem neuen Stadtteil wohnungs- und städtebauliche Qualitäten mit Beiträgen zum schonenden Umgang mit Ressourcen und zur Schadstoffminderung verbunden werden können.

Die Frage ist dann aber auch, ob sich all diese Anstrengungen auf die Stadtentwicklung insgesamt auswirken. Das kann hier nicht im Detail untersucht werden. Einige empirische Anmerkungen, die die zu Anfang genannten Darstellungen von 1980 bis zum Jahr 1994 aufgreifen, seien aber angefügt:

Vergleicht man zunächst die Bevölkerungsentwicklung der ausgewählten Städte und die Situation für Baden-Württemberg, die alten Bundesländer und die Bundesrepublik insgesamt, so zeigt sich, dass die Vergleichsstädte insgesamt hinter der positiven Bevölkerungsentwicklung des Landes und auch der Bundesrepublik insgesamt, die stark von der Entwicklung außerhalb der großen Städte geprägt wird, zurückstehen. Im Vergleich zu Stuttgart und Karlsruhe (die beide als Kernstädte in Agglomerationsräumen von einer hohen Bevölkerungsdichte auch im Umland geprägt sind)⁴ aber weist Freiburg (, das als Teil einer weniger verdichteten „verstädterten“ Region von geringer verdichtetem Umland umgeben ist,) eine außerordentlich dynamische Entwicklung in den 90er Jahren auf, insbesondere ab 1998.

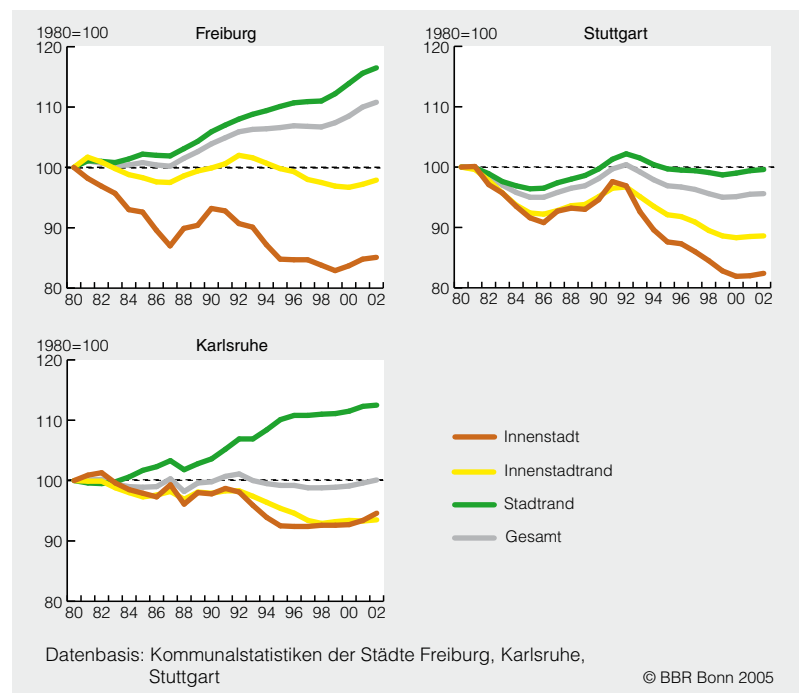
Wie diese Entwicklungsunterschiede im Einzelnen zustande kommen, kann hier nicht näher untersucht werden. Ein nach Lage im Stadtraum differenzierter Vergleich der Stadtteilentwicklungen gibt aber bereits erste Hinweise. Er zeigt, dass Freiburg in seiner Innenstadtentwicklung eher der großen Kernstadt Stuttgart gleicht als dem in etwa vergleichbar großen Karlsruhe: Die bis Mitte der 90er Jahre zu beobachtenden Bevölkerungsverluste setzten sich hier sehr deutlich fort, so dass die Innenstädte im Vergleich zu 1980 etwa ein Fünftel Ihre Bevölkerung (am Ort der Hauptwohnung) eingebüßt haben. Freiburg aber fängt dies mit einer konstanten Entwicklung in den innenstadtnahen Stadtteilen (Stadtbezirken) und vor allem mit einer außerordentlich dynamischen Entwicklung in den Stadtbezirken außerhalb des inneren Bereichs, am „Stadtrand“ auf (ähnlich Karlsruhe) und kommt so zu einer insgesamt überdurchschnittlich positiven Bevölkerungsentwicklung. Das gilt nicht nur für die Vergleichsstädte Baden-Württembergs, sondern auch

Abbildung 1 Bevölkerungsentwicklung in drei Städten Baden-Württembergs – 1980 bis 2002



Quelle: Innerstädtische Raubeobachtung des BBR

Abbildung 2 Bevölkerungsentwicklung in Freiburg, Karlsruhe, Stuttgart nach innerstädtischen Lagetypen – 1980 bis 2002



Quelle: Innerstädtische Raubeobachtung des BBR

für den entsprechenden bundesweiten Vergleichstyp: Während „Kernstädte in verdichteten Regionen“ ab 1995 bundesweit fast 4 % und im Westen immerhin 1 % ihrer Bevölkerung verlieren, gewinnt die Stadt Freiburg seit 1995 4,5 % (ab 1990 9 %) Bevölkerung hinzu.

Die aufgezeigten gesamtstädtischen und intrakommunalen Entwicklungsvergleiche können nun von jeder der kooperierenden Städte aufgegriffen bzw. in vertiefenden Analysen verfeinert und nach den ausschlaggebenden Faktoren untersucht werden.

(4) Zum Stadt- und Regionalvergleichvergleich und zur Einordnung in entsprechende Typen steht das Indikatorenangebot der Laufenden Raubeobachtung zur Verfügung (BBR 2003 und 2004).

Voraussetzung zu diesen Analyseoptionen ist ein langjähriger Entwicklungsprozess der vergleichenden Städtestatistik, zu dem die Stadt Freiburg engagiert beigetragen hat.

Das statistische Amt der Stadt Freiburg erweist sich mit diesem langjährigen Engagement für die geschilderten Kooperationsprojekte, zu denen noch das kommunalstatistische Basisprojekt *KOSTAT* (www.kostat.de) und die europaweit angelegte Stadtbeobachtung des *Urban Audit* (www.difu.de/publikationen/difu-berichte/4_98/artikel13.shtml) hinzuzufügen sind, als verlässlicher Partner der raumbezogenen Politikberatung. Davon profitieren die bundesweite Politikberatung und insbesondere das BBR. Davon profitieren aber auch die Städte und vor allem die Stadt Freiburg selbst, indem sie sich auf eine breite Datenbasis und bewährte Analyseinstrumente stützen kann. Und nicht nur das: Freiburg profitiert auch direkt von der raumbezogenen Politik, zu deren Fundierung das Statistische Amt beiträgt. So flossen der Stadt aus den verschiedenen Städtebauförderungsprogrammen in den letzten zwei Jahrzehnten ca. 13 Mio. € an Fördermitteln allein aus Bundesmitteln zu. Für diese Mittelvergabe (auf Landes-

Bundes- und europäischer Ebene) werden unter der Rahmenbedingung knapper Kassen zunehmend empirisch/statistische Fundierungen und Vergleichsunterlagen erwartet bzw. vorausgesetzt. Durch die vielfältige Einbindung in kommunalstatistische Kooperationsprojekte kann die Stadt Freiburg dieser Herausforderung gelassen entgegen sehen.

Um hier keine allzu platte „Gegenrechnung“ des Ertrags kommunalstatistischer Anstrengungen an den Schluss zu stellen, ist die zentrale Aufgabe der Kommunalstatistik als Informationsquelle der Stadtpolitik zu betonen. Statistik macht sich nicht in erster Linie durch direkte finanzielle Gegenleistung bezahlt, sondern durch die empirische Begründung sachgerechter Entscheidungen und durch die Vermeidung von Fehlentscheidungen auf Grund von Informationsdefiziten. Aber auch bei dieser stadtbezogenen Nutzung gilt: Der Vergleich mit anderen und die Einbindung in entsprechende Kooperationsprojekte ist kein Luxus, sondern notwendige Voraussetzung zur Lagebestimmung und Maßnahmensteuerung.

Dieser vergleichsweise alte Artikel ist hier aufgenommen worden, um den Nutzen zu dokumentieren, den die IRB auch für einzelne Städte im Zeitverlauf erbringt. Der hier nachfolgende Artikel von Sebastian Metzmaker kann so quasi als Fortsetzung gelesen werden.

Gabriele Sturm

Die Bevölkerungsentwicklung Leipzigs in den 90er Jahren – ein intrakommunaler Vergleich *

Ferdinand Böltken
Petra Kuhlmann

Leipzig hat, wie alle ostdeutschen Städte, in den 90er Jahren erhebliche Bevölkerungsverluste zu verzeichnen, die unmittelbar nach der Wende schockartig einsetzten und von 1989 auf 1990 zu einem Bevölkerungsrückgang von ca. 4 % führte, um sich dann relativ kontinuierlich fortzusetzen. Ende 1997 weist die Stadt Leipzig nur noch 84 % der Bevölkerung des Jahres 1989 auf, hat also 16 % verloren. Dieser Rückgang ist (neben der natürlichen Bevölkerungsentwicklung) vor allem auf großräumige Wanderungsverluste und auf Stadt-Umland-Wanderungen zurückzuführen. Dieser Zusammenhang wird in Abbildung 1 deutlich, in der die Bevölkerungsentwicklung der Stadt Leipzig mit dem Landkreis Leipzig verglichen wird (Gebietsstand 1996, mit zurückgerechneten bzw. geschätzten Werten für 1989–1995; Datenbasis: Laufende Raumbeobachtung des BBR): Bis 1992/93 nimmt die Bevölkerung im Stadt- und Landkreis Leipzig nahezu deckungsgleich ab, um sich dann auseinander zu entwickeln: Während sich der Rückgang der Stadt fortsetzt, schwächt sich die negative Bevölkerungsentwicklung des Landkreises ab und geht in eine positive Tendenz über, die 1997 zu einer gegenüber 1989 gewachsenen Bevölkerung im Landkreis führt. Damit wird zwar die negative Entwicklung der Stadt nicht völlig kompensiert, dennoch zeigt sich eine gewisse Konsolidierung der Teilregion (Stadt- und Landkreis) Leipzig ab 1993.

Diese Tendenzen weisen auf eine Umgewichtung der Stadt-Umland-Beziehungen hin, die wiederum mit innerstädtischen Umstrukturierungen verbunden ist. Der Beobachtung solcher internen Prozesse und ihrer vergleichenden Einordnung dient die „Innerstädtische Raumbeobachtung“ des Verbandes Deutscher Städtestatistiker, bei der sich die Städte auf gemeinsame Beobachtungsstandards verständigt haben, um stadtübergreifende Entwicklungstrends auf Stadtteilebene untersuchen zu können. Diesem vergleichenden Ansatz dient auch die Bildung von innerstädtischen Lage-

typen, mit denen räumliche Entwicklungstendenzen innerhalb der Städte beobachtet werden können.

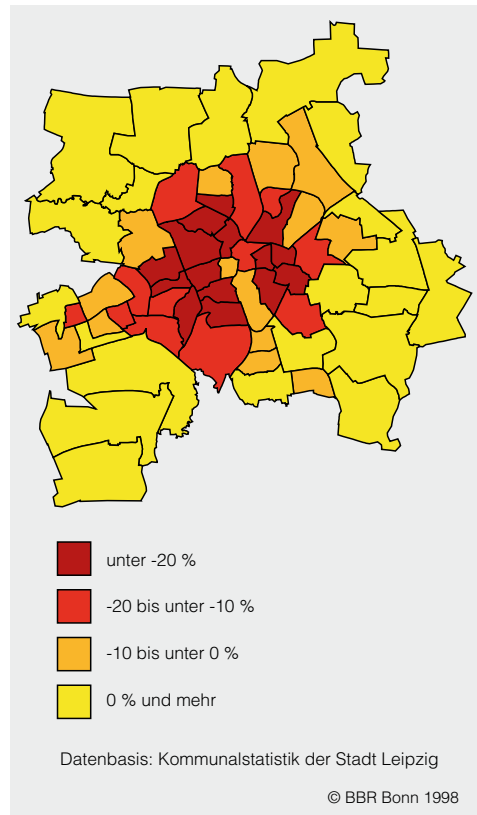
Die Lagetypen sind bewusst sehr einfach gehalten. Sie unterscheiden einmal den zentralen Bereich der „City“ und citynahen Stadtteilen, die zusammen die „Innenstadt“ bilden. Bei dieser Abgrenzung von Innenstadt und City wird so weit wie möglich auf die jeweiligen historisch bedingten Gliederungen der Städte Bezug genommen. Dagegen folgt die Abgrenzung des „Innenstadtrands“ nicht unbedingt den in einzelnen Städten praktizierten Gliederungen, weil sich hier stärker als bei „City“ und „Innenstadt“ stadtentwicklungsspezifische Gesichtspunkte auswirken. Deshalb wird außerhalb der Innenstadt eine (teilweise von den Städten modifizierte) strikt räumliche Gliederung vorgenommen: Um die Innenstadt wird ein Ring von Stadtteilen („Innenstadtrand“) gelegt, die das Gebiet der „inneren Stadt“ begrenzen, während die sonstigen Stadtteile den „Stadtrand“ bilden.

Mit dieser einfachen Raumstrukturierung lassen sich die Entwicklungstendenzen der Stadt Leipzig ab 1991 darstellen. Dabei wird in Karte 1 zunächst die Bevölkerungsentwicklung der einzelnen Stadtteile innerhalb der gebildeten Klassen dargestellt. Es zeigen sich hohe Bevölkerungsverluste im inneren Bereich der Stadt, die sich zum Stadtrand hin abschwächen und in den peripheren Gebieten Zuwächse erkennen lassen.

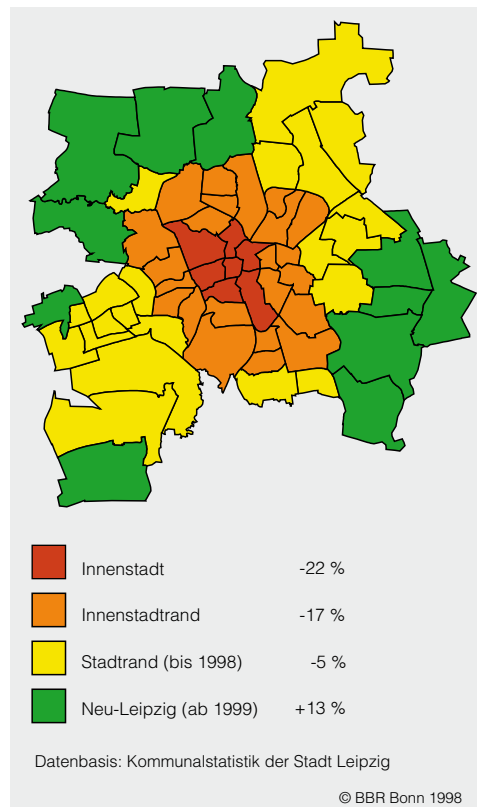
Trotz im Einzelnen abweichender Entwicklungen in den Ortsteilen bildet sich damit eine klare allgemeine Tendenz, eine Abnahme der Bevölkerungsverluste von innen nach außen. Dies wird in Karte 2 für die Lagetypen dargestellt. Dabei werden der Ortsteil „Zentrum“ und die sonstigen Ortsteile der Innenstadt zusammengefasst. Zusätzlich werden die 1999 hinzugekommenen Gebiete (als Neu-Leipzig) mit aufgeführt. In Abbildung 2 wird die Entwicklung im Zeitablauf dargestellt. Es zeigt sich ab 1992 ein sehr ausgeprägter

*) Dieser Artikel erschien erstmals in: Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen (Hrsg.), Statistischer Quartalsbericht 4/1998, S. 14–16. – Leipzig

Karte 1
Bevölkerungsentwicklung in den Leipziger
Ortsteilen – Differenz 1997 zu 1991



Karte 2
Lagetypen und deren Bevölkerungsentwicklung
– Differenz 1997 zu 1991



Quelle zu Karten 1 und 2:
Innerstädtische Raumbearbeitung des BBR

kontinuierlicher Bevölkerungsrückgang im inneren Stadtgebiet, der vor allem in der Innenstadt (Stadtbezirk Mitte) zu dramatischen Verlusten von 22 % führt. Dabei ist der Rückgang in der City (Ortsteil Zentrum) schwächer (-9 %) als im sonstigen Bereich der Innenstadt, wozu ein inzwischen hoher Anteil von Ausländern im Zentrum (1998: 20 %, vergleiche Stadt Leipzig: Kleinräumige Strukturdaten 1998) beiträgt. Weniger krass ist der Bevölkerungsverlust in den an die Innenstadt angrenzenden Ortsteilen (-17 %), vor allem aber am „Stadttrand“ bzw. den Ortsteilen außerhalb der inneren Stadt (ohne die 1999 gemäß Stadt-Umland-Gesetz hinzukommenden Ortsteile): hier sind ab 1991 „nur“ 5 % Bevölkerungsverluste zu verzeichnen. Diese relative Konstanz ist z. T. auf die natürliche Bevölkerungsentwicklung zurückzuführen (am Stadtrand sind die Sterbeüberschüsse weniger ausgeprägt), weist aber vor allem auf eine stadtinterne Umstrukturierung hin, eine intrakommunale Suburbanisierung, die sich dann, wie in Abbildung 1 deutlich wird, ins Umland fortsetzt.

Diese Darstellung Leipziger Entwicklungstendenzen ist sicherlich zu grob, um der komplexen Struktur der Stadt gerecht zu werden. Die Vernachlässigung stadtspezifischer Details erscheint jedoch dann gerechtfertigt und notwendig, wenn der Vergleich mit anderen Städten gesucht wird. Für den Vergleich ostdeutscher Stadtentwicklungstendenzen stehen Daten aus Chemnitz, Dresden, Erfurt und Magdeburg zur Verfügung. Diese werden in Abbildung 3 zusammengefasst und den Leipziger Werten gegenübergestellt. Dabei zeigt sich insofern eine Gemeinsamkeit, als in allen Städten insbesondere die Innenstädte von starken Bevölkerungsverlusten betroffen sind, aber auch – wie in Leipzig – die an die Innenstadt angrenzenden Stadt- bzw. Ortsteile. Gemeinsam ist auch, dass die Stadtteile des Stadtrands insgesamt weit weniger Bevölkerungsverluste aufweisen als das innere Stadtgebiet. Insofern ordnet sich die Entwicklung Leipzigs in eine allgemeine Stadtentwicklungstendenz zu Lasten der Innenstädte ein und ist keine Leipziger Sonderentwicklung.

Freilich zeigt sich auch, dass die Verluste der Stadt Leipzig stärker ausfallen als bei den wenigen hier zur Verfügung stehenden Vergleichsstädten. Dies korrespondiert mit der hohen Bevölkerungsdichte Leipzigs (1996: ca. 2 890 EW/km²), die die Sub-

Abbildung 1
Bevölkerungsentwicklung im Stadt- und Landkreis Leipzig – 1991 bis 1997

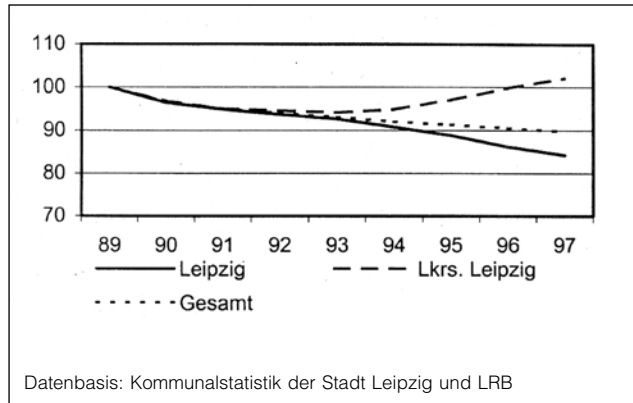


Abbildung 4
Bevölkerungsentwicklung für zehn westdeutsche Städte nach innerstädtischen Lagetypen – 1980 bis 1997

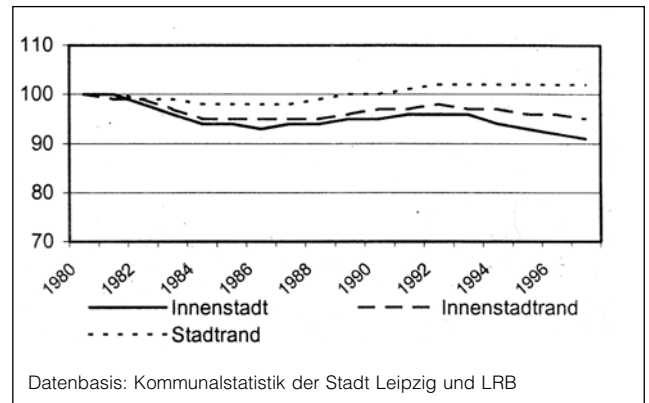


Abbildung 2
Bevölkerungsentwicklung der Stadt Leipzig nach innerstädtischen Lagetypen – 1991 bis 1997

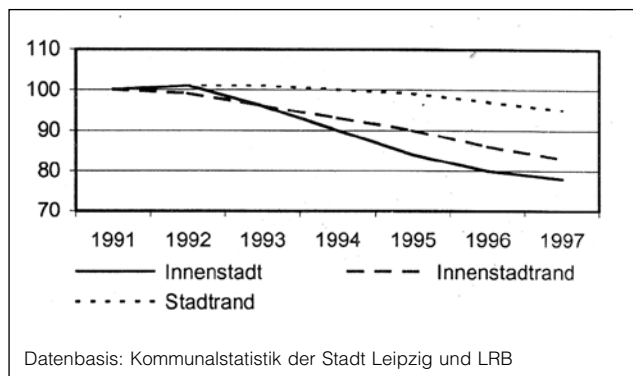


Abbildung 5
Entwicklung der deutschen Bevölkerung Leipzigs nach innerstädtischen Lagetypen – 1991 bis 1997

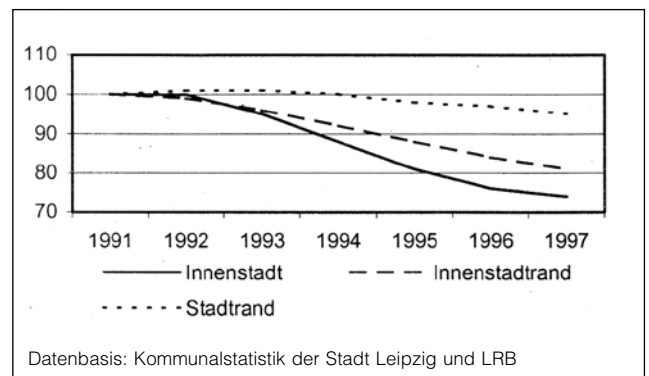


Abbildung 3
Bevölkerungsentwicklung für vier ostdeutsche Vergleichsstädte nach innerstädtischen Lagetypen – 1991 bis 1997

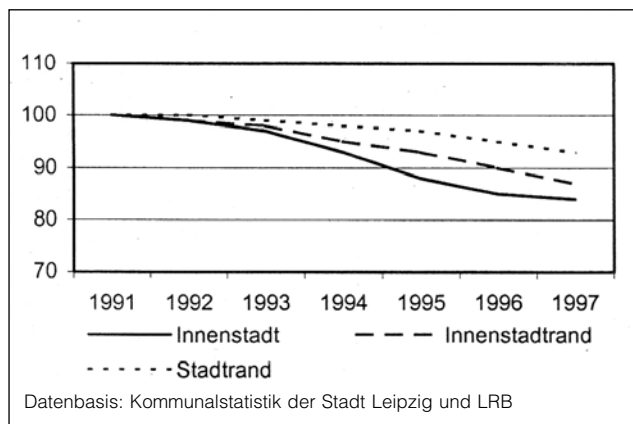
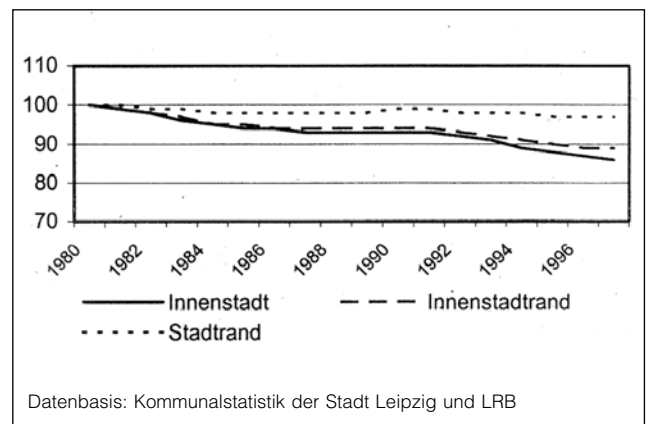


Abbildung 6
Entwicklung der deutschen Bevölkerung für zehn westdeutsche Städte nach innerstädtischen Lagetypen – 1980 bis 1997



Quelle der Abbildungen 1 bis 6: Innerstädtische Raumbewertung des BBR

urbanisierung in den Landkreis begünstigt, insbesondere in die unmittelbaren Nachbargemeinden, die ab 1999 zum Stadtgebiet zählen. Tatsächlich stellen sich die Bevölkerungsverluste der Region Leipzig als nicht untypisch dar, wenn man als Vergleichsperspektive die jeweiligen Raumordnungsregionen wählt: Für die Raumordnungsregion Westsachsen, die mit dem Regierungsbezirk Leipzig identisch ist, ergibt sich von 1990 bis 1996 ein Bevölkerungsrückgang von -4,6 %, der auf vergleichbarer Ebene liegt mit der Raumordnungsregion Magdeburg (-4,4 %) und unter der der Region Oberes Elbtal/Osterzgebirge (Dresden: -7,0 %), allerdings über der der Region Mittelthüringen (Erfurt: -3,0 %) (LRB 1998).

Die dargestellte Tendenz des Bevölkerungsrückgangs der ausgewählten Regionen und Städte bilden einerseits im gesamtdeutschen Vergleich eine historisch bedingte Sondersituation in den neuen Ländern ab. Andererseits ist ein gesamtstädtischer und insbesondere ein Bevölkerungsverlust der inneren Stadtbereiche kein Spezifikum ostdeutscher Städte. Wählt man zum Vergleich der längerfristigen Stadtentwicklung in den alten Ländern den Zeitraum ab 1980 (um die Sondersituation der Wanderungszugewinne zu Anfang der 90er Jahre nicht allzu stark zu gewichten), dann zeigt sich auch in den Großstädten der alten Länder (Abb. 4; Vergleichsbasis sind folgende zehn Städte mit insgesamt 450 Stadtteilen: Düsseldorf, Duisburg, Freiburg, Karlsruhe, Köln, Nürnberg, Oberhausen, Pforzheim, Stuttgart, Wiesbaden) ein Bevölkerungsrückgang in den inneren Stadtbereichen, während der Stadtrand leichte Zugewinne aufweist. Dieser Zuwachs des Stadtrands sowie der geringere Rückgang der inneren Stadt sind nicht zuletzt auf die ausländische Wohnbevölkerung zurückzuführen. Unterscheidet

man nach der Entwicklung der deutschen und der nichtdeutschen Wohnbevölkerung, dann zeigt sich (auf niedrigerem Niveau) eine durchaus vergleichbare Tendenz innerstädtischer Bevölkerungsverluste der deutschen Wohnbevölkerung (Abb. 5 und 6). Die Entwicklung Leipzigs folgt daher nicht nur im Vergleich anderer ostdeutscher Städte, sondern auch im gesamtdeutschen Vergleich einer allgemeinen Tendenz des Rückgangs der traditionell angestammten Innenstadtbevölkerung, die sich allerdings in den neuen Ländern im Zeitraffer nachvollzieht und zudem in weit schwächerem Maße als in den alten Ländern durch Stadtbewohner ohne deutschen Pass ausgeglichen wird.

Trotz des Nachweises allgemeiner Tendenzen bleibt selbstverständlich jede einzelne Stadt ein einzigartiges, komplexes Wirkungsgefüge mit stadtspezifischen Entwicklungsrichtungen und spezifischem Handlungsbedarf. Diese Stadtspezifika müssen dann in präziseren Vergleichen einzelner Städte herausgearbeitet werden (bei denen auf Besonderheiten der internen Gebietsabgrenzungen, der Flächennutzung, der Umlandsituation, dem Ausmaß von Eingemeindungen usw. eingegangen werden kann), um den lokalen Akteuren sachdienliche Hinweise für ihr Handeln zur Verfügung stellen zu können. Als erste Stufe solcher stadtvergleichenden Analysen leistet auch die dargestellte einfache Lagetypisierung des Stadtgebiets einen nützlichen Beitrag zur Einordnung stadtspezifischer Entwicklungen vor dem Hintergrund genereller Entwicklungstendenzen.

Kleinräumige Bevölkerungsentwicklung Leipzigs im Städtevergleich 1991 bis 2003*

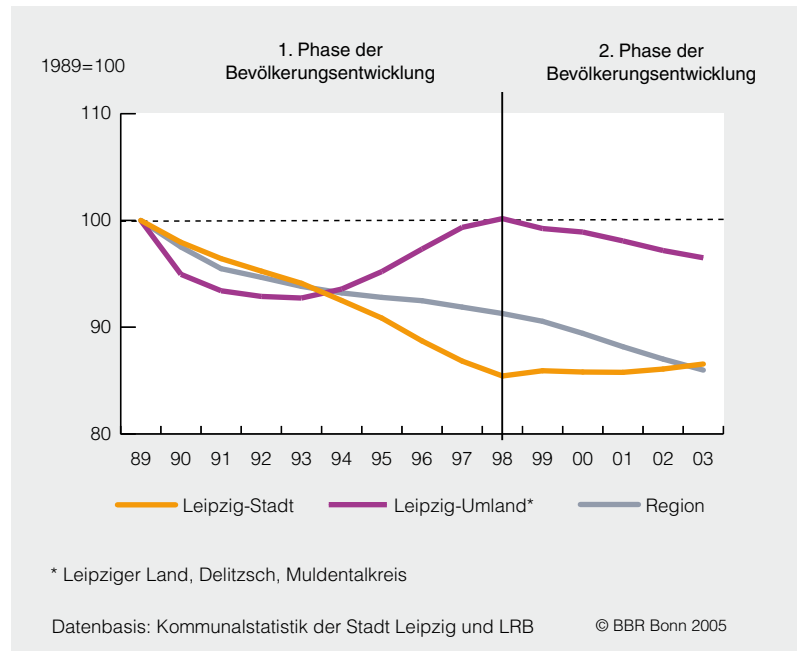
Sebastian Metzmacher

Im Zeitraum von 1989 bis 2003 hat Leipzig, wie alle ostdeutschen Städte, deutliche Bevölkerungsverluste hinnehmen müssen. In dieser Periode ist die Hauptwohnbevölkerung Leipzigs trotz großer Eingemeindungen in den 1990er Jahren um gut 13,5 % geschrumpft. Betrachtet man den Verlauf der Bevölkerungsentwicklung der Stadt Leipzig (Abb. 1), lassen sich zwei Entwicklungsphasen identifizieren (je zum Gebietsstand 31.12.2003).

Die erste Phase reicht von 1989 bis 1998 und ist durch einen kontinuierlichen Bevölkerungsrückgang in der Stadt gekennzeichnet, der neben der natürlichen Bevölkerungsentwicklung vor allem auf großräumige Abwanderungen Richtung Westdeutschland und auf eine zwischen 1993 und 1997 sehr dynamisch verlaufende Stadt-Umland-Wanderung zurückzuführen ist. Wie dynamisch die Suburbanisierung Mitte der 1990er Jahre verlaufen ist, wird in Abbildung 1 durch die entgegengesetzt verlaufenden, steilen Kurven der Bevölkerungsentwicklung von Stadt und Umland (= angrenzende Landkreise Leipziger Land, Delitzsch und Muldentalkreis) deutlich. Nachdem 1998 der Höhepunkt der Stadt-Umland-Wanderung erreicht war, beginnt die zweite Phase der Bevölkerungsentwicklung, die bis in die Gegenwart anhält und durch eine stabile bis leicht ansteigende Bevölkerungsentwicklung der Stadt Leipzig gekennzeichnet ist, während nun das Umland der Stadt Bevölkerungsverluste zu verzeichnen hat. Aufgrund dieser Entwicklungen rechnet Günter Herfert (2000) Leipzig zu den wenigen „Stabilitäts- und Reurbanisierungsinseln“ in Ostdeutschland.

Die hier beobachteten Entwicklungsrichtungen deuten auf eine Umgewichtung der Stadt-Umland-Beziehungen hin, die wiederum im Zusammenhang mit innerstädtischen Umstrukturierungsprozessen stehen. Ein Instrument zur Beobachtung und stadtvergleichenden Einordnung solcher internen Umstrukturierungsprozesse stellt die „Innerstädtische Raumbewachung“ (IRB) des BBR dar, die zusammen mit dem Verband Deutscher Städtestatistiker ins Leben gerufen wurde. Zusammen mit Vertretern aus 42 Städten verständigte man sich auf gemeinsame Beobachtungsstandards

Abbildung 1
Bevölkerungsentwicklung Leipzig-Stadt, Leipzig-Umland und Region – 1989 bis 2003



Quelle: Innerstädtische Raumbewachung des BBR

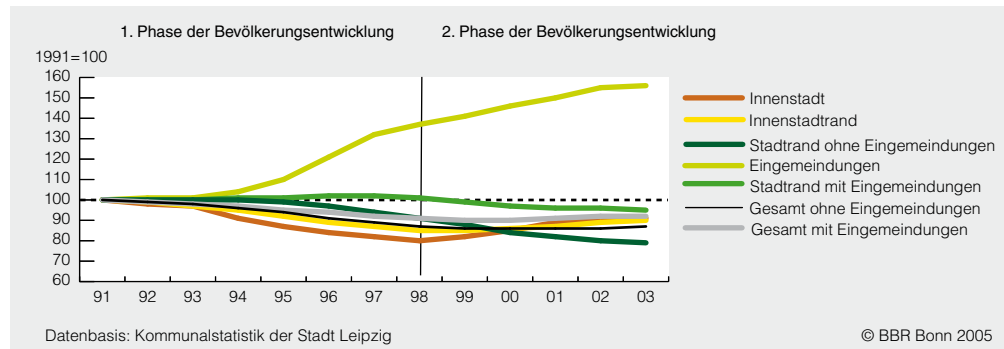
auf Stadtteilebene, um stadtübergreifende Entwicklungstrends beobachten und untersuchen zu können. Diesem vergleichenden Ansatz dient auch die Bildung von innerstädtischen Lagetypen, mit denen räumliche Entwicklungstendenzen innerhalb der Städte beobachtet und verglichen werden können.

In der IRB werden maximal die fünf Lagetypen „City“, „Cityrand“, „Innenstadtrand“, „Stadtrand“ und „Eingemeindungen“ als Teil des Stadtrandes unterschieden. Bei der Abgrenzung der Innenstadt, bestehend aus City und Cityrand, wird soweit wie möglich auf die jeweiligen historisch bedingten Gliederungen der Städte Bezug genommen. Der Innenstadtrand stellt einen Ring von Stadtteilen um die Innenstadt dar. Zusammen bilden Innenstadt und Innenstadtrand den Bereich der „inneren“ Stadt. Die übrigen Stadtteile bilden den Stadtrand und die Eingemeindungen.

Mit dieser Raumgliederung lassen sich für die Stadt Leipzig ab dem Jahr 1991 kleinräu-

*) Dieser Artikel erschien erstmals in: Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen (Hrsg.), Statistischer Quartalsbericht 3/2005, S. 8–11. – Leipzig

Abbildung 2
Bevölkerungsveränderungen in Leipzig nach innerstädtischen Lagetypen – 1991 bis 2003



Quelle: Innerstädtische Raumbearbeitung des BBR

mige Entwicklungstendenzen darstellen. In der Abbildung 2 ist die Bevölkerungsentwicklung¹ der Stadt Leipzig differenziert nach den innerstädtischen Lagetypen dargestellt (Gebietsstand 31.12.2003). Während der ersten Phase der Bevölkerungsentwicklung Leipzigs zeigen sich besonders hohe Bevölkerungsverluste in der Inneren Stadt. Zwischen 1991 und 1998 ging in der Innenstadt die Bevölkerung um gut 17,5 %, am Innenstadtrand um knapp 15,3 % zurück. Ursachen dieser Entwicklungen sind unter anderem in den ungeklärten Restitutionsansprüchen und in dem maroden Zustand großer Teile des Wohnungsbestandes der inneren Stadt zu suchen. Auch der Stadtrand ohne Eingemeindungen verliert in diesem Zeitraum rund 8,5 % der Bevölkerung. Eine positive Entwicklung nehmen nur die ein-

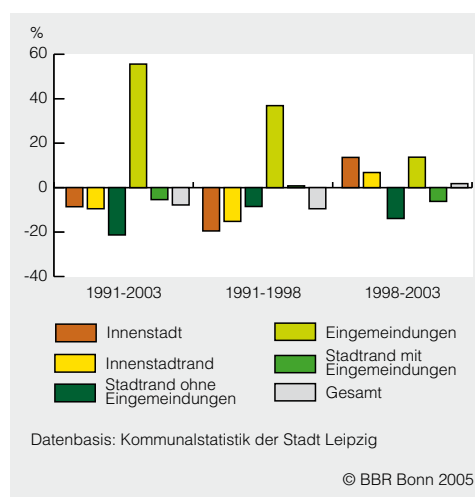
gemeindeten Stadtteile des Stadtrandes, die in dieser Phase zum Teil noch gar nicht zu Leipzig sondern zum Umland gehörten und Zielorte der dynamischen Stadt-Umland-Wanderung waren. Zwischen 1991 und 1998 hat in den eingemeindeten Stadtteilen die Bevölkerung um fast 39,7 % zugenommen. Diese Stadtteile sind insgesamt durch einen sehr hohen Anteil Ein- und Zweifamilienhäuser im Wohnungsbestand gekennzeichnet, der 2002 bei gut 86 % liegt. Zudem verfügen die relativ neuen Wohngebäude über eine sehr gute Ausstattung und einen sehr guten Gebäudezustand, was die Gebiete gegenüber den anderen Stadtteilräumen attraktiv macht.

Nach 1998 setzt sich in der zweiten Phase der negative Trend in der Bevölkerungsentwicklung am Stadtrand ohne die eingemeindeten Stadtteile fort. Verantwortlich für den anhaltenden Negativtrend ist unter anderem das Erbe der sozialistischen Stadtentwicklung, das hier in der industriellen Massenfertigung im Wohnungsbau zum Ausdruck kommt.

Im Gegensatz dazu ist es in der Inneren Stadt zu einer Trendwende gekommen. Sowohl die Innenstadt als auch der Innenstadtrand weisen eine positive Bevölkerungsentwicklung auf. Bezogen auf das Jahr 1998 nimmt zwischen 1998 und 2003 die Bevölkerung der Innenstadt um fast 11 %, der Innenstadtrand um knapp 7 % zu (Abb. 3). Die Trendwende lässt sich durch die Klärung der Eigentumsverhältnisse und vor allem durch das günstige Mietniveau und die Modernisierung des Wohnungsbestands erklären, wobei Letzteres unter anderem mit Mitteln der Städtebauförderung des Bundes angestoßen und vorangetrieben wurde. Auch die eingemeindeten Stadtteile

(1) Mit der Bevölkerung ist hier die IRB-Bevölkerung gemeint. Sie ist die Bevölkerung, die der tatsächlichen Einwohnerzahl am nächsten kommt. Für Leipzig ist das die wohnberechtigte Bevölkerung.

Abbildung 3
Bevölkerungsentwicklung Leipzigs nach innerstädtischen Lagetypen – Differenzen 2003 zu 1991, 1998 zu 1991, 2003 zu 1998



Quelle: Innerstädtische Raumbearbeitung des BBR

am Stadtrand zeigen nach 1998, wie bereits zwischen 1991 und 1998, eine positive Einwohnerentwicklung auf, die jedoch seit 2000 deutlich gebremst verläuft. Dennoch gewinnen diese Stadtteile zwischen 1998 und 2003 gut 11 % an Einwohnern bezogen auf das Jahr 1998 hinzu.

Diese Darstellung Leipziger Entwicklungstendenzen ist sicherlich zu grob, um der komplexen Struktur der Stadt gerecht zu werden. Die Vernachlässigung stadtspezifischer Details erscheint jedoch dann gerechtfertigt und notwendig, wenn der Vergleich mit anderen Städten gesucht wird. In Abbildung 4 wird die Bevölkerungsentwicklung Leipzigs und die anderer west- und ostdeutscher Großstädte aus der IRB differenziert nach den innerstädtischen Lagetypen dargestellt. Somit kann die Bevölkerungsentwicklung Leipzigs mit Entwicklungen aus anderen Städten verglichen und eingeordnet werden.²

Wie bereits im Artikel von Ferdinand Böltken, Hans-Peter Gatzweiler und Katrin Meyer (2004 – im ersten Teil dieses Berichtes) entwickelt, lassen sich die deutschen Großstädte hinsichtlich ihrer Bevölkerungsentwicklung differenziert nach dem innerstädtischen Lagetyp in fünf Gruppen einteilen. Ursprünglich fielen alle ostdeutschen IRB-Städte – und damit auch Leipzig – in eine Städtegruppe. Diese Städte mussten wendebedingt in den 1990er Jahren zum Teil dramatische Bevölkerungsverluste in allen Lagetypen hinnehmen. Seit etwa 2000 haben sich in dieser Städtegruppe die Bevölkerungsentwicklungen in der Gesamtstadt unterschiedlich entwickelt: In einem Teil der ostdeutschen Städte stagniert die Bevölkerungszahl – in einem anderen Teil zeigt sie eine leichte bis deutliche Aufwärtstendenz. Die Stadtränder aller Städte (besonders in den dort befindlichen Plattenbaugebieten) weisen trotz zahlreicher Eingemeindungen bis in die Gegenwart Bevölkerungsverluste auf. Gemeinsam ist allen ostdeutschen Städten zudem, dass die Bevölkerungsverluste in den Innenstäd-

ten aufgehalten zu sein scheinen (Chemnitz, Dresden) bzw. sich sogar eine massive Trendwende vollzogen hat, die Innenstädte also wieder Bevölkerungsgewinne zu verzeichnen haben (Rostock, Magdeburg, Halle, Leipzig, Potsdam). Jedoch scheinen nur diejenigen ostdeutschen Städte ihre Bevölkerungsverluste deutlich überwunden zu haben, deren Innenstadtrandlagen wieder zu attraktiven Wohngebieten geworden sind und Zuzug erfahren: Dies trifft auf Potsdam, Dresden und Leipzig (und im übrigen auch auf Erfurt) zu. Da diese Städte – wenn auch mit Eingemeindungen – in etwa wieder ihre Bevölkerungszahl aus Beitrittszeiten erreicht haben, zählen sie aktuell zu einer anderen Städtegruppe (Abb. 4). So ordnet sich die Entwicklung Leipzigs in eine bestimmte Stadtentwicklungstendenz ostdeutscher Städte ein und ist keine Leipziger Sonderentwicklung.

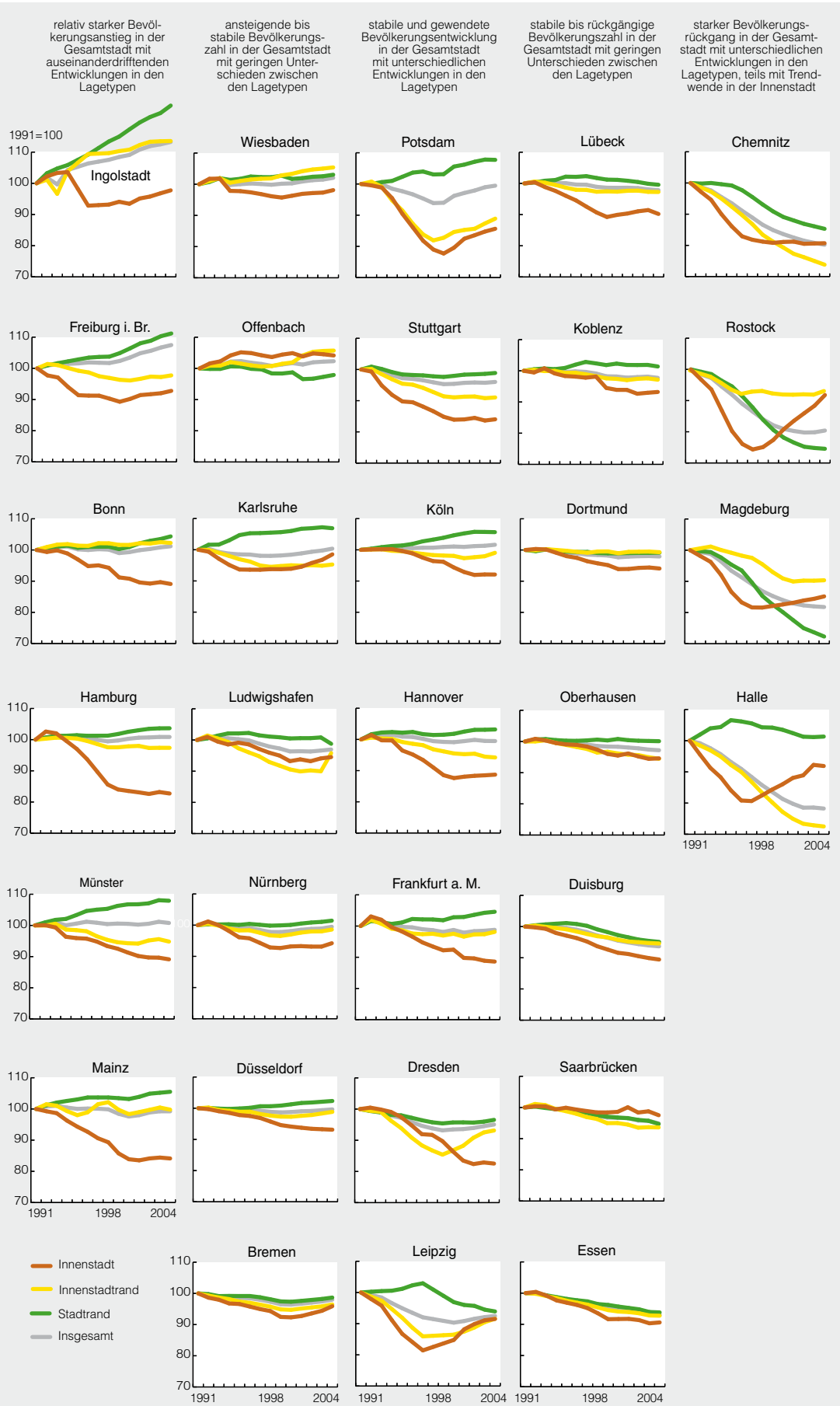
Demgegenüber verteilen sich die westdeutschen Großstädte (und Berlin) hinsichtlich der Bevölkerungsentwicklung auf vier Gruppen. Damit zeigt sich, dass es auch für die westdeutschen Großstädte aufgrund von Größenunterschieden und spezifischen internen Strukturen unterschiedliche Entwicklungstendenzen gibt.

Obwohl sich bei der Bevölkerungsentwicklung deutscher Großstädte differenziert nach innerstädtischen Lagetypen allgemeine Tendenzen nachweisen lassen, hat jede Stadt ein einzigartiges, komplexes Wirkungsgefüge mit stadtspezifischen Entwicklungsrichtungen und Handlungsbedarfen. Um diese genauer erklären zu können, bedarf es tiefergehender Untersuchungen, auf die nicht eingegangen werden kann. Die hier vorgenommene Untersuchung der Bevölkerungsentwicklung auf Basis der einfachen Lagetypisierung versteht sich daher lediglich als erste Stufe städtevergleichender Analysen, die einen nützlichen Beitrag zur Einordnung stadtspezifischer Entwicklungen vor dem Hintergrund genereller Entwicklungstendenzen leistet.

(2)
Der hier folgende abschließende Textteil ist zusammen mit der Abbildung 4 für diesen Bericht aktualisiert worden (G.S.).

Abbildung 4
Bevölkerungs-
entwicklungstypen
ausgewählter
IRB-Städte nach
innerstädtischen
Lagetypen –
1991 bis 2004

Quelle:
 Innerstädtische Raum-
 beobachtung des BBR



Datenbasis: Kommunalstatistiken der IRB-Städte - Gebietsstand 31.12.2004;
 Kategorisierung der Gesamtbevölkerungsentwicklung 1991 bis 2004 auf Grundlage der LRB

Möglichkeiten und Grenzen der Innerstädtischen Raumbewachung des BBR für das Monitoring einzelner Stadtregionen*

Gabriele Sturm

Um die Einsatzmöglichkeiten der *Innerstädtischen Raumbewachung* des BBR für ein Regionalmonitoring einschätzen zu können, wird diese im Folgenden zunächst in ihren Grundzügen dargestellt. Am Beispiel „Arbeitslosigkeit“ wird sodann gezeigt, was die IRB dazu an Informationen liefern kann und welche Datenbasen des BBR diese Informationen für den Bereich des Planungsverbands Frankfurt/Rhein-Main ergänzen. Problematisiert wird in diesem Zusammenhang die Reichweite bzw. Aussagekraft „externer“ Monitoringsysteme für stadtregionale Entwicklungen.

Die IRB ist Teil des *Raumbezogenen Informationssystems des BBR*. Dieses umfasst vier Teilbereiche, die den im Raumordnungsgesetz formulierten Anforderungen entsprechen bzw. empirische Grundlage zur Analyse der dort skizzierten Probleme bilden. Der Berichterstattung über den Stand und die Richtung der räumlichen Entwicklung dienen die Laufende Raumbewachung (LRB) für Deutschland und Europa sowie die Innerstädtische Raumbewachung für deutsche Großstädte. Diese Teile des Informationssystems bieten regional- und kommunalstatistische Daten bzw. Indikatoren auf deren Basis an. Ergänzend werden die Individualdaten der Umfrage zur Darstellung und Analyse raumrelevanter alltäglicher Zusammenhänge genutzt. Die verschiedenen Herangehensweisen des derzeit praktizierten Informationssystems ergänzen sich mit ihren Analysen und Bewertungen der räumlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland. Die Einbindung in europäische Entwicklungsdynamiken ist dabei ein wichtiger Referenzrahmen. Aber vor allem soll durch Vergleiche zwischen Raumordnungsregionen, Kreisen und Gemeinden der Blick auf regionale Disparitäten gerichtet werden – um so eine Informationsgrundlage für den Auftrag der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse liefern zu können.

Die IRB wurde 1986 als *Kooperationsprojekt* des Deutschen Städtetags (DST), des Verbands Deutscher Städtestatistiker (VDSt), des KOSIS-Verbunds (Dachorganisation für kommunale Selbsthilfeprojekte), des Deutschen Instituts für Urbanistik (DIFU) und des BBR gegründet. Die teilnehmenden Städte stellen kleinräumige Daten in einem

gemeinsamen Pool zur Verfügung, den sie für vergleichende Analysen nutzen können. Seit dem Jahr 2002 wird die Zusammenstellung und Aufbereitung der Daten vom BBR in Kooperation mit einer Arbeitsgemeinschaft der Städte durchgeführt.

Der Ansatz, die Beobachtungsperspektive in die Städte hinein zu verlagern, entsprach zunächst keinem eigenständigen stadtforscherischen Interesse, sondern wurde aus eher methodischen Überlegungen zur angemessenen Vergleichsperspektive entwickelt: Ganz offensichtlich ist es nur begrenzt sinnvoll, die Heterogenität innerhalb einer Großstadt unreflektiert mit der relativen Homogenität kleiner Gemeinden und Dörfer zu vergleichen. Um eine Basis für sinnvolle kleinräumige Vergleiche zu gewinnen, musste daher die Ebene Stadtkreis bzw. Stadtgemeinde unterschritten werden. Derzeit wird die Analyse der Bevölkerungsstruktur und deren Veränderung auf Stadtteilebene vor allem verwendet, um

- ein beschreibendes Monitoring von Stadtentwicklungsprozessen nach innerstädtischen Lagetypen zu entwickeln und fortzuschreiben, und
- Veränderungen der Stadtstruktur wie der Lebensbedingungen – u. a. infolge von planerischen Maßnahmen – im Hinblick auf bestimmte politische Ziele beurteilen zu können.

Aktuell nehmen 45 Städte mit 19,36 Mio. Einwohnerinnen und Einwohnern (EW) in 2 811 Stadtteilen an der IRB teil. Sie repräsentieren etwa zwei Drittel der deutschen Großstadtbevölkerung. Zu diesen Städten zählen alle 15 großen Großstädte Deutschlands mit mehr als 485 000 EW, 16 mittlere Großstädte mit 200 000 bis 390 000 EW, 12 kleine Großstädte mit 100 000 bis 200 000 EW und zwei ostdeutsche Mittelstädte. Neben Berlin liegen 11 der IRB-Städte in Ostdeutschland und 33 in Westdeutschland.

Die räumliche Untergliederung unterscheidet sich von Stadt zu Stadt. Als Basis der vergleichenden Stadtbeobachtung wurde jeweils die statistische Gliederungsstufe ausgewählt, die dem Konzept des „Nahbereichs“ entspricht. Pro Stadt liegen so Daten für 14 bis 195 Raumeinheiten (statistische Bezirke bzw. Gebiete, Unterbezirke, Orts- bzw. Stadtteile, Distrikte, Quartiere) vor.

*) Dieser Artikel beruht auf einem Vortrag gehalten am 2.6.2006 anlässlich der Auftaktveranstaltung des Planungsverbands Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main in Frankfurt am Main zur Entwicklung eines regionalen Sozialraummonitorings: „Monitoring – Soziale Stadt- und Regionalentwicklung Rhein-Main“. Der Text erschien erstmals unter: www.planungsverband.de/media/custom/1169_1055_1.PDF (S. 30–41)

Durchschnittlich bezieht sich die IRB auf innerstädtische Raumeinheiten mit 7 891 EW. Dahinter verbergen sich gewaltige Unterschiede hinsichtlich der Stadtteilgröße: Es gibt Stadtteile ohne Wohnbevölkerung (in etwa 2 % der Stadtteile leben weniger als 50 EW) – und der bevölkerungsreichste Stadtteil hat 85 439 EW. Da die Städte ihre Daten für unterschiedliche Einheiten zur Verfügung stellen, leben in denen der Stadt mit dem kleinteiligsten Zuschnitt im Durchschnitt 798 Menschen pro Wohnbezirk und in denen der Stadt mit dem größten Zuschnitt im Durchschnitt 17 093 pro statistisches Gebiet. Für die räumliche Analyse wird nach innerstädtischen Lagetypen unterschieden, die sich an einem einfachen geografischen Zentralitätskonzept orientieren. Auch bei der Zuordnung der einzelnen Stadtteile zu einer dieser Lagen kommen ortstypische Kriterien zum Tragen.

Über die Jahre hinweg ist für die IRB ein Merkmalskatalog ausgearbeitet worden, der von den meisten der beteiligten Städte für ihre innerstädtischen Raumeinheiten beliefert werden kann. In Tabelle 1 im Anhang dieses Berichts sind dessen Merkmale aufgeführt.

Seitens des BBR sind mit der Innerstädtischen Raumbeobachtung weder Fallanalysen einzelner Großstädte noch kleinräumige Sozialraumanalysen bezweckt. Sie dient vor allem dazu, einen *Überblick über die Entwicklung deutscher Großstädte* zu gewinnen. Dazu werden meist Auswertungen für Städtegruppen vorgenommen. Von Interesse sind Vergleiche auf der Ebene ausgewählter städtischer Charakteristika bzw. für bestimmte Stadttypen: Zum Beispiel werden

wegen der unterschiedlichen Entwicklungsdynamiken westdeutsche mit ostdeutschen Städten (Abb. 1) oder bevölkerungswachsende mit bevölkerungsschrumpfenden verglichen. Jede der IRB-Städte kann ihre eigenen Entwicklungen auf Grundlage der Kenntnis der Entwicklung der eigenen Städtegruppe dann selbst beurteilen. Für darüber hinausgehende Analysen stehen die aufbereiteten Datensätze allen beteiligten Städten zur Verfügung – und nach Rücksprache mit den jeweils betroffenen Städten gegebenenfalls auch Dritten.

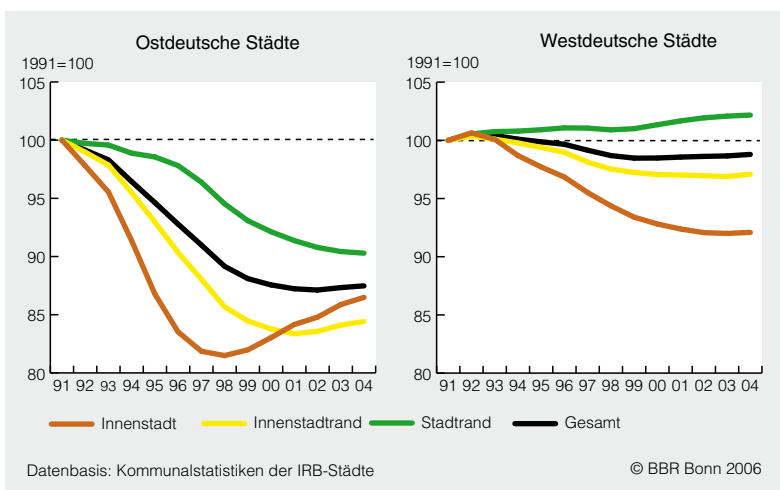
Aus der bisherigen Darstellung erschließen sich einige grundsätzliche Probleme für die Arbeit mit IRB-Daten, die sich für jede Stadt unterschiedlich ausprägen:

- Obwohl es für einige Städte Zeitreihen für ausgewählte Merkmale seit 1980 gibt, läuft die IRB in der jetzigen Form erst seit 2002. Historisch bedingt treten in den Zeitreihen zahlreiche Lücken auf. Nur begrenzt sind diese durch KOSTAT-Daten und/oder Interpolation einzelner Jahre füllbar.
- Nach wie vor haben einzelne Städte große Schwierigkeiten, für alle vereinbarten Merkmale die amtlichen Daten ihrer innerstädtischen Raumeinheiten zu liefern (z. B. weil manche Merkmale für andere Gebietszuschnitte erhoben werden). Nur vereinzelt sind auch nachträglich noch Ergänzungen des bereits bestehenden Datensatzes möglich.
- Zugleich enthält der Merkmalskatalog für kleinräumige Sozialraumanalysen zu wenig Merkmale. Zugunsten möglichst „flächendeckender“ Datenlieferung ist diesem Problem kaum abzuhelfen. Allenfalls einige wenige Merkmale können im Laufe der kommenden Jahre noch ergänzt werden (z. B. Geburtsland; wünschenswert: Einkommenssteuerstatistik).

• Die Größe der Raumeinheiten wurde wie die Lagetypisierung von den Städten gemäß den ortstypischen Gegebenheiten festgelegt. Dem liegen u. a. historische Entwicklungen der Stadtgefüge zu Grunde. Dadurch sind stark differierende Stadtteilgrößen und unterschiedlich verstandene Lagetypisierungen entstanden mit Folgeproblemen für bestimmte statistische Analyseverfahren. Daran ist derzeit kaum etwas zu ändern.

• Die Städteauswahl der IRB ist infolge einer erwünschten Selbstrekrutierung nicht mehr repräsentativ. Deshalb ist seitens des BBR beabsichtigt, den Teilnehmerinnen-

Abbildung 1
Bevölkerungsentwicklung nach innerstädtischen Lagen in 7 ostdeutschen sowie 24 westdeutschen IRB-Städten – 1991 bis 2004



Quelle: Innerstädtische Raumbeobachtung des BBR

kreis zu erweitern, hin zu einer Beobachtung deutscher Großstädte.

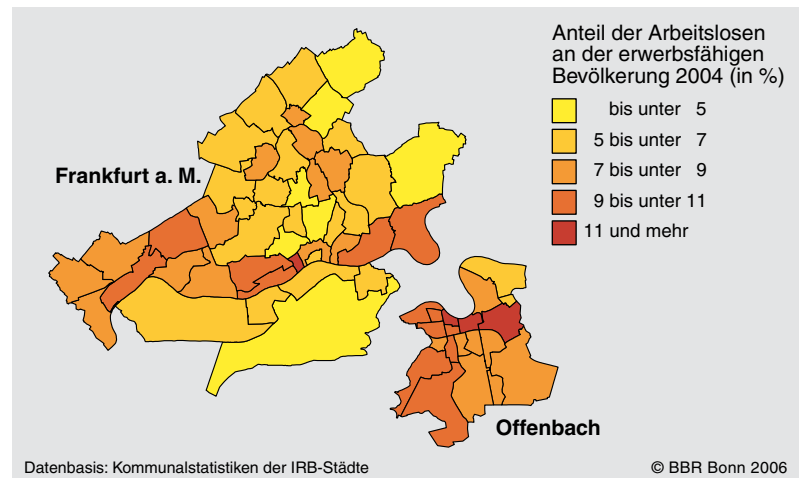
Was kann nun die IRB zu einem *Monitoring sozialräumlicher Entwicklungen einer Stadt-region* beitragen? Zunächst ist zu schauen, ob die zu einer Region zählenden Städte überhaupt an dem Kooperationsprojekt der IRB teilnehmen. Im Bereich des Planungsverbands Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main liegen zwei Großstädte – Frankfurt und Offenbach – die beide auch IRB-Städte sind. Insofern kann die IRB für die Merkmale des IRB-Katalogs einen Überblick über die innerstädtische Verteilung dieser Merkmale liefern. Für Frankfurt stehen diese Informationen für 46 Stadtteile und für Offenbach für 19 statistische Bezirke zur Verfügung.

Wenn es um ein Sozialmonitoring in der Region geht, ist z.B. der Indikator „Arbeitslose“ zentral. Für die IRB wird dies Merkmal für alle innerstädtischen Gebiets-einheiten erhoben – ausdifferenziert nach Genusgruppen, Staatsangehörigkeit, Altersgruppen, gewünschter Arbeitszeit und mit den Anteilen für Langzeitarbeitslose und Schwerbehinderte. Allerdings können mit den Daten der IRB wie auch mit denen der LRB keine üblichen „Arbeitslosenquoten“ errechnet werden, da sich diese auf die Erwerbspersonen als Referenzgröße beziehen! Deshalb beziehen sich die in BBR-Analysen angegebenen Anteile immer auf die erwerbsfähige Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 64 Jahren. Die entsprechenden Arbeitslosenverteilungen für das Jahr 2004 zeigt die Karte 1.

Da die Innerstädtische Raumbearbeitung des BBR nur Großstädte einbezieht, liegen damit für das Monitoring des Ballungsraums Frankfurt/Rhein-Main – so wie er sich im Planungsverband zusammengefunden hat – nur für einen Teil der insgesamt interessierenden Bevölkerung Informationen vor:

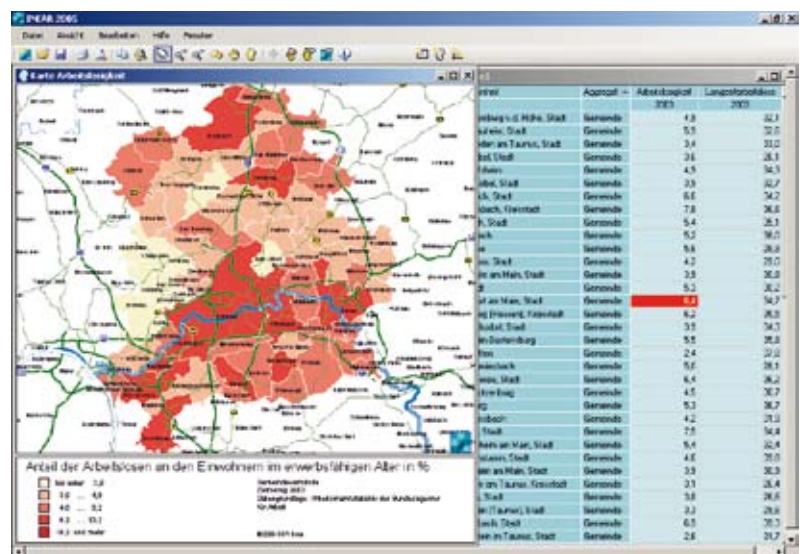
- In Frankfurt und Offenbach leben 2004 rund 765 000 EW – und damit etwa 35 % der 2,177 Mio. Menschen im ausgewiesenen Ballungsraum;
- in Frankfurt und Offenbach arbeiten 509 000 der insgesamt 963 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im ausgewiesenen Ballungsraum – das sind etwa 53 %;
- in Frankfurt und Offenbach befinden sich 57 % der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich des ausgewiesenen Ballungsraums.

Karte 1
Anteil der Arbeitslosen an der erwerbsfähigen Bevölkerung in den Städten Frankfurt a.M. und Offenbach – 2004



Quelle: Innerstädtische Raumbearbeitung des BBR

Karte 2
Anteil der Arbeitslosen an der erwerbsfähigen Bevölkerung in den Gemeindeverbänden des Planungsverbandes – 2003

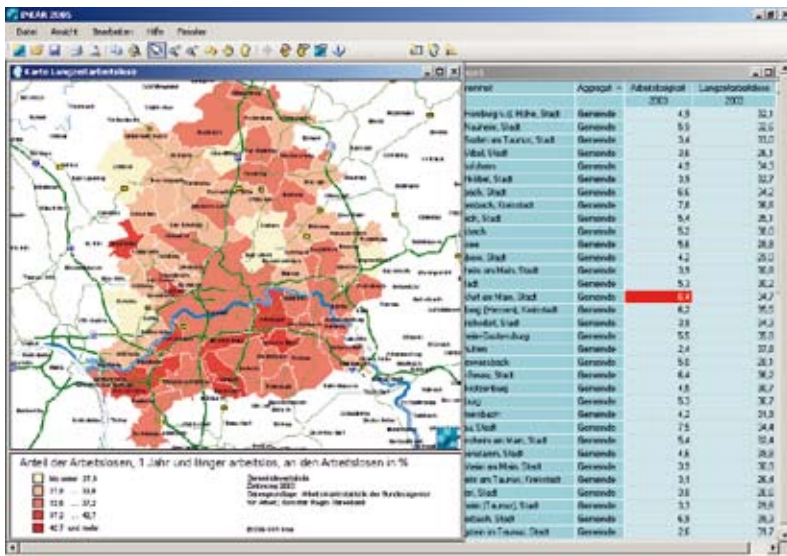


Quelle: Laufende Raumbearbeitung des BBR – INKAR 2005

Aussagen jenseits der Grenzen der beiden am Planungsverband beteiligten Großstädte sind anhand der für Dritte zur Verfügung stehenden BBR-Daten am günstigsten mittels INKAR (Indikatoren und Karten zur Raumentwicklung, BBR 2006) vorzunehmen. Mit der zugehörigen CD lassen sich etwa 800 Indikatoren für 23 Themenbereiche auf diversen räumlichen Bezugsebenen darstellen. Auch das *Gebiet des Planungsverbands* kann in den gewählten Grenzen abgebildet werden. Hinsichtlich des Merkmals Arbeitslosigkeit kann auf Gemeindeebene neben der allgemeinen Verteilung Arbeitsloser

Karte 3

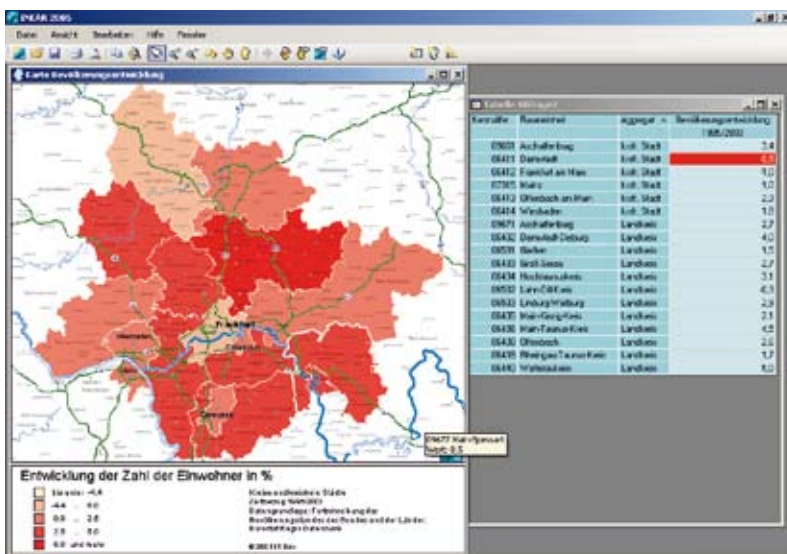
Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen in den Gemeindeverbänden des Planungsverbandes – 2003



Quelle: Laufende Raumbeobachtung des BBR – INKAR 2005

Karte 4

Bevölkerungsentwicklung in den Kreisen der Rhein-Main-Region, die den Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main umfassen – 1995 bis 2003



Quelle: Laufende Raumbeobachtung des BBR – INKAR 2005

republik vorhanden sind. Zusätzlich können zahlreiche Merkmale als Zeitreihen seit 1995 dargestellt werden – in Form von Tabellen, Grafiken oder Karten.

Ein Sozialmonitoring für das Gebiet des Planungsverbands Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main ist also mit den für Dritte zur Verfügung stehenden Daten des BBR nur eingeschränkt möglich. Probleme bereitet der Gebietszuschnitt des Planungsverbands, der nicht mit z. B. Kreisgrenzen übereinstimmt. Darüber hinaus sind inhaltliche Aspekte zu berücksichtigen. Regionale Entwicklungen orientieren sich nicht an administrativ festgelegten Grenzen. Letztere sind allerdings für zahlreiche Abstimmungsprobleme im politischen Feld verantwortlich. Raumordnerisch betrachtet muss Regionalplanung sich aber nicht nur an den Interessen und Empfindlichkeiten kommunalpolitischer Vertreterinnen und Vertreter orientieren, sondern vornehmlich an den Bedarfen und dem faktischen Verhalten der Bevölkerung und/oder an historisch entwickelten soziokulturellen Verflechtungen und/oder an den Interessen überregionaler Investoren und/oder an naturräumlichen wie sozialräumlichen Gegebenheiten.

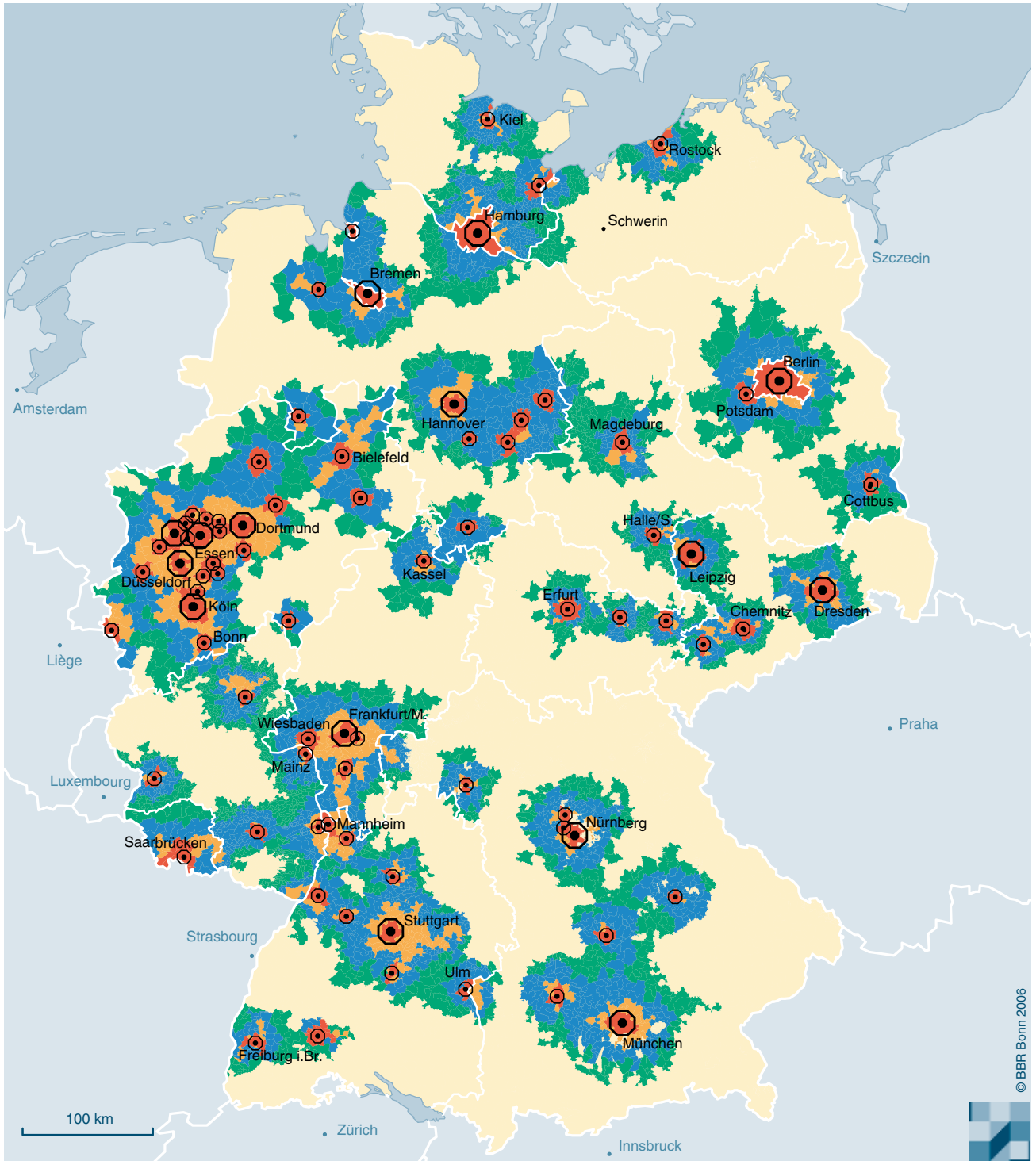
Auch wenn nicht alle bedeutsamen Aspekte einbeziehbar sind, wird im BBR derzeit versucht, das Konzept der *Stadtregion* zu entwickeln und für die raumordnerische Analyse tragbar zu formulieren (Gatzweiler et al. 2006). Das städtische Siedlungssystem bildet in Deutschland ein eng vernetztes, polyzentrisches Gefüge von Städten und ihren Einzugsbereichen. Die Stadtregion könnte sich als Stadt der Zukunft herausstellen. Im europäischen Städtesystem spielen insbesondere die Metropolräume eine tragende Rolle. In Deutschland haben sich (entsprechend ihrer eigenen Abgrenzung) elf Metropolregionen konstituiert. Diese enthalten 19 Metropolkerne, d. h. Großstädte mit dem höchsten Indexwert an Metropolfunktionen. International gilt Frankfurt als bedeutendste deutsche Metropole. Die Metropolregion Rhein-Main enthält mit Frankfurt, Wiesbaden und Mainz gleich drei Metropolkerne.

Das *Stadtregionenmodell des BBR* (Karte 5) gründet derzeit auf Bevölkerungs- und Pendlerdaten (des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in der Bundesagentur für Arbeit) des Jahres 2004. Als Kriterien für geografisch zusammenhängende stadregionale Zonen gelten folgende Festlegungen:

auch der Anteil der Genusgruppen oder bestimmter Altersgruppen oder der der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen als Tabelle oder Karte erzeugt werden.

Allerdings sind auch die Möglichkeiten von INKAR auf der Gemeindeebene beschränkt. Wesentlich umfangreichere Informationen stehen auf Kreisebene zur Verfügung. Dies betrifft nicht nur die wesentlich größere Menge an Merkmalen/Indikatoren, die auf Kreisebene flächendeckend für die Bundes-

Karte 5
Die BBR-Stadtregionen 2004



- Kernstadt
- Ergänzungsgebiet zur Kernstadt
- Engerer Pendlerverflechtungsraum
- Weiterer Pendlerverflechtungsraum
- Gemeinden außerhalb von Stadtregionen, gemeindefreie Gebiete

- Kernstädte**
- Metropolkerne > 500.000 Einwohner
 - Großstädte > 100.000 Einwohner

Gemeinden, Stand 31.12.2004
Quelle: Laufende Raubeobachtung des BBR
Datenbasis: Pendlerverflechtung des IAB 30.06.2004

© BBR Bonn 2006

- Als *Kernstädte* gelten 19 Metropolkerne sowie weitere 61 Großstädte über 100 000 EW.
- Das *Ergänzungsgebiet zur Kernstadt* weist entweder eine Tagesbevölkerungsdichte von mindestens 500 (EW plus Einpendler minus Auspendler) pro km² oder Einpendlerüberschuss oder einen Auspendleranteil in die Kernstadt von mindestens 50 % auf.
- Im *engeren Pendlerverflechtungsraum* pendeln 50 % der Auspendler in ein/e oder mehrere Kerngebiete bzw. Kernstädte.
- Im *weiteren Pendlerverflechtungsraum* pendeln zwischen 25 % und 50 % der Auspendler in ein/e oder mehrere Kernstädte bzw. Kerngebiete.

Wie sich die Bevölkerungsentwicklung der beiden Städte des Planungsverbands differenziert nach innerstädtischen Lagetypen der IRB und erweitert um die Zonen des Stadtregionenmodells darstellt, ist in Abbildung 2 nachzuvollziehen.

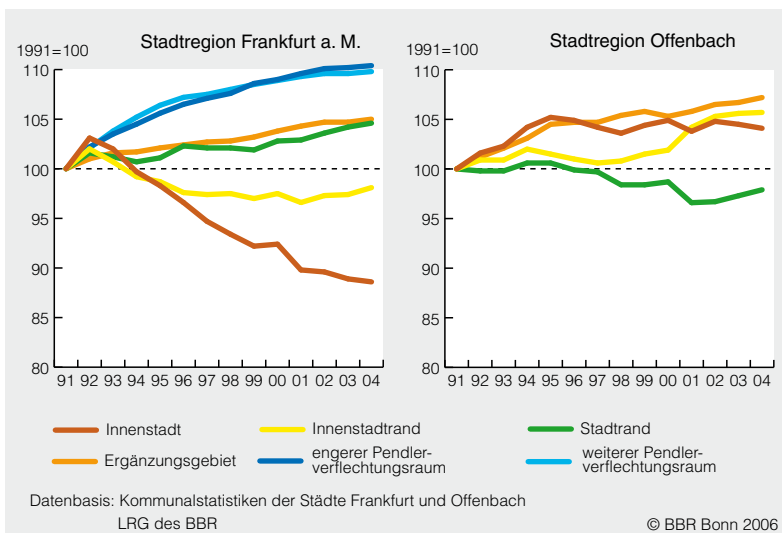
Da Frankfurt etwa fünfeinhalb Mal so viele Einwohnerinnen und Einwohner wie Offenbach hat und zahlreiche Metropolfunktionen weit über die Region hinaus übernimmt, sind die Verläufe für die innerstädtische Bevölkerungsentwicklung der beiden Städte nur schwer zu vergleichen. Zum Teil gehören bestimmte Stadtteile Offenbachs mit zum Pendlereinzugsbereich Frankfurts und umgekehrt. Zumindest auf den ersten Blick scheinen die Verläufe aber Entwicklungstendenzen zu unterstützen, die generell für Stadtregionen in Deutschland zu konstatieren sind (Gatzweiler et al. 2006):

- Die Stadtregion Frankfurt/Offenbach dehnt sich anhaltend in die Fläche (Pendlerverflechtungsräume) aus.
- Die stadtregionale Bevölkerung nimmt zu – heute leben in Deutschland 73 % der Bevölkerung in Stadtregionen. Dabei ist deutschlandweit ein leichter relativer Bedeutungsverlust der (inneren Stadtteile der) Kernstädte zu Gunsten der übrigen stadtregionalen Zonen zu beobachten.
- Die Beschäftigungsmöglichkeiten in Stadtregionen nehmen leicht zu. Heute haben in Deutschland fast 76 % aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten ihren Arbeitsplatz in einer Stadtregion. Auch hier ist ein relativer Bedeutungsverlust der Kernstädte zu Gunsten der übrigen Zonen zu beobachten.

In der Zusammenschau des bisher Dargestellten sind für den Aufbau eines Systems „Monitoring Soziale Stadt- und Regionalentwicklung“ im Bereich des Planungsverbands Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main eine Reihe von Schlussfolgerungen zu ziehen, die zum Teil Empfehlungscharakter haben:

- Da das BBR – mit Ausnahme der BBR-Umfrage – keine eigenen Daten erhebt, können die im Räumlichen Informationssystem zusammengeführten Merkmale und Indikatoren immer nur so gut sein wie die des jeweils „schlechtesten“ Datenlieferers. Dies wird auch für ein eigenständiges Monitoringsystem des Planungsverbands kaum anders sein.
- In die BBR-Datenpools werden nur Indikatoren aufgenommen, die für alle räumlichen Einheiten einer Analyseebene vorliegen. Deshalb fehlen zahlreiche Merkmale, die für wichtige Fragestellungen zentrale Indikatoren abgeben könnten. Auf den Planungsverband übertragen bedeutet dies, dass möglichst alle beteiligten Kommunen an einem Abstimmungsprozess über die im Gebiet des Planungsverbands bedeutsamen Indikatoren teilnehmen und den Merkmalskatalog danach regelmäßig und möglichst vollständig beliefern.
- Trotz der erwähnten Einschränkungen, denen auch die dem BBR zur Verfügung stehenden Daten unterliegen, ermöglicht die Kombination der verschiedenen Datenpools und Aggregatebenen weitergehende analytische Einblicke als dies einer einzelnen Kommune auf Grundlage nur der eigenen Daten möglich ist. Auch sinnvolle Aussagen für das Gebiet des Planungsverbands sind nur möglich, wenn die betei-

Abbildung 2
Bevölkerungsentwicklung in den Stadtregionen Frankfurt a.M. und Offenbach
– 1991 bis 2004



Quelle: Innerstädtische Raumbeachtung des BBR

gten Kommunen auch weniger erfreuliche Befunde kund tun, und damit einen gemeinsamen Planungsprozess aufgrund realistischer Einschätzungen überhaupt erst ermöglichen. Insbesondere eine regionale Sozialraumanalyse ist sinnlos, wenn problematische Entwicklungen ausgeblendet werden.

- Die Innerstädtische Raubeobachtung ist in erster Linie nicht darauf angelegt, Städterankings zu produzieren. Gleichwohl sind Vergleiche zwischen Städten und Stadtregionen sinnvoll und notwendig – um die eigene Lage einzuschätzen und/oder um zusammen mit Städten in ähnlicher Lage nach kreativen Lösungen zu suchen und/oder um ein unverwechselbares Profil schärfen zu können und/oder um die eigene Besonderheit in Ergänzung zu anderen herauszustellen statt dem hinterherzulaufen, was allen gemein ist.

- Die Eigenheit eines jeden Ortes und einer jeden Region lassen es auch notwendig erscheinen, dass ein regionales Monitoring nicht nur auf die flächendeckend für das gesamte Bundesgebiet vorliegenden Merkmale und Indikatoren gründet. Die Ortskenntnis der kommunalen Vertreterinnen und Vertreter ist gleichwohl mit Vor- und Nachteilen behaftet: Die regionalen Potenziale zu kennen ermöglicht eine schnellere Einschätzung möglicher Maßnahmen und Entwicklungen – ist zugleich aber auch mit lange gehegten Vor-Urteilen behaftet. Insofern sind Wege zu suchen, sich von Neuem überraschen lassen zu können und sich auch mit bereits bekannten Akteuren auf noch nicht geübte Zusammenarbeiten einzulassen.

- Abschließend sei noch auf die Problematik der Eingrenzung des Planungsgebiets hingewiesen. Administrative Grenzen entsprechen nicht den die Wirklichkeit hervorbringenden alltäglichen Verhaltens- und Handlungsvollzügen. Insofern ist es einerseits notwendig, die Reichweite der eigenen Möglichkeiten zu kennen und zu benennen, andererseits darf das Geschehen außerhalb des eigenen Aktionskreises nicht ausgeblendet werden. Da das Gebiet des Planungsverbands mitten in einer Metropolregion liegt, ist diese Aufmerksamkeit für das, was jenseits des eigenen Tellerrands abläuft, umso wichtiger. Die hohe und weiterhin zunehmende Mobilität der Bevölkerung weist zudem weit über bisher gewohnte Aktionsradien hinaus. Ein regionales Sozialraummonitoring darf folglich nicht zu eng gefasst sein. Eine verstärkte Kooperation in der Rhein-Main-Region über die Grenzen des Planungsverbands hinaus erscheint deshalb ratsam – und bedarf zugleich einer guten Zusammenarbeit innerhalb des Planungsverbands.

III. Stadtteiltypisches

Stadtstruktur und Bevölkerungsentwicklung – vergleichende Analysen auf Basis der Innerstädtischen Raumbeobachtung*

Ferdinand Böltken

IRB: Konzept, Stand der Dinge und aktuelle Aktivitäten

Mit der Innerstädtischen Raumbeobachtung sollen Stadtentwicklungsprozesse und deren Auswirkungen auf den Alltag der Stadtbewohner aufgezeigt werden. Dabei wird davon ausgegangen, dass die alltagsrelevante räumliche Ebene für die Stadtbewohner in vieler Hinsicht nicht die Stadt insgesamt, sondern der Stadtteil, das Viertel ist. Zudem ist davon auszugehen, dass sich Stadtentwicklungsprozesse innerhalb der Stadt in sehr unterschiedlicher Schärfe und in unterschiedlicher Kombination mit anderen Merkmalen zeigen. Kurz: Mit der Innerstädtischen Raumbeobachtung/vergleichenden Stadtbeobachtung wird versucht, die *Heterogenität alltagsrelevanter Kontexte* durch kleinräumige Daten zu erfassen und damit die (Kreis- und Gemeinde-)Daten der Laufenden Raumbeobachtung für große Städte zu ergänzen.

Dabei geht es zunächst um ein *Monitoring*, um eine vergleichende Beobachtung interner Prozesse der Stadtentwicklung. Deshalb ist die möglichst exakte Vergleichbarkeit über die Zeit und zwischen Städten hinsichtlich der Daten und der Raumbezüge ein zentrales Kriterium der IRB.

Auf dieser Basis kann durch Vergleiche untersucht werden, inwieweit positive oder negative Entwicklungstendenzen von spezifischen oder allgemeinen Elementen der Stadtstruktur, von entsprechenden Bedingungen oder Maßnahmen abhängen. Entwicklungen können dann an *Zielen gemessen und bewertet* werden. Dabei bildet die Entwicklung der kleinräumigen *Bevölkerungsstruktur* eine zentrale Messgröße, an der städtebauliche und sozioökonomische Zielrichtungen gemessen werden können.

Für diese Themenfelder werden im Folgenden einige Beispiele gezeigt. Zur Darstellung des Stands der (IRB-)Dinge sei hier lediglich erwähnt, dass das Merkmalsprogramm der IRB (einschließlich der außerordentlich wichtigen Ergänzung durch die BA-Daten) in der Arbeitsgruppe IRB einer weiteren Feinabstimmung unterzogen wurde. Das schließt weitere Anpassungen an laufende

Entwicklungen (z. B. bei „Ausländern“ oder „Sozialhilfe“) selbstverständlich nicht aus. Die nun folgende Darstellung beschränkt sich mit ihren Beispielen für die Leistungsfähigkeit der IRB auf die Datenlieferung des Jahres 2002.

Anwendungsfelder vergleichender Analysen: „Benachteiligte Viertel“ und das Programm „Die soziale Stadt“

Das Entstehen, Fortdauern und die Folgen „sozialer Brennpunkte“ bzw. die kleinräumige Konzentration sozialer Probleme innerhalb von Städten sind ein zentraler Gegenstand kommunalpolitischen Handelns und von Stadtforschung. Verschärfen sich sozialräumliche Gegensätze? Bilden sich räumliche Schwerpunkte von Problemen innerhalb der Stadt aus? Welche Auswirkungen haben solche Problemkonzentrationen auf die dort lebenden Menschen? Solche Fragen stehen im Mittelpunkt vieler Maßnahmen der Städtebauförderung. Auch das Programm *Die soziale Stadt* agiert auf dieser Ebene. Ziel ist es, die Lebensbedingungen in solchen Gebieten so zu verbessern, dass die Bevölkerung vor Ort wieder Lebensperspektiven gewinnt. Ohne eine solche Perspektive besteht ansonsten häufig nur der Ausweg der Abwanderung der noch relativ Chancenreichen, gefolgt von der Zuwanderung von anderswo Chancenlosen. Daraus können sich „Abwärtsspiralen“ benachteiligter Gebiete entwickeln, die aus den vorhandenen Problemen resultieren und sie weiter verstärken.

Ein Motor solcher Abwärtsspiralen ist die selektive Zu- und Abwanderung in solchen Gebieten. Sie soll durch Verbesserung der Lebensumstände gestoppt und umgekehrt werden. Insofern bietet die Beobachtung von selektiven Bevölkerungsbewegungen innerhalb der Stadt ein Instrument zur Identifizierung von Problemlagen und zur Prüfung ihrer Entwicklungsrichtung (neben der Beobachtung der Probleme selbst). Mit einem solchen differenzierten Monitoring ist dann auch ein erster Ansatz zur Einschätzung des Erfolges von entsprechenden (städtebaulichen und sozialen) Maßnahmen gegeben.

*) Dieser Artikel beruht auf einem Vortrag gehalten am 21.9.2004 anlässlich der Statistischen Woche in Frankfurt am Main. Der Text erschien erstmals in: Frankfurter Statistische Berichte 2/3'2004 sowie in: VDSt (Hrsg.) (2006): Tagungsbericht Statistische Woche 2004 in Frankfurt am Main.

Zu diesen Anwendungsfällen werden nun einige Beispiele gezeigt.

Problem-Monitoring: Benachteiligte Viertel in Deutschland

Wo und in welchem Ausmaß existieren Viertel, die nach interkommunal vergleichbaren Maßstäben als „benachteiligt“ gelten können? Diese einfache Frage ist von erheblicher Bedeutung für die Steuerung von Förderung und die Ausgestaltung entsprechender Programme. Um sie zu beantworten, ist zunächst zu definieren, welche Merkmale man zur Bestimmung von „Benachteiligung“ verwendet und nach welchem Maßstab man über den Grad von Benachteiligung entscheidet.

So mag es sinnvoll sein, einen stark regional oder kommunal orientierten Maßstab anzulegen und etwa Stadtteile als benachteiligt zu bezeichnen, die im Vergleich zu den sonstigen Stadtteilen einer Stadt schlecht abschneiden, selbst wenn sie im bundes- oder landesweiten Vergleich oder im ost- und westspezifischen Vergleich noch recht gut wegkommen. Aus Bundessicht wird hier jedoch ein gesamtdeutscher Maßstab vorgeschlagen, der auch angesichts der aktuellen Debatten über „Gleichwertigkeit“ und die Verteilung von Fördermitteln in Ost und West angemessen erscheint.

Zur Messung von Benachteiligung bzw. sozialen Probleme können aus dem IRB-Datensatz einige klassische Merkmale von Sozialraumanalysen herangezogen werden, z. B. das Ausmaß und die Struktur von Arbeitslosigkeit, das Ausmaß von Armut bzw. von notwendiger Unterstützung (Sozialhilfe) und der i. d. R. stark mit sozialen Problemen korrelierende Ausländeranteil. Alle diese Merkmale sind im gesamtdeutschen Kontext für sich genommen problematisch zu vergleichen, da in Ost und West z. T. unterschiedliche Voraussetzungen und historische Entwicklungshintergründe vorliegen. So ist im Westen der Ausländeranteil – wenn man ihn denn überhaupt vergleichend messen kann – immer noch hoch korreliert mit sozialräumlichen Problemen, im Osten dagegen nur schwach. Er wurde deshalb als gesamtdeutscher Indikator verworfen.

Eingesetzt für die Bildung von Schwellenwerten wurden dann die Merkmale (Anteile von) Arbeitslosigkeit, Dauerarbeitslosigkeit und Sozialhilfe. Dabei wurden die Schwellenwerte gesamtdeutsch abgeleitet, aber die einzelnen Gebiete mussten nicht allen

Schwellenwerten gleichermaßen genügen: Die unterschiedlichen Indikatoren wurden vielmehr als alternative Bestimmungsgrößen von „Benachteiligung“ verwendet.

Eindeutig benachteiligt ist dann ein Stadtteil, der im Vergleich aller 2 500 Stadtteile der IRB im obersten Quintil liegt bei

- Arbeitslosigkeit ($> = 13\%$ der 20- bis 60-Jährigen sind arbeitslos)

oder

- Dauerarbeitslosigkeit ($> = 5\%$ der 20- bis 60-Jährigen)

oder

- Sozialhilfebezug ($> = 9\%$ der EW beziehen laufende Hilfe zum Lebensunterhalt).

Gering benachteiligt dagegen ist ein Stadtteil, der im untersten Quintil liegt bei

- Arbeitslosigkeit ($< = 5\%$)

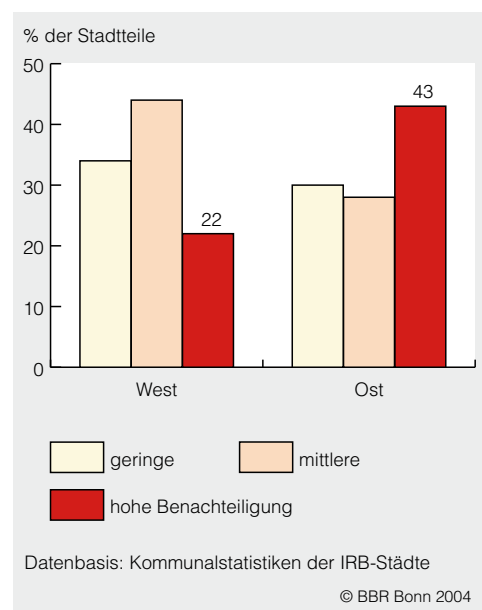
oder

- Sozialhilfe ($< = 1\%$).

Stadtteile, die zwischen diesen Extremen liegen, werden als Quartiere „mittlerer Benachteiligung“ eingeordnet.

Nach diesen Kriterien ergibt sich in Ost und West folgende Verteilung benachteiligter Viertel: 43 % der IRB-Stadtviertel im Osten und immerhin 22 % im Westen müssen als mit erheblichen sozialen Problemen bela-

Abbildung 1
Soziale Benachteiligung in den 2 500 Stadtteilen der 42 IRB-Städte – 2002



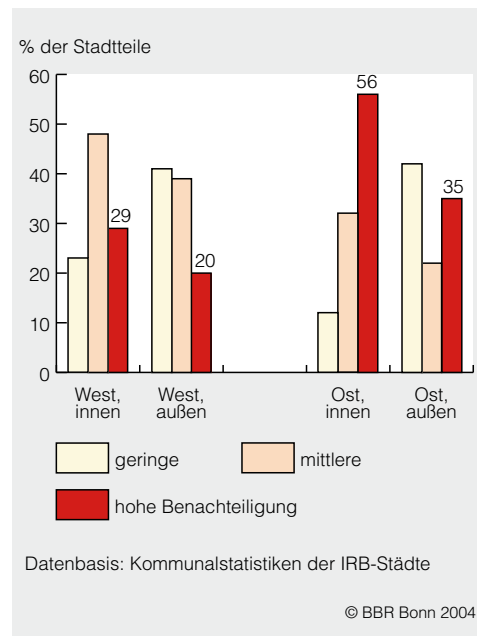
Quelle: Innerstädtische Raumbeachtung des BBR

stet eingestuft werden; nur etwa ein Drittel erscheint nach diesem Maßstab als relativ problemlos. Solche begünstigten Stadtteile finden sich auch im Osten, aber weit weniger als die stärker sozial benachteiligten. Mit Blick auf die aktuellen Debatten über die Gleichwertigkeit von Lebensbedingungen in Ost und West kann also zunächst festgestellt werden, dass zwar auch im Westen erhebliche Probleme vorliegen, das Schwergewicht aber sehr deutlich immer noch im Osten liegt (Abb. 1).

Differenziert man die Stadtteile nach *In-nerer Stadt* (Abb. 2 in Böltken/Gatzweiler/Meyer) und *Äußerer Stadt* (Stadtstrand), dann zeigt sich in Ost und West, dass Benachteiligung (immer noch) vor allem ein Problem der Inneren Stadt ist (Abb. 2). Im Westen ist fast ein Drittel, im Osten über die Hälfte der Stadtteile betroffen. Aber auch am Stadtstrand finden sich in erheblichem Ausmaß (West: ein Fünftel; Ost: ein Drittel) benachteiligte Viertel, wobei zu prüfen sein wird, inwieweit hier eine Verlagerung benachteiligter Bevölkerung aus innerstädtischen Gebieten, eine bewusste Konzentration oder ein Prozess „naturwüchsiger“ Segregation vorliegt. Dazu ist auch eine exaktere Beschreibung bzw. Typenbildung der Stadtteile notwendig, die zurzeit noch entwickelt wird.

Neben dieser erheblichen Konzentration von Benachteiligung ist aber auch die von „privilegierten“ Vierteln am Stadtstrand hervorzuheben. Sie ist – zumindest nach der vorliegenden Operationalisierung – im Osten inzwischen nicht geringer als im Westen (jeweils gut 40 % der Viertel fallen in die Kategorie „geringe Probleme“). Zieht man auch diese privilegierten Viertel in Betracht, dann ist im Osten die Segregation bereits auf relativ hohem Niveau festzustellen: mit dem Überwiegen benachteiligter Viertel in der Innenstadt und mit der ver-

Abbildung 2
Soziale Benachteiligung in den Stadtteilen der 42 IRB-Städte nach innerstädtischem Lagetyp – 2002



Quelle: Innerstädtische Raumeobachtung des BBR

gleichbar starken Vertretung benachteiligter und relativ günstig strukturierter Viertel am Stadtstrand. Dagegen findet sich im Westen am Stadtstrand auch eine starke Gruppe von Stadtteilen mittlerer sozialer Lage. Sie ist auch für die inneren Stadtbereiche prägend, neben den im Vergleich zum Osten stark vertretenen günstigen Lagen auch im inneren Bereich der Stadt.

Beschreibt man die Stadtteile nach den zur Schwellenwertbildung herangezogenen Merkmalen und nach dem Ausländeranteil, dann zeigt sich weitgehend die zu erwartende Verteilung (Tab. 1): Im Osten ist jeweils die Arbeitslosigkeit und die Dauerarbeitslosigkeit besonders stark ausgeprägt, im Westen ist die Sozialhilfeabhängigkeit

Tabelle 1
Soziale Indikatoren nach Grad der Benachteiligung in Stadtteilen west- und ostdeutscher IRB-Städte – 2002 (Ost einschließlich Berlin)

Benachteiligung	Anteil Arbeitslose (in %)		Anteil Dauerarbeitslose (in %)		Anteil Empfänger von Laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (in %)		Anteil Ausländer (in %)	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Gering	4,5	8,8	1,2	3,0	2,0	0,9	10,5	2,8
Mittel	7,9	10,7	2,5	3,5	5,2	4,1	14,3	8,4
Hoch	12,1	17,2	4,3	6,3	10,6	9,0	21,2	11,3
Gesamt	8,3	14,6	2,7	5,2	6,2	6,8	15,4	9,6

Quelle: Innerstädtische Raumeobachtung des BBR; Datenbasis: Kommunalstatistiken der IRB-Städte

Tabelle 2

Soziale Indikatoren nach Grad der Benachteiligung in Stadtteilen west- und ostdeutscher IRB-Städte – 2002 (West einschl. Westberliner, Ost einschl. Ostberliner statistischer Bezirke)

Benachteiligung	Anteil Arbeitslose (in %)		Anteil Dauerarbeitslose (in %)		Anteil Empfänger von Laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (in %)		Anteil Ausländer (in %)	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Gering	4,5	9,5	1,2	3,3	2,0	0,8	10,4	1,6
Mittel	8,2	10,8	2,6	3,3	5,1	3,5	14,0	5,6
Hoch	13,6	17,2	4,9	6,3	11,2	6,2	21,5	4,7
Gesamt	9,2	14,6	3,1	5,2	6,7	4,8	15,7	4,6

Quelle: Innerstädtische Raumbeobachtung des BBR; Datenbasis: Kommunalstatistiken der IRB-Städte

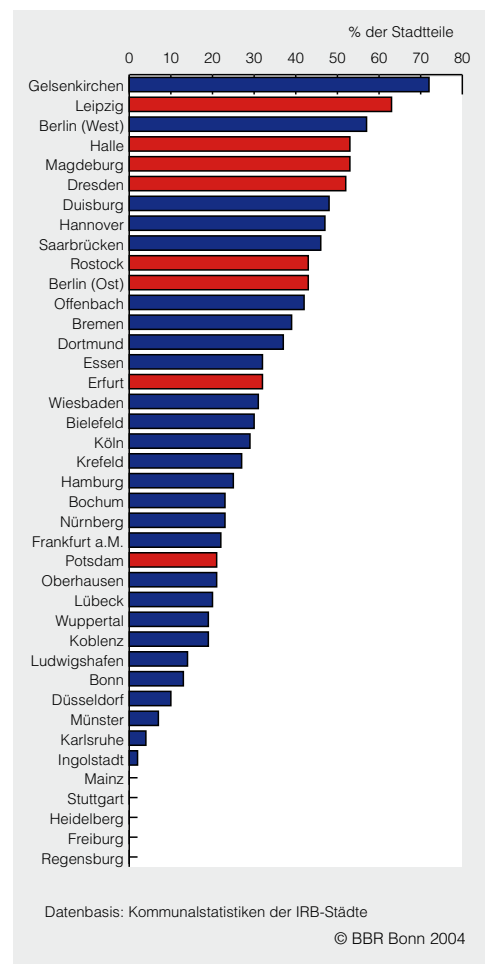
stärker. Zudem ist im Westen der Ausländeranteil in benachteiligten Gebieten mit über 21 % sehr hoch. Freilich überrascht hier eher der im Vergleich zu den weniger benachteiligten Gebieten sehr hohe Ausländeranteil im Osten: Über 11 % der Bevölkerung benachteiligter Gebiete in Ostdeutschland sind Ausländer.

Bevor man dies zu interpretieren versucht, ist auf die hohe Bedeutung Berlins im Kontext der Daten ostdeutscher Städte zu verweisen. Tatsächlich werden die Ergebnisse der ostdeutschen Städte in starkem Ausmaß von den Stadtteilen Westberlins geprägt und – unter Gesichtspunkt der Aufdeckung gewachsener Rahmenbedingungen von Benachteiligung – eher verzerrt. Schafft man hier eine angemessene Vergleichskulisse, indem man die westlichen Stadtteile Berlins „dem Westen“, die östlichen „dem Osten“ zuordnet, wird das Bild zurechtgerückt (Tab. 2): In ostdeutschen Stadtteilen, die von den Bedingungen der DDR geprägt wurden, ist der Ausländeranteil auch in Gebieten hoher Benachteiligung im Vergleich zum Westen sehr niedrig (unter 5 %) und liegt nur unerheblich über dem ostdeutschen Durchschnitt. Zugleich wird die besondere Lage ostdeutscher Stadtteile ohne die Westberliner Stadtteile durch eine nun sehr deutlich niedrigere Sozialhilfequote unterstrichen.

Diese Unterscheidung, die die Bedeutung der historisch „richtigen“ Vergleichskulisse bzw. der angemessenen Gruppenbildung der kleinräumigen Einheiten je nach Fragestellung unterstreicht, spiegelt sich dann auch in der Rangfolge der stadträumlichen Betroffenheit von Benachteiligung: Westberlin zeichnet sich, im Gegensatz zu Ostberlin, durch einen sehr hohen Anteil benachteiligter Gebiete aus und liegt in der

Abbildung 3

Anteil von Stadtteilen mit hoher sozialer Benachteiligung in IRB-Städten – 2002



Quelle: Innerstädtische Raumbeobachtung des BBR

gesamtdeutschen Spitzengruppe, die von Gelsenkirchen angeführt wird und weitere westdeutsche Städte aufweist (Abb. 3).

Tatsächlich ist die Rangfolge ost- und westdeutscher Städte bei dieser Betrachtung stärker gemischt als es dem gesamtstädt-

tischen Ausmaß sozialer Probleme entspricht: Im Westen konzentrieren sich die Probleme stärker kleinräumig, treten soziale Probleme stärker segregiert auf als im Osten, wo die alles dominierende Arbeitslosigkeit eine geringere Streuung zwischen den Stadtteilen aufweist. Es liegt also eine unterschiedliche räumliche Struktur sozialer Probleme vor, die bei der Ausgestaltung und für den Erfolg entsprechender Maßnahmen zu berücksichtigen ist.

Programm-Monitoring: Auswahl und Struktur von Fördergebieten

Das Programm *Die soziale Stadt* strebt an, in benachteiligten Stadtgebieten ein weiteres Abgleiten durch den kombinierten Einsatz verschiedener (Förder-)Maßnahmen zu verhindern. Die Auswahl der Gebiete obliegt den Ländern, auf der Basis kommunaler Angaben über besonders hilfebedürftige Gebiete. Dabei besteht keine fixe Vorgabe im Sinne indikatorengestützter Schwellenwerte, die bei der Auswahl von Maßnahmengebieten zugrunde gelegt werden müssen. Es wird vielmehr darauf vertraut, dass Länder und Kommunen eine sachgerechte Prioritätensetzung vornehmen, wie überhaupt im Programm *Soziale Stadt* auf Offenheit hinsichtlich Kompetenzen und Detaillösungen vor Ort gesetzt wird.

Dieses nicht streng kontrollierte Auswahlverfahren kann Skepsis hinsichtlich der tatsächlichen sozialräumlichen Treffgenauigkeit des Programms wecken. Mit Hilfe der IRB-Daten kann dieser Skepsis ansatzweise empirisch nachgegangen werden.

Voraussetzung dazu ist die „Verortung“ der Soziale-Stadt-Gebiete innerhalb der IRB-Stadtteile bzw. die Verknüpfung der entsprechenden Dateien. Das Problem ist, dass die Maßnahmengebiete nicht der statistischen Gliederung der Städte und damit auch nicht den IRB-Stadtteilen entsprechen. Deshalb wurde eine Referenz nach dem Grad der räumlichen Überschneidung erstellt. Für diese Analysen wurden dann Maßnahmengebiete, die mindestens 10 % der Fläche eines IRB-Stadtteils einnehmen, diesem zugeordnet, sodass die IRB-Stadtteile nun nach ihrer Betroffenheit von Fördermaßnahmen analysiert werden können.

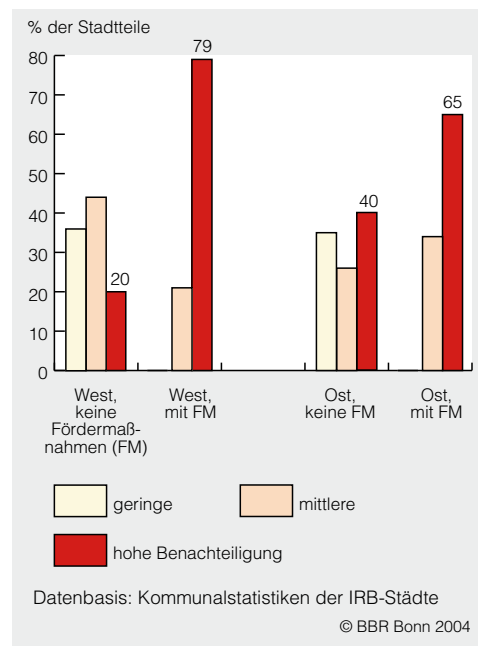
Die Frage ist dann, in welchem Ausmaß die Gebiete mit Fördermaßnahmen tatsächlich auch benachteiligte Gebiete sind, inwieweit also das Maßnahmenprogramm die angestrebten sozialräumlichen Situationen erreicht. Das ist in hohem Maße der Fall.

Ordnet man Westberlin bei dieser Fragestellung wieder dem Westen zu, dann zeigt sich, dass im Westen insgesamt kein Gebiet, das von einer Fördermaßnahme tangiert ist, in die Kategorie „geringe“ Benachteiligung fällt. Vielmehr weisen vier Fünftel eine hohe Benachteiligung (oberstes Quintil) auf (Abb. 4).

Auch im Osten (wo allerdings in Abb. 4 die Fallzahl ohne die Fördergebiete West-Berlins mit n = 23 stark eingeschränkt ist), stimmen die Fördermaßnahmen zu zwei Dritteln mit Gebieten hoher Benachteiligung überein. Aber daneben sind auch stärker Gebiete mittlerer Benachteiligung (einschließlich eines Einzelfalles geringer Benachteiligung mit insgesamt 35 %) betroffen, womit natürlich nichts über sonstige Fördertatbestände oder Entwicklungsstrategien gesagt ist. Zudem ist daran zu erinnern, dass hier die Gebiete nach ihrer flächenmäßigen Berührung von Maßnahmen als „Maßnahmengebiete“ eingestuft werden, auch wenn sie möglicherweise zu nur 10 % der Fläche von Maßnahmen berührt werden.

Das Programm ist demnach relativ zielgenau, vor allem unter den westlichen Rahmenbedingungen ausgeprägterer sozialräumlicher Segregation. Unter den östlichen Bedingungen stärker flächendeckender

Abbildung 4
Ausweisung von Fördergebieten des Programms „Soziale Stadt“ in den nach Benachteiligung kategorisierten IRB-Stadtteilen – 2002



Quelle: Innerstädtische Raumbewertung des BBR

Ausbreitung sozialer Probleme ist die Treffsicherheit weniger deutlich (dabei handelt es sich nicht um eine Differenz auf der politischen Ebene alte/neue Länder: Ordnet man Westberlin politisch korrekt dem Osten zu, dann zeigt sich in den alten und den neuen Ländern eine gleichermaßen hohe Treffsicherheit von 75 % in Gebieten hoher Benachteiligung).

Diese hohe Treffgenauigkeit des Programms ist zu unterstreichen: Sie kommt zustande durch einen landesübergreifenden inhaltlichen Konsens ohne Festlegung starrer Schwellenwerte und ohne Einschränkung der Entscheidungskompetenz vor Ort. *Die hier angestellte empirische „Kontrolle“ bestätigt also das relativ wenig kontrollierte Verfahren.*

Mit der stärkeren Konzentration auf benachteiligte Gebiete werden im Westen (einschließlich Westberlin) bzw. bei den westdeutschen IRB-Städten etwa 15 % der benachteiligten Gebiete insgesamt von Fördermaßnahmen erreicht, im Osten nur 7 %. Daher finden sich unter den Gebieten des Ostens, in denen keine Maßnahmen stattfinden (über 90 % der Gebiete insgesamt) noch 40 % benachteiligte Gebiete, im Westen nur 20 %.

Vergleicht man – ohne Beachtung des Grades von Benachteiligung – die Gebiete der *Sozialen Stadt* (bzw. der von Maßnahmen mehr oder weniger betroffenen Ge-

biete) mit den sonstigen Stadtgebieten, dann bestätigt sich die generelle Betroffenheit der ostdeutschen Stadtteile auch außerhalb von Fördermaßnahmen: Die Arbeitslosigkeit und Sozialhilfeabhängigkeit ist in Fördergebieten nicht exorbitant höher als in Gebieten ohne Maßnahmen, während im Westen eine sehr viel deutlichere Disparität vorliegt (Tab. 3).

Maßnahmegebiete unterscheiden sich zwischen Ost und West weniger als Gebiete ohne entsprechende Förderung. Dabei bestätigt sich im Westen das Muster der „drei A“ Arbeitslosigkeit, Armut, Ausländer, während im Osten der Grad an Arbeitslosigkeit der alles andere dominierende Indikator ist.

Wirft man – auch mit Blick auf die aktuellen Wahlergebnisse mit dem relativ hohen Ergebnis rechtsradikaler Parteien mit ausländerfeindlichen Parolen in Brandenburg und Sachsen – einen besonderen Blick auf die Situation der Ausländer, so zeigt sich, dass sie im Osten in Förder- bzw. benachteiligten Gebieten einen leicht überdurchschnittlichen Anteil haben, der allerdings nicht in besonderem Ausmaß benachteiligt ist bzw. an Sozialleistungen partizipiert (Tab. 4).

Ganz im Gegensatz dazu findet sich im Westen eine stark überproportionale Konzentration von Ausländern in Gebieten mit Maßnahmen (28 %), die zudem zu fast einem Fünftel Sozialhilfe beziehen und da-

Tabelle 3
Soziale Indikatoren und Förderprogramm „Die Soziale Stadt“ – 2002

Die soziale Stadt	Anteil Arbeitslose (in %)		Anteil Dauerarbeitslose (in %)		Anteil Empfänger von Laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (in %)		Anteil Ausländer (in %)	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Keine Fördermaßnahmen	8,8	14,3	2,9	5,0	6,1	4,4	14,6	4,4
Mit Fördermaßnahmen	14,6	17,7	5,2	6,5	13,1	8,5	28,3	6,5

Tabelle 4
Sozialindikator „Ausländer“ und Förderprogramm „Die Soziale Stadt“ – 2002

Die soziale Stadt	Anteil Arbeitslose (in %)		Anteil Ausländer mit LHU an Ausländern gesamt (in %)		Anteil Ausländer mit LHU an Empfängern von LHU gesamt (in %)	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Keine Fördermaßnahmen	14,6	4,4	13,1	10,9	31,1	10,9
Mit Fördermaßnahmen	28,3	6,5	19,3	9,7	41,7	9,3

Quelle zu Tab. 3 und 4:
Innerstädtische Raumbeobachtung des BBR; Datenbasis: Kommunalstatistiken der IRB-Städte

mit fast 42 % der Sozialhilfebezieher in den entsprechenden Gebieten ausmachen. Das entspricht einmal der generellen Struktur der „drei A“ in benachteiligten Vierteln des Westens. Diese Struktur wird vom Programm aufgegriffen, indem in Gebieten der „Sozialen Stadt“ sehr stark auf Migranten mit sozialen Problemen Bezug genommen wird. Das entspricht durchaus der Bedeutung, die im Programm dem Gesichtspunkt Integration beigemessen wird. Ob dann allerdings die erhofften Erfolge eintreten, ist eine andere Frage, die erst bei Vorliegen entsprechender Zeitreihen und Vergleichsmöglichkeiten zu beantworten ist. Hier kann im Folgenden nur aufgezeigt werden, wie solche Vergleiche im Prinzip zu organisieren sind.

Monitoring Zielerreichung: Vergleichende Entwicklungsanalysen, Folgenabschätzung

Obwohl zurzeit nur die Daten des Jahres 2002 zur Verfügung stehen, soll ein Versuch zur Analyse von Entwicklungstendenzen bzw. zur Beobachtung angestrebter Wirkungen unternommen werden, wiederum am Beispiel des Programms „Die Soziale Stadt“. Das Programm versucht u. a., das soziale Absinken von Gebieten zu stoppen, das sich, neben der Verschlechterung der Lage von konstant Ansässigen, durch selektive Fort- (von weniger Benachteiligten) und Zuzüge (von neuen Benachteiligten) wie in einer „Abwärtsspirale“ ständig fortsetzt.

Dass Benachteiligung Einfluss hat auf die Zu- und Wegzüge, zeigt sich in Abbildung 5 und Tabelle 5:

In Ost wie West ist die innerstädtische (Umzugs-)Fluktuation in Gebieten mit starker Benachteiligung besonders hoch (Tab. 5):

Man zieht in hohem Maße weg, aber auch in hohem Maße zu, beides deutlich stärker als in weniger benachteiligten Gebieten. Diese Fluktuation ist bereits ein Hinweis auf die Schwierigkeiten der Konstituierung stabiler und dauerhafter Sozialbeziehungen. Dies wird von der Umzugsbilanz, dem Saldo, weitgehend verdeckt. Aber auch hier zeigt sich (Abb. 5) eine (zumindest für das Jahr 2002) klare Tendenz: Aus benachteiligten Gebieten zieht man im Saldo eher weg, in nicht benachteiligte zieht man eher zu. Das gilt vor allem für die ostdeutschen Städte, die nicht nur die höchste Fluktuation, sondern auch eine eindeutige Umzugspräferenz aufweisen.

Bei den Wanderungen über die Stadtgrenzen hinaus ist die Fluktuation deutlich niedriger, wobei im Westen nur geringe Unterschiede zwischen Gebieten je nach Benachteiligung vorliegen. Im Osten dagegen ist die Fluktuation, wie bei den Umzügen

Tabelle 5
Umzüge innerhalb der Stadt und Wanderungen über die Stadtgrenzen nach Grad der Benachteiligung der IRB-Stadtteile – 2002

Benachteiligung	Innerstädtische Umzüge je 100 Einwohner 2002		Wanderung über die Stadtgrenzen je 100 Einwohner 2002	
	Zuzüge	Fortzüge	Zuzüge	Fortzüge
West				
gering	6,8	6,5	4,8	4,7
mittel	8,0	7,9	4,8	4,6
hoch	10,2	10,6	4,8	4,4
Ost				
gering	7,7	5,7	2,6	2,7
mittel	11,2	10,9	3,0	3,4
hoch	12,0	12,1	3,9	4,2

Quelle: Innerstädtische Raumbeobachtung des BBR;
Datenbasis: Kommunalstatistiken der IRB-Städte

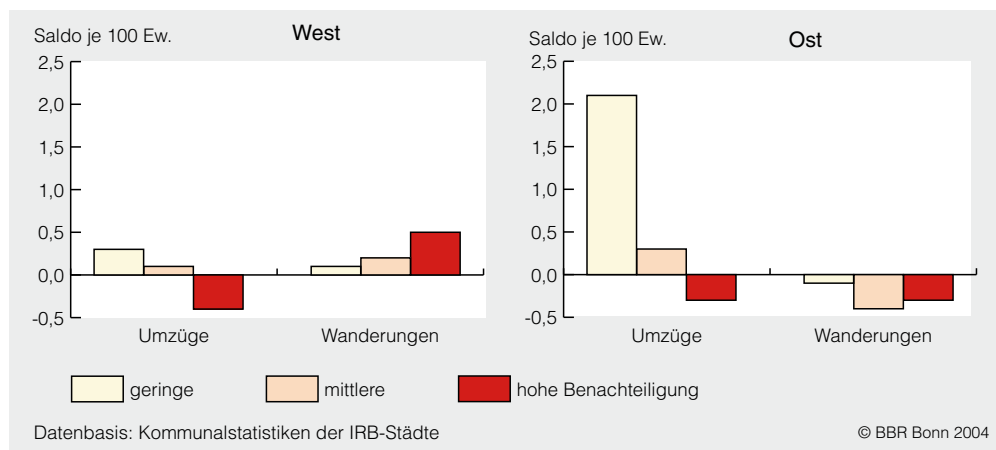


Abbildung 5
Salden der Umzüge innerhalb der Stadt und Wanderungen über die Stadtgrenze nach Grad der Benachteiligung der IRB-Stadtteile – 2002

Quelle:
Innerstädtische Raumbeobachtung des BBR

gen, in benachteiligten Gebieten besonders hoch. Dabei bildet sich ein negativer Saldo aus: Man wandert zwar aus allen Gebieten tendenziell ab, aber besonders deutlich aus Gebieten mit mittlerer und hoher Benachteiligung. Im Westen dagegen weisen alle Stadtteiltypen eine positive Wanderungsbilanz auf, vor allem aber Gebiete mit hoher Benachteiligung.

Will man die Dinge mit einem Schlagwort zusammenfassen, dann gilt für den Westen: Man wandert einerseits in benachteiligte Gebiete zu, man verlässt sie andererseits bei innerstädtischen Umzügen. Dabei führen die Umzüge zu nur geringen Zuwächsen in weniger benachteiligten Gebieten. – Im Osten gilt: Aus benachteiligten Gebieten wandern man ab und man zieht aus ihnen aus. Dabei stehen die Umzugsabgänge in sehr deutlichem Gegensatz zu den Zuzugsgewinnen in weniger benachteiligten Vierteln. Offenbar gibt es erhebliche intrakommunale Verschiebungen von benach-

teiligten zu „privilegierten“ Vierteln, was auf entsprechend selektive Umzugsvorgänge hinweist.

Wie werden diese Dinge durch den Einsatz von Maßnahmen beeinflusst? Werden die Folgen von Benachteiligung gemildert, wenn das Programm greift? Um diese Frage zu prüfen, reicht es nicht aus, die Entwicklung in Maßnahmengebieten am gesamtstädtischen Vergleich zu prüfen. Vielmehr sind ähnlich gelagerte Gebiete mit und ohne Maßnahmen zu vergleichen. Im Folgenden werden daher benachteiligte Gebiete herausgegriffen und solche mit und ohne Maßnahmen (bzw. mit und ohne Berührung mit Maßnahmen) verglichen. Damit nähert man sich einer experimentellen Situation an, bei der Experimental- und Kontrollgruppe verglichen werden können, um die Wirkung des „experimentellen Faktors“, in diesem Fall der Programmmaßnahmen, zu messen.

Tatsächlich zeigen sich in benachteiligten Gebieten mit und ohne Maßnahmen deutliche Unterschiede (Abb. 6 und Tab. 6): In Ost und West ist die Fluktuation sowohl bei Umzügen als auch bei Wanderungen in Gebieten mit Maßnahmen größer als in sonstigen benachteiligten Gebieten. Das muss keine direkte Folge der Maßnahmen sein, sondern könnte z. B. damit zusammenhängen, dass hier eine besonders ausgeprägte Benachteiligung vorliegt und damit weitere Dinge zusammenhängen, die Fluktuation stärken (etwa billige Wohnungen niedriger Qualität).

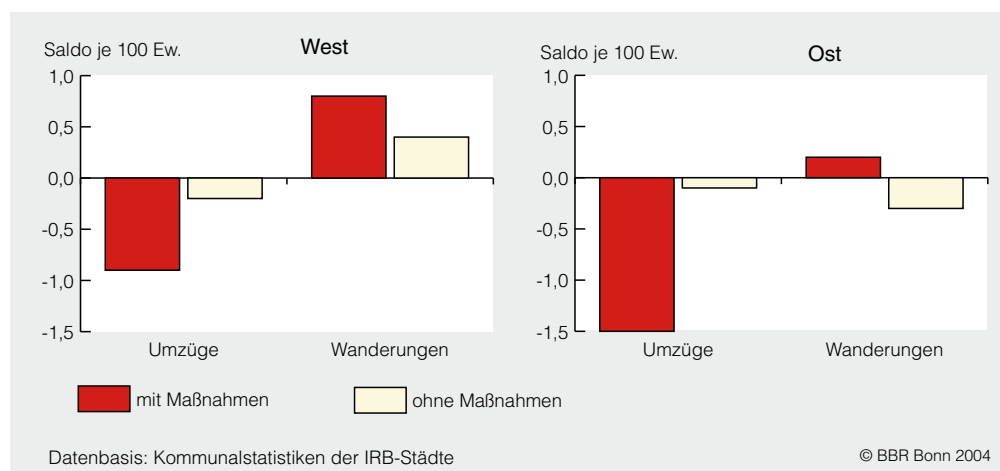
Diese hohe Mobilität führt in Ost und West zu ähnlichen Salden: Man wandert im Westen in benachteiligte Gebiete mit Maßnahmen ein, stärker als in sonstige benachteil-

Tabelle 6
Umzüge innerhalb der Stadt und Wanderungen über die Stadtgrenzen für benachteiligte Viertel mit und ohne Maßnahmen der „Sozialen Stadt“ – 2002

Soziale Stadt	Innerstädtische Umzüge je 100 Einwohner 2002		Wanderung über die Stadtgrenzen je 100 Einwohner 2002	
	Zuzüge	Fortzüge	Zuzüge	Fortzüge
West				
mit Maßnahmen	6,8	6,5	4,8	4,7
ohne Maßnahmen	8,0	7,9	4,8	4,6
Ost				
mit Maßnahmen	7,7	5,7	2,6	2,7
ohne Maßnahmen	11,2	10,9	3,0	3,4

Quelle: Innerstädtische Raumbeobachtung des BBR;
Datenbasis: Kommunalstatistiken der IRB-Städte

Abbildung 6
Salden der Umzüge innerhalb der Stadt und Wanderungen über die Stadtgrenzen für benachteiligte Viertel mit und ohne Maßnahmen der „Sozialen Stadt“ – 2002



lichte Gebieten (bzw. im Gegensatz zu sonstigen benachteiligten Gebieten im Osten, aus denen man im Saldo wegwandert). Aber neben dem positiven Wanderungssaldo steht ein negativer Umzugssaldo: Man zieht aus Gebieten mit Maßnahmen weg, stärker als aus anderen benachteiligten Gebieten.

Eine für die Wirkung des Programms *Die Soziale Stadt* zentrale Frage ist, ob diese Bewegungen sozial selektiv erfolgen. Dazu wird im Folgenden nach Deutschen und Ausländern unterschieden, wobei zumindest im Westen der Status „Ausländer“ als Indikator sozialer Benachteiligung gelten kann (Abb. 7 und Tab. 7).

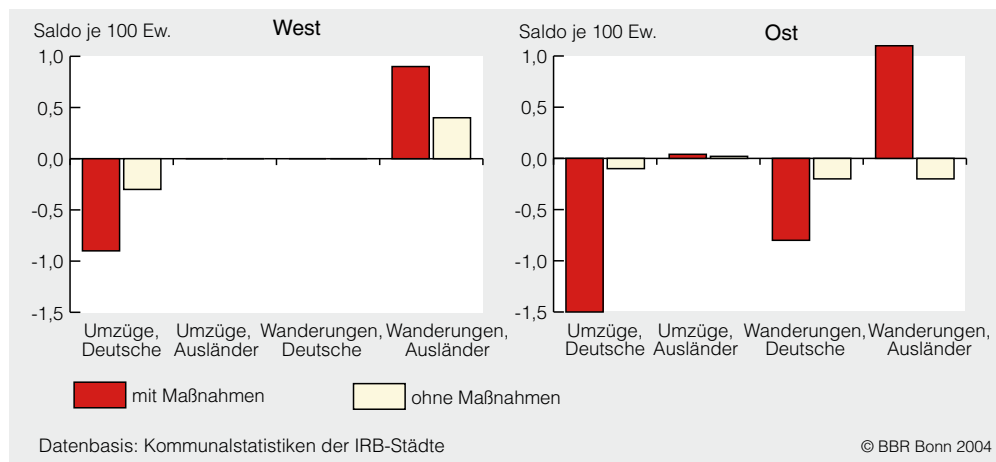
Tatsächlich zeigen sich in Ost und West sehr deutliche Unterschiede zwischen Deutschen und Ausländern mit Blick auf Um-

züge und Wanderungen in benachteiligten Gebieten mit und ohne Programmmaßnahmen. Deutsche ziehen innerhalb der Stadt aus benachteiligten Gebieten aus, vor allem aus Gebieten mit Maßnahmen. Dies ist im Osten noch stärker als im Westen der Fall. Bei Ausländern dagegen ist der Saldo bei Umzügen ausgeglichen.

Dagegen zeigt der Wanderungssaldo über die Stadtgrenzen hinaus bei Ausländern deutliche Unterschiede zwischen benachteiligten Gebieten mit und ohne Maßnahmen. Ausländer wandern in Maßnahmengebiete zu, stärker als in sonstige benachteiligte Gebiete. Im Osten steht sogar dem positiven Saldo in Maßnahmengebieten ein negativer in sonstigen benachteiligten Gebieten gegenüber, was allerdings angesichts der geringen Vertretung von Auslän-

Abbildung 7

Salden der Umzüge in der Stadt und der Wanderungen über die Stadtgrenzen, in benachteiligten Vierteln mit und ohne Maßnahmen der „Sozialen Stadt“ nach Deutschen und Ausländern – 2002



Quelle: Innerstädtische Raubeobachtung des BBR

Tabelle 7

Umzüge in der Stadt und Wanderungen über die Stadtgrenzen, in benachteiligten Vierteln mit und ohne Maßnahmen der „Sozialen Stadt“ nach Deutschen und Ausländern – 2002

Soziale Stadt	Innerstädtische Umzüge je 100 Einwohner 2002				Wanderung über die Stadtgrenzen je 100 Einwohner 2002			
	Deutsche		Ausländer		Deutsche		Ausländer	
	Zuzüge	Fortzüge	Zuzüge	Fortzüge	Zuzüge	Fortzüge	Zuzüge	Fortzüge
West								
mit Maßnahmen	7,2	8,0	4,5	4,5	1,8	1,8	3,7	2,8
ohne Maßnahmen	7,2	7,5	2,6	2,6	2,1	2,2	2,5	2,1
Ost								
mit Maßnahmen	12,5	14,0	1,4	1,4	1,3	2,1	4,1	3,0
ohne Maßnahmen	11,0	11,1	1,2	1,1	1,0	1,1	2,6	2,8

Quelle: Innerstädtische Raubeobachtung des BBR; Datenbasis: Kommunalstatistiken der IRB-Städte

dem schwer interpretierbar ist. Dagegen ist das Wanderungsverhalten der Deutschen eindeutig: Im Osten wandert man aus Maßnahmengebieten ab, stärker noch als aus sonstigen benachteiligten Gebieten.

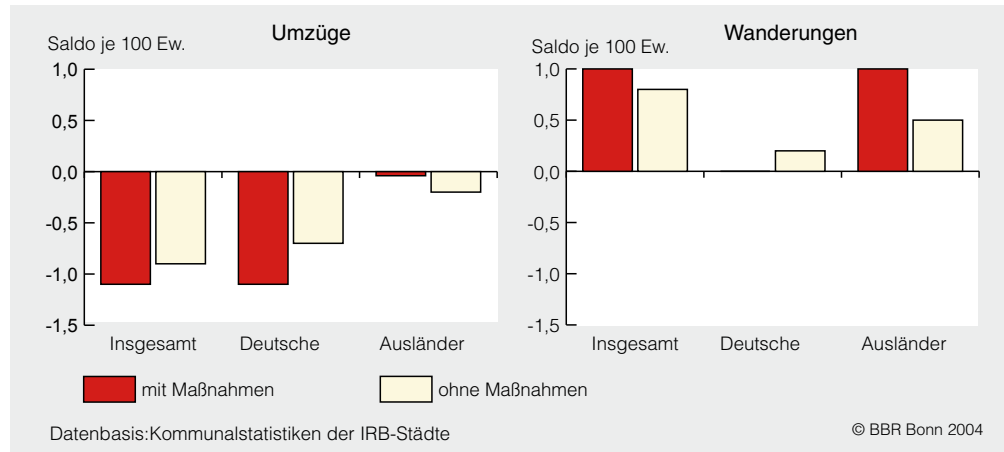
Demnach ziehen Maßnahmen bzw. die in den entsprechenden Stadtvierteln vorliegenden Bedingungen (dazu zählt dann auch ein in Maßnahmengebieten höherer Anteil von Ausländern (29 %) als in sonstigen benachteiligten Viertel (19 %)) Zuwanderungen von Ausländern bzw. von sozial Benachteiligten an, während sie zugleich innerkommunale Wegzüge von Deutschen bzw. von sozial weniger Benachteiligten mit sich bringen. Überspitzt könnte man folgern: Maßnahmen scheinen im Jahr 2002 die soziale Selektivität und damit die Polarisierung innerhalb der Stadt eher zu verstärken als abzubauen. Damit würde den für die Stadtstruktur angestrebten Zielen nicht entsprochen, man hätte eher eine

negative Wirkung erzielt. Freilich: Die vorliegenden Informationen sind allzu grob, um diesen Schluss zu rechtfertigen. Sowohl die Eigenschaften der Gebiete als auch die ihrer Bewohner müssten sehr viel präziser gefasst werden. In der abschließenden Übersicht wird dies ansatzweise versucht, wobei wir uns – wegen der nur hier ausreichend vorhandenen Fallzahl – auf den Westen bzw. Stadtteile mit westlicher Prägung und zusätzlich auf innerstädtische Gebiete beschränken (Abb. 8 und Tab. 8).

Dieser präzisierte Vergleich zwischen benachteiligten Gebieten mit und ohne Maßnahmen im inneren Bereich westdeutscher Städte bestätigt zunächst die gesamtstädtischen Befunde. Man zieht bei Umzügen aus benachteiligten Gebieten weg, man wandert in sie ein. Dabei werden die Wegzüge von den Deutschen, die Zuwanderungen von den Ausländern geprägt. Beide Bewegungen sind in benachteiligten Gebie-

Abbildung 8

Salden der Umzüge und Wanderungen in benachteiligten Vierteln der Inneren Stadt westdeutscher Städte mit und ohne Maßnahmen der „Sozialen Stadt“ nach Deutschen und Ausländern – 2002



Quelle: Innerstädtische Raubeobachtung des BBR

Tabelle 8

Umzüge und Wanderungen in benachteiligten Vierteln der Inneren Stadt westdeutscher Städte mit und ohne Maßnahmen der „Sozialen Stadt“ nach Deutschen und Ausländern – 2002

„Soziale Stadt“	Insgesamt		Deutsche		Ausländer	
	Zuzüge	Fortzüge	Zuzüge	Fortzüge	Zuzüge	Fortzüge
Innerstädtische Umzüge je 100 Einwohner 2002						
mit Maßnahmen	12,4	13,5	7,5	8,6	4,9	4,9
ohne Maßnahmen	11,0	11,8	7,7	8,3	3,3	3,5
Wanderungen über die Stadtgrenzen je 100 Einwohner 2002						
mit Maßnahmen	5,8	4,9	1,7	1,7	4,2	3,2
ohne Maßnahmen	5,6	4,8	2,5	2,3	3,0	2,5

Quelle: Innerstädtische Raubeobachtung des BBR; Datenbasis: Kommunalstatistiken der IRB-Städte

ten mit Maßnahmen deutlicher als in solchen ohne Maßnahmen.

Das könnte die Interpretation nahe legen, dass die Bedingungen in Maßnahmengebieten (etwa der bereits vorhandene hohe Ausländeranteil oder billige Wohnungen) oder die Maßnahmen selbst (etwa Betreuungsstellen, Integrationsangebote) Ausländer anziehen und Deutsche vertreiben, wobei das erste – auch ohne Maßnahmen – der Grund für das zweite sein könnte. Das wäre zumindest keine erwünschte Wirkung im Sinne des Abbaus von räumlicher Polarisierung und der Förderung von Integration.

Allerdings deutet sich in Abbildung 8 auch eine andere mögliche Wirkung an: Die benachteiligten Gebiete werden bei innerkommunalen Umzügen nicht nur von Deutschen verlassen, sondern auch von Ausländern (wenn auch in sehr geringem Saldo). Das gilt auch für Gebiete mit Maßnahmen, in denen eine sehr hohe Zuwanderung vorliegt. Demnach ziehen Maßnahmengebiete Ausländer an, um sie dann – als Folge oder als Ausdruck fortgeschrittener Integration – an sonstige Viertel der Stadt weiterzugeben. Damit würde zwar ebenfalls nicht unbedingt dem Ziel der Minderung von räumlicher Polarisierung entsprochen, möglicherweise aber eine pragmatisch sinnvolle Nutzung der positiven Effekte von Segregation praktiziert: Man nutzt und fördert die Funktion einer Anlaufstelle oder einer Auffangstation, die bei entsprechenden Bedingungen als Basis von Integration dienen kann.

Hier aber lässt die verfügbare Datenbasis nur noch Spekulationen zu. Deshalb ist die Bildung zuverlässiger Zeitreihen (mit der die Entwicklung der Probleme selbst und nicht nur die der Bevölkerungsbewegungen verglichen werden kann) und die präzisere Beschreibung der Gebiete als Grundlage zur Bildung entsprechender Vergleichsgruppen unverzichtbar. Besonders wichtig ist aber auch die Einbeziehung der Kommunen bei der Erklärung der Merkmalszusammenhänge.

IRB: Aktuelle Aktivitäten und weiterer Ausbau

Die aktuellen Aktivitäten dienen dem Zweck, die Bedingungen für präzise Vergleiche vom Stand der Dinge, von Strukturen und von Entwicklungen zu verbessern. Ziel ist, den Bedingungen nahe zu kommen, die bei kontrollierten Experimenten vorliegen

und mit denen man die Wirkungen einzelner Faktoren bestimmen kann.

Neben der im Moment laufenden Datenerhebung des Merkmalsprogramms und der Schließung von Zeitreihen-Lücken kommt daher der Verfeinerung der Stadtteiltypen besonderes Gewicht zu. Dazu werden einmal die bestehenden Lagetypen (City, sonstige Innenstadt, Innenstadtrand und Stadtrand) vervollständigt und für jede Stadt in die statistische Datenbank und in eine Grenzliniendatei der IRB-Stadtteile aufgenommen. Zusätzlich werden die in den Städten ausgewiesenen Nebenzentren erfasst. Damit ist es möglich, die Stadtteile nach Lage und Zentralität zu typisieren, womit wichtige siedlungsstrukturelle Merkmale der BBR-Gebietstypen unterhalb der Gemeindeebene fortgeschrieben werden. Zugleich wird damit der Typisierungsansatz der Wohnungsmarktbeobachtung bzw. des Gemeinschaftsprojekts *WOMA* aufgegriffen.

Daneben laufen zurzeit die Bemühungen zur Übertragung von kartografischen Informationen für die IRB-Stadtteile weiter. Dabei wird der Erfassung der Flächennutzung auf der Basis der ATKIS-Grundkarte besonderes Gewicht beigemessen, um die auf absehbare Zeit mangelhafte Zulieferung von statistischen Daten zur Flächennutzung zu kompensieren.

Weitere Präzisierungen der Stadtteil-Beschreibung werden folgen müssen. Dabei werden wir uns auch auf Einschätzungen städtischer Experten stützen müssen, etwa bei der Beschreibung der baulichen Struktur der Gebiete, nach ihrer Historie und nach dem Ruf oder dem Image, das sie haben. Dazu werden zusammen mit der kommunalen Arbeitsgemeinschaft *Stadtteiltypisierung* Vorschläge entwickelt und den IRB-Städten entsprechende Materialien zugesandt werden.

Ganz wesentlich ist dabei, dass diese Dinge in konkreten Auswertungen erprobt und entwickelt werden. Deshalb wurde in der AG IRB vorgeschlagen, gemeinsame Projekte durchzuführen, bei denen die übergreifende Sichtweise des BBR auf der Basis der IRB-Daten durch die spezifische Sicht einzelner Städte ergänzt, differenziert und eventuell korrigiert wird. Dazu können dann neben den IRB-Daten stadtspezifische Datenquellen, aber auch qualitative, stadtspezifische Problemvertrautheit zum Zuge kommen. Ein mögliches Thema für solche

gemeinsamen Auswertungen könnte an die hier vorgestellten Analysen anknüpfen, etwa unter dem Arbeitstitel „Soziale Segregation und soziale Benachteiligung“. Das Thema wäre einerseits von allgemeinem Interesse und wird stark beeinflusst durch bundesweit vergleichbar wirkende Rahmenbedingungen. Andererseits werden hier wahrscheinlich der regionale Kontext, die jeweilige Stadtstruktur und kommunalspezifische Strategien von erheblicher Bedeutung sein. Ein anderes Thema wäre die neuerdings stark diskutierte Renaissance von Stadt als Wohnort, insbesondere die z.T. unter den Rahmenbedingungen des demografischen Wandels zu beobachtende oder auch nur

vermutete neue Attraktivität von Innenstadt oder innenstadtnahen Wohngebieten. Auch hier kann die IRB den generellen Rahmen darstellen, in den sich dann die Vielfalt der kommunalen Variationen einbringen kann, um generelle Tendenzen von stadtspezifischen Entwicklungen zu trennen bzw. die entsprechenden Einflussgrößen zu bestimmen. Die AG IRB wird sich mit solchen Kooperationsthemen beschäftigen und an die IRB-Mitglieder herantreten.

Demographie auf Stadtteilebene

Gabriele Sturm
Brigitte Adam
Katrin Meyer

Ausprägungen und Folgen des demographischen Wandels bzw. der Alterung der europäischen Gesellschaften werden derzeit nicht nur in öffentlichen Medien vorgebracht, sondern finden verstärkte Aufmerksamkeit auch in Fachpublikationen zur Raumplanung und Stadtentwicklung, u. a. in Form der ARL-Schriftenreihe „Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels“ (z. B. Gans/Schmitz-Veltin 2006) oder als Schwerpunktthema in den Zeitschriften „Raumplanung und Raumforschung“ (Gans 2006, Kemper 2006) und „PlanerIn“ (Sedlacek 2006) oder als Tagungsschwerpunkt des VDSt. Diverse Studien des BBR – insbesondere die Raumordnungsprognose (BBR 2006 b) – verweisen seit langem auf Handlungsnotwendigkeiten im Zusammenhang mit der sich ändernden Altersstruktur der Bevölkerung in Deutschland.

Für die Stadtentwicklungsplanung sind allerdings Statistiken allein für die Gesamtstadt unzureichend, da es nicht nur entgegengesetzt verlaufende Entwicklungen innerhalb der Bundesrepublik gibt, sondern sich auch innerhalb einer Stadt unterschiedliche Dynamiken ausprägen. *Sinnvolle Stadtplanung am Ort wie auch Bundesprogramme zur Unterstützung der Entwicklung in bestimmten Stadtteiltypen bedürfen kleinteiliger Daten unterhalb der Gemeindeebene.* So interessiert im Rahmen der innerstädtischen Raumbesichtigung weniger, welche deutschen Städte als relativ jung oder alt bezeichnet werden können. Der Blick auf die Aggregatebene des Stadtteils soll vielmehr für Generationenverhältnisse innerhalb städtischer Strukturen sensibilisieren. Denn Stadtteile mit vergleichsweise vielen hochaltrigen Menschen oder Einpersonenhaushalten oder Familien mit minderjährigen Kindern und Jugendlichen verlangen besondere Formen der Infrastrukturausstattung und der Wohnverhältnisse.

Derzeit wird der demographische Wandel in europäischen Ländern entlang verschiedener zusammenwirkender Analysedimensionen diskutiert (Kemper 2006). Neben der mancherorts extrem zu nennenden *Bevölkerungsabnahme* sind die *Alterung* (Zunahme des Durchschnittsalters, das 2005 in Deutschland bei 42,16 Jahren lag), die *kulturell-ethnische Heterogenisierung* (bzw. Internationalisierung) der Bevölkerung durch Zuwanderung aus anderen Ländern und

die weiter fortschreitende *Singularisierung* (Zunahme von Einpersonenhaushalten) als eine entscheidende Randbedingung zukünftiger Stadtentwicklung zu berücksichtigen. Für diese Ausprägungen des demographischen Wandels wollen wir deshalb hier erste grundlegende Befunde zur Lage in den Stadtteilen der IRB-Städte vorstellen.

Bevölkerungsentwicklung auf Stadtteilebene

Zwischen 1991 und 2004 hat die Bevölkerung in Deutschland von 80,275 auf 82,501 Mio. Menschen, d. h. um 2,8 %, zugenommen. Die Zunahme beruht weniger auf natürlichem Bevölkerungswachstum, also Geburtenüberschuss und steigender Lebenserwartung, als vielmehr auf Wanderungsgewinnen. Dass sich dieses Bevölkerungswachstum während der vergangenen Jahre nicht gleichmäßig auf die Großstädte verteilt hat, ist bekannt. Vor allem die gesellschaftlichen Umbrüche in Ostdeutschland haben die Lebensverhältnisse in ostdeutschen Städten grundlegend verändert: Die ökonomische Schwäche führte zu massiven Bevölkerungsverlusten der ostdeutschen Länder, wobei insbesondere junge Erwachsene nach Westen abgewandert sind. Zugleich haben massive städtebauliche Investitionen dazu geführt, dass seit Ende der 1990er Jahre in einigen ostdeutschen Städten die Wohnbevölkerung in die sanierten Innenstädte zurückkehrt. Demgegenüber ist für die westdeutschen Großstädte eine Bevölkerungszunahme i. d. R. nur in Stadtteilen des Stadtrandbereichs sowie im Ergänzungsbereich und Pendlereinzugsbereich der Stadtregionen festzustellen (zu diesen räumlichen Abgrenzungen siehe in diesem Bericht, Teil II: Sturm, Abb. 3 und 4 sowie Karte 6). Die Beobachtungen weisen auf einen geringfügig gebremsten Suburbanisierungsprozess in westdeutschen Städten hin, da sich die Bevölkerungszahlen für die Innere Stadt gefangen haben oder gar ansteigende Tendenz zeigen. Diese allgemeinen Entwicklungen wollen wir nun etwas genauer ausleuchten.

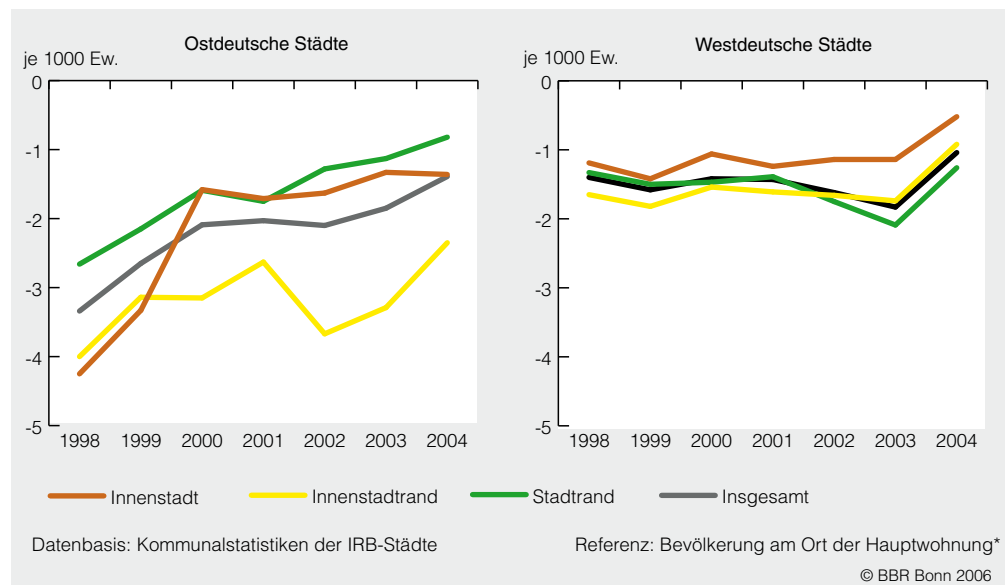
Die Bevölkerungsentwicklung hängt grundlegend von der natürlichen Bevölkerungsbewegung und Wanderungen ab. Deshalb wollen wir diese beiden Komponenten hier auch für die Stadtteile betrachten. Als *natürliche Bevölkerungsbewegung* wird

die Differenz *Lebendgeborene minus Gestorbene* bezeichnet. Ist die natürliche Bevölkerungsbewegung positiv, gibt es mehr Geburten als Sterbefälle – und die Bevölkerung nimmt zu. Ist sie negativ, gibt es einen Überschuss an Sterbefällen – und bei Fortdauer dieses Tatbestandes eine abnehmende Bevölkerungszahl, sofern keine Zuwanderung von außen erfolgt. Im Jahr 2004 war für Deutschland ein Überschuss an 113 000 Gestorbenen zu verzeichnen (Saldo: -0,0013). Einzig in Baden-Württemberg gab es einen leichten Überschuss an Lebendgeborenen und somit natürliches Bevölkerungswachstum. Zum Vergleich der anderen Länder muss – wie für jeden Vergleich – der Überschuss an Gestorbenen ins Verhältnis zur gesamten Bevölkerung des jeweiligen Landes gesetzt werden. Dann weisen Sachsen-Anhalt, Saarland, Sachsen, Thüringen, Brandenburg und das Land Bremen die relativ höchsten natürlichen Bevölkerungsverluste (Saldo jeweils $< -0,003$) auf. Im Vergleich zu diesen Durchschnittswerten für die gesamte Republik sieht die natürliche Bevölkerungsbewegung in den Städten der IRB zumindest nicht schlechter aus: In den ostdeutschen Großstädten hat sich der natürliche Bevölkerungssaldo während der letzten Jahre erholt und entspricht 2004 dem deutschen Durchschnitt. In den westdeutschen Großstädten schwankt die natürliche Bevölkerungsbewegung im Saldo um den Durchschnittswert des Jahres 2004 für Deutschland. Da selbst die „kurzen“

(seit 1998) lagedifferenzierten Zeitreihen für nicht einmal die Hälfte der ostdeutschen und für auch nur gut zwei Drittel der westdeutschen Städte vorliegen, sind die damit zu treffenden Aussagen allerdings mit Vorsicht zu behandeln: Als Tendenz deutet sich in der Abbildung 1 an, dass in den ostdeutschen Städten eher die Stadtrandgebiete und in den westdeutschen Städten eher die Innenstadtgebiete die relativ günstigeren Salden aufweisen.

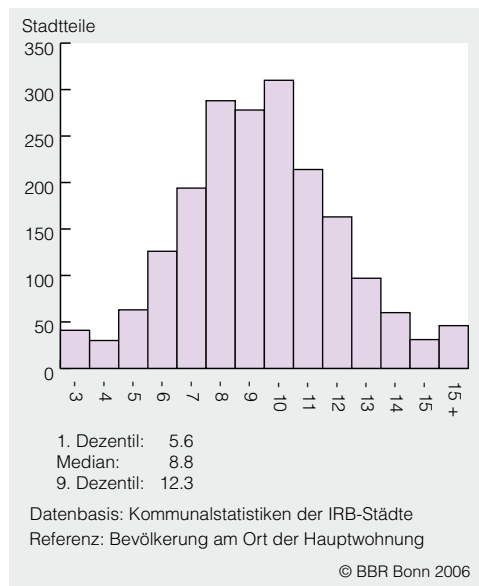
Abrunden können wir die Betrachtung der natürlichen Bevölkerungsbewegung durch Hinzuziehen der *allgemeinen Geburtenziffer*. Das ist die Anzahl der Lebendgeborenen bezogen auf 1 000 Einwohner. Bei dieser Messgröße ist zu bedenken, dass sie mit Altersstruktureffekten behaftet ist: Ein zunehmender Anteil älterer Bevölkerung lässt die allgemeine Geburtenziffer sinken. Zum Vergleich für die Stadtteildaten: Im Jahr 2004 betrug die allgemeine Geburtenziffer für Deutschland 8,55 und für die EU etwa 10. Auch die allgemeine Geburtenziffer bestätigt, dass die Städte der IRB, in denen immerhin etwa zwei Drittel der deutschen Großstadtbevölkerung leben, im Vergleich zum deutschen Durchschnitt nicht schlechter abschneiden: In der Hälfte der IRB-Stadtteile liegt die allgemeine Geburtenziffer höher als 8,8. Auffällig erscheint nun, dass für alle vorgenommenen Städtegruppierungen die Geburtenziffern in den Stadtteilen der Inneren Stadt höher sind als die in den Stadtteilen der Äu-

Abbildung 1
Natürlicher Bevölkerungssaldo je 1 000 EW nach innerstädtischen Lagetypen
in 5 ostdeutschen sowie 23 westdeutschen Städten – 1998 bis 2004



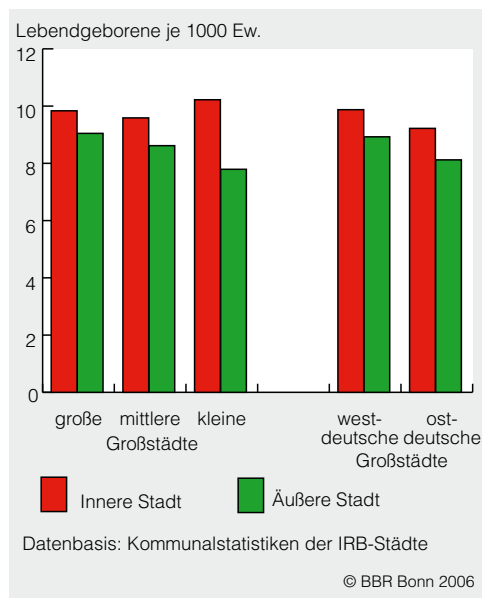
^{*)} Sofern nicht – wie hier – ausdrücklich darauf verwiesen wird, beziehen sich die Auswertungen auf die IRB-Bevölkerung.

Abbildung 2
Verteilung der allgemeinen Geburtenziffer (Lebendgeborene je 1 000 EW) auf 1 941 IRB-Stadtteile (>100 EW) – 2004



Quelle: Innerstädtische Raubeobachtung des BBR

Abbildung 3
Allgemeine Geburtenziffer nach städtischer Zentralität für 13 große, 11 mittlere, 11 kleine sowie 28 west- und 7 ostdeutsche IRB-Städte – 2004



Quelle: Innerstädtische Raubeobachtung des BBR

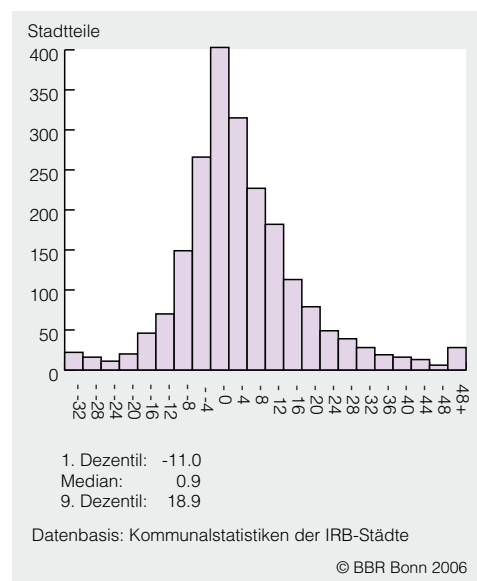
ßeren Stadt, also im Stadtrandbereich. Am deutlichsten stellt sich dieser Unterschied für die „kleinen“ Großstädte (mit 100 000 bis 200 000 EW) dar. Dieser Effekt lässt allerdings so zahlreiche Lesarten zu, dass er nur im Zusammenhang mit Kenntnissen über Wanderungsbewegungen, Altersgruppenverteilungen, Haushaltstrukturen, ethnische Mischung und Siedlungsstruktur in

den Stadtteilen zu validen Erklärungen führen kann. Eine erste – jedoch erst zu einem späteren Zeitpunkt zu verfolgende – *Hypothese* könnte lauten, dass die jüngeren Paare noch in den Wohngebieten der Inneren Stadt ihre Kinder bekommen und erst mit diesen in den Stadtrand ziehen (in dem sie selbst dann im höheren Alter verbleiben), wenn die bisherige Wohnung zu klein wird.¹ Eine zweite zu verfolgende *Hypothese* könnte lauten, dass ausländische Haushalte mit höheren Geburtenziffern eher in Stadtteilen der Inneren Stadt leben. In Kombination mit den Daten zur natürlichen Bevölkerungsbewegung ist für die ostdeutschen Städte zu vermuten, dass die Stadtteile der Äußeren Stadt nicht nur die niedrigeren Geburtenziffern haben, sondern dazu auch noch die vergleichsweise noch niedrigeren Sterbeziffern, so dass sich in der Summe der günstigere natürliche Saldo für den Stadtrand ergibt. Das hieße, dass in Ostdeutschland in den Stadtteilen der Inneren Stadt mehr hochaltrige Menschen leben als in denen der Äußeren Stadt.

Als nächste Komponente der Bevölkerungsentwicklung sollen nun die die Stadtgrenzen überschreitenden Wanderungen in den Blick genommen werden: Wie sieht diesbezüglich das Wanderungssaldo für die Stadtteile der IRB-Städte aus? Zunächst kann festgestellt werden, dass im Jahr 2004 über die Hälfte der Stadtteile Wanderungsgewinne aufweist (Abb. 4). Die Differenzierung

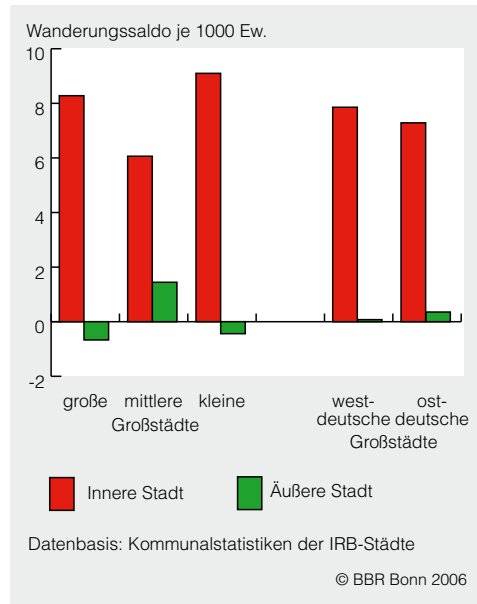
(1) Zumindest zeigen aktuelle Untersuchungen zu Stadt-Umland-Wanderungen, dass es tendenziell größere Haushalte sind, die nach außen ziehen (FOPS-Projekt FE 73.320 – Projektliste 2004/05).

Abbildung 4
Verteilung des Stadtgrenzen überschreitenden Wanderungssaldos auf 2 124 IRB-Stadtteile (> 100 EW) – 2004



Quelle: Innerstädtische Raubeobachtung des BBR

Abbildung 5
Wanderungssaldo nach städtischer Zentralität für 14 große, 12 mittlere, 10 kleine sowie 26 west- und 8 ostdeutsche IRB-Städte – 2004



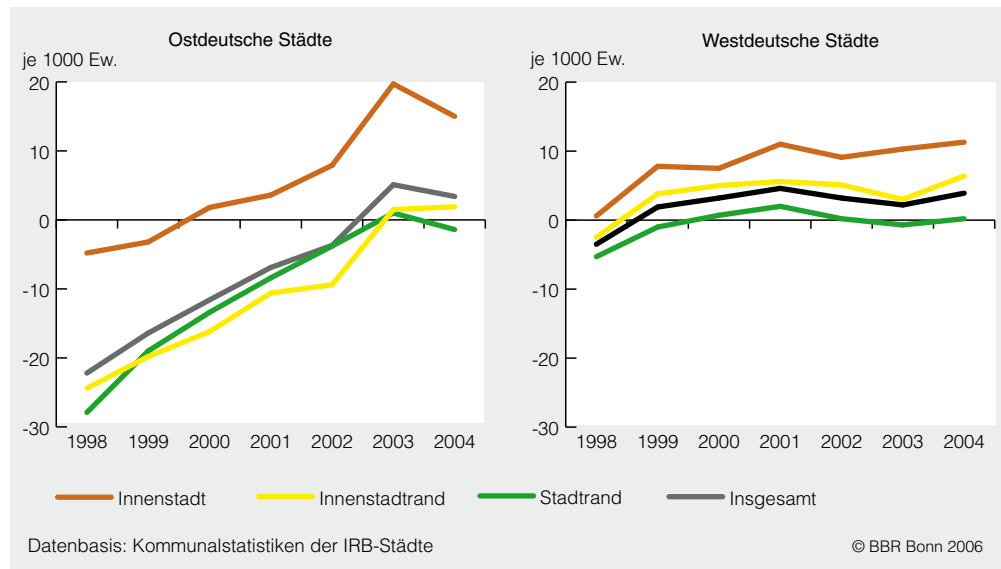
Quelle: Innerstädtische Raumbeobachtung des BBR

nach Stadtteilen der Inneren und der Äußeren Stadt bringt im zweiten Analyseschritt überraschend Deutliches zutage: Für alle Städtegruppierungen weisen die Stadtteile der Inneren Stadt deutlich mehr Zuzüge als Fortzüge über die Stadtgrenzen hinaus auf. In den Stadtteilen der Äußeren Stadt gleichen sich hingegen Zuzüge und Fortzüge, die über die Stadtgrenzen reichen, mehr oder weniger aus. Das bedeutet, dass im

Jahr 2004 Einwanderung in IRB-Städte vor allem für die Stadtteile der Inneren Stadt zu steigenden Bevölkerungszahlen beiträgt. Inwiefern Ortsfremde von einer neu gewonnenen Attraktivität der Inneren Stadt, von in diesen Stadtquartieren erwarteter Urbanität angezogen werden, kann an dieser Stelle nicht beantwortet werden. Sicher spielen verschiedene Faktoren eine Rolle, die zu einem späteren Zeitpunkt weiter zu erkunden sind.

Wir wollen nun noch einen Blick auf die zeitliche Entwicklung der Wanderungssalden werfen (Abb. 6). Differenziert nach innerstädtischen Lagetypen ist festzustellen, dass für die ostdeutschen Städte Wanderungsgewinne seit dem Jahr 2000 für Stadtteile der Innenstadt festzustellen sind. Für die Stadtteile des Innenstadtrandes und des Stadtrandes halten sich – nach vielen Jahren hoher Bevölkerungsverluste durch Abwanderung – seit 2003 Zuzüge und Fortzüge über die Stadtgrenzen hinaus in etwa die Waage. Auch für die westdeutschen IRB-Städte sind seit 1999 Wanderungsgewinne für Stadtteile der Innenstadt und des Innenstadtrandes nachzuweisen. Hingegen gleichen sich die Zu- und Fortzüge über die Stadtgrenzen hinweg im Stadtrandgebiet aus. Vergleichen wir diese Verläufe mit den allgemeinen Bevölkerungsentwicklungen für ost- und westdeutsche IRB-Städte (siehe Teil II, Sturm, Abb. 1), so entsprechen die Wanderungssalden in den westdeutschen Städten in etwa den seit Ende der 1990er

Abbildung 6
Stadtgrenzen überschreitende Wanderungssalden je 1 000 EW in 4 ostdeutschen (links) und 22 westdeutschen Städten (rechts) nach innerstädtischen Lagetypen – 1998 bis 2004



Quelle: Innerstädtische Raumbeobachtung des BBR

Jahre stagnierenden Bevölkerungszahlen. Die stetigen leichten Wanderungsgewinne der Innenstadt seit 1999 und die immer noch leichten Bevölkerungsverluste eben dieser Stadtteile deuten auf innerstädtische Umzüge aus der Inneren in die Äußere Stadt bzw. auf einen (innerstädtischen) Austausch von Mehrpersonenhaushalten gegen Einpersonenhaushalte. Für die ostdeutschen IRB-Städte ist festzustellen, dass sich die Bevölkerungsentwicklung aktuell in allen Lagetypen stabilisiert hat. Insbesondere die ostdeutschen Innenstädte profitieren hinsichtlich der Bevölkerungszahl seit 1998 von innerstädtischen Umzügen und seit 2000 auch von Zuwanderungen von außerhalb.

In Ergänzung zu den bisherigen Informationen kann nun die für demographische Fragestellungen klassische Verknüpfung von natürlicher Bevölkerungsbewegung und Wanderungsbewegungen über die Stadtgrenzen für die Stadtteile der IRB-Städte angeschaut werden. Um mögliche Extremwerte zu glätten, gehen nur Stadtteile mit mehr als 100 Einwohnerinnen und Einwohnern (zu den Stadtteilgrößen siehe Meyer in Teil I dieses Berichts) in das Streudiagramm ein. Zwecks einer ersten Analyse sind nicht nur die Stadtteile west- und ostdeutscher Städte in unterschiedlichen Farben, sondern die der Inneren Stadt dunkel und die der Äußeren Stadt hell gehalten. Betrachten wir nun die Zusammensetzung der jeweils 1 % extremen Stadtteile mit höchstem bzw. niedrigstem Wanderungssaldo und mit höchstem bzw. niedrigstem natürlichen Saldo. Im Durchschnitt aller IRB-Stadtteile beträgt das Verhältnis von ost- zu westdeutschen Stadtteile 1 zu 5 und das der Stadtteile der Inneren zu denen der Äußeren Stadt 2 zu 3. Für die Extremgruppen der hier interessierenden bivariaten Stadtteilverteilung sehen die Anteile wie folgt aus:

- Positivste Wanderungssalden: 5 Ost – 11 West / 9 Innere – 7 Äußere Stadt;
- negativste Wanderungssalden: 6 Ost – 10 West / 5 Innere – 11 Äußere Stadt;
- positivste natürliche Salden: 7 Ost – 10 West / 2 Innere – 14 Äußere Stadt;
- negativste natürliche Salden: 2 Ost – 14 West / 9 Innere – 7 Äußere Stadt.

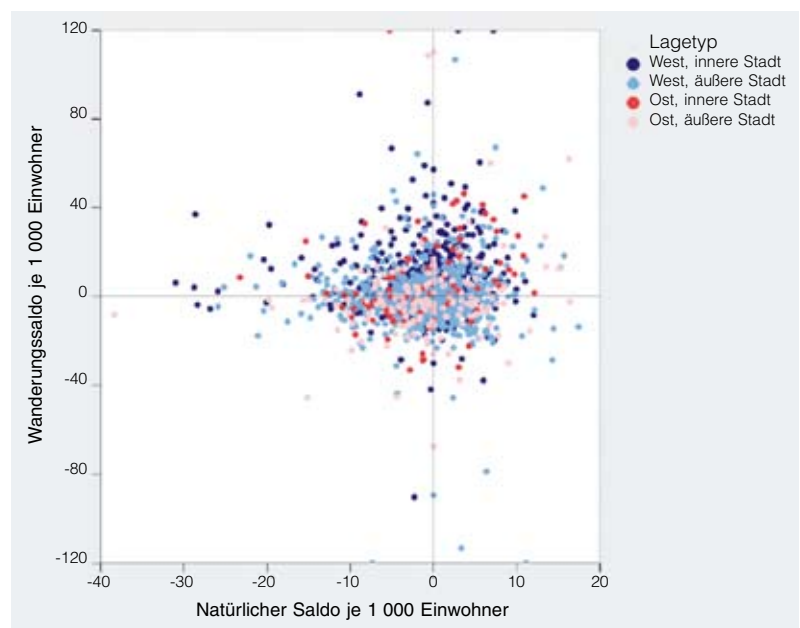
Am auffälligsten ist, dass in drei der vier Extremgruppen Stadtteile ostdeutscher Städte überrepräsentiert sind. Daraus ist zu schließen, dass sich ostdeutsche Städte auf vergleichsweise größere Heterogenitäten in Bezug auf die Bevölkerungsentwicklung in

ihren Stadtteilen einstellen müssen. Weiterhin sind bei den Stadtteilen mit den positivsten natürlichen sowie bei denen mit den negativsten Wanderungssalden die Stadtteile der Äußeren Stadt und bei den drei anderen Extremgruppen die Stadtteile der Inneren Stadt überrepräsentiert. Ersteres passt zu dem landläufigen Vorurteil, dass Kinder nicht in die (Innere) Stadt gehören – jedoch wenig zu obigen Ergebnissen der höheren Geburtenziffer in der Inneren Stadt. Insofern müssten die Befunde für diese extremen Stadtteile u. a. mit den jeweiligen Sterbeziffern und dem Anteil Hochaltriger abgeglichen werden. Die anderen Befunde weisen darauf hin, dass – über alle IRB-Städte hinweg betrachtet – die Stadtteile der Inneren Stadt hinsichtlich der Bevölkerungsentwicklung besonders starken Veränderungen von außen unterliegen.

Legen wir durch das Streudiagramm der Abbildung 7 zwei Geraden mit der Steigung -1, so dass wiederum genau 1 % der Fälle abgetrennt werden, die 2004 den höchsten Zuwachs bzw. den höchsten Verlust aus Wanderung und natürlicher Bevölkerungsbewegung haben, zeigt sich Folgendes:

- Höchste Zunahmen: 5 Ost- (1 Innere, 4 Äußere Stadt) und 11 Weststadtteile (7 Innere, 4 Äußere Stadt);

Abbildung 7
Bivariate Verteilung des natürlichen Bevölkerungs- und des Stadtgrenzen überschreitenden Wanderungssaldos mit Kennzeichnung 245 ost- und 1 319 westdeutscher Stadtteile – 2004



Quelle: Innerstädtische Raumbewertung des BBR;
Datenbasis: Kommunalstatistiken der IRB-Städte

- höchste Verluste: 5 Ost- (1 Innere, 4 Äußere Stadt) und 11 Weststadtteile (2 Innere, 9 Äußere Stadt).

Zusammengefasst ist zunächst festzustellen, dass Wanderungen über die Stadtgrenzen hinweg wesentlich stärker zur Bevölkerungsentwicklung beitragen als natürliche Bevölkerungsbewegungen. Solches entspricht den Verhaltensweisen in einer hochmobilen modernen Gesellschaft. Weiter weisen ostdeutsche Städte überproportional viele Stadtteile auf, die durch extrem starke Bevölkerungsgewinne oder -verluste gekennzeichnet sind. Besonders hohe Verluste treffen im Westen wie im Osten eher Stadtteile der Äußeren Stadt. Bei besonders hohen Bevölkerungsgewinnen scheint dies differenzierter zu sein: Im Westen erfahren Stadtteile der Inneren Stadt vergleichsweise die meisten Einwanderungen, im Osten sind dies zumindest bei den Extremfällen eher Stadtteile der Äußeren Stadt. Dies steht auf den ersten Blick im Widerspruch zu der seit dem Jahr 2000 durchschnittlich zu konstatierenden Bevölkerungszunahme ostdeutscher Innenstädte. Auf den zweiten Blick bietet sich die *Hypothese* an, dass

eine durchschnittlich positive Entwicklung einhergeht mit extrem entgegengesetzt verlaufenden Einzelfällen. Planungspolitische Entscheidungen sollten sich also nicht vom Durchschnitt blenden lassen, sondern müssen auf die lokalen Bedingungen achten.

An dieser Stelle noch ein letzter Aspekt zur demographischen Facette der Bevölkerungsentwicklung. In der Analyse der Entwicklungsdynamiken im Städtesystem der Bundesrepublik unterscheidet das BBR seit einigen Jahren zwischen wachsenden, stagnierenden und schrumpfenden Städten und Regionen. Die dafür verwendeten Indikatoren verknüpfen die Bevölkerungsentwicklung vorwiegend mit ökonomischen Kennziffern.² Für die hier aufzubereitenden Grundlagen einer Demographie auf Stadtteilebene erscheint es interessant, die Gleichzeitigkeit unterschiedlicher städtischer Entwicklungen auch auf Stadtteilebene weiterzuerfolgen – allerdings beschränken wir uns für diese erste Übersicht zunächst nur auf die Veränderung der Bevölkerungszahl als Kennzeichnung von Wachstum und Schrumpfung. Also: Gibt es in bevölkerungswachsenden Städten be-

(2) Nach Schrumpfung und Wachstum werden Gemeinden anhand folgender sechs Indikatoren unterschieden (Gatzweiler/Meyer/Milbert 2003): Bevölkerungsentwicklung 1997–2004 in %/Gesamtwanderungssaldo = Durchschnitt 2002–2004 je 1 000 EW/Arbeitsplatzentwicklung 1997–2004 in %/Arbeitslosenquote Durchschnitt vergangene zwei Jahre/Realsteuerkraft in € je EW Durchschnitt vergangene zwei Jahre/Kaufkraft in € je EW. Schrumpfung gilt als Problem, wenn eine Gemeinde bei den einzelnen Indikatoren jeweils im unteren Quintil liegt, also zur Klasse der 20 % Gemeinden am unteren Ende der Rangskala gehört. Das heißt, je höher die Anzahl der Indikatorenwerte im unteren Quintil ist (maximal sechs), umso größer ist das Problem Schrumpfung. Entsprechendes gilt für den Gegenpol Wachstum.

Tabelle 1 a
Verteilung der Stadtteile aus 6 bevölkerungswachsenden, 17 -stagnierenden und 8 -schrumpfenden IRB-Städten (1998–2004) für die Bereiche der Inneren (links) und der Äußeren Stadt (rechts)

Innere Stadt in wachsenden Städten	Innere Stadt in stagnierenden Städten	Innere Stadt in schrumpfenden Städten				Äußere Stadt in wachsenden Städten	Äußere Stadt in stagnierenden Städten	Äußere Stadt in schrumpfenden Städten
64	93	34	191	wachsende Stadtteile	384	103	241	40
53	122	36	211	stagnierende Stadtteile	290	56	192	42
25	180	80	285	schrumpfende Stadtteile	358	40	203	115
142	395	150	n _i = 687		n _a = 1032	199	636	197

Tabelle 1 b
Bevölkerungsentwicklung in % in Stadtteilen 6 bevölkerungswachsender, 17 -stagnierender und 8 -schrumpfender Städte (1998–2004) für Bereiche der Inneren (links) und der Äußeren Stadt (rechts)

Innere Stadt in wachsenden Städten	Innere Stadt in stagnierenden Städten	Innere Stadt in schrumpfenden Städten				Äußere Stadt in wachsenden Städten	Äußere Stadt in stagnierenden Städten	Äußere Stadt in schrumpfenden Städten
5,9	7,6	11,1	7,6	wachsende Stadtteile	9,4	9,4	9,1	13,0
0,4	-0,4	-0,4	-0,3	stagnierende Stadtteile	-0,1	0,4	-0,2	-0,2
-3,9	-4,6	-8,4	-5,7	schrumpfende Stadtteile	-7,9	-6,4	-7,5	-9,1
2,7	-0,5	-3,2	-0,5		0,2	4,7	0,2	-4,4

Quelle: Innerstädtische Raumbearbeitung des BBR; Datenbasis: Kommunalstatistiken der IRB-Städte

völkerungsschrumpfende Stadtteile – und umgekehrt? Und welche Lagetypen sind von diesen Dynamiken betroffen? Einen ersten Ansatz dazu bietet die Abbildung 9 im Beitrag von Ferdinand Böltken, Hans-Peter Gatzweiler und Katrin Meyer im Teil I und deren Aktualisierung im Beitrag von Sebastian Metzmacher im Teil II dieses Berichts. Die in dieser Abbildung vorgenommene Klassenbildung geht allerdings nur auf Städte mit möglichst langen Zeitreihen ein. An dieser Stelle wollen wir nun möglichst viele Städte mit ihren kurzfristigen Bevölkerungsentwicklungen in den Stadtteilen anschauen und wählen als Referenzjahr wiederum 1998. Städte und Stadtteile, die von 1998 bis 2004 eine Bevölkerungszunahme um mindestens 2 % aufweisen, werden als wachsende, solche, die entsprechend einen Bevölkerungsrückgang um mindestens 2 % aufweisen, werden als schrumpfende Städte bzw. Stadtteile eingeordnet. Unterschieden nach Stadtteilen der Inneren und der Äußeren Stadt, die im Durchschnitt über alle Städte 47 bzw. 53 % der Bevölkerung beherbergen, zeigt die Tabelle 1a die Verteilung der Stadtteile auf die so definierten Gruppen – die Tabelle 1b bietet anschließend einen Einblick in die Entwicklung der Bevölkerung in den entsprechenden Stadtteilen.

Zunächst fällt auf, dass auf der Ebene der Stadtteile wesentlich mehr Bewegung stattfindet als auf der der Städte: 55 % der Städte stagnieren mit ihren Bevölkerungszahlen zwischen 1998 und 2004, während bei einer gleichen Schwankungsbreite von +/- 2 % nur 29 % der Stadtteile als bevölkerungstagnierend einzustufen sind.³ Weiterhin weist die Äußere Stadt proportional mehr bevölkerungswachsende und die Innere Stadt mehr bevölkerungsschrumpfende Stadtteile auf. Ansonsten bestätigt die in Tabelle 1a dargestellte Stadtteilverteilung die Vermutung ungleichzeitiger Entwicklungen⁴: Auch in schrumpfenden Städten sind mehr als ein Fünftel der Stadtteile wachsend und in wachsenden Städten sind knapp ein Fünftel der Stadtteile schrumpfend. Städte mit stagnierender Bevölkerungsentwicklung haben überproportional viele schrumpfende Stadtteile in der Inneren und überproportional viele wachsende Stadtteile in der Äußeren Stadt. Hinsichtlich der Größenverhältnisse der Veränderungen fällt insbesondere die starke Diskrepanz von Bevölkerungszunahme und -abnahme in den schrumpfenden Städten auf: Die wachsenden Stadtteile nehmen dort stärker zu und die schrumpfenden Stadtteile

nehmen dort stärker ab als in den anderen beiden Stadttypen. Solche Konzentrationstendenzen deuten planerischen Handlungsbedarf an. Als *Hypothese* für zukünftige Untersuchungen bleibt zu registrieren, dass in den bevölkerungsschrumpfenden Städten durch die Abwanderung zugleich Handlungsspielräume für die verbleibende Bevölkerung entstehen und genutzt werden. Die Veränderungen innerhalb dieser Städte sind folglich wesentlich schneller und stärker als im Bundesdurchschnitt.

Zusammenfassend weisen diese ersten grundlegenden Ergebnisse über den demographischen Aspekt der Bevölkerungsentwicklung auf Stadtteilebene darauf hin, dass die IRB-Städte mit ihrer Bevölkerungsentwicklung aktuell im Durchschnitt nicht schlechter dastehen als der Rest der Republik. Innerhalb des Städtespektrums gibt es allerdings große Unterschiede. Und auch innerhalb jeder einzelnen Stadt sind mehr oder weniger entgegengesetzt verlaufende Dynamiken festzustellen. Die gesellschaftlichen Veränderungen seit der Deutschen Einigung haben für die ostdeutschen Städte zur Folge, dass sie sich aktuell mit extrem unterschiedlichen Entwicklungen in ihren Stadtteilen auseinandersetzen müssen. Dies ist als *Strukturhypothese* auch bei der Beschreibung der weiteren demographischen Aspekte zu berücksichtigen.

Auswirkungen der Alterung auf Stadtteilebene

Insgesamt ist die demographische Alterung in Deutschland durch nach wie vor steigende Lebenserwartung und gleichzeitigen Geburtenrückgang gekennzeichnet. In der Folge ist der Anteil der unter 18-Jährigen (Bevölkerungsanteil in der Vorerwerbsphase) von 27,7 % im Jahre 1950 auf 18,2 % im Jahr 2003 zurückgegangen und der Anteil der über 65-Jährigen (Bevölkerungsanteil in der Nacherwerbsphase) ist von 9,7 % im Jahr 1950 auf 18,0 % im Jahr 2003 gestiegen. Es ist allerdings nicht zu erwarten, dass alle Städte oder gar alle Stadtteile genau diese Altersgruppenanteile aufweisen. Vielmehr dürften Stadtteile aufgrund unterschiedlicher orts- oder regionaltypischer Entwicklungen durch ein breites Spektrum von Altersgruppenmischung gekennzeichnet sein.

Durch Informationen darüber, ob sich ältere und jüngere Menschen in bestimmten Stadtteilen mehr oder weniger stark kon-

(3) Dies könnte eventuell als „Trägheit der Masse“ beschrieben werden – der Blick nur auf die Gesamtstadt verbirgt die (sich gegenseitig ausgleichenden) Bewegungen auf der Ebene darunter. Dies bestätigt die Bedeutung der IRB als Analyseinstrument unterhalb der Gemeindeebene.

(4) Der Begriff der *Ungleichzeitigkeit* wurde von Ernst Bloch in den 1930er Jahren zur Beschreibung der Wirklichkeit kapitalistischer Gesellschaften generiert. Er verweist auf die Koexistenz verschiedener Zeiten in einer selben Gegenwart, auf Wirkweisen unerledigter Vergangenheit und verhinderter Zukunft, auf Widersprüche am Rande und im Umkreis der gleichzeitigen kapitalistischen Antagonismen. Zu diesen Ungleichzeitigkeiten zählen seit Bloch u.a. die ungleichmäßigen Entwicklungstendenzen in räumlich gefassten Sphären: in Stadt und Land, in Regionen und Nationen und im Bereich der Produktionsweisen sowie die heterogenen Zeitstrukturen im politischen, rechtlichen und kulturellen Bereich.

zentrieren, kann eine zielgenaue und bedarfsgerechte Stadtentwicklung unterstützt werden. So deutet eine Mischung an, dass Modelle einer generationsübergreifenden Nachbarschaftshilfe funktionieren können. In einem altersgemischten Stadtteil⁵ zu leben, bedeutet heute allerdings weder, dass Kinder die relativ stärkste Generationengruppe sind, noch, dass alle Jahrganggruppen gleich häufig vertreten wären. Stattdessen fällt am Altersaufbau der Bevölkerung Deutschlands – neben der steigenden Lebenserwartung und dem Geburtenausfall sowie den Toten des 2. Weltkriegs – vor allem der so genannte „Berg geburtenstarker Jahrgänge“ der „Wirtschaftswunderjahre“ bis zur Einführung der Antibabypille auf. Das bedeutet, dass eine relative Mehrheit der Bevölkerung Deutschlands im Jahr 2004 zwischen 34 und 48 Jahre alt ist – die entsprechenden Jahrgänge zählen jeweils mehr als 600 000 Männer und mehr als 600 000 Frauen. Dagegen sind bei den Vorschulkindern nur noch etwa je 350 000 Mädchen und Knaben je Geburtsjahr zu zählen. Die durchschnittliche Verteilung von 15-Jahres-Altersklassen ist für die IRB-Stadtteile in Tabelle 2 dargestellt (für die der Städte siehe Abb. 1 des Anhangs).

Interessant und über die IRB zu klären ist entsprechend die Frage, was Stadtteile, in denen sich ältere oder jüngere Menschen besonders konzentrieren, kennzeichnet und wo im Stadtgebiet sie liegen. Soll die Stadt für Kinder, Jugendliche und deren Eltern attraktiv sein, lohnt ein Blick auf die Viertel, in denen sie vornehmlich wohnen. Ein besonders hoher Prozentsatz Älterer signalisiert hingegen das Erfordernis, Wohnumfeld und Infrastruktureinrichtungen dringend an eingeschränkte Mobilitätsmöglichkeiten und spezifische Bedürfnisse älterer Menschen anpassen zu müssen, gleichwohl ohne dabei die Nachfrage jüngerer Bevölkerungsgruppen zu vernachlässigen.

Wie „alt“ oder „jung“ sind also Stadtteile in deutschen Großstädten und wo liegen sie? Welche Städte haben besonders viele „alte“ oder besonders viele „junge“ Stadtteile und wie wirken sich etwaige Konzentrationen auf die gesamtstädtische Bilanz aus?

Der Anteil der unter 18-Jährigen liegt in den 45 IRB-Städten zwischen 12,6 % und 18,3 %. Richtet sich der Fokus weiter auf die Stadtteilebene, so hat der Stadtteil mit den wenigsten Kindern und Jugendlichen nur einen Anteil von 1,9 % und der mit den meisten einen von 48,1 %. Im Durchschnitt leben in den Stadtteilen der IRB-Städte 15,8 % unter 18-Jährige, damit 2,4 Prozentpunkte weniger als im Bundesdurchschnitt. Da es sich bei den IRB-Städten um Großstädte handelt, ist hierfür vermutlich die Stadt-Umland-Wanderung als wichtiger Grund in Betracht zu ziehen. Zumindest korrespondiert diese Begründung mit dem oben festgestellten Befund, dass die Geburtenziffer in den IRB-Städten tendenziell überdurchschnittlich ist. Aber auch die Möglichkeiten seltenerer Familiengründungen oder geringerer Kinderzahl pro Familie in urbanen Milieus sind zu bedenken. Laut Mikrozensus lebten 2005 (Statistisches Bundesamt 2006, S. 18) in 22,8 % aller Privathaushalte Kindern unter 18 Jahren. Entsprechend dürften in den IRB-Städten in nur etwas mehr als 20 % aller Haushalte Kinder und minderjährige Jugendliche leben.

Der Anteil der über 65-Jährigen liegt für die Städte zwischen 16,3 % und 23,4 %. Wird die Stadtteilebene in den Blick genommen, so gibt es im jeweiligen Extremfall einen Stadtteil ganz ohne ältere Bewohnerschaft und einen mit 56,1 % über 65 Jahre alten Menschen, was als Schlussfolgerung eine Konzentration von Altenheimen/Altersresidenzen nahe legt. Im Durchschnitt leben in den Stadtteilen der IRB-Städte 18,5 % Menschen in der Nacherwerbsphase, was

(5) Altersgemischt heißt hier, dass die bundesdeutsche Bevölkerungspyramide widergespiegelt wird.

Tabelle 2
Kennwerte der Verteilungen der Altersklassenanteile in 2 187 Stadtteilen von 42 IRB-Städten – 2004

Anteil in %	< 15 Jahre	15 bis <30 Jahre	30 bis <45 Jahre	45 bis <60 Jahre	60 bis <75 Jahre	75 Jahre und älter
arithmetisches Mittel	12,9	18,6	24,3	19,2	17,0	8,0
Minimum	1,1	6,1	5,3	3,0	0,6	0,0
1. Dezantil	8,9	13,5	19,8	16,3	11,9	4,4
Median	12,8	17,8	23,6	19,1	16,9	7,9
9. Dezantil	16,8	24,6	28,6	23,1	22,1	11,5
Maximum	42,8	84,7	45,7	33,6	38,7	39,3

Abbildung 8
Verteilung des Anteils unter 18-Jähriger auf 45 IRB-Städte – 2004

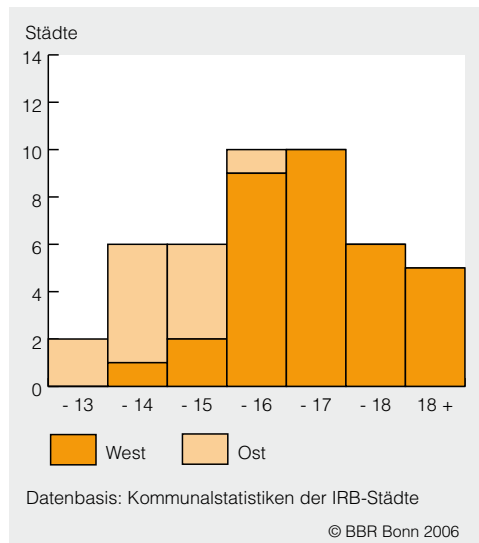
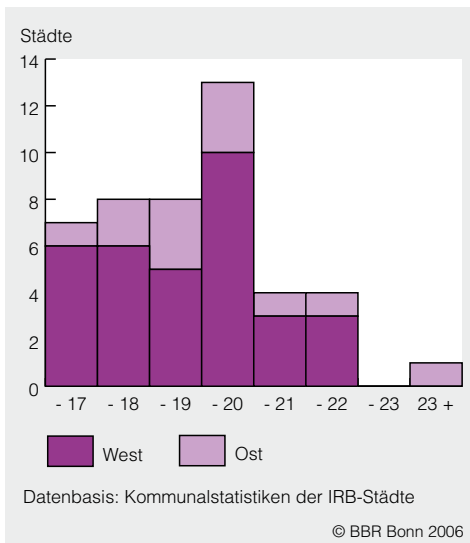
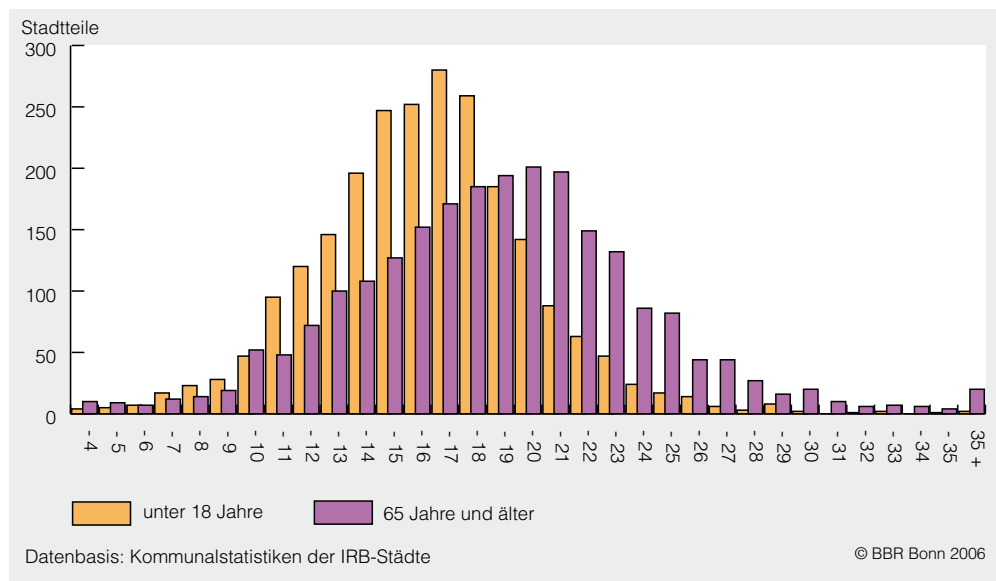


Abbildung 9
Verteilung des Anteils über 65-Jähriger auf 45 IRB-Städte – 2004



Quelle zu Abb. 12.8 und Abb. 12.9: Innerstädtische Raubeobachtung des BBR

Abbildung 10
Verteilung der prozentualen Anteile unter 18-Jähriger und über 65-Jähriger auf 2 331 IRB-Stadtteile mit mehr als 100 Einwohnern – 2004



Quelle: Innerstädtische Raubeobachtung des BBR

nur geringfügig über dem Bundesdurchschnitt liegt. Laut Mikrozensus waren 2005 (Statistisches Bundesamt 2006, S. 19) 22 % aller Privathaushalte reine Senior/inn/en-Haushalte und weitere 7 % Mehrgenerationenhaushalte mit Senior/inn/en und Jüngeren. Also dürften auch in den IRB-Städten in etwa 30 % aller Haushalte über 65-Jährige leben.

Wird nun nach etwaigen Konzentrationen jüngerer oder älterer Bevölkerungsgruppen

auf Stadtteilebene gefragt, so erzeugt die Betrachtung der jeweiligen Dezentile ein bemerkenswertes Bild: In 10 % der Stadtteile leben mehr als 20,6 % Kinder und Jugendliche, und damit viele Familien. In diesen besonders jungen Stadtteilen ist also mindestens ein Fünftel der Bevölkerung minderjährig. Auf der anderen Seite leben in 10 % der Stadtteile mindestens 24,7 % ältere Menschen in der Nacherwerbsphase. In diesen besonders alten Stadtteilen ist demnach mindestens jede und jeder Vierte

65 Jahre oder älter.

Wo liegen also diese so definierten „jungen“ und „alten“ Stadtteile? Werfen wir also wiederum einen Blick auf die 1 %-Extremgruppen in Abbildung 11:

- Höchster Anteil Minderjähriger: 1 Ost – 22 West / 0 Innere – 23 Äußere Stadt;
- niedrigster Anteil Minderjähriger: 8 Ost – 15 West / 15 Innere – 8 Äußere Stadt;
- höchster Anteil über 65-Jähriger: 15 Ost – 8 West / 14 Innere – 9 Äußere Stadt;
- niedrigster Anteil über 65-Jähriger: 10 Ost – 13 West / 8 Innere – 15 Äußere Stadt.

Abgesehen von den Stadtteilen mit vergleichsweise extrem hohem Anteil Minderjähriger fällt wiederum auf, dass ostdeutsche Stadtteile in den Extremgruppen überrepräsentiert sind. Also auch hinsichtlich der Altersgruppen im nicht erwerbsfähigen Alter haben die Oststädte mit besonderen Diskrepanzen zu kämpfen. Ansonsten fällt insbesondere der überproportionale Anteil von Stadtteilen der Inneren Stadt auf, in denen extrem viele über 65-Jährige leben.

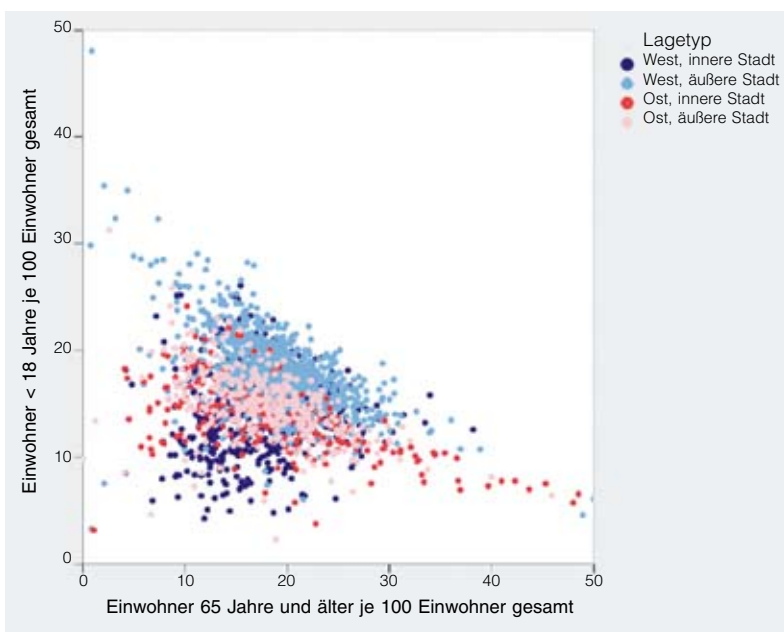
So schließt sich die Frage nach der Konzentration Älterer und Jüngerer in den einzelnen Städten direkt an. Das Faktum, dass von den vergleichsweise jüngsten Stadtteilen mit mehr als einem Viertel minder-

jähriger Bevölkerung kaum einer in Ostdeutschland liegt, passt auf den ersten Blick zu der anfangs dargestellten Verteilung der entsprechenden Altersgruppenanteile über die Städte. Diesbezüglich weisen west- und ostdeutsche Städte deutlich verschobene Mittelwerte auf. Wenn im Osten so viel weniger Kinder und Jugendliche in den Städten leben, sind auch keine Stadtteile mit vergleichsweise hohen Familienanteilen zu erwarten.

Anders sieht dies für die entgegen gesetzte Altersgruppe aus. Offenbar sind Konzentrationen älterer Menschen typisch für die ostdeutschen IRB-Städte. Trotz der hohen Anzahl an Stadtteilen mit extrem hohen Anteilen über 65-Jähriger entsprechen nämlich die Werte für die ostdeutschen Gesamtstädte mit Anteilen von 16,3 % bis 23,4 % in etwa der Durchschnittsverteilung über alle IRB-Städte. Gleich mehrere der extrem „alten“ Stadtteile sind in den Städten Chemnitz, Dresden und Potsdam zu finden. Der Anteil für die Gesamtstadt liegt hingegen in Potsdam unter dem Städtedurchschnitt. Vor Ort muss also genauer untersucht werden, was diese Stadtteile so besonders macht und welcher Handlungsbedarf sich daraus ableiten lässt.

Übrig geblieben ist die Frage, wo jene besonders „alten“ und besonders „jungen“ Stadtteile im Stadtgebiet liegen. Von dem einen Prozent der Stadtteile mit den höchsten Anteilen an Kindern und Jugendlichen liegen nahezu alle im Stadtrandbereich, der Äußeren Stadt. Dies scheint den Drang der Familien „ins Grüne“ bzw. in einen finanziell erschwinglichen Bereich der Stadt – wenn auch noch nicht gleich ins Umland – zu bestätigen. Von dem einen Prozent der Stadtteile mit den höchsten Anteilen alter Bevölkerung liegt ungefähr ein Drittel in der Äußeren Stadt, zwei Drittel liegen in der Inneren Stadt. Hier ist es schwierig, auf den ersten Blick bestimmte, für die Altersgruppe spezifische Verhaltensmuster abzulesen. Stattdessen deutet sich aber wieder eine Ost-West-Differenz an: Das Drittel, das auf die Äußere Stadt fällt, entpuppt sich als eindeutiges Westphänomen. Hier wäre weiter zu untersuchen, ob es sich z. B. um Einfamilienhausgebiete aus den 1960/70er-Jahren handelt, die gerade im generationellen Umbruch sind, oder ob sich möglicherweise Quartiere im Stile nordamerikanischer Sun-Cities entwickeln. Dagegen werden die zwei Drittel in der Inneren Stadt vornehmlich von den ostdeutschen

Abbildung 11
Bivariate Altersgruppenverteilung mit Kennzeichnung 654 ost- und 1 629 westdeutscher Stadtteile – 2004



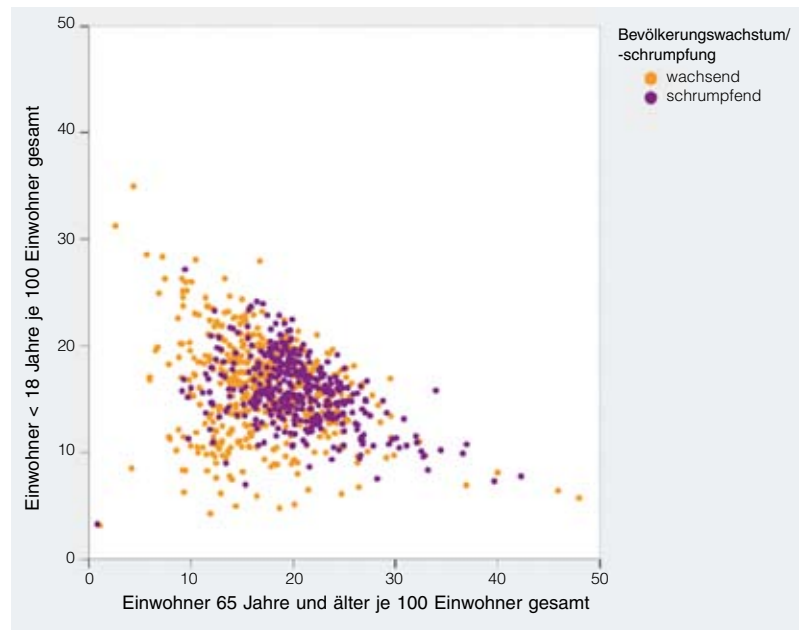
Quelle: Innerstädtische Raumbeachtung des BBR;
Datenbasis: Kommunalstatistiken der IRB-Städte

Städten getragen. Das überrascht, vermutet man doch einen hohen Anteil älterer Menschen auch in den ostdeutschen Großwohnsiedlungen am Stadtrand. Möglicherweise konzentrieren sich Altenheime oder andere Wohnangebote für ältere Menschen in der Inneren Stadt, vielleicht sind es auch noch weitgehend unsanierte Stadtteile mit verbliebener alteingesessener Bevölkerung, oder gerade die neu sanierten Innenstadtbereiche mit guter Versorgungsinfrastruktur haben in den ostdeutschen Städten die relativ zahlungskräftigere Gruppe der Seniorinnen und Senioren wieder an den Ort ihrer Kindheit zurückkehren lassen. Natürlich kann die IRB mit ihrer Grobunterteilung in Innere und Äußere Stadt nur Hinweise geben und Vermutungen generieren, die unter Berücksichtigung der spezifischen örtlichen Voraussetzungen und Problemstellungen überprüft werden müssen.

Schließlich soll auch für den demographischen Aspekt der Alterung die extremgruppenfokussierte Altersstruktur in wachsenden und schrumpfenden Städten betrachtet werden – womit wir zugleich eine Verknüpfung der beiden bisher betrachteten Aspekte herstellen. Dabei wird Wachstum und Schrumpfung wiederum nur auf Zu- bzw. Abnahme der Bevölkerung bezogen. Diesbezüglich gibt es laut LRB von den IRB-Städten zwölf, die zwischen 1990 und 2004 zwischen 4 und 14 % an Bevölkerung gewonnen haben – und zehn, die während derselben Zeit zwischen 4 und 24 % ihrer Bevölkerung verloren haben. Das Streudiagramm der Abbildung 12 zeigt nun, wie sich die bivariate Altersgruppenverteilung in diesen Städten darstellt. Schauen wir wie oben das 1 % der jeweils extremen Stadtteile an, gehören von den zehn „jüngsten“ Stadtteilen neun zu bevölkerungswachsenden Städten (davon ein ostdeutscher Stadtteil) und einer zu einer schrumpfenden (westdeutschen) Stadt. Von den zehn Stadtteilen mit den höchsten Anteilen über 65-jähriger Bevölkerung gehören sechs zu bevölkerungsschrumpfenden und vier zu wachsenden Städten – und liegen alle in Ostdeutschland. Dies verweist auf eine deutliche dreifache Wechselwirkung zwischen den Anteilen der Bevölkerung im nicht erwerbsfähigen Alter und Bevölkerungsentwicklung und Ost-West-Lage der Städte – und ist in Folgeanalysen weiter auszuleuchten.

Zusammenfassend weisen diese ersten Ergebnisse über den demographischen Aspekt der Alterung auf Stadtteilebene darauf hin, dass es in den IRB-Städten im Durchschnitt

Abbildung 12
Bivariate Altersgruppenverteilung mit Kennzeichnung für 881 Stadtteile (>100 EW) 12 bevölkerungswachsender (502 Stadtteile) und 10 bevölkerungsschrumpfender Städte (379 Stadtteile) – 2004



Quelle: Innerstädtische Raubeobachtung des BBR;
Datenbasis: Kommunalstatistiken der IRB-Städte

bereits eineinhalb mal so viele Haushalte mit Seniorinnen und Senioren wie Haushalte mit Kindern und Jugendlichen gibt. Alle Städte müssen ihre Infrastrukturentwicklung auf diesen Trend einrichten. Dazu sind die ostdeutschen Städte nicht nur durch generell höhere Alterung, sondern wiederum durch wesentlich höhere Diskrepanzen zwischen ihren Stadtteilen gekennzeichnet. Solche erfordert besondere Aufmerksamkeit für den jeweiligen Einzelfall und Anstrengungen hinsichtlich unterschiedlich einzusetzender Instrumente.

Internationalisierung: Zusammenhang von Altersstruktur und kulturell-ethnischer Mischung nach innerstädtischer Lage

Laut Mikrozensus für das Jahr 2005 (Statistisches Bundesamt 2006, S. 73 ff.) leben in Deutschland etwa 9 % Ausländer (davon etwa 77 % mit eigener Migrationserfahrung) und weitere 10 % Deutsche mit Migrationshintergrund (davon etwa 60 % mit eigener Migrationserfahrung). Das sind zusammen 15,3 von 82,4 Mio. Bürgerinnen und Bürgern. Laut Ausländerzentralregister beim Bundesverwaltungsamt lebten zum Jahreswechsel 2004/05 gut 6,7 Mio. Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. Das entspricht einem Bevölkerungsanteil von

(6) In bestimmten Situationen erlaubt das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht, dass jemand neben der deutschen noch eine weitere Staatsangehörigkeit erwirbt bzw. besitzt. Mehrfachstaatsangehörigkeiten können sich unter anderem aus folgenden Gründen ergeben:

- Kinder mit einem deutschen und einem ausländischen Elternteil oder einem oder beiden Elternteilen mit doppelter Staatsangehörigkeit erhalten in der Regel bereits mit der Geburt nach dem Abstammungsprinzip die Staatsangehörigkeiten beider Eltern.

- Spätaussiedler und ihre mit ihnen aufgenommenen Familienangehörige erwerben die deutsche Staatsangehörigkeit kraft Gesetzes mit Ausstellung der Spätaussiedlerbescheinigung, ohne dass sie die bisherige Staatsangehörigkeit aufgeben müssen. Soweit das Staatsangehörigkeitsrecht ihrer Herkunftsstaaten dies vorsieht, erwerben ihre in Deutschland geborenen Kinder dann bereits mit der Geburt neben der deutschen auch deren Staatsangehörigkeit.

- Deutschen Staatsangehörigen kann im Einzelfall eine Beibehaltungsgenehmigung erteilt werden, die es erlaubt, eine fremde Staatsangehörigkeit zu erwerben, ohne die deutsche zu verlieren.

Wer aus einem dieser Gründe Mehrstaater geworden ist, gibt diese Mehrstaatigkeit in der Regel an die eigenen Kinder weiter. In diesen Fällen wird die Mehrstaatigkeit nach deutschem Recht auf Dauer hingenommen, d.h. es besteht keine Optionspflicht, sich bei Erreichen der Volljährigkeit für eine Staatsangehörigkeit zu entscheiden. Man kann als Mehrstaater jedoch auf die deutsche Staatsangehörigkeit verzichten.

(7) Dies betrifft alle elf ostdeutschen Städte – ebenso wie Ostberlin. In Westdeutschland weisen Städte ohne nennenswerten Industriesektor auch heute noch Ausländerquoten unter 10 % auf.

(8) Der Wanderungssaldo wird errechnet, indem die Differenz der während eines Jahres zu- und fortgezogenen Bevölkerung ins Verhältnis zur Bevölkerung zum 31.12. des Jahres gesetzt wird (jeweils bezogen auf 1 000 EW). Dadurch ergeben sich in Stadtteilen mit sehr wenigen Ausländern z.T. sehr hohe Salden. Denn wenn zuvor niemand ohne deutsche Staatsbürgerschaft im Stadtteil wohnte und im Jahr 2004 auch nur eine vierköpfige nichtdeutsche Familie zugezogen ist, ergibt sich daraus ein positiver Wanderungssaldo für Ausländer von 1 000. Lebten zum Jahresanfang 25 und zum Jahresende noch zehn Ausländer im Stadtteil, ergibt dies einen negativen Wanderungssaldo von 1 500.

gut 8 % und unterschätzt den aus dem Mikrozensus hochgerechneten Bevölkerungsanteil, was für unsere auf Zusammenhänge ausgerichtete Betrachtung hier jedoch kaum eine Rolle spielt. Sowohl Ausländer als auch Deutsche mit Migrationshintergrund verteilen sich regional sehr unterschiedlich, sie sind in Städten und im Westen heimischer als im ländlichen Bereich und im Osten der Republik. Aber nicht nur durch ihre unterschiedlich ausgeprägte Zuwanderung beeinflussen sie die demographische Struktur der Städte und Regionen in Deutschland: Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund weist eine andere Altersstruktur auf wie die der Deutschen ohne Migrationshintergrund. Die Alterspyramiden aus dem Mikrozensus 2005 zeigen z. B., dass in Deutschland jeweils mehr als 100 000 Männer im Alter zwischen 29 und 47 sowie Frauen im Alter zwischen 29 und 43 Jahren mit eigener Migrationserfahrung leben. Auch dies hört sich nach einem gewissen „Jahrgangsberg-Berg“ an. Die immense Integrationsleistung, die in den vergangenen Jahrzehnten mehrheitlich ohne massive Konflikte stattgefunden hat, zeigt sich jedoch an der Verstärkung der Bevölkerungsgruppe mit Migrationshintergrund in den jüngeren Jahrgängen. Bei allen unter 45-Jährigen sind die Geburtsjahrgänge für Frauen wie für Männer mit Migrationshintergrund stetig über je 100 000. Das lässt sich allerdings kaum mehr erkennen, wenn nur auf Ausländer geachtet wird: Denn bei der minderjährigen Bevölkerung mit Migrationshintergrund verfügt schon heute nur noch die Minderheit über eigene Migrationserfahrung, und nur eine Minderheit der unter 25-Jährigen mit Migrationshintergrund hat keine deutsche Staatsbürgerschaft und gilt somit als Ausländer. Für die Vorschuljahrgänge führen die gleich bleibende Jahrgangsstärke der Kinder mit familiärem Migrationshintergrund und der stetige Rückgang der Anzahl Kinder ohne Migrationshintergrund dazu, dass bei der Einschulung im Bundesdurchschnitt etwa ein Drittel der Kinder einen Migrationshintergrund aufweist, aber nur der geringste Teil von diesen keine deutsche Staatsbürgerschaft hat.

Das Merkmalsprogramm der IRB erhebt seit 2004 neben dem Merkmal *ausländische Einwohner* auch *Deutsche mit weiterer Staatsangehörigkeit*, im Sprachgebrauch des Statistischen Bundesamtes *Doppelstaater*⁶ genannt. Von 42 Städten können 29 dieses Merkmal beliefern, bis auf eine Stadt auch mit den entsprechenden Aus-

prägungen für die Herkunftsstaaten. Für die Städte, die Doppelstaater angeben, erhöht sich die Information über städtische Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Vergleich zu den reinen Ausländerzahlen um etwa ein Drittel (Abb. 2 des Anhangs). Dies ist – eingedenk der Statistiken des Mikrozensus – ein schlechter Schätzer, jedoch besser als keine diesbezügliche Auskunft. Für grobe Schätzungen verdoppeln manche Kolleginnen und Kollegen einfach den Ausländeranteil, um eine Einschätzung für den Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund zu erhalten. Dies ist allerdings nicht sinnvoll, wenn stadt- und gruppenspezifische Aussagen über Migration angestrebt sind. Unter anderem weil sich die verschiedenen Einwanderungswellen nach Deutschland in Abhängigkeit von den je historischen Gegebenheiten regional sehr unterschiedlich verteilt haben, ist das Verhältnis von Ausländern und Doppelstaatern unterschiedlich groß, was zu der Vermutung Anlass gibt, dass dies entsprechend different auch für andere Deutsche mit Migrationshintergrund zutrifft. Weiterhin zeigt die Nationalitätenverteilung der Ausländer und Doppelstaater in den IRB-Städten eine unterschiedliche Zusammensetzung (Abb. 3 und 4 im Anhang), was zusätzlich darauf hinweist, dass Migrationserfahrungen sich im gesellschaftlichen Raum unterschiedlich manifestieren und einen sehr differenzierten analytischen Blick erfordern.

Um nun einen ersten Eindruck davon zu gewinnen, wie Einwanderung auf die Einwohnerzahlen der IRB-Städte wirkt, schauen wir als erstes die Entwicklung der Anteile ausländischer Bevölkerung seit 1991 an (Abb. 13). Diese Entwicklung wird zwecks besserer Übersicht nicht für jede einzelne Stadt angegeben, sondern für fünf Städtegruppen, die nach der Höhe ihres Ausländeranteils im Jahr 2004 zusammengefasst werden (Abb. 2 des Anhangs).

Diese Entwicklungsverläufe für nach aktuellem Ausländeranteil geordneten Städtegruppen zeigen, dass sich in Städten, die schon immer einen vergleichsweise hohen Ausländeranteil hatten, dieser nur bis etwa Mitte der 1990er Jahre leicht anstieg und seither auf gleichem Niveau verbleibt. Hingegen zeigen die Städte, die 1991 einen sehr geringen Ausländeranteil von unter 5 % aufwiesen⁷, bis heute eine stetige leichte Steigerung desselben an – bleiben damit aber nach wie vor (z.T. weit) unter dem deutschen Mittel.

Um nun wieder den Blick auf die Ebene der Stadtteile zu lenken, schauen wir als nächstes, wie sich der Ausländeranteil über die Stadtteile der IRB-Städte verteilt. Die Abbildung 14 zeigt eine extrem schiefe Verteilung: Auf der einen Seite leben in 10 % aller IRB-Stadtteile weniger als 1,5 % Ausländer, auf der anderen Seite ist in weiteren 10 % der Stadtteile mehr als ein Viertel ohne deutsche Staatsbürgerschaft. Auffällige Ausländersegregation ist dennoch für deutsche Großstädte nicht typisch. Zu überprüfen wäre noch im Detail, inwieweit die Einzelfälle, in denen der Ausländeranteil über 50 % liegt, die Entwicklung einer in sich homogenen Parallelgesellschaft anzeigen.

Die Markierung ost- und westdeutscher Stadtteile in der Verteilung zeigt die nach wie vor sehr unterschiedliche Präsenz von Ausländerinnen und Ausländern in den Wohngebieten ost- und westdeutscher Städte auf (siehe auch Bericht zur BBR-Umfrage: BBR 2006c, Kap. 4). In den meisten ostdeutschen Stadtteilen leben weniger als 2 % Ausländer (Median: 1,9 %) – in den meisten westdeutschen Stadtteilen leben mehr als 12 % Ausländer (Median: 12,1 %). Auch in zwei ostdeutschen Stadtteilen leben mehr als 50 % Ausländer. Dies ist jedoch noch eine Ausnahme: Nur in 10 % der ostdeutschen Stadtteile leben mehr als 7,6 % Bürgerinnen und Bürger ohne deutsche Staatsbürgerschaft, während es in 10 % der westdeutschen Stadtteile mehr als 28,5 % sind. Die ethnisch-kulturelle Mischung hat demnach in ostdeutschen Stadtteilen seit 1990 in sehr unterschiedlichem Maße zugenommen, kann allerdings nur für Extremfälle ein für westdeutsche Städte übliches Durchschnittsverhältnis aufweisen.

Weiter setzen wir die Wanderungen (Zu- und Fortzüge über die Stadtgrenzen) ausländischer Bevölkerung mit denen deutscher Bevölkerung in Beziehung (Abb. 15). Dabei differenzieren wir wiederum nach ost- und westdeutschen Stadtteilen und ihrer Lage in der Inneren oder der Äußeren Stadt. Die Salden werden auf jeweils 1 000 EW mit deutscher bzw. ohne deutsche Staatsbürgerschaft bezogen.⁸ Um die zentrale Verteilung deutlicher darzustellen, werden in der Abbildung 15 die Extremgruppen abgebildet. Diese machen zusammen mehr als 5 % der Fälle aus und ordnen sich wie folgt zu:

- Extrem positive Wanderungssalden
Ausländer: 41 Ost – 12 West / 13 Innere – 40 Äußere Stadt;

Abbildung 13
Entwicklung der ausländischen Bevölkerung – 1991 bis 2004

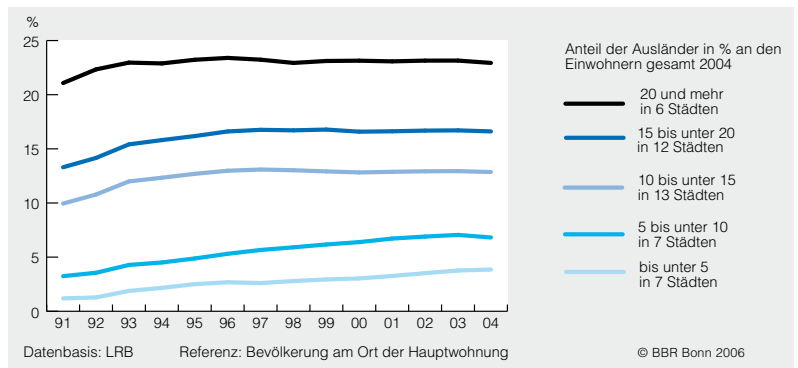
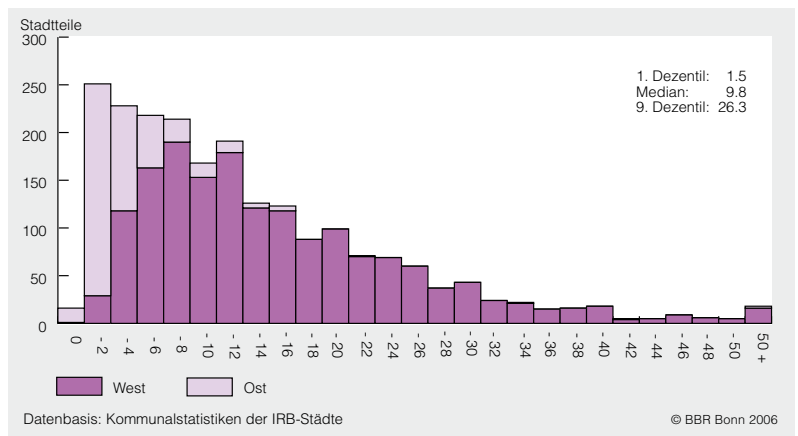
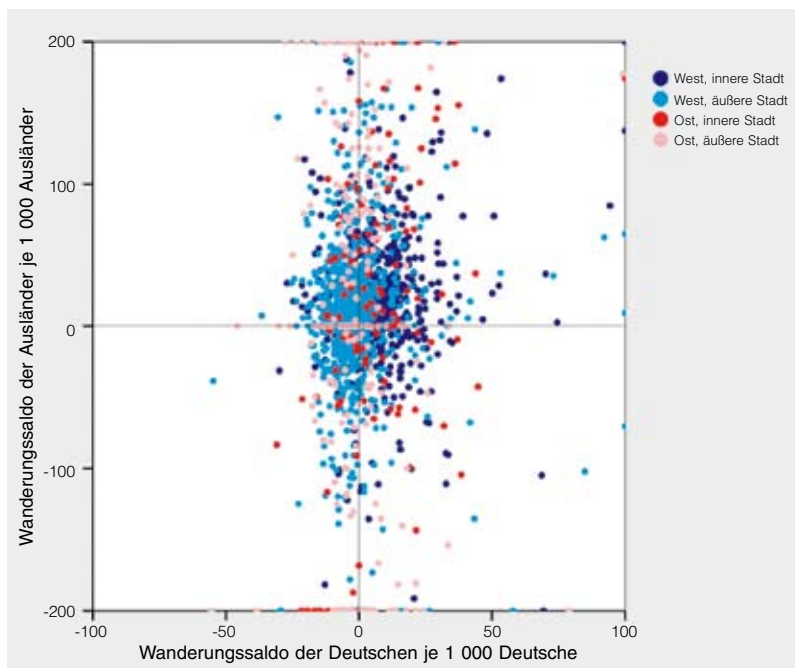


Abbildung 14
Verteilung der prozentualen Ausländeranteile auf 2 145 IRB-Stadtteile (>100 EW, ohne Berlin) – 2004



Quelle der Abbildungen 13 und 14: Innerstädtische Raumbearbeitung

Abbildung 15
Bivariate Verteilung der Wanderungssalden ausländischer und deutscher Bevölkerung für 1 931 IRB-Stadtteile (>100 EW) – 2004



Quelle: Innerstädtische Raumbearbeitung des BBR; Datenbasis: Kommunalstatistiken der IRB-Städte

- extrem negative Wanderungssalden
Ausländer: 34 Ost – 12 West / 12 Innere – 34 Äußere Stadt;
- extrem positive Wanderungssalden
Deutsche: 1 Ost – 5 West / 3 Innere – 3 Äußere Stadt.

Bereits aus diesen 5,7 % für die Abbildung 15 abgeschnittenen Fällen ist zu erkennen, dass die Wanderungssalden ausländischer Bevölkerung über die jeweiligen Stadtgrenzen hinweg zu relativ starken Bevölkerungsumschichtungen innerhalb der Stadtteile beitragen. Und ostdeutsche Städte sind erwarteterweise aufgrund ihres niedrigen Ausgangsniveaus vom damit einhergehenden Mischungsprozess deutlich stärker betroffen als westdeutsche Städte. Auch ein Blick auf die zentralen 95 % der bivariaten Verteilung zeigt, dass die relative Wanderungsintensität der ausländischen Bevölkerung mehr als doppelt so stark ist wie die der Bevölkerung mit deutscher Staatsangehörigkeit. Und für die ostdeutschen Stadtteile bestätigt sich die bereits für die beiden zuvor betrachteten Aspekte konstatierte Heterogenität der Entwicklungen: Das eine wie das andere Extrem relativer ausländischer Zu- und Fortzüge ist in ostdeutschen Städten weit überproportional zu beobachten. Zugleich gibt es aber nach wie vor eine ganze Reihe von ostdeutschen Stadtteilen, die keinen Wanderungssaldo für Ausländer aufweisen. Dies dürfte am ehesten bedeuten, dass dort nach wie vor keine Ausländerinnen und Ausländer leben.

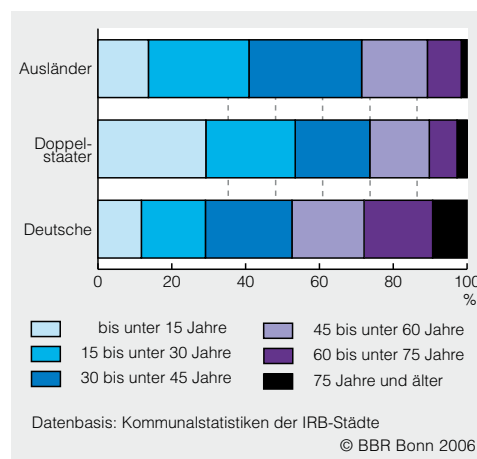
Schließlich wollen wir die Altersstruktur ausländischer und deutscher Bevölkerung in den IRB-Städten vergleichen. Bei Letzte-

rer können zudem die Doppelstaater gesondert ausgewiesen werden (für die 13 Städte, die keine Doppelstaater angeben können, sind diese in der Bevölkerung mit ausschließlich deutscher Staatsangehörigkeit enthalten). Diese Verteilungen belegen nun bezüglich der Altersstruktur, dass die Gruppe der Bürgerinnen und Bürger mit deutscher und einer weiteren Staatsbürgerschaft nicht einfach mit der Gruppe der Ausländerinnen und Ausländer zusammengefasst werden sollte. Und wahrscheinlich sind die Doppelstaater auch nicht ausschließlich die gut integrierten eingebürgerten ehemaligen Ausländer. Vor allem fällt bei den Doppelstaatern der große Anteil der unter 15-Jährigen auf. Dies dürfte jedoch hauptsächlich ein Effekt der am 1.1.2000 in Kraft getretenen Gesetzesänderung sein, nach der in Deutschland geborene Kinder ausschließlich ausländischer Eltern – sofern diese seit mindestens acht Jahren hier leben und eine Aufenthaltsberechtigung oder unbefristete Aufenthaltserlaubnis haben – neben der Staatsangehörigkeit der Eltern (Abstammungsprinzip) auch automatisch per Territorialprinzip die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben. Auch für alle damals noch nicht 10-jährigen, in Deutschland geborenen Ausländerkinder wurde die nachträgliche Einbürgerung ermöglicht. Dadurch repräsentiert der Anteil der als Ausländer registrierten Kinder und Jugendlichen eher nur diejenigen mit eigener Migrationserfahrung, aber weniger die mit familiärem Migrationshintergrund.

Weiterhin fällt bei einem Vergleich der Altersstrukturen auf, dass infolge der Einwanderungsgeschichte der Bundesrepublik noch wenig über 60-jährige Ausländer und Doppelstaater (gut 10 % im Vergleich zu rund 27 % der Bevölkerung mit nur deutschem Pass) in den IRB-Städten leben. Bezüglich des anderen Altersgruppenextrems weisen dafür die deutschen Staatsbürgerinnen und -bürger nur noch einen Anteil von kaum 13 % Kindern und Jugendlichen unter 15 Jahren auf. Genauer wird die Altersgruppenverteilung der ausländischen, mehrstaatigen und ausschließlich deutschen Bevölkerung aller IRB-Städte in Tabelle 3 dargestellt.

Anhand der differenzierteren Altersgruppenverteilungen können nun verschiedene Aspekte beschrieben werden. Einmal wird deutlich, dass die gebärfähigen Jahrgänge zwischen 15 und 45 Jahren bei der Bevölkerung mit ausschließlich deutscher

Abbildung 16
Altersstruktur ausländischer, doppelstaatiger und deutscher Bevölkerung in 32 IRB-Städten – 2004



Quelle: Innerstädtische Raumbeachtung des BBR

Tabelle 3 a bis c

Kennwerte der Verteilungen der Altersklassenanteile der Bevölkerung (a) ohne deutsche Staatsangehörigkeit, (b) mit deutscher und weiterer Staatsangehörigkeit und (c) mit (i.d.R. ausschließlich) deutscher Staatsangehörigkeit in 2 414 Stadtteilen aller 45 IRB-Städte – 2004

a: Ausländer Altersgruppenanteil in %	< 15 Jahre	15 bis <30 Jahre	30 bis <45 Jahre	45 bis <60 Jahre	60 bis <75 Jahre	75 Jahre und älter
arithmetisches Mittel	13,5	27,0	30,5	18,1	9,3	1,6
Minimum	0,0	7,0	1,8	0,0	0,0	0,0
1. Dezantil	6,7	20,7	26,1	12,6	3,8	0,5
Median	12,7	26,0	30,9	17,9	8,8	1,4
9. Dezantil	18,9	36,3	38,0	23,1	12,4	3,1
Maximum	41,4	98,2	53,7	42,9	24,5	14,4

2 012 Stadtteile mit >50 EW ohne deutsche Staatsangehörigkeit

b: Doppelstaater Altersgruppenanteil in %	< 15 Jahre	15 – < 30 Jahre	30 – < 45 Jahre	45 – < 60 Jahre	60 – < 75 Jahre	75 Jahre und älter
arithmetisches Mittel	29,2	24,3	20,2	16,1	7,5	2,7
Minimum	2,0	4,1	0,0	1,9	0,0	0,0
1. Dezantil	16,3	18,9	15,0	10,1	3,6	0,6
Median	28,8	24,4	19,8	15,4	7,0	2,3
9. Dezantil	41,9	32,0	26,0	21,1	11,9	5,4
Maximum	70,5	82,9	52,7	38,6	27,0	31,9

1 312 Stadtteile mit >50 EW mit doppelter Staatsangehörigkeit

c: Deutsche Altersgruppenanteil in %	< 15 Jahre	15 – < 30 Jahre	30 – < 45 Jahre	45 – < 60 Jahre	60 – < 75 Jahre	75 Jahre und älter
arithmetisches Mittel	12,7	17,7	23,3	19,2	18,1	9,0
Minimum	0,0	3,4	6,2	4,5	0,0	0,0
1. Dezantil	8,7	12,9	18,9	16,0	12,3	4,9
Median	12,8	16,5	22,7	19,3	18,0	8,6
9. Dezantil	16,7	24,3	27,9	23,1	23,1	12,7
Maximum	46,6	83,4	45,2	38,3	40,3	41,9

2 301 Stadtteile mit >50 EW mit (ausschließlich) deutscher Staatsangehörigkeit

Quelle: Innerstädtische Raumbbeobachtung des BBR; Datenbasis: Kommunalstatistiken der IRB-Städte

Staatsbürgerschaft über die IRB-Stadtteile gemittelt nur 41 % ausmachen – bei den Mehrstaatern 44,6 % und bei den Ausländern 57,5 %. Allein diese Tatsache lässt erwarten, dass der Anteil von Kindern mit familiärem Migrationshintergrund während der kommenden Jahre noch zunehmen wird, selbst wenn sich das Gebärverhalten ausländischer Frauen in Deutschland i. d. R. sehr schnell an das der hier bereits länger Ansässigen angleicht. Weiterhin machen die Maximalwerte und die oberen Dezentile auf extreme Altersstrukturen in bestimmten Stadtteilen aufmerksam. In jeder einzelnen Stadt ist zu untersuchen, welche der eigenen Stadtteile eventuell zu diesen Extremstadtteilen gehört, da solch herausragende Altersbesetzung bereits besondere materielle Stadtteilstrukturen erwarten lässt bzw. – falls noch nicht vorhanden – erfordert.

Da die Anteile der Bevölkerung ohne deutsche Staatsangehörigkeit im nicht erwerbsfähigen Alter entweder relativ gering (betrifft die über 65-Jährigen) oder für eine Aussage zum Migrationshintergrund nichtssagend sind (betrifft die unter 18-Jährigen), verfolgen wir diesbezügliche Verknüpfungen an dieser Stelle nicht weiter. Aber auch die wenigen zusammengestellten Ergebnisse über den demographischen Aspekt der Internationalisierung bieten nachdenkenswertes Interpretationsmöglichkeiten. Bereits im ersten Teil dieses Beitrags wurde festgestellt, dass der stärkste Wandel in den IRB-Stadtteilen infolge von Wanderungen zu erwarten ist. Bei diesen sind die Wanderungen der ausländischen Bevölkerung relativ gesehen wesentlich ausgeprägter als die derjenigen mit deutscher Staatsbürgerschaft. Auch ein natürliches Bevölkerungswachstum ist auf-

grund der günstigeren Altersstruktur eher in Stadtteilen mit nennenswerter ausländischer oder mehrstaatiger Bevölkerung zu erwarten. Zugleich sollten sich die Städte jedoch auch auf noch steigende Anforderungen hinsichtlich zu leistender Integrationsaufgaben einrichten.

Singularisierung: Struktur privater Haushalte nach innerstädtischer Lage

Der letzte hier anzureißende Aspekt demographischen Wandels mit massiven raumbildenden Konsequenzen wird häufig kurz als Singularisierung bezeichnet. Darunter fallen mehrere Phänomene, die mit dem *Wandel privater Lebensformen* und der *Struktur privater Haushalte* zusammenhängen: Insbesondere sind dies die Verkleinerung privater Haushalte durch geringere Kinderzahl sowie die Aufspaltung von ehemals Mehrgenerationen- oder Großfamilien-Haushalten. Laut Mikrozensus 2005 (Statistisches Bundesamt 2006) hat von 1991 bis 2005 der Anteil der Einpersonenhaushalte an allen Privathaushalten in Westdeutschland von 34 auf 37 % und in Ostdeutschland einschließlich Berlin von 31 auf 40 % zugenommen. Während derselben Zeitspanne haben die Haushalte mit drei und mehr Personen in Westdeutschland von 35 auf 29 % und in Ostdeutschland einschließlich Berlin von 37 auf 25 % abgenommen. Folglich stieg die Zahl der Haushalte in Deutschland seit 1991 um 11 % auf 39,2 Mio. im Jahr 2005. Lebten 1991 noch durchschnittlich 2,27 Personen in einem Haushalt, sind es 2005 nur noch 2,11. Als Vergleich ist für die IRB wichtig, dass der Anteil von Einpersonenhaushalten an allen Haushalten mit der Gemeindegrößenklasse ansteigt. Lebt laut Mikrozensus in westdeutschen Mittelstädten (50 000 bis 100 000 EW) in 38 % aller Haushalte nur eine Person, trifft dies in den großen Großstädten (mehr als 500 000 EW) auf durchschnittlich 48 % aller Haushalte zu. Besonders stark ist die Entwicklung hin zu kleinen Haushalten in Ostdeutschland ausgefallen: Dort sind 2005 in Großstädten mit über 100 000 Einwohnerinnen und Einwohnern mehr als 45 % aller privaten Haushalte Einpersonenhaushalte.

Dieser für alle spätmodernen Gesellschaften zu verzeichnende Prozess bedeutet, dass auch in Kommunen mit gleich bleibender Bevölkerungszahl mehr Wohnungen zur Verfügung gestellt werden müssen oder sogar neue Wohngebiete auszuweisen und zu entwickeln sind. Insbesondere in Städten,

die zugleich Wanderungsgewinne aufweisen (wie beispielsweise Bonn und die Städte des umgebenden Rhein-Sieg-Kreises), führt die Singularisierung derzeit zu einer enormen Anspannung des Wohnungsmarktes gepaart mit steigenden Preisen im Miet- wie Eigentumssektor. Alle Städte müssen sich also mit den widersprüchlichen Befunden auseinandersetzen, dass einerseits mit Bevölkerungsabnahme zu rechnen ist und dass andererseits die Wohnungsnachfrage von einer zunehmenden Zahl an Einpersonenhaushalten dominiert wird.

Der Merkmalskatalog der IRB enthält zwar die beiden Merkmale *steuerrechtliche Personenverbände* und *Haushalte (nach HHGen)* – jedoch ist nur ein Teil der Städte in der Lage, diese Informationen zur Verfügung zu stellen. Im Anhang dieses Berichts ist für jede der IRB-Städte ein *Profil der Lagetypen der Stadt* erstellt. Die dort aufgeführten Informationen zu Bevölkerungsentwicklung, Entwicklung der Wohnungen und der Wohngebäude in Abhängigkeit von den innerstädtischen Lagetypen lassen in ihrer Kombination stadtspezifische Entwicklungen erschließen, die zum Teil auch durch Aussagen über die Verteilung der Wohnungen und Wohngebiete und die Verteilung bestimmter Haushaltsformen auf die Lagetypen unterfüttert werden. An dieser Stelle wollen wir – der größeren Vollständigkeit halber – statt auf Haushaltsdaten auf Personenstandsdaten zurückgreifen. Daraus sind zumindest in Grenzen Rückschlüsse auch auf Einpersonenhaushalte zu ziehen. Im Mikrozensus 2005 werden als *Alleinstehende* alle ledigen, verheiratet getrennt lebenden, geschiedenen und verwitweten Personen⁹ bezeichnet, die ohne Lebenspartnerin oder -partner und ohne Kinder in einem Ein- oder Mehrpersonenhaushalt leben. In Deutschland sind 19 % der Bevölkerung alleinstehend – 90 % dieser Alleinstehenden leben und wirtschaften in Einpersonenhaushalten und werden als *Alleinlebende* bezeichnet¹⁰.

Die Abbildung 17 bestätigt für die IRB-Städte nun deutlich die auf Grundlage des Mikrozensus formulierbaren Vermutungen. Zwar können die verheiratet getrennt lebenden Personen nicht ausgewiesen werden, aber die Summe der in den IRB-Städten lebenden Ledigen, Geschiedenen und Verwitweten weist darauf hin, dass etwa die Hälfte der IRB-Bevölkerung alleinstehend ist. Im Durchschnitt weisen die IRB-Städte somit zwischen 45 und 50 % Alleinlebende,

(9)
Laut Mikrozensus 2005 sind von den alleinstehenden Männern 62 % ledig, 7 % verheiratet getrennt lebend, 12 % verwitwet und 19 % geschieden. Von den alleinstehenden Frauen sind 2005 35 % ledig, 3 % verheiratet getrennt lebend, 46 % verwitwet und 16 % geschieden.

(10)
Laut Mikrozensus 2005 zählen bei den Männern der Altersgruppen zwischen 20 und 45 Jahren und dann wieder in der Altersgruppe der über 75-Jährigen mehr als 20 % zu den Alleinlebenden. Bei den Frauen zählen in den Altersgruppen zwischen 20 und 30 Jahren sowie dann wieder in den Altersgruppen der über 60-Jährigen mehr als 20 % zu den Alleinlebenden.

d. h. Einpersonenhaushalte auf. Laut Mikrozensus 2005 (ebd., S. 38) sind 36 % der Alleinlebenden 65 Jahre und älter – bei mehr als einem Drittel der Einpersonenhaushalte handelt es sich also um Seniorinnen- (zu über zwei Drittel) und Seniorenhaushalte (zu knapp einem Drittel). Wie sich der Anteil Alleinstehender über die IRB-Stadtteile verteilt zeigt Abbildung 18. Noch existieren 10 % Stadtteile, in denen nur bis zu einem Drittel Alleinstehende leben – aber entsprechend sind in weiteren 10 % aller IRB-Stadtteile bereits mehr als 60 % der Bevölkerung alleinstehend.

Die Abbildung 17 zeigt weiterhin, dass Alleinstehende als Wohnort Stadtteile der Inneren Stadt bevorzugen. Da diese deutliche Bevorzugung aber vor allem für die Ledigen zutrifft und die Geschiedenen wie die Verwitweten sich auf die Stadtregionen gleichmäßig verteilen, wollen wir abschließend noch den Zusammenhang zwischen den typischerweise alleinlebenden Altersgruppen und den Alleinstehenden betrachten (Abb. 19).

Hierbei zeigt sich nun, dass über die Stadtteile hinweg für die Altersgruppe der 18- bis 30-Jährigen ein deutlich positiver Zusammenhang mit dem Anteil der Alleinstehenden besteht – worauf das hohe Gewicht der Ledigen an den Alleinstehenden hätte schließen lassen können. Ein entsprechend starker (negativer) Zusammenhang ist für

Abbildung 17 Familienstandsanteile der über 18-jährigen Bevölkerung in 11 ostdeutschen (links) und 30 westdeutschen Städten (rechts) – 2004

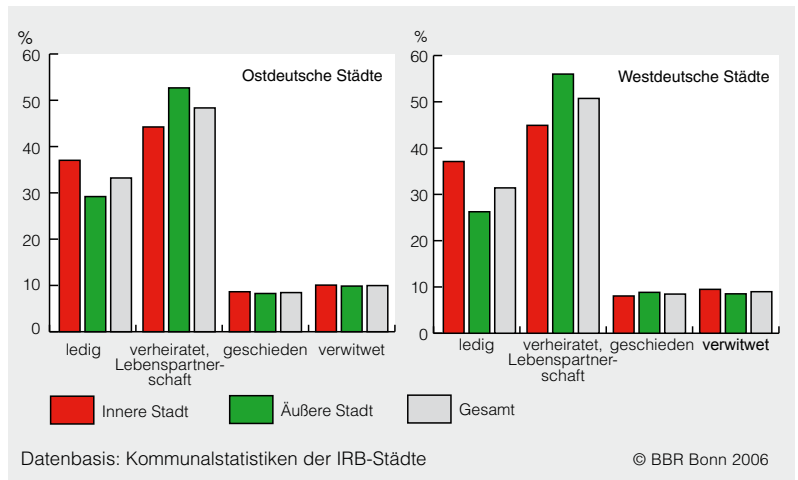
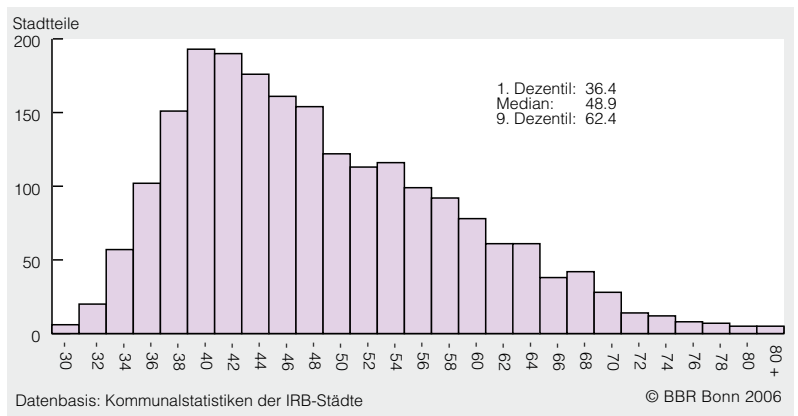


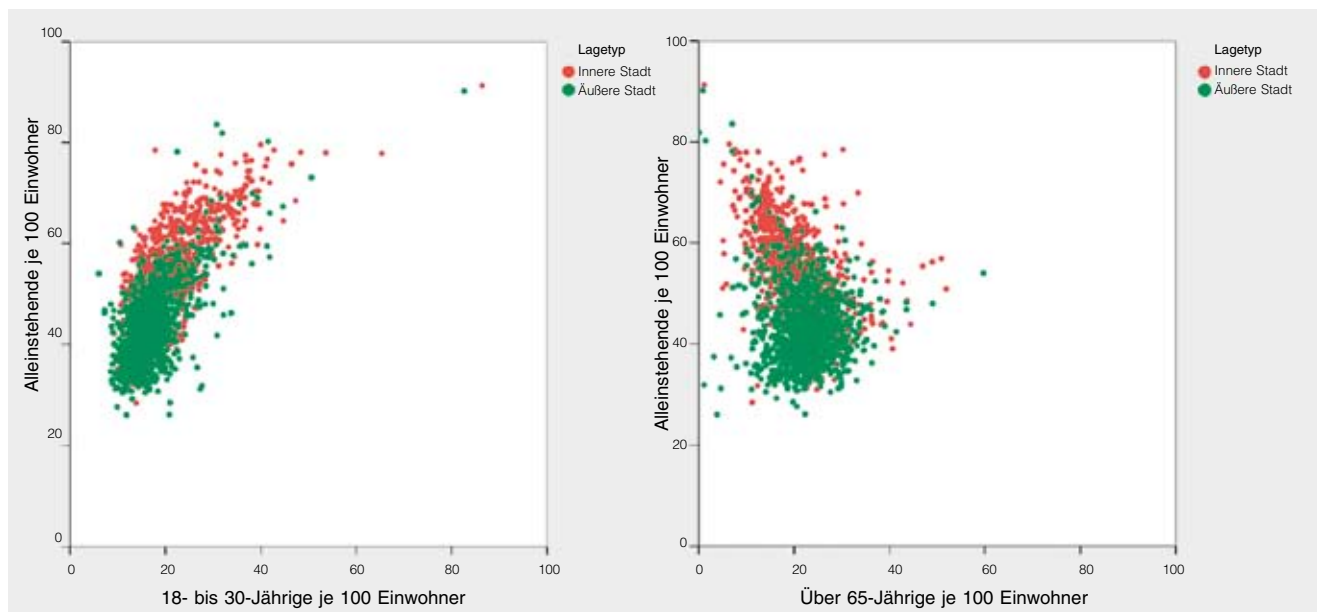
Abbildung 18 Verteilung des Anteils Alleinstehender (Ledige + Geschiedene + Verwitwete) auf 2 180 IRB-Stadtteile (>100 EW) – 2004



Quelle der Abbildungen 17 und 18: Innerstädtische Raubeobachtung des BBR

Abbildung 19 a + b

Bivariate Verteilung des Anteils der 18- bis 30-Jährigen (links) sowie der über 65-Jährigen (rechts) mit dem Anteil der Alleinstehenden (an den über 18-Jährigen) für 2 016 IRB-Stadtteile (>100 EW) – 2004



Quellen: Innerstädtische Raubeobachtung des BBR; Datenbasis: Kommunalstatistiken der IRB-Städte

die über 65-Jährigen nicht aufzuzeigen, was auf wesentlich heterogenere Haushaltsstrukturen dieser Altersgruppe schließen lässt. Weiter zeigen die beiden Teile der Abbildung 19, dass Stadtteile mit mehr als 60 % Alleinstehenden und entsprechend vielen Einpersonenhaushalten mit höchster Wahrscheinlichkeit in der Inneren Stadt liegen. Diese Single-Stadtteile beherbergen im Mittel zu einem knappen Drittel junge Erwachsene der Altersgruppe der 18- bis 30-Jährigen und zu etwa einem Sechstel nicht mehr Erwerbstätige der Altersgruppe der über 65-Jährigen. Single-Haushalte mit alten Menschen scheinen sich schwerpunktmäßig in Stadtteilen der Äußeren Stadt mit eher unterproportional vielen Alleinstehenden zu befinden. Das würde zumindest zu der Alltagserfahrung passen, dass zahlreiche Witwen (und Witwer) allein in der ehelichen Wohnung am Stadtrand verbleiben, solange es ihr gesundheitlicher Zustand zulässt. Dieser letzte Befund bedeutet nicht automatisch, dass in Stadtteilen mit Single-Haushalten alter Menschen überproportional viele junge Familienhaushalte angesiedelt sind. Solche möglichen Zusammenhänge sind zu einem späteren Zeitpunkt weiter zu verfolgen.

Wird letztlich noch nach Ost und West unterschieden, zeigt sich auch bei den bivariaten Verteilungen der Abbildung 19, dass ostdeutsche Stadtteile in nahezu allen 1 %-Extremgruppen überrepräsentiert sind.

Zusammenfassend weisen diese Einblicke für den demographischen Aspekt der Singularisierung darauf hin, dass Stadtteile mit besonders hohem Anteil an Einpersonenhaushalten vor allem in der Inneren Stadt liegen. Trotz der zuvor bereits festgestellten hohen Anteile hochaltriger Bevölkerung in (ostdeutschen) Innenstadt-Stadtteilen ist festzustellen, dass die Alleinstehenden – und damit der größere Teil der Einpersonenhaushalte – vor allem jüngere Erwachsene zu sein scheinen. Zumindest sind diese weit überproportional in den Single-Stadtteilen der Inneren Stadt vertreten.

Konsequenzen für Stadtentwicklung und Stadtpolitik

Zu Beginn dieses Beitrags haben wir behauptet, dass sinnvolle Stadtplanung vor Ort wie auch Bundesprogramme zur Städtebauförderung kleinteiliger Daten, wie sie die IRB bereitstellt, bedürfen. Deshalb sollen abschließend zentrale Befunde zu-

sammengestellt und daraus resultierende Anforderungen an eine kleinräumig orientierte Planung konkretisiert werden. Dabei ist zu bedenken, dass hier nur ein noch oberflächlicher Blick auf die Folgen des demographischen Wandels für Stadtteile geworfen werden konnte. Jeder vorgestellte Befund hat mehr Fragen aufgeworfen als beantwortet werden konnten. Insofern sind alle angesprochenen Aspekte unter Hinzuziehung weiterer Merkmale der IRB zu einem späteren Zeitpunkt weiter auszu-leuchten.

Augenfällig sind bei dieser ersten Sichtung demographischer Prozesse in den IRB-Städten die Unterschiede zwischen ostdeutschen und westdeutschen Städten bzw. Stadtteilen. Selbstverständlich geht dem der nach Ost und West unterscheidende Blick voraus. Erwartet werden konnten die unterschiedlichen Zeitreihen des Bevölkerungssaldos (Abb. 1), der die Stadtgrenzen überschreitenden Wanderungssalden (Abb. 6) und des Ausländeranteils (Abb. 13, in der die untere Kurve ausschließlich durch ostdeutsche Städte gebildet wird). Diesbezüglich passen die ansteigenden Verläufe für die ostdeutschen Stadtteile zu den sich seit einigen Jahren im Durchschnitt stabilisierenden Bevölkerungszahlen ostdeutscher Großstädte. Bemerkenswerter sind die Extremgruppenbesetzungen in den zunächst nur anhand von Streudiagrammen durchgeführten Zusammenhangsbeschreibungen. Stadtteile ostdeutscher Städte sind im Jahr 2004 anzahlmäßig deutlich überrepräsentiert in den 1 %-Extremgruppen der Stadtteile

- sowohl mit den positivsten als auch mit den negativsten Wanderungssalden über die Stadtgrenzen hinweg,
- mit den positivsten natürlichen Salden,
- mit dem niedrigsten Anteil Alleinstehender,
- mit den niedrigsten Anteilen unter 18-Jähriger,
- mit dem höchsten Anteil 18- bis 30-Jähriger,
- sowohl mit den höchsten als auch mit den niedrigsten Anteilen über 65-Jähriger,
- sowohl mit den relativ positivsten als auch mit den relativ negativsten Wanderungssalden von Ausländern über die Stadtgrenzen hinweg – bei allerdings wesentlich niedrigerer Ausgangsbasis als in westdeutschen Städten.

Die darin für ostdeutsche Städte deutlich sichtbar werdenden Gegensätze und Extreme könnten zum einen auf die durch Leerstände vergrößerten Handlungsalternativen für die verbliebene Bevölkerung hinweisen. Wenn sich die Wahl bietet, könnten Wohnstandorte nach augenblicklichen Bedürfnissen ausgewählt werden, was zu einer noch höheren innerstädtischen Dynamik beitrüge. Zum anderen deutet sich die Gefahr an, dass ein so massiver gesellschaftlicher Wandel, wie er in den vergangenen eineinhalb Jahrzehnten in Ostdeutschland bewältigt werden musste, zu kaum mehr lenkbaren Segregationsprozessen mit unerwünschten oder zumindest nicht intendierten Folgen führt. Wenngleich die konstatierten Unterschiede noch keine grundsätzliche Differenz in den Problemlagen west- und ostdeutscher Städte anzeigen, so leiten sich aus den kleinräumigen Verteilungsmustern doch spezifische Handlungsanforderungen und -möglichkeiten ab. Solches sollte bei der Ausgestaltung zukünftiger Bundesprogramme zur Stadtentwicklung nicht unberücksichtigt bleiben (dazu auch Fuhrich/Kaltenbrunner 2005).

Die vergleichsweise stärkere Konzentration von Schrumpfungs- wie Wachstumsprozessen in *ostdeutschen Städten* unterstützt die bereits bestehende Tendenz, die Diskussion um kompakte Rückbaustrategien vor allem auf die ostdeutschen Länder zu beziehen. Kleinräumige Informationen und Analysen sind dann insbesondere bedeutsam, wenn es um Entscheidungen über den Rückbau von Infrastruktureinrichtungen geht: So lassen sich leitungsgebundene Infrastrukturen wie die Wasserver- und -entsorgung am besten am „ganzen Stück“ – z. B. als ganzes Stadtquartier – von außen nach innen

zurückbauen (BMVBS/Koziol 2006). Auch Überlegungen zur Schließung, Umnutzung oder gar Abriss von Kindergärten oder Grundschulen sind nicht nur in Stadtgebieten mit konzentrierter Entleerung, sondern auch in solchen mit extremer Alterung – allerdings nur auf Grundlage umfassender empirischer Informationen – anzustellen.

In den *westdeutschen Städten* läuft die demographische Entwicklung in der Regel etwas weniger auseinander. Hier können Rückbaustrategien nur in Ausnahmefällen ein ganzes Quartier einschließen – sie müssen punktuell ausgerichtet werden und das Gefüge der Gesamtstadt berücksichtigen. In dem laufenden ExWoSt-Forschungsfeld *Stadtquartiere im Umbruch* fiel der hier qualifizierte Ost-West-Unterschied bei der Suche nach Stadtquartieren auf, die vor einer extremen Entleerung stehen. Solche konnten leicht im Osten, jedoch nur ausnahmsweise im Westen gefunden werden. So findet sich in den drei ostdeutschen und zwei westdeutschen Modellvorhaben dieses Forschungsfeldes ein Großteil der Problemlagen wieder, die sich in diesem Beitrag auf der wesentlich umfangreicheren Datenbasis der IRB-Stadtteile andeuten (www.stadtquartiere-im-umbruch.de). Soll die IRB als Monitoring-Instrument taugen, sind jedoch die zur Verfügung stehenden Merkmale zu prüfen und wesentlich vertiefende Analysen anzustellen.

Unabhängig von Modellprojekten und über Ost-West-Unterschiede hinausgehend kann eine Typenbildung von Städten und Stadtquartieren verknüpft mit Handlungsempfehlungen eine Hilfestellung für die Stadtplanung vor Ort liefern. Die bisherigen innerstädtischen Lagetypen bzw. die

Tabelle 4
Demographische Prozesse als Herausforderungen

	Stadt als Wirtschafts-/ Lebensraum	gebaute Stadt	politische Stadt
Alterung und Vereinzelung	Belastung des Gesundheitssystems Vergesellschaftung von Dienstleistungen	Nachfrage nach alters gerechten Angeboten wachsende Wohnfläche pro Kopf	neue Prioritäten sinkende politische Beteiligung
Bevölkerungsabnahme	Nachfragerückgang Arbeitskräfterrückgang	Leerstände weite Wege steigende Kosten	sinkende Finanzkraft „Misserfolg“
Heterogenisierung	Disparität Desintegration	Segregation	sinkende politische Beteiligung Polarisierung

Quelle: Mäding 2006, S. 344

in diesem Beitrag vorwiegend verwendete Unterscheidung in Innere und Äußere Stadt liefern bereits Eingrenzungen typischer städtischer (Problem-)Konstellationen. Im Großen und Ganzen stützen die hier dargestellten Befunde den bislang eventuell eher herbei geredeten Trend des „Zurück in die Stadt“. Zumindest belegen die die Stadtgrenze überschreitenden positiven Wanderungssalden (Abb. 5), die allgemeinen Geburtenziffern (Abb. 3) oder die Vorliebe der jüngeren Alleinstehenden (Abb. 19a) für die Innere Stadt einen verbreiteten Wunsch, in einer urbanen Umgebung zu wohnen. Auch über die Verteilung von Jung und Alt in deutschen Großstädten konnte bislang eher spekuliert werden. Auf lange Sicht empfiehlt es sich wegen des allgemeinen Lebensgefühls und alltäglich funktionierenden Unterstützungsnetzwerken wie auch wegen auslastender Infrastrukturnutzung, altersgemischte Stadtquartiere zu fördern, also die Quartiersentwicklung gleichermaßen auf die Nachfrage jüngerer wie älterer Bevölkerungsgruppen auszurichten. Aktuell haben sich jedoch bereits zahlreiche Stadtteile mit vorwiegender Familien- oder vorwiegender Seniorenbevölkerung oder vorwiegend mit Single-Haushalten herausgebildet. Solche ein Wohngebiet dominierende Gruppen stellen auch je spezifische Anforderungen an Infrastruktur und Wohnumfeld. Damit ergeben sich für die betroffenen Städte neue Aufgaben – mit möglichen Konsequenzen für zukünftige Bundesprogramme zur Stadtentwicklung.

Hilfreich beim Nachdenken über zukünftige Aufgaben erscheint uns als Ergänzung zu den bislang angestellten Überlegungen eine Übersicht von Heinrich Mäding (2006). Diese stellen wir hier vor, da sie auch für die IRB-Städte wichtige Handlungsthemen der Zukunft charakterisiert.

Die Analyse der kleinräumigen IRB-Daten erweitert diesen Problem- und Handlungskatalog um Hypothesen wie die der erhöhten Entwicklungsdynamiken in ostdeutschen Städten oder die einer sich andeutenden Altersgruppensegregation. So ist festzustellen, dass wir noch lange nicht genug wissen über die unterschiedlichen, teils sehr schnellen, oft entgegengesetzt verlaufenden Entwicklungen in deutschen Städten.

Bunter als die Politik behauptet – Abschottungstendenzen von Migranten werden überschätzt*

Karen Schönwälder**

Die Integration von Migranten und ihren Nachkommen ist von der Großen Koalition zu einer Aufgabe von höchster politischer Priorität erklärt worden. „Integration“ wird dabei unterschiedlich definiert. Einige Elemente aber kristallisieren sich deutlich heraus. Dazu gehört neben einer Verbesserung deutscher Sprachkompetenzen und verbesserten Bildungschancen das Ziel, vermutete „Parallelgesellschaften“ aufzulösen. Die Stellungnahmen verantwortlicher Minister und die Mediendebatte durchzieht die Annahme, viele Einwanderer hätten sich in solche abgesonderten Gemeinschaften zurückgezogen. Derartigen Strukturen wird eine wichtige, negative Rolle für Integrationsprozesse zugeschrieben: „Wenn Integrationsprozesse scheitern,“ sagte Baden-Württembergs Ministerpräsident Günther H. Oettinger, „dann liegt das häufig daran, dass die betroffenen Menschen sich von der Gesellschaft des Einwanderungslandes abgeschottet haben.“ Ähnliche Debatten werden in anderen europäischen Ländern geführt: Auch dort sind Einwandererviertel als Problemviertel ausgemacht worden, und ethnische Communities werden zunehmend negativ bewertet als Ausdruck einer Abgrenzung und Verweigerung gegenüber der Mehrheitsgesellschaft.

Reflektieren solche Einschätzungen auch sozialwissenschaftlich beobachtete Entwicklungen? In verschiedenen miteinander verknüpften Expertisen arbeitet die Arbeitsstelle „Interkulturelle Konflikte und gesellschaftliche Integration“ (AKI) aktuell daran, zu einigen wichtigen Aspekten dieser komplexen Problematik den heutigen Kenntnisstand zu bilanzieren. Denn wissenschaftlich sind viele in der öffentlichen Debatte gängige Behauptungen keineswegs geklärt. Zwei Fragen stehen dabei zunächst im Mittelpunkt: Wie groß ist tatsächlich das Ausmaß der räumlichen Segregation, wie stark getrennt also wohnen Migranten und Einheimische in Deutschland? Und welche Hinweise gibt es auf Zusammenhänge zwischen Siedlungsstrukturen und unterschiedlichen Dimensionen der Integration in die deutsche Gesellschaft? Als ein Teil dieser Arbeiten veranstaltete die AKI im Frühjahr am WZB einen Workshop, bei dem Expertisen zur Situation in Deutschland, Großbritannien, den Niederlanden und Schweden präsentiert wurden.

Eindeutig ist, dass es nirgendwo in Europa Strukturen gibt, die mit der räumlichen Trennung „schwarzer“ und „weißer“ Wohnviertel in den USA vergleichbar wären. Durchweg lehnen es die Experten ab, in Europa von Ghettos zu sprechen. In Schweden, wo etwa 16 % der Bevölkerung im Ausland geboren wurden oder im Ausland geborene Eltern haben, lassen sich allenfalls „kolonieartige Cluster“ identifizieren. In England und Wales findet man Wohnviertel (so genannte Wards, Raumeinheiten mit durchschnittlich etwa 6 000 Einwohnern), in denen über 80 % der Bevölkerung den ethnischen Minderheiten angehören. Dies gilt aber nur für 9 der 880 Wards. Allein in Chicago dagegen gibt es 66 so genannte Tracts (etwa 4 000 Einwohner), deren Bewohner zu 99 oder 100 % Schwarze sind; 60 % der schwarzen Bevölkerung Chicagos leben in Gebieten, wo über 90 % der Bevölkerung ebenfalls schwarz sind.

Dabei gibt es in Großbritannien und den Niederlanden – und etwas schwächer ausgebildet in Deutschland – deutliche Zentren der Ansiedlung von Einwanderern bzw. Angehörigen ethnischer Minderheiten. In einer Reihe britischer Städte bezeichnen sich zum Beispiel gut 10 % der Bevölkerung als Pakistanis – im Vergleich dazu erscheint in Deutschland, wo in keiner einzigen Stadt die türkischen Staatsangehörigen 10 % der Bevölkerung erreichen, die Siedlungskonzentration weniger prononciert. Multi-ethnische Stadtviertel sind typisch für deutsche Städte als Siedlungskonzentrationen einzelner Nationalitäten.

Für Deutschland ist die Datenlage deutlich schlechter als etwa für Großbritannien (mit seinen relativ neuen Zensusdaten) und für Schweden (mit seinen ausdifferenzierten personenbezogenen Registerdaten). Einschlägige kleinräumige Daten für das ganze Bundesgebiet sind nicht verfügbar; die von einzelnen Städten gesammelten Daten und unternommenen Analysen sind sehr unterschiedlicher Qualität. Wo für einzelne Städte Segregationsindizes berechnet wurden, zeigen sie in der Regel eine Abnahme der räumlichen Segregation, also einen Trend zur stärkeren Verteilung der ausländischen Staatsangehörigen über die betreffenden Städte. Zum Teil wird allerdings vermutet, dass es zum Beispiel in einigen Ruhrge-

*) Dieser Artikel erschien erstmals in: WZB-Mitteilungen, Heft 113 (September 2006), S. 21–24. Er beruht auf einer Forschungs-kooperation zwischen dem BBR und dem WZB.

**) Karen Schönwälder ist seit 2003 Leiterin der Arbeitsstelle *Interkulturelle Konflikte und gesellschaftliche Integration* am WZB. Gleichzeitig ist sie Privatdozentin am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin. Zuvor lehrte und forschte sie u. a. in Marburg, Gießen, Haifa (Israel) und an der University of London. Ihre Forschungsinteressen gelten besonders der Integrationspolitik in Deutschland und Großbritannien. Im September 2006 erscheint der von ihr mit herausgegebene Band „Politische Steuerung von Integrationsprozessen: Intentionen und Wirkungen“ (VS Verlag für Sozialwissenschaften).

bietsstädten gegenläufige Tendenzen gibt und in einigen Städten bzw. Stadtvierteln sich Konstellationen verfestigen, in denen die Konzentration von Armut einhergeht mit hohen Migrantenanteilen.

Insgesamt aber und im längerfristigen Trend zeigen sich – etwa in Großbritannien – eine Abnahme der Segregation und eine Neigung zur Wohnortwahl außerhalb der bisherigen Konzentrationen. Zum Teil wird dies unterschätzt. Fälschlicherweise wird nämlich das Wachstum bestimmter Bevölkerungsgruppen in einzelnen Vierteln bzw. die Zunahme von Gebieten mit zum Beispiel großen muslimischen Bevölkerungsgruppen als Ausdruck von Rückzugstendenzen interpretiert. In Wirklichkeit sind Veränderungen das Resultat des natürlichen Bevölkerungswachstums. Auch in den Niederlanden beobachten Sako Musterd und Wim Ostendorf von der Universität Amsterdam zumindest keinen generellen Trend zu vermehrter räumlicher Segregation. Es ist also überaus zweifelhaft, ob die in der gesellschaftlichen Debatte verbreitete Annahme einer Rückzugs- und Abschottungstendenz unter Migranten und Migrantinnen der Realität entspricht.

Analysen, die Janina Söhn für die AKI auf Basis der Daten der *Innerstädtischen Raumbeobachtung* unternommen konnte, unterscheiden sich von gängigen Vorgehensweisen, da nicht Ausländeranteile in Städten oder Stadtvierteln betrachtet wurden, sondern die Siedlungsstrukturen einzelner Nationalitäten. Damit richtet sich der Blick auf Strukturen, die Grundlage für ethnische Communities sein können. Der verfügbare Datensatz ermöglicht es, für einen relativ großen Teil der bundesdeutschen Städte Gebietseinheiten von durchschnittlich 8 000 Bewohnern zu betrachten – eine derartige kleinräumige Perspektive ist eine unabdingbare Voraussetzung für eine auch nur halbwegs differenzierte Analyse von Siedlungsstrukturen. Gemeinsam mit den bei den einzelnen Städten verfügbaren offiziellen Daten ermöglicht dies einige erste Einschätzungen.

Insgesamt lebt die Bevölkerung ausländischer Staatsangehörigkeit etwas häufiger in größeren Städten als die gesamte Bevölkerung. Etwa die Hälfte der ausländischen Staatsangehörigen lebt in den 81 Städten mit 100 000 und mehr Einwohnern, während etwa ein Drittel der Gesamtbevölkerung in solchen Kommunen lebt. 16 dieser

Städte haben einen Ausländeranteil von über 15 %.

Eher untypisch sind dabei Stadtviertel, in denen eine einzige Migrantengruppe dominiert. Blickt man auf kleinere räumliche Strukturen, in diesem Fall 1 810 Gebietseinheiten in 33 (west)deutschen Städten des IRB-Datensatzes, dann zeigt sich, dass es nur ganz wenige Viertel gibt, in denen die Angehörigen einer bestimmten Nationalität auch nur 10 % der Bevölkerung stellen. Für Ausländer und Ausländerinnen mit türkischem Pass trifft dies in nur 121 der 1 810 in die Analyse eingehenden innerstädtischen Gebietseinheiten zu, das entspricht etwa 7 %; nur in 13 dieser Gebietseinheiten stellen sie 20 % oder mehr der Bevölkerung. In Einwanderungshochburgen wie Frankfurt am Main gibt es zwar einige Stadtviertel, in denen deutlich über die Hälfte der Bewohner keinen deutschen Pass haben, diese Menschen aber stammen in der Regel aus etlichen Herkunftsländern. Die Türken als größte Nationalitätengruppe in Deutschland sind dabei nicht immer die dominierende Migrantengruppe in den einzelnen Stadtvierteln. In 32 % aller IRB-Gebietseinheiten leben mehr Ex-Jugoslawen als Türken. In einem weiteren Drittel aller Gebietseinheiten (34 %) stellt die Gruppe ex-sowjetischer Herkunft die Mehrheit derjenigen, die entweder Ausländer sind oder einen deutschen und einen weiteren Pass haben.

Dennoch lässt sich eine gewisse Tendenz bestimmter Migrantengruppen feststellen, dort zu wohnen, wo auch relativ viele Landsleute wohnen. Dies kann Ausdruck von Präferenzen sein, ist aber auch – und vermutlich in erster Linie – Ergebnis der Mechanismen des Wohnungsmarktes. Sowohl für Personen türkischer, italienischer als auch ex-jugoslawischer Staatsangehörigkeiten gilt, dass substantielle Anteile in Vierteln leben, in denen der Anteil ihrer Landsleute mindestens doppelt so hoch ist wie insgesamt in der jeweiligen Stadt. Etwa ein Drittel der türkischen Staatsangehörigen lebt in solchen Stadtvierteln, bei den Ex-Jugoslawen ist es etwa ein Fünftel, bei den italienischen Staatsangehörigen etwa ein Siebtel. Dabei gibt es deutliche Unterschiede zwischen einzelnen Städten. Allerdings besteht keine statistisch signifikante Korrelation zwischen dem Bevölkerungsanteil der einzelnen Nationalitäten und dem Ausmaß innerstädtischer ethnischer

Konzentration, starke Konzentrationen sind also nicht dort wahrscheinlicher, wo die jeweilige Gruppe relativ groß ist.

Inwiefern nun ist es gesellschaftlich relevant, wenn Migranten und Migrantinnen in Einwanderervierteln leben? Zweifellos ist es problematisch, wenn Einwandererviertel gleichzeitig Viertel sind, in denen die Qualität des Wohnraums besonders niedrig, die Infrastruktur schlecht und Armut und Arbeitslosigkeit besonders verbreitet sind. Wenn Kinder aus solchen Vierteln mit relativ schlechten Deutschkenntnissen eingeschult werden (wie gerade in der Berliner Einschulungsuntersuchung gezeigt) und in der Schule schlechter abschneiden als andere Kinder, ist in der Regel die Konstellation mehrerer ungünstiger Bedingungen verantwortlich. Umstritten bleibt, ob bzw. in welchem Maß speziell die räumliche Konzentration von Migrantengruppen ursächlich ist für geringe Kontakte zu Deutschen, Briten oder Niederländern, für schlechte Kenntnisse der Landessprache und auch schlechtere Arbeitsmarktchancen, etwa aufgrund eines Mangels an hilfreichen sozialen Netzwerken. Hierzu liegen nur recht wenige Forschungsergebnisse vor, die zudem nicht immer übereinstimmen.

Auch in Schweden, wo die Datenlage differenzierte Analysen so genannter Nachbarschaftseffekte erlauben würde, gibt es erst einige Untersuchungen. Generell verweisen sie darauf, dass Effekte der Lebensumwelt auf die individuellen Teilhabechancen geringer zu sein scheinen als die der individuellen und familiären Ressourcen. Ob sich das Leben in einem Armutsviertel oder in einem Minderheitenviertel negativ auswirkt, scheint von weiteren Faktoren abzuhängen:

So schneiden in Großbritannien Pakistanis in Schulen schlechter ab, in denen sie vor allem unter anderen Pakistanis lernen; Kinder indischer Herkunft erzielen aber auch dann, wenn sie unter entsprechenden Bedingungen lernen, bessere Bildungsergebnisse als „weiße“ Briten. In einer Studie für die AKI zeigt Dietrich Oberwittler anhand von Kölner und Freiburger Daten, dass bei Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund offenbar kein Zusammenhang zwischen Wohngebiet und Delinquenz besteht. Auch ihre sozialen Netzwerke scheinen durch das Wohnen in Siedlungskonzentrationen kaum stärker auf die eigene Gruppe konzentriert, allerdings scheinen sie stark von der Zusammensetzung der Schülerschaft der besuchten Schule abzuhängen.

Die vorliegenden, wenngleich noch sehr lückenhaften Erkenntnisse über Zusammenhänge zwischen sozialräumlichen Strukturen und Integrationsprozessen von Migranten und Migrantinnen verweisen darauf, dass Siedlungskonzentrationen nur unter bestimmten Bedingungen negative Wirkungen haben und diese Wirkungen begrenzt sind. Auch angesichts der Tatsache, dass im internationalen Vergleich die Siedlungskonzentration von Migranten in Deutschland relativ moderat ist, erscheinen „Ausländerviertel“ und vermeintliche Separatgesellschaften als gesellschaftliche Probleme momentan überbewertet.

Literaturverzeichnis

- Acocella, Donato; Kemnitz, Götz: Funktions-sicherung für Innenstadt und Stadtteile durch das Märkte und Zentrenkonzept Freiburg. In: Inform. zur Raumentwicklung (1998), H. 2/3, S. 153–160
- Bahrenberg, Gerhard; Giese, Ernst; Nipper, Josef: Statistische Methoden in der Geografie Bd. 2: Multivariate Statistik, 2. Aufl. – Stuttgart 1992
- Berger, G.: Beiträge zur Auswertung der „Stuttgarter Bürger-Umfrage 1990“, Teilbericht 1: Stadt-raum-Typisierung und Durchführung der Befragung – Informationen zum methodischen Design. – Stuttgart 1991
- Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwick-lung (Hrsg.); Kröhnert, Steffen; Medicus, Franziska; Klingholz, Reiner (Bearbeitung): Die demografische Lage der Nation. Wie zu-kunfts-fähig sind Deutschlands Regionen? – Mün-chen 2006
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Wegweiser Demo-grafischer Wandel 2020 – Analysen und Hand-lungskonzepte für Städte und Gemeinden. – Gü-tersloh 2006
- Bick, Wolfgang; Böltken, Ferdinand; Döh-la, Rainer; Erbslöh, Barbara; Rosenkrantz, Bruno; Roski, Günter; Schönfeld-Nastoll, Ulrike: Standardindikatoren für kommunale Bürgerumfragen – Eine Arbeitshilfe, DST-Beiträge zur Statistik und Stadtforschung, H. 41. – Köln 1995
- Birg, Herwig; Flöthmann, Jürgen: Kleinräumige demografische Analysen und Vorausschätzungen im regionalen Vergleich. In: Institut für Landes-und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen – ILS (Hrsg.): Aspekte der demografischen Entwicklung in NRW. – Dortmund 2003
- Bloch, Ernst: Gesamtausgabe, Bd. IV – Erbschaft dieser Zeit. Frankfurt a.M. 1977 (Original 1934).
- Böltken, Ferdinand: Kommunale Ansätze zur Stadtteilypisierung. In: Arbeitsgruppe Regio-nale Standards (Hrsg.): Regionale Standards. Eine gemeinsame Empfehlung des ADM, der ASI und des Statistischen Bundesamtes. – Mannheim 2005, S. 165–168
- Böltken, Ferdinand: Stadtstruktur und Bevöl-kerungsentwicklung – vergleichende Ana-lysen der Innerstädtischen Raumb Beobachtung (IRB). In: Frankfurter Statistische Berichte (2004) 2/3, S. 108–122. (www.frankfurt.de/sixcms/media.php/1977/2004-2-3_Stadtstruktur.pdf)
- Böltken, Ferdinand: Die Raumb Beobachtung des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung als Instrument des Städtevergleichs – Erfahrungen und Perspektiven eines ebenenübergreifenden Kooperationsprojekts. In: Verband Deutscher Städtestatistiker (Hrsg.), Statistische Woche 1999 in Hannover, Tagungsbericht des VDSt. – Hanno-ver 2002, S. 123–135
- Böltken, Ferdinand: Vorschlag Stadtbeob-achtung – IRB auf dem Weg zum systematischen Stadtmonitoring. In: Verband Deutscher Städte-statistiker (Hrsg.), Tagungsbericht Frühjahrsta-gung des VDSt 2001 in Erfurt. – Bielefeld 2001 a, S. 29–38
- Böltken, Ferdinand: Raumb Beobachtung und das Netzwerk Stadt- und Regionalstatistik. In: Ver-band Deutscher Städtestatistiker (Hrsg.), Stati-stische Woche 2000 in Nürnberg, Tagungsbericht des VDSt. – Nürnberg 2001 b, S. 210–219
- Böltken, Ferdinand: „Städtische Lebenswei-se“ – Eine empirische Untersuchung des Zu-sammenhangs von Siedlungs- und Verhaltens-weise. Dissertation. – Köln 1979
- Böltken, Ferdinand; Gatzweiler, Hans-Peter; Meyer, Katrin: Innerstädtische Raumb Beobachtung – Ein-, Rück- und Ausblicke. In: Stadtforschung und Statistik, (2004) 2: Zahl und Entscheidung 1879–2004, Festschrift zum 125-jährigen Bestehen des Verbandes Deutscher Städtestatistiker, S. 193–211
- Böltken, Ferdinand; Göddecke-Stellmann, Jür-gen; Ley, Werner; Reichertz, Sabine: Ansätze zur Stadtteilypisierung – Vorstellung des Ar-beitsstandes und von Modellen aus Städten. In: Verband Deutscher Städtestatistiker (Hrsg.), Ta-gungsbericht Frühjahrstagung des VDSt 1996 in Göttingen. – Göttingen 1996, S. 23–31
- Böltken, Ferdinand; Kuhlmann, Petra: Die Bevöl-kerungsentwicklung Leipzigs in den 90er Jahren – ein intrakommunaler Vergleich. In: Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen (Hrsg.): Statistischer Quartalsbericht 4/1998. – Leipzig 1998, S. 14–16
- Bös, Mathias: Konfliktdynamiken der Bevölke-rungsentwicklung in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Peter Imbusch, Ralf Zoll (Hrsg.): Friedens- und Konfliktforschung (4. Aufl.). – Wiesbaden 2006, S. 383–403
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung – BBR (Hrsg.), Sturm, Gabriele (Projektleitung): LebensRäume – Wohn- und Lebensbedingungen aus Sicht der Bewohnerinnen und Bewohner. – Bonn 2006 a. = Berichte Bd. 24
- Bundesamt für Bauwesen und Raumord-nung – BBR (Hrsg.), Bucher, Hansjörg, Waltersbacher, Matthias (Projektleitung): Raum-ordnungsprognose 2020/2050. – Bonn 2006 b. = Berichte Bd. 23
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung – BBR (Hrsg.), Janich, Helmut (Projektleitung): IN-KAR – Indikatoren und Karten zur Raumentwick-lung, Ausgabe 2005, CD-ROM. – Bonn 2006 c

- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung – BBR (Hrsg.): Raumordnungsprognose 2020. Inform. z. Raumentwicklung (2004) H. 3/4
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung – BBR (Hrsg), Janich, Helmut (Projektleitung): Aktuelle Daten zur Entwicklung der Städte, Kreise und Gemeinden, Ausgabe 2003. – Bonn 2004b. = Berichte Bd. 17
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung – BBR (Hrsg.), Meyer, Katrin; Böltken, Ferdinand; Gödderz, Frank; Neußer, Wolfgang (Bearbeitung): Lebensbedingungen aus Bürgersicht. – Bonn 2003. = Berichte Bd. 15
- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung – BMVBS (Hrsg.), Koziol, Matthias (Auftragnehmer): Stadtbau Ost – Anpassung der technischen Infrastruktur. Erkenntnisstand, Bewertung und offene Fragen. – Bonn 2006. = Werkstatt: Praxis, H. 41
- Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW), Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung – BBR (Hrsg.): Öffentliche Daseinsvorsorge und demografischer Wandel. Erprobung von Anpassungs- und Entwicklungsstrategien in Modellvorhaben der Raumordnung. – Berlin, Bonn 2005
- Fuhrich, Manfred; Kaltenbrunner, Robert: Der Osten – jetzt auch im Westen? In: Berliner Debatte Initial. 16 (2005) 6, S. 41–54
- Gans, Paul; Schmitz-Veltin, Ansgar (Hrsg.): Demografische Trends in Deutschland – Folgen für Städte und Regionen (Räumliche Konsequenzen des demografischen Wandels Teil 6), ARL Bd. 226. – Hannover 2006
- Gatzweiler, Hans-Peter; Böltken, Ferdinand; Janich, Helmut; Meyer, Katrin: Das statistische Amt Freiburg – ein verlässlicher Partner der raumbezogenen Politikberatung. In: Amt für Statistik und Einwohnerwesen der Stadt Freiburg (Hrsg.), Festschrift – 100 Jahre Statistisches Amt Freiburg, Beiträge zur Statistik der Stadt Freiburg i.Br., Jahreshaft 2002–2004. – Freiburg 2005, S. 1–7
- Gatzweiler, Hans-Peter; Kuhlmann, Petra; Meyer, Katrin; Milbert, Antonia; Pütz, Thomas; Schlömer, Claus; Schürt, Alexander: Herausforderungen deutscher Städte und Stadtregionen. – Bonn 2006
- Gatzweiler, Hans-Peter; Meyer, Katrin; Milbert, Antonia (2003): Schrumpfende Städte in Deutschland? Fakten und Trends. In: Inform. z. Raumentwicklung (2003) H. 10/11, S. 557–574
- Geisler, Jürgen; Parpart, Thomas: Stadtentwicklung Wiesbaden – Beiträge zur Stadtteiltypisierung. – Wiesbaden 1981
- Gesellschaft für Markt- und Absatzforschung: Einzelhandels- und Zentrenkonzept der Stadt Frankfurt am Main 2003 – Die Stadt Frankfurt am Main als Einzelhandelsstandort unter besonderer Berücksichtigung der Nahversorgung. – Köln 2003
- Göddecke-Stellmann, Jürgen: Überlegungen zu einer inter- und intrakommunal vergleichenden Wohnungsmarktbeobachtung. In: Amt für Statistik und Einwohnerwesen der Stadt Freiburg (Hrsg.): Wohnungsmarktbeobachtung in Freiburg 1994–1996, Beiträge zur Statistik der Stadt Freiburg i.Br. – Freiburg i.Br. 1998, S. 6–18
- Göddecke-Stellmann, Jürgen: Auf dem Weg zu einer Neuabgrenzung der Stadtregionen. In: Stadtforschung und Statistik (1995) 1, S. 64–71
- Göddecke-Stellmann, Jürgen: Die Freiburger Bevölkerungsentwicklung im Stadtvergleich – Ergebnisse der „Innerstädtischen Raumbearbeitung“. In: Amt für Statistik und Einwohnerwesen (Hrsg.): Beiträge zur Statistik der Stadt Freiburg i.Br., Jahreshaft 1994. – Freiburg i.Br. 1994a, S. 15–22
- Göddecke-Stellmann, Jürgen: Die Frankfurter Bevölkerungsentwicklung von 1980 bis 1993 in städtevergleichender Perspektive. In: Frankfurter Statistische Berichte (1994) 3, S. 103–134
- Göddecke-Stellmann, Jürgen: Aktuelle Tendenzen der Stadtentwicklung – Ergebnisse der innerstädtischen Raumbearbeitung. In: Stadtforschung und Statistik (1994c) 1, S. 33–36
- Göddecke-Stellmann, Jürgen; Metzmaker, Mathias: Wohnungsmarktlage und Innerstädtische Umzüge als Instrument der Wohnungsmarktbeobachtung. In: Inform. z. Raumentwicklung (1994) H. 10/11, S. 781–796
- Greiner, Christian: Neubautätigkeit und Migration 1994 in Freiburg i.Br. In: Amt für Statistik und Einwohnerwesen der Stadt Freiburg (Hrsg.): Wohnungsmarktbeobachtung in Freiburg 1994–1996, Beiträge zur Statistik der Stadt Freiburg im Breisgau. – Freiburg 1998, S. 45–72
- Häußermann, Hartmut: Armut in der Großstadt – Die Stadtstruktur verstärkt soziale Ungleichheit. In: Inform. z. Raumentwicklung (2003) H. 3/4, S. 147–159
- Herfert, Günter: Disurbanisierung und Reurbanisierung – Polarisierende Raumentwicklung in der ostdeutschen Schrumpflandschaft. In: Raumforsch. u. Raumordnung 60 (2002) H. 5/6, S. 334–344
- Hermann, T.: Die sozialen und politischen Strukturen Hannovers in kleinräumlicher Gliederung 1987–1990. Bericht zur Explorationsstudie „Die Implikationen der EXPO 2000 für die sozialen und politischen Strukturen der Stadt und des Großraums Hannovers“ im Auftrag der Niedersächsischen Staatskanzlei – Planungsgruppe EXPO. – Hannover 1992
- Ipsen, Detlev: Raumbilder. Kultur und Ökonomie räumlicher Entwicklung. – Pfaffenweiler 1997

- Janßen, Antje: Segregation in Großstädten – Das Problem von Messung und Interpretation. In: Stadtforschung und Statistik (2004) 1, S. 19–23
- Kaiser, Klaus: Bevölkerungsentwicklung im Städtevergleich – Fällt Stuttgart aus dem Rahmen? In: Stadtforschung und Statistik (1993) 1, S. 45–47
- Kaufmann, Franz-Xaver: Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen. – Frankfurt a.M. 2005
- Kemper, Franz-Josef: Komponenten des demografischen Wandels und die räumliche Perspektive. In: Raumforsch. u. Raumordnung, 64 (2006) 3, S. 195–199
- v. Klitzing, Friedrich: Handbuch zur kleinräumigen Nutzung von Daten der Volkszählung 1987. – Köln 1989. = DST- Beiträge zur Statistik und Stadtforschung, H. 36
- v. Klitzing, Friedrich: Methodenstudie Wohnungsmarktbeobachtung, Bd. 1 u. 2. – Köln 1988. = DST-Beiträge zur Statistik und Stadtforschung, H. 35
- v. Klitzing, Friedrich: Synopse teileräumlicher Untergliederungen unterhalb der Gemeindeebene und verfügbarer (veröff.) Daten, Mimeo BfLR. – Bonn 1984
- Knoche, Axel: Tendenzen der Bevölkerungsentwicklung in Großstädten seit 1980. In: Inform. z. Raumentwicklung (1987) H. 11/12, S. 723–734
- Landeshauptstadt Düsseldorf (Juli 2004): Versorgen – Einzelhandel
www.duesseldorf.de/cgi-bin/drucken/drucken.pl
- Landeshauptstadt München (Hrsg.): Fortschreibung des Zentrenkonzepts – Entwicklungsperspektiven für den Einzelhandel. – München 2001
- Mädig, Heinrich: Demografischer Wandel als Herausforderung für die Kommunen. In: Gans, Paul; Schmitz-Veltin, Ansgar (Hrsg.): Demografische Trends in Deutschland – Folgen für Städte und Regionen. – Hannover 2006, S. 338–354
- Metzmacher, Mathias: Innerstädtische Umzüge und Wohnungsversorgung im Bestand – Aktuelle Wohnungsmarktbeobachtung aus der Freiburger Kommunalstatistik. In: Amt für Statistik und Einwohnerwesen (Hrsg.): Wohnungsmarktbeobachtung in Freiburg 1994–1996, Beiträge zur Statistik der Stadt Freiburg i.Br. – Freiburg i.Br. 1998, S. 19–44
- Reichert, Sabine; Wermker, Klaus: Kleinräumige Analysen sozio-demografischer Daten. In: Kessl, Fabian; Reutlinger, Christian; Maurer, Susanne; Frey, Oliver (Hrsg.): Handbuch Sozialraum. – Wiesbaden 2005, S. 459–469
- Riege, Marlo; Schubert, Herbert (Hrsg.): Sozialraumanalyse: Grundlagen – Methoden – Praxis, 2. Aufl. – Wiesbaden 2005
- Roski, Günter et al.: Methodik kommunaler Bürgerumfragen – Eine Arbeitshilfe zur Vorbereitung, Durchführung und Auswertung. – Köln. = DST-Beiträge zur Statistik und Stadtforschung (1997) H. 44
- Ruten, Christa; Böltken, Ferdinand; Marx, Harro; Ley, Werner: Innerstädtische Typisierung, Bericht der Arbeitsgruppe – speziell Kap. 3: Stadtteilytypisierung nach Komponenten der Bevölkerungsdynamik: Erste Ergebnisse und weitere offene Fragen. In: Verband Deutscher Städtestatistiker (Hrsg.), Statistische Woche 1999 in Hannover, Tagungsbericht des VDSt. – Hannover 2002, S. 90–99
- Schlömer, Claus: Bestimmungsfaktoren der zukünftigen räumlich-demografischen Entwicklung in Deutschland. In: Gans, Paul; Schmitz-Veltin, Ansgar (Hrsg.): Demografische Trends in Deutschland – Folgen für Städte und Regionen. – Hannover 2006, S. 4–16
- Schulz, Annerose: Erkenntnisgewinn durch Lagekriterien der innerstädtischen Raumbearbeitung? Überlegungen anhand der neueren Bevölkerungsentwicklung in Düsseldorf. In: Stadtforschung und Statistik (1993) 1, S. 47–49
- Sedlacek, Peter: Demografischer Wandel – Folgerungen für Raumentwicklungspolitik in Thüringen. In: PlanerIn (2006) 2_06, S. 8–11
- Der Senator für Bau, Verkehr und Stadtentwicklung der Hansestadt Bremen (Hrsg.): Stadtentwicklungskonzept Bremen. – Bremen 1999
- Shevky, Eshref; Bell, Wendell: Sozialraumanalyse. In: Atteslander, Peter; Hamm, Bernd (Hrsg.): Materialien zur Siedlungssoziologie. – Köln 1974, S. 125–139 (Original 1961: Social Area Analysis)
- Stadt Dortmund (Hrsg.): Masterplan Einzelhandel. – Dortmund 2004
- Stadt Leipzig (Hrsg.): Stadtentwicklungsplan Zentren, Beiträge zur Stadtentwicklung 28. – Leipzig 2000
- Stadt Münster (Hrsg.): Ruten, Christa (Bearb.): Strukturtypisierung zur kleinräumigen Bevölkerungsprognose. – Münster 2003
- Stadt Münster (Hrsg.): Konzeptioneller Ansatz des Beiplans „Entwicklungsschwerpunkte für Zentrenfunktionen“. – Münster 2002
- Stadt Nürnberg (Hrsg.): Räumliche Gliederung Nürnbergs nach sozialstrukturellen Merkmalen. In: Statistische Nachrichten 1/1991. – Nürnberg 1991
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Leben in Deutschland. Haushalte, Familien und Gesundheit – Ergebnisse des Mikrozensus 2005. – Wiesbaden 2006

Stiens, Gerhard; Pick, Doris: Strukturen und Instrumentenfunktionen der Zentrale-Orte-Systeme. – Bonn 1999. = BBR-Arbeitspapiere 1/1999

Strohmeier, Klaus Peter; Zimmer-Hegmann, Ralf et al.: Sozialraumanalyse – Soziale, ethnische und demografische Segregation in den nordrhein-westfälischen Städten. Gutachten für die Enquetekommission „Zukunft der Städte in NRW“ des Landtags Nordrhein-Westfalen. – Dortmund, Bochum 2003

Urban, Michael; Weiser, Ulrich: Kleinräumige Sozialraumanalyse: Theoretische Grundlagen und praktische Anwendungen. – Dresden 2006

Willmann, Thomas: Die Entwicklung und die aktuelle Lage auf dem Freiburger Wohnungsmarkt: Ansätze einer laufenden Wohnungsmarktbeobachtung. In: Amt für Statistik und Einwohnerwesen der Stadt Freiburg (Hrsg.), Wohnungsmarktbeobachtung in Freiburg 1994–1996, Beiträge zur Statistik der Stadt Freiburg i.Br. – Freiburg 1998, S. 73–87

Willmann, Thomas: Haushaltsinformationen aus dem Einwohnermelderegister. In: Amt für Statistik und Einwohnerwesen der Stadt Freiburg (Hrsg.): Wohnbevölkerung am 1.1.1995, Beiträge zur Statistik der Stadt Freiburg i.Br. – Freiburg i.Br. 1995, S. 35–37

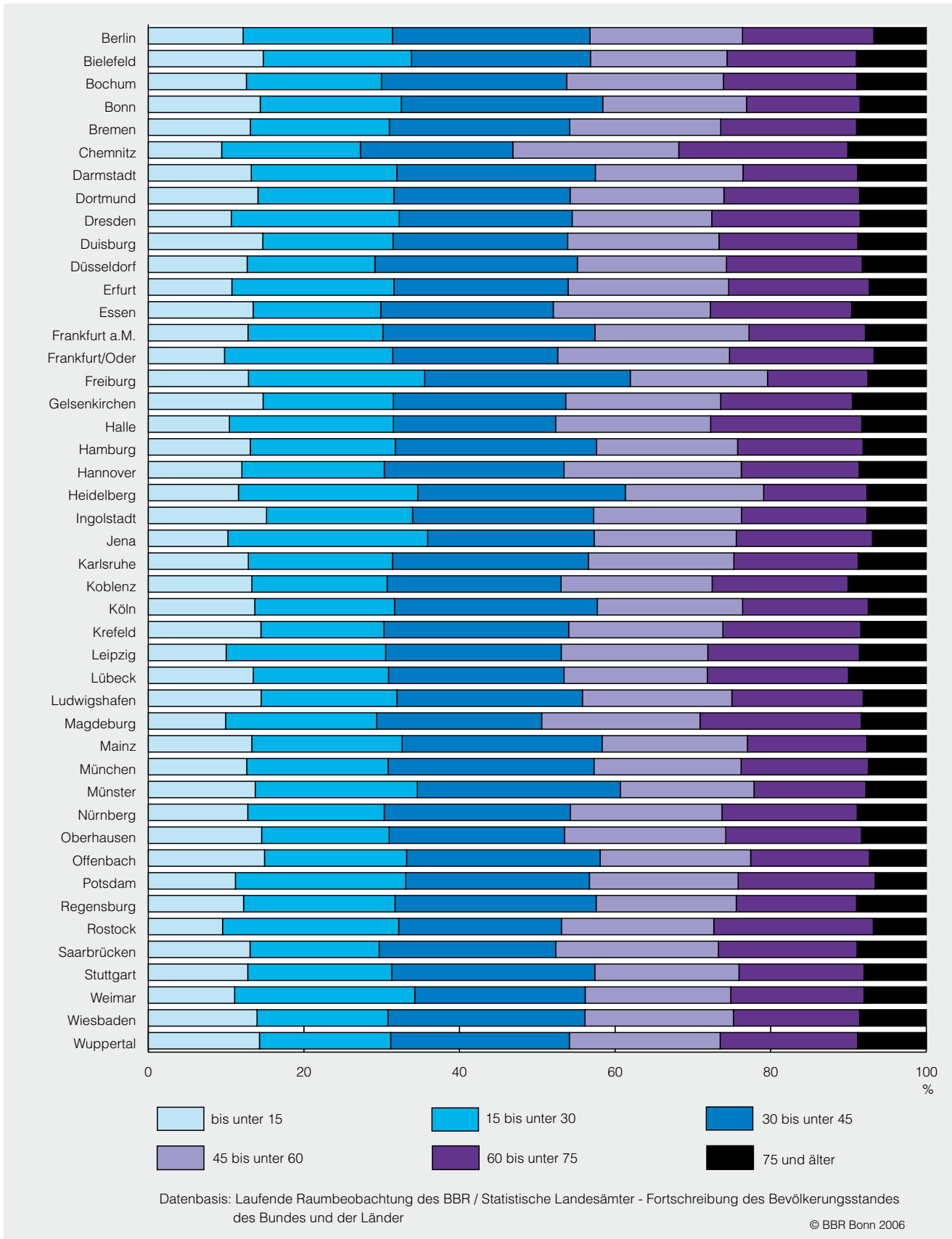
Zehner, Klaus: Sozialraumanalyse der Stadt Köln – Eine geografische Analyse nach ausgewählten quantitativen Methoden der Großstadtforschung. – Köln o.J.

Anhang

Merkmalsprogramm des Kooperationsprojekts „Innerstädtische Raubeobachtung“ – 2005

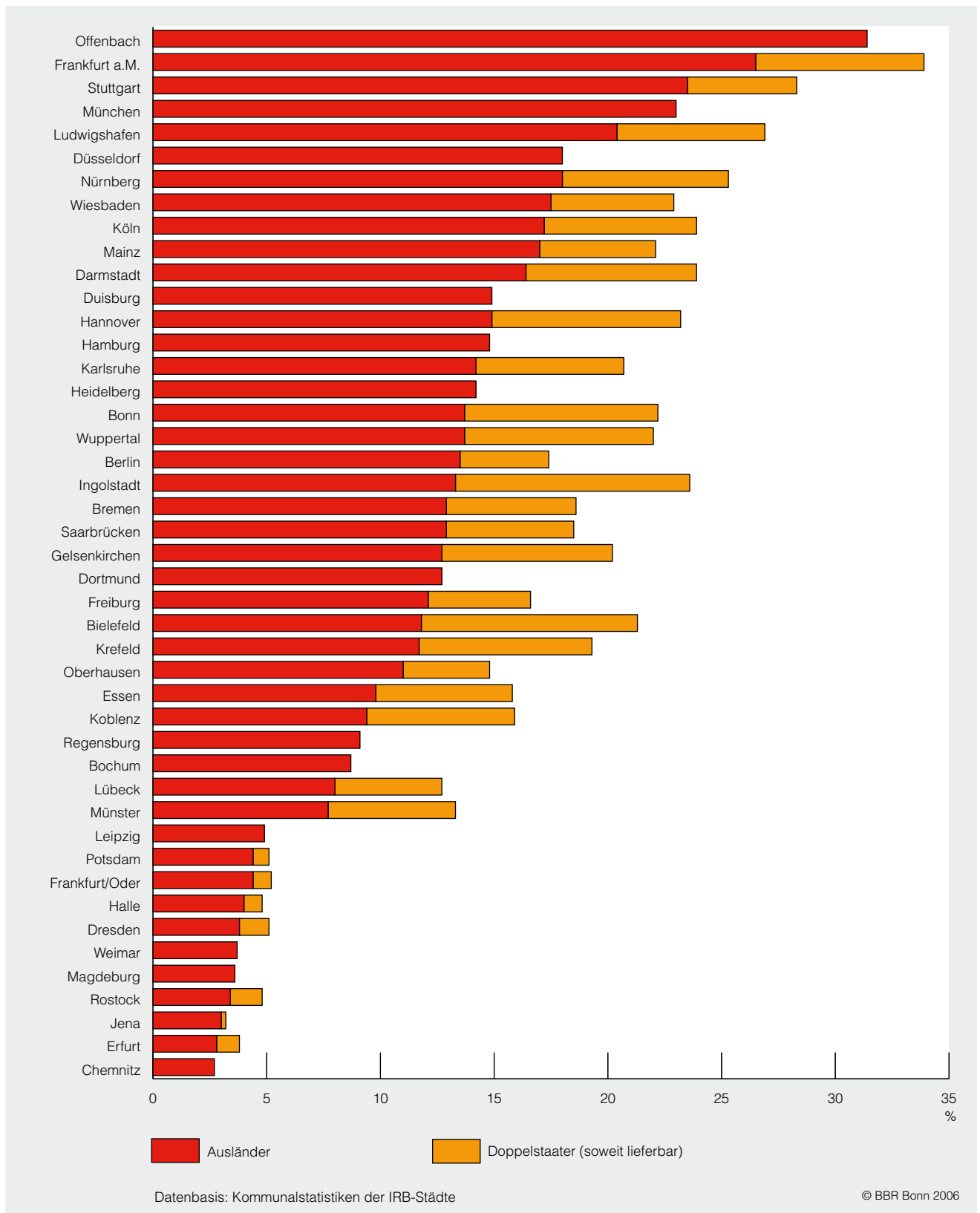
Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung – nach Altersgruppen
Wohnberechtigte Bevölkerung – nach Altersgruppen
Ausländer – nach Altersgruppen
Deutsche mit weiterer Staatsangehörigkeit – nach Altersgruppen (Doppelstaater)
Frauen – nach Altersgruppen
Ausländische Frauen – nach Altersgruppen
Staatsangehörigkeit Ausländer
Staatsangehörigkeit Doppelstaater
Familienstand
Natürliche Bevölkerungsbewegungen
Steuerrechtliche Personenverbände – nach Personenzahl, Kinderzahl, Geschlecht
Haushalte nach HHGen – nach Personenzahl, Kinderzahl, Geschlecht
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte – nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Alter, Status
Arbeitslose
ab 2005: (SGB II + SGB III) – nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Alter, Arbeitszeit
bis 2004: Sozialhilfeempfänger – nach Geschlecht, Alter, Staatsangehörigkeit
ab 2005: Leistungen SGB II
Leistungsempfänger
ab 2005: (SGB III – nach Geschlecht)
Einwohner nach der Wohndauer an der Adresse
Umzüge zwischen Stadtteilen – nach Altersgruppen
Umzüge Ausländer zwischen Stadtteilen – nach Altersgruppen
Wanderungen der Bevölkerung mit Hauptwohnung – nach Altersgruppen
Wanderungen der wohnberechtigten Bevölkerung – nach Altersgruppen
Wanderungen Ausländer – nach Altersgruppen
Wanderungen in/aus Umland – nach Altersgruppen
Wanderungen Ausländer in/aus Ausland – nach Altersgruppen
Bestand Wohngebäude – nach Wohnungszahl – und Wohnungen – nach Raumzahl und Wohnfläche
Fertiggestellte Gebäude und Wohnungen (Neubau) – nach Nutzung, Wohnungszahl, Wohnungsgröße
Baumaßnahmen an Gebäuden mit Wohnungen
Flächennutzung
neu ab 2005: Wahl zum 15. Deutschen Bundestag am 22.9.2002
Wahl zum 16. Deutschen Bundestag am 18.9.2005

Altersgruppenverteilung in den IRB-Städten – 2004



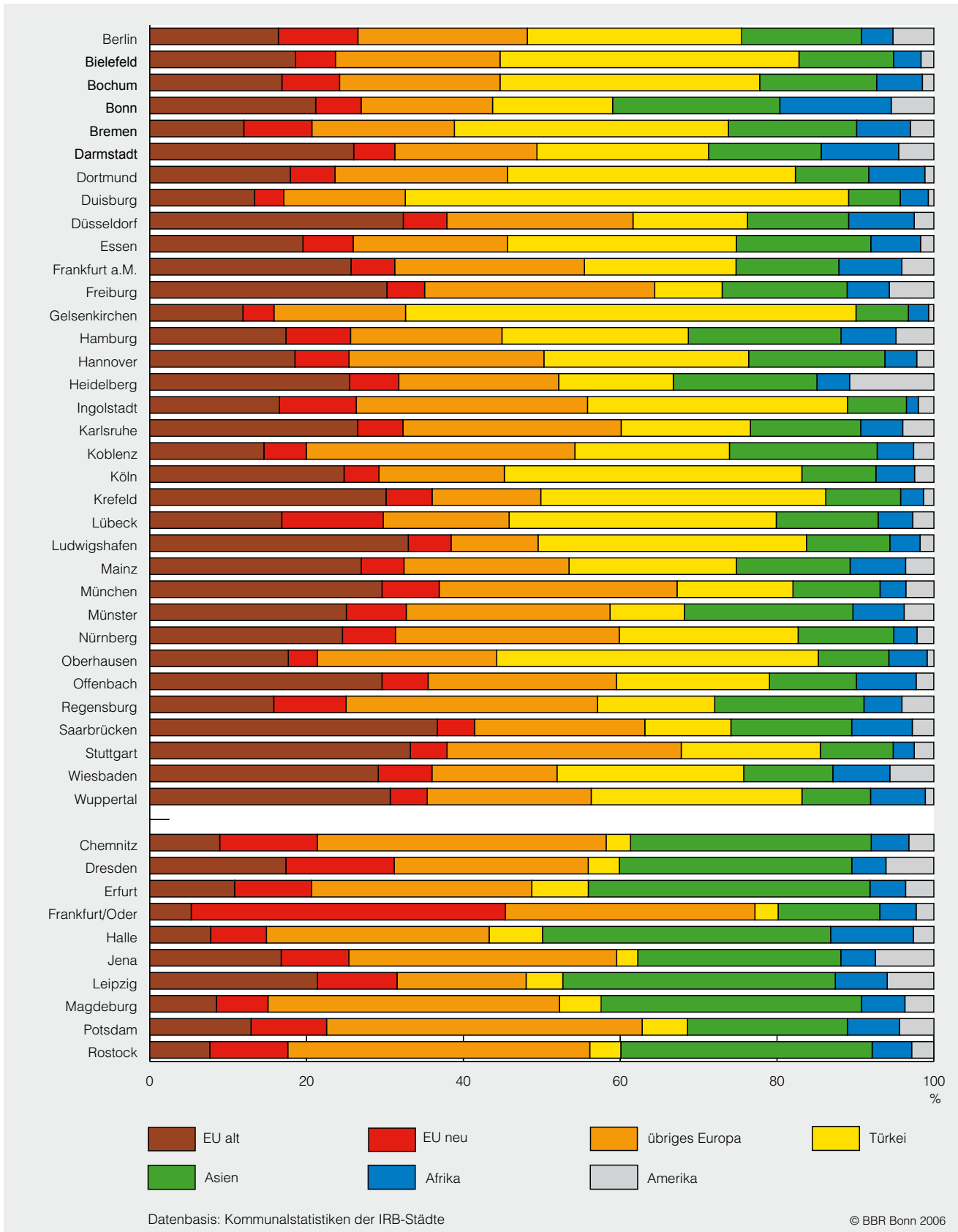
Quelle: Innerstädtische Raumbeobachtung des BBR

Anteile von Ausländern und Doppelstaatern in den IRB-Städten – 2004



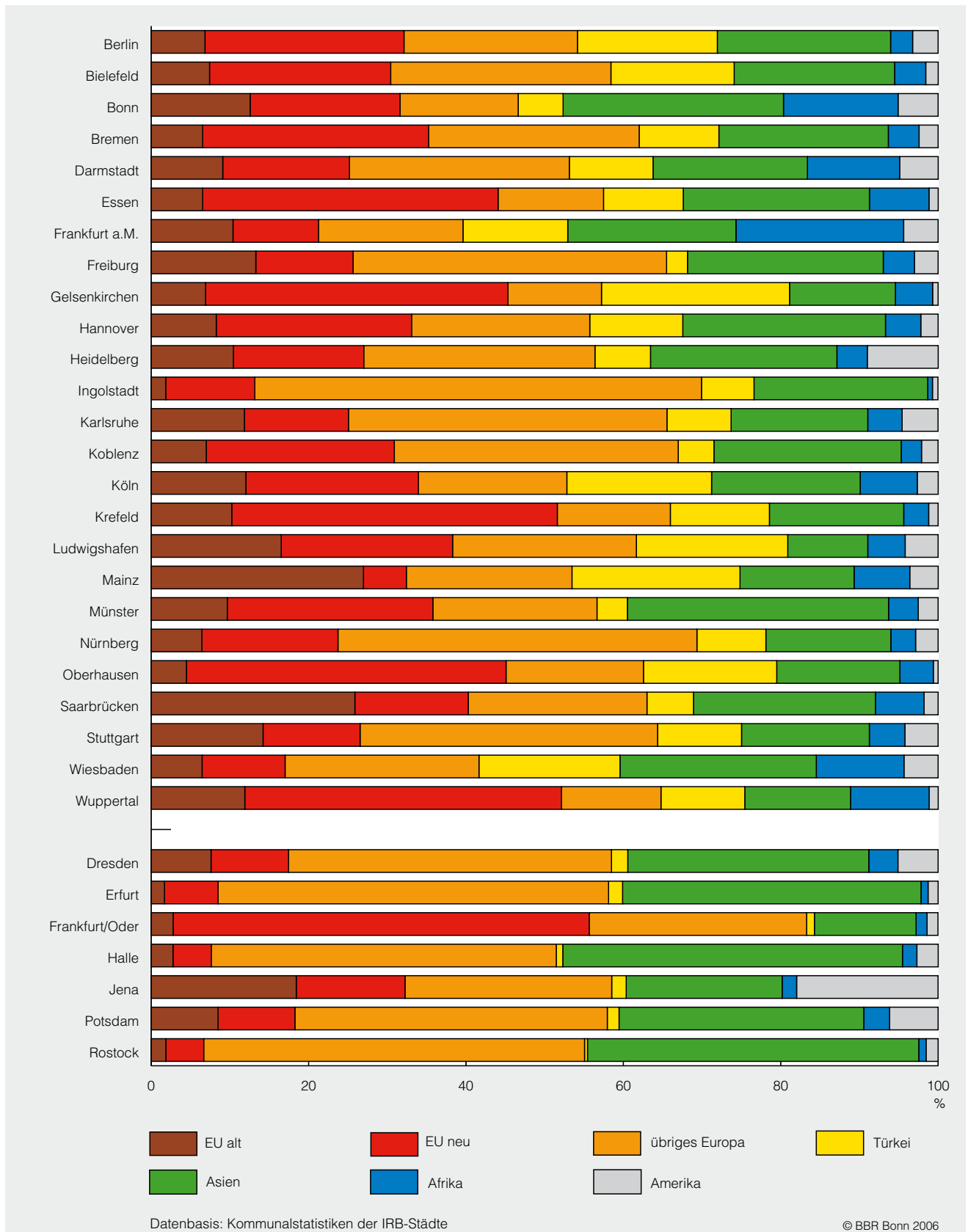
Quelle: Innerstädtische Raumbewertung des BBR

Verteilung der Nationalitäten bei den Ausländern in den IRB-Städten – 2004



Quelle: Innerstädtische Raumbeobachtung des BBR

Verteilung der Nationalitäten bei den Doppelstaatern in den IRB-Städten – 2004



Quelle: Innerstädtische Raubeobachtung des BBR

Profile der Lagetypen einzelner IRB-Städte

Im Folgenden wird jede der 41 Städte, für die Mitte des Jahres 2006 innerstädtische Lagetypen festgelegt waren, mit ausgewählten Merkmalen auf einer Seite vorgestellt. Hinsichtlich der Darstellungen sind einige Punkte zu beachten:

- Für die Zeitreihen der Bevölkerung sowie des Wohnungs- und Gebäudebestandes stammen die Daten aus den Kommunalstatistiken der Städte. Da die für die Städte vorhandenen Zeitreihen recht unterschiedlich lang sind, ist es sinnvoll, ein möglichst allen gemeinsames Referenzjahr zu wählen. Die Wahl ist hier aus rein pragmatischen Gründen auf 1998 gefallen, da auf Grundlage der Lücken füllenden KOSTAT-Daten ab diesem Jahr für alle Teilnehmerstädte Zeitreihen für die Bevölkerung herstellbar sind. Für einige wenige Städte muss aus unterschiedlichen Gründen ein anderes Referenzjahr gewählt werden.
- Fehlen für eine Stadt bestimmte Daten nur für ein Jahr, so werden diese durch Interpolation der beiden angrenzenden Jahre ergänzt.
- Liegen keine kommunalstatistischen Daten der Städte vor, sind die Zeitreihen für die Gesamtstadt – soweit möglich – durch Daten aus der Laufenden Raumbeobachtung des BBR (Datengrundlage: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes des Bundes und der Länder) fortgeführt worden. Diese Ergänzung ist als gepunktete Linie erkennbar.
- Da die Entwicklung der verschiedenen *Altersgruppen* auf Grundlage der von den Städten gelieferten Daten nur vergleichsweise kurze Zeitreihen ergäbe, ist auch für diese Graphik die Laufende Raumbeobachtung als Datenbasis verwendet worden.
- Die Abstände auf den Ordinaten sind nicht gleich gewählt! Da die Städte sehr unterschiedliche Entwicklungsdynamiken aufweisen, erschien es uns wichtiger, diese für den Einzelfall so deutlich wie möglich aufzuzeigen, als durch denselben Maßstab die Vergleichbarkeit zwischen den Fällen zu erleichtern.
- Neben den vier Zeitreihen werden für das Jahr 2004 die Verteilungen bestimmter *Haushaltstypen* sowie von *Wohnungs-* und *Wohngebäudetypen* auf innerstädtische Lagen vorgestellt. Erst in der Zusammenschau

dieser mit den Entwicklungs-Zeitreihen erschließt sich die Materialität innerstädtischer Prozesse in der jeweiligen Stadt. Wenn zum Beispiel der Wohngebäudebestand in der Inneren Stadt zugenommen hat, müssen ehemalige Industrie-/Gewerbe-/ Brach-/Grünflächen zu Wohnzwecken umgewidmet worden sein. Ist der Wohnungsbestand in dieser Zone zudem stärker gewachsen als die Bevölkerung, verweist dies auf die Zunahme von durchschnittlich kleiner werdenden Haushalten. Die Haushalts-/Wohnungs-/Wohngebäudeverteilungen verknüpfen die relativen Veränderungen der Zeitreihen dann mit aktuellen Ausprägungen.

- Als *(Privat-)Haushalte* gelten i. d. R. Zusammenwohnende und eine wirtschaftliche Einheit bildende Personengemeinschaften sowie Personen, die alleine wohnen und wirtschaften. Anstalten gelten nicht als Haushalte – können aber Privathaushalte beherbergen. Die kommunale Bevölkerungsstatistik muss häufig passen, wenn kleinräumige Haushaltsdaten nachgefragt werden. Diese Lücke schließt u. a. das Haushaltegenerierungsverfahren HHGen, mit dem haushaltsähnliche Personenverbände aus dem Einwohnermelderegister gewonnen werden. Das HHGen entstammt einem Gemeinschaftsprojekt von KOSIS und BBR/ehemals BfLR. Es fußt auf dem Programm SIHAGEN und steht seit 1993 allen Gemeinden zur Nutzung zur Verfügung. Tests zeigen, dass mit dem HHGen die Zahl der nichtehelichen Paare zur Hälfte unterschätzt wird. Sofern nichts anderes angegeben ist, werden Informationen zu privaten Haushalten auf dieser Grundlage angegeben. Nicht alle Städte verwenden das HHGen-Verfahren. Da in den Melderegistern nur Informationen zu einzelnen Personen vorliegen, müssen Verknüpfungen zwischen Ehepartnern und Kindern seit jeher hergestellt werden, um überhaupt Lohnsteuerkarten korrekt ausgeben zu können. Solche Verknüpfungsinformationen verwenden alle Gemeinden, um steuerrechtliche Personenverbände zu bilden und statistisch auszuwerten. Ausgehend von einem Kernhaushalt an einer Adresse werden aktuell bei Verwendung dieses Ansatzes über acht Generierungsstufen weitere Einzelpersonen zugeordnet. Da die Generierungsstufen inhaltlich aufeinander aufbauen, können im

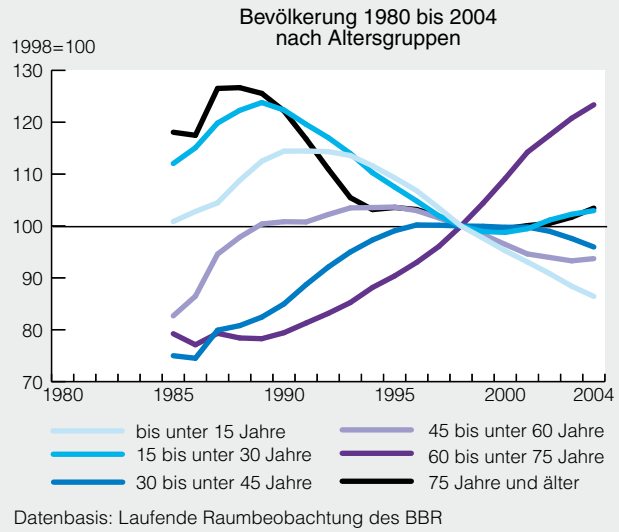
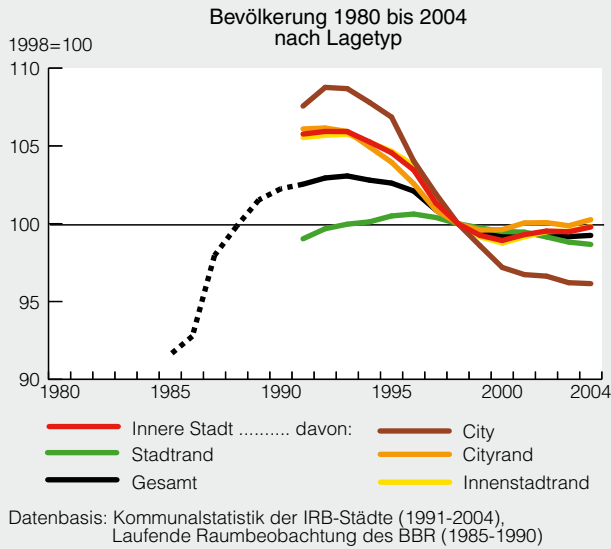
Prinzip Personenbeziehungen besser als mit dem SIHAGEN-Ansatz nachgebildet werden – jedoch werden Einpersonenhaushalte dabei deutlich überschätzt.

- Für die Differenzierungen nach (zentrenorientierten) innerstädtischen *Lagetypen* haben die Städte eine Zuweisung ihrer Stadtteile selbst vorgenommen. Dabei war nicht zu vermeiden, dass ortstypisch unterschiedliche Kriterien eingeflossen sind. So wohnen im Jahr 2004 je nach Stadt zwischen 2 und 47 % (im Durchschnitt 15 %) der Bevölkerung in Stadtteilen der Innenstadt bzw. zwischen 18 und 88 % (im Durchschnitt 47 %) in denen der Inneren Stadt (siehe Meyer in diesem Bericht). Die örtlichen Besonderheiten lassen sich aus einem Vergleich der zusammengestellten Stadtinformationen erschließen.

- Abgesehen von den Altersgruppen-Zeitreihen beziehen sich alle anderen Zeitreihen auf die Bevölkerung bzw. den Wohnungs- und Wohngebäudebestand in den jeweiligen Grenzen. Da die Altersgruppen-Zeitreihen auf Grundlage der LRB erstellt sind, beziehen diese sich auf den aktuellen Gebietsstand 2004.

- Sprunghafte Veränderungen in den Zeitreihen durch Änderung der Gemeindegrenzen oder durch Datenbereinigung infolge der 1987er Volkszählung in Westdeutschland oder durch lokale Registerbereinigungen werden durch eine Anmerkung am Seitenende erklärt.

Profil der Lagetypen der Stadt Berlin

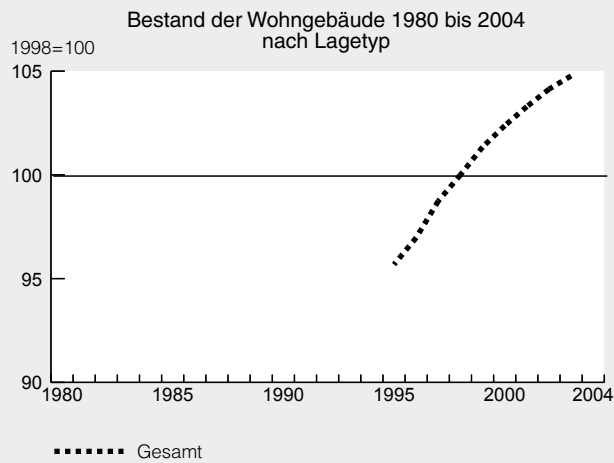


Private Haushalte 2004 nach Lagetyp

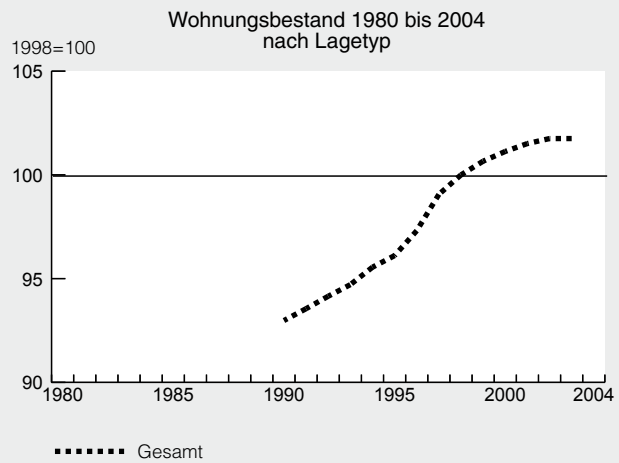
keine Daten vorhanden

Wohngebäude und Wohnungen 2004 nach Lagetyp

keine Daten vorhanden



Datenbasis: Laufende Raumbbeobachtung des BBR

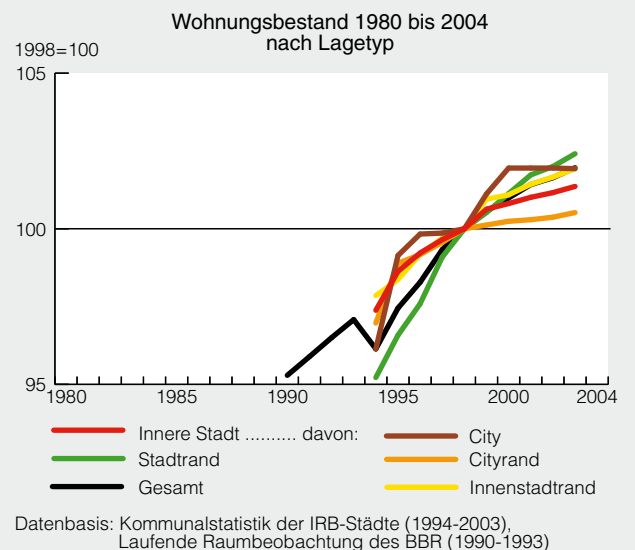
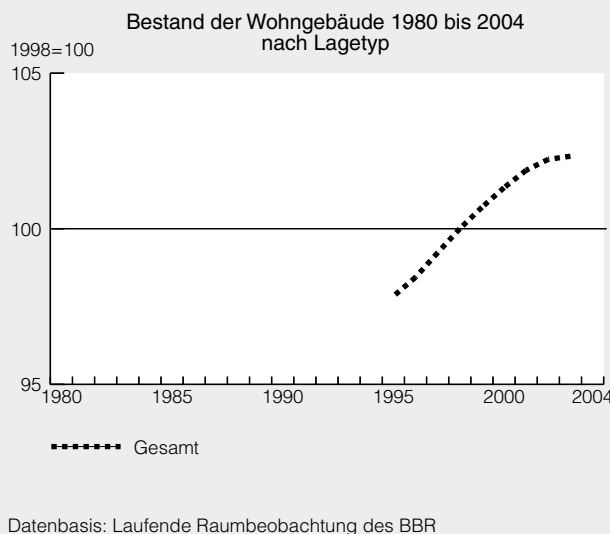
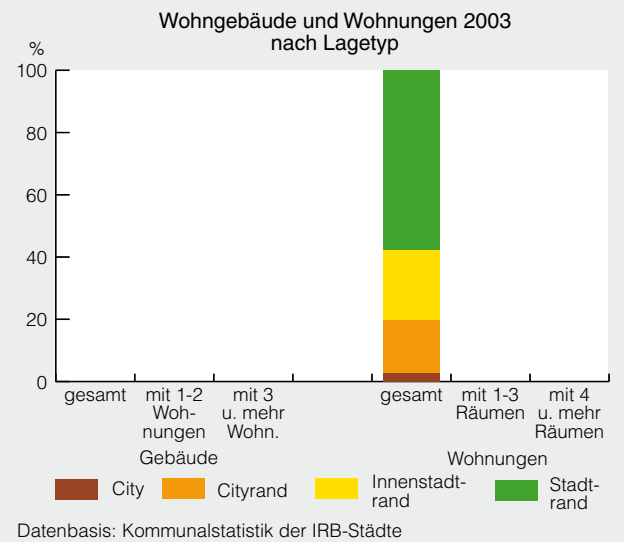
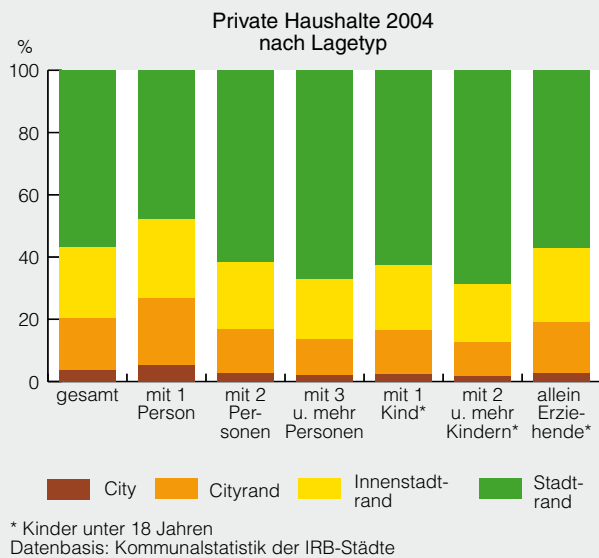
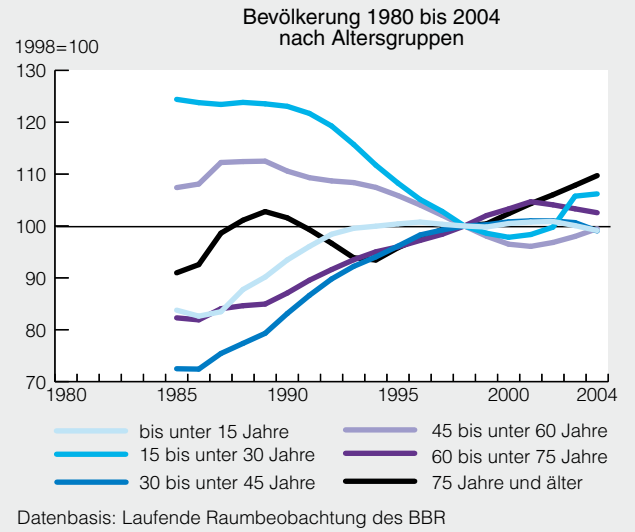
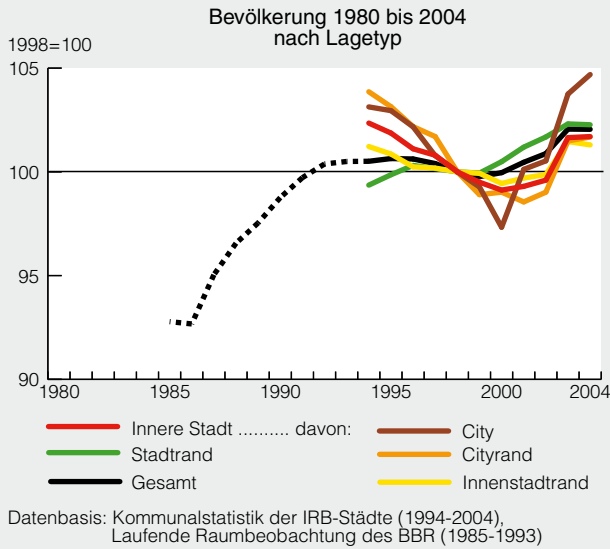


Datenbasis: Laufende Raumbbeobachtung des BBR

Anmerkung: 1987 Korrektur des Bevölkerungs-, Gebäude- und Wohnungsbestands durch die Volkszählung

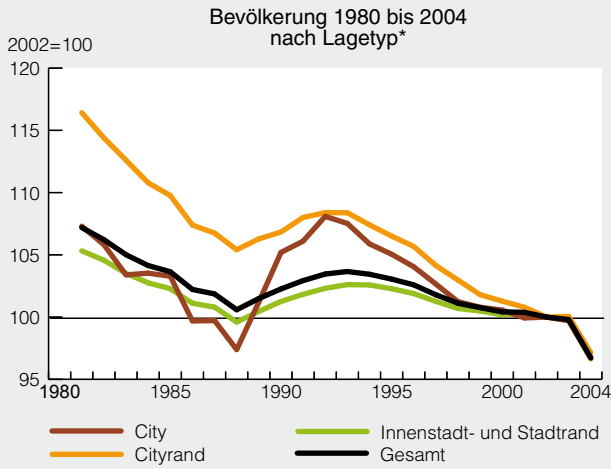
© BBR Bonn 2006

Profil der Lagetypen der Stadt Bielefeld

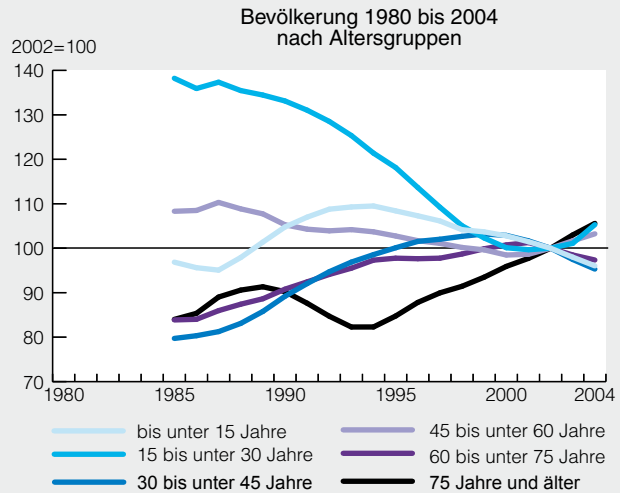


Anmerkung: 1987 Korrektur des Bevölkerungs-, Gebäude- und Wohnungsbestands durch die Volkszählung

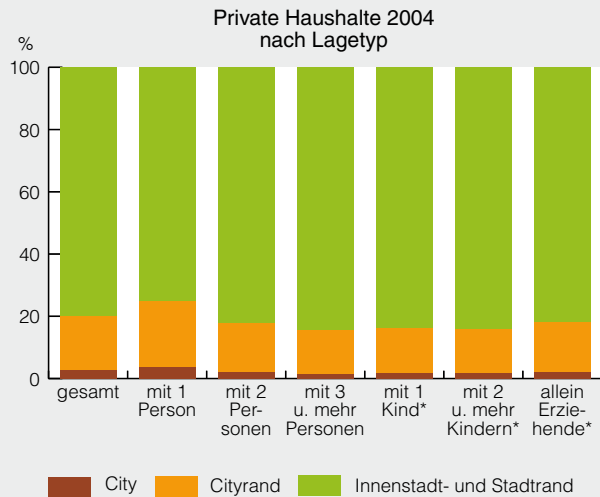
Profil der Lagetypen der Stadt Bochum



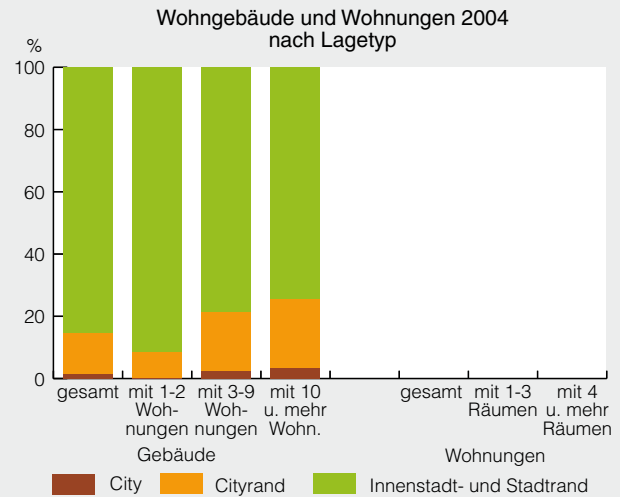
* 2004 Einführung der Zweitwohnsitzsteuer
Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte



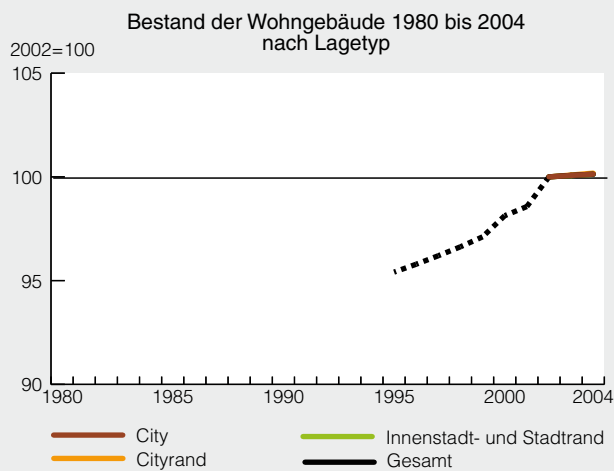
Datenbasis: Laufende Raumbearbeitung des BBR



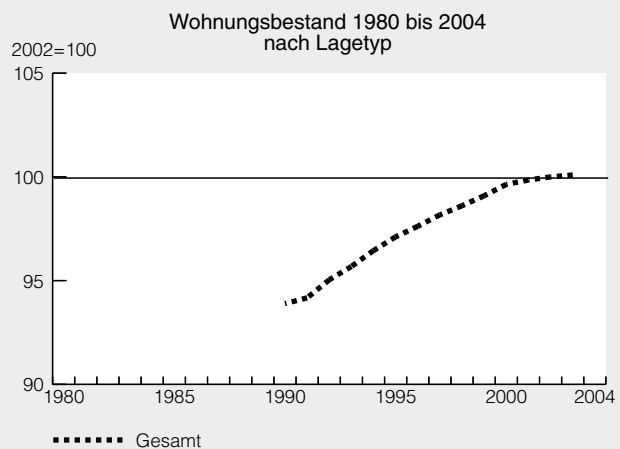
* Kinder unter 18 Jahren
Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte



Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte



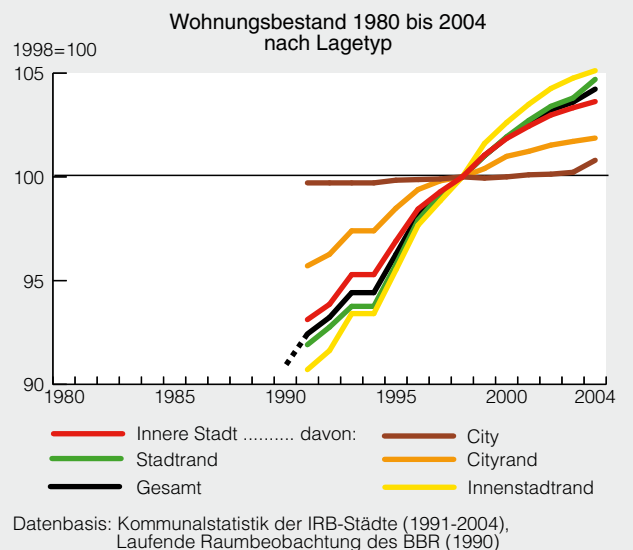
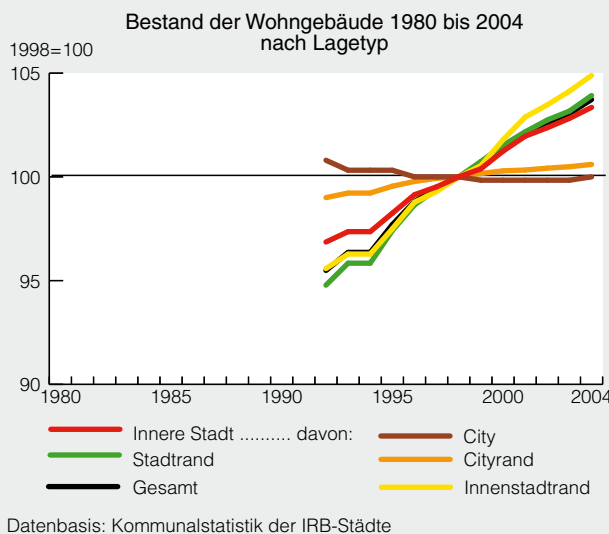
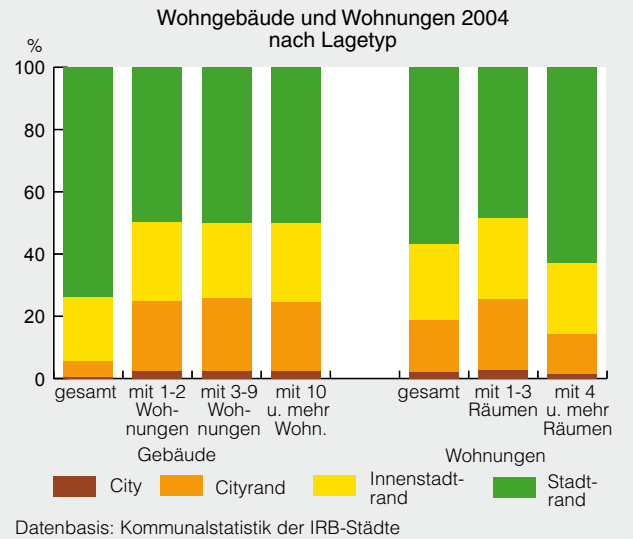
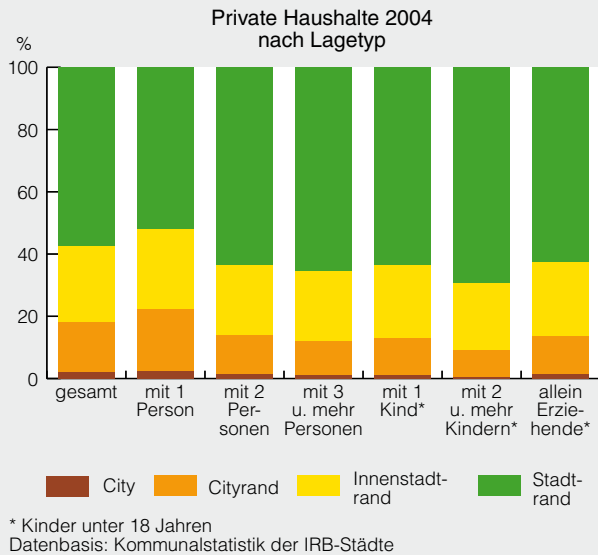
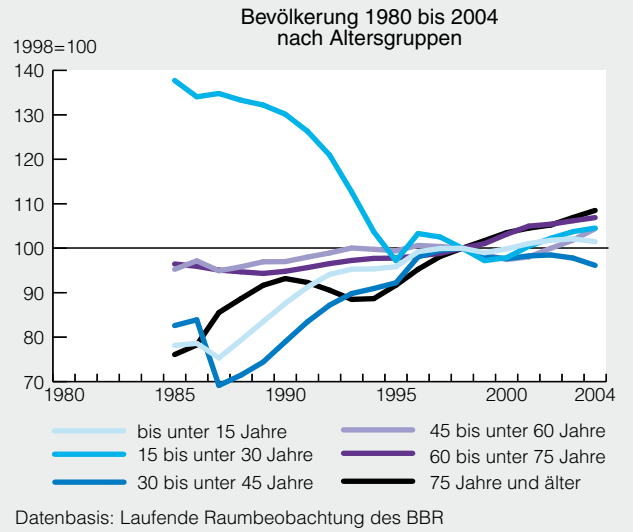
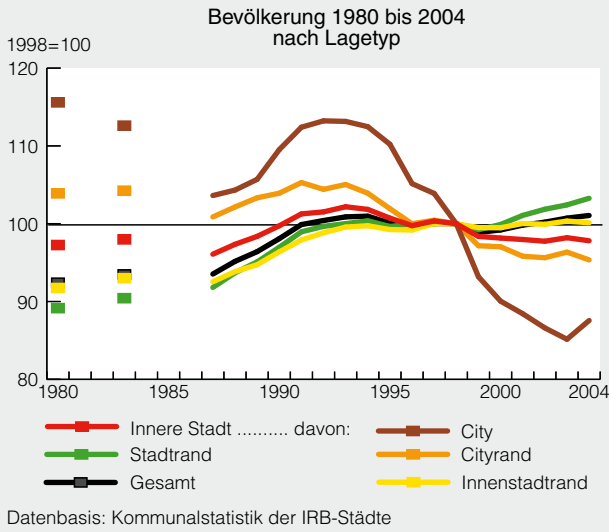
Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte (2002-2004),
Laufende Raumbearbeitung des BBR (1995-2001)



Datenbasis: Laufende Raumbearbeitung des BBR

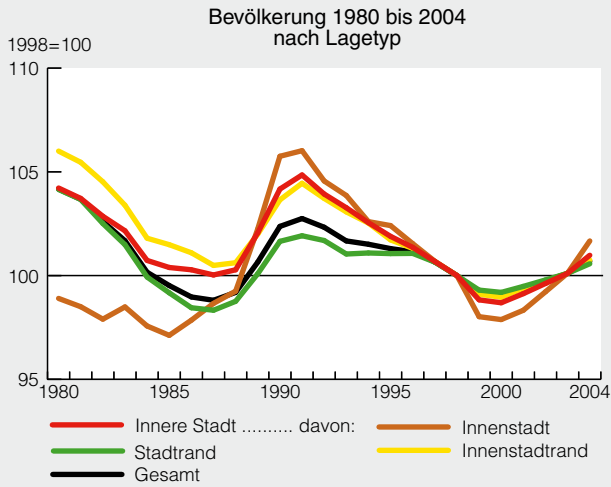
Anmerkung: 1987 Korrektur des Bevölkerungs-, Gebäude- und Wohnungsbestands durch die Volkszählung

Profil der Lagetypen der Stadt Bonn

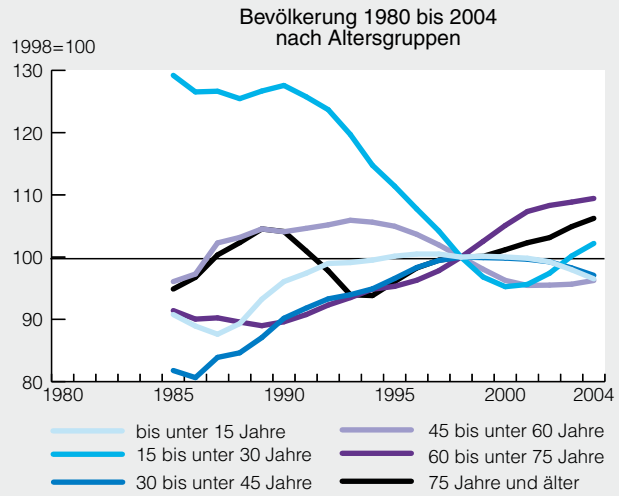


Anmerkung: 1987 Korrektur des Bevölkerungs-, Gebäude- und Wohnungsbestands durch die Volkszählung

Profil der Lagetypen der Stadt Bremen



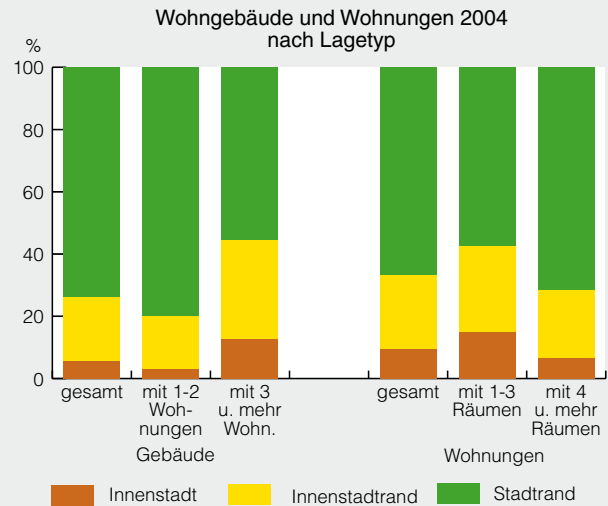
Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte



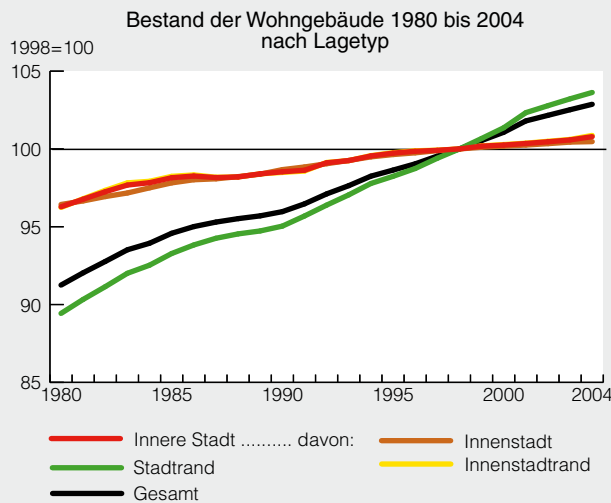
Datenbasis: Laufende Raumbeobachtung des BBR

Private Haushalte 2004 nach Lagetyp

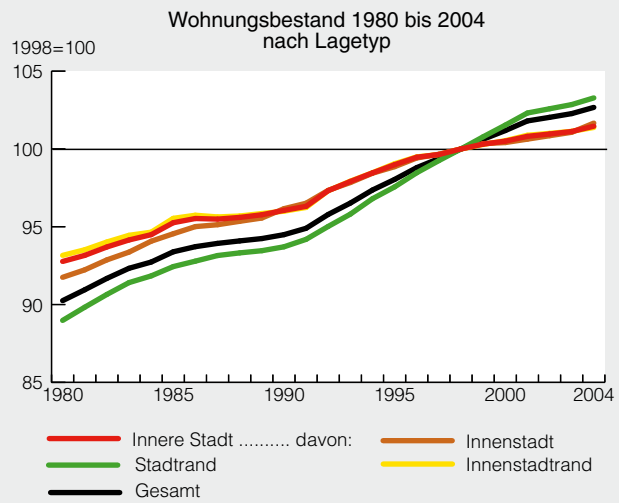
keine Daten vorhanden



Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte



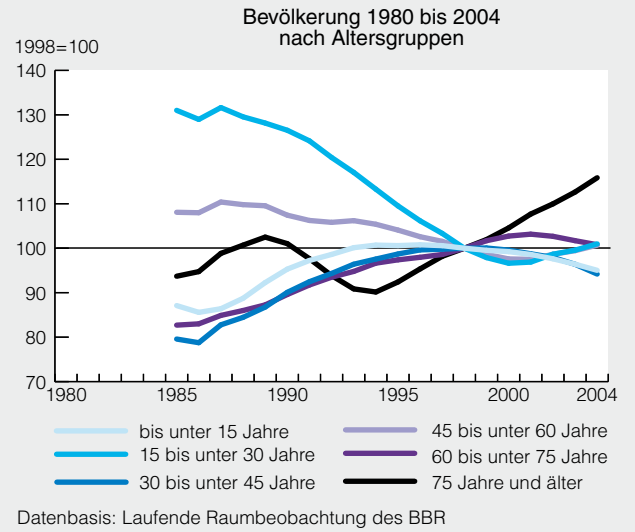
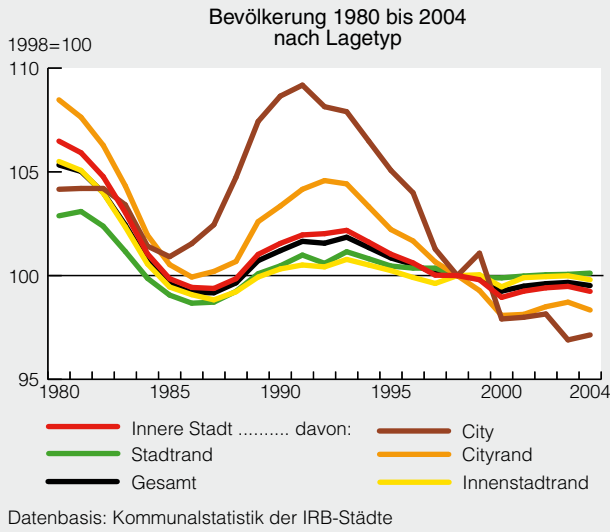
Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte



Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte

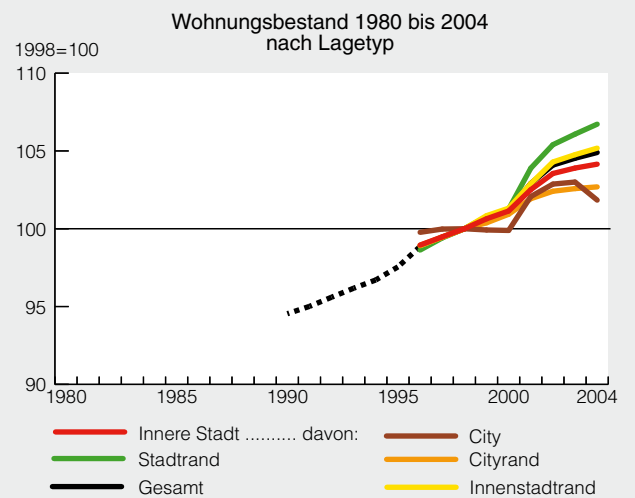
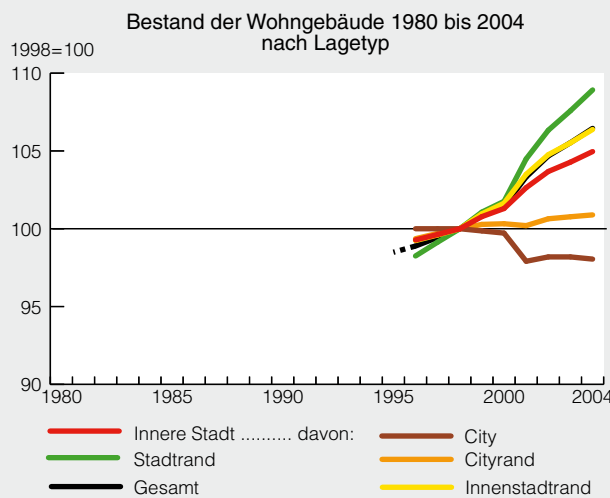
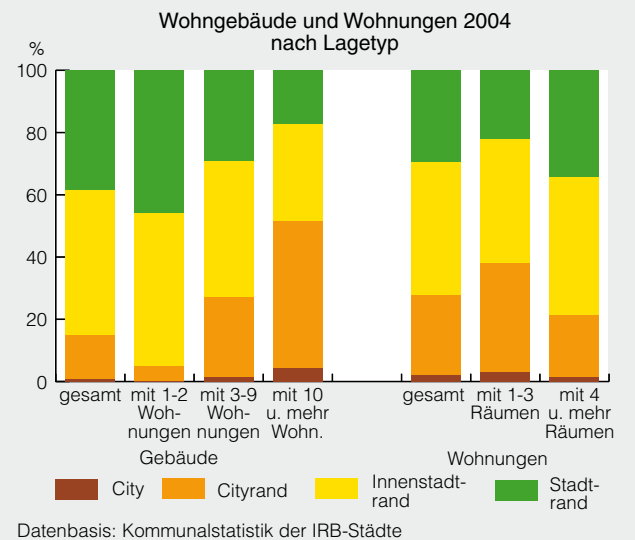
Anmerkung: 1987 Korrektur des Bevölkerungs-, Gebäude- und Wohnungsbestands durch die Volkszählung

Profil der Lagetypen der Stadt Dortmund



Private Haushalte 2004 nach Lagetyp

keine Daten vorhanden



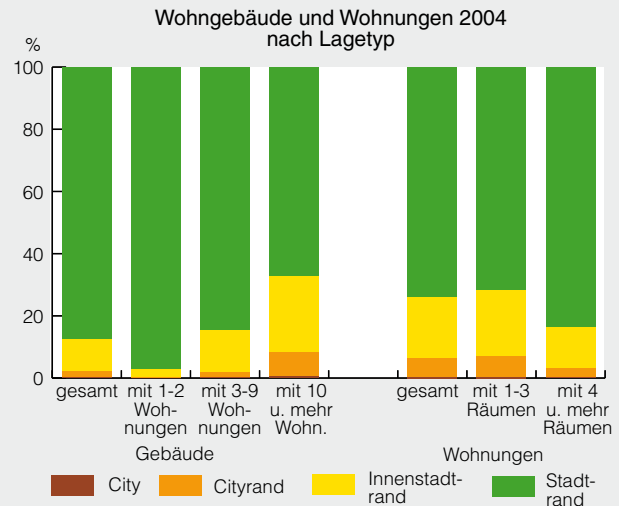
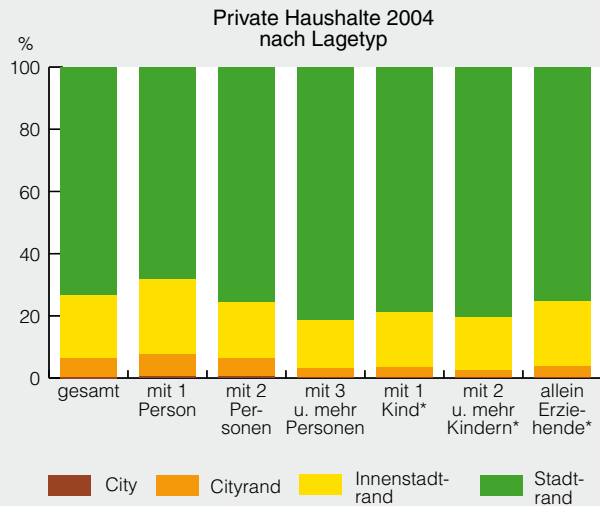
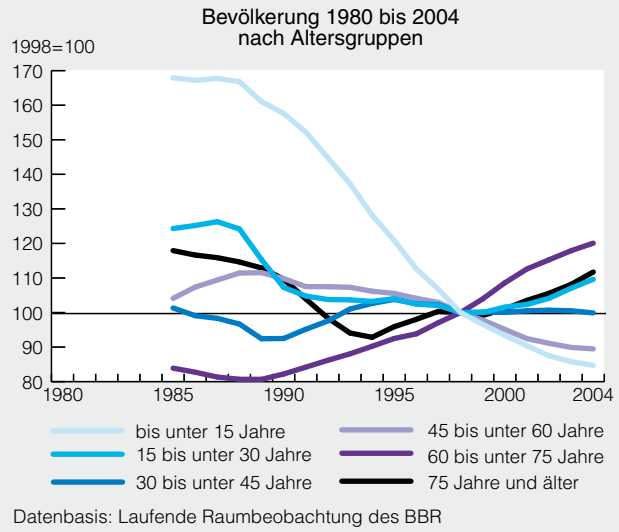
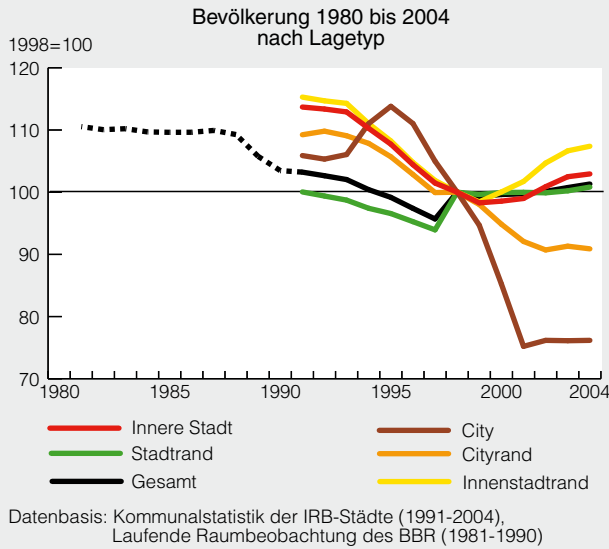
Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte (1996-2004),
Laufende Raumbbeobachtung des BBR (1995)

Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte (1996-2004),
Laufende Raumbbeobachtung des BBR (1990-1995)

Anmerkung: 1987 Korrektur des Bevölkerungs-, Gebäude- und Wohnungsbestands durch die Volkszählung

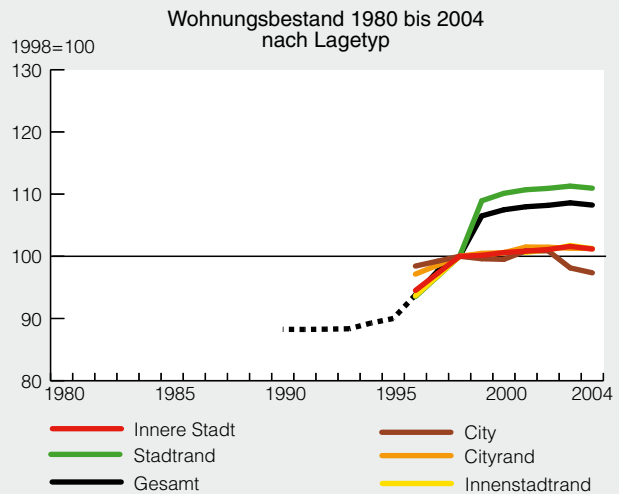
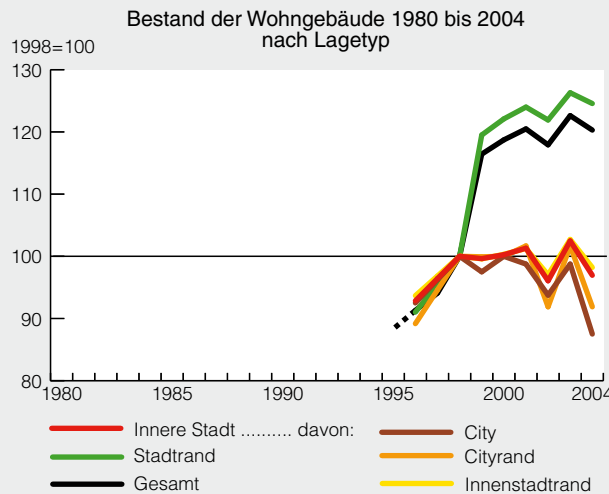
© BBR Bonn 2006

Profil der Lagetypen der Stadt Dresden



* Kinder unter 18 Jahren
Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte

Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte



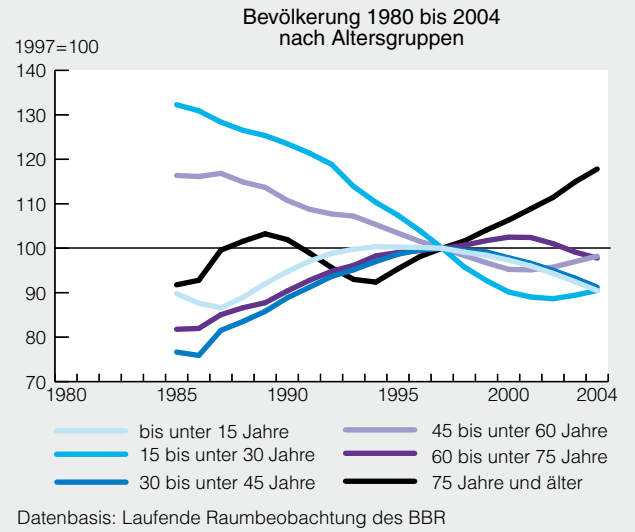
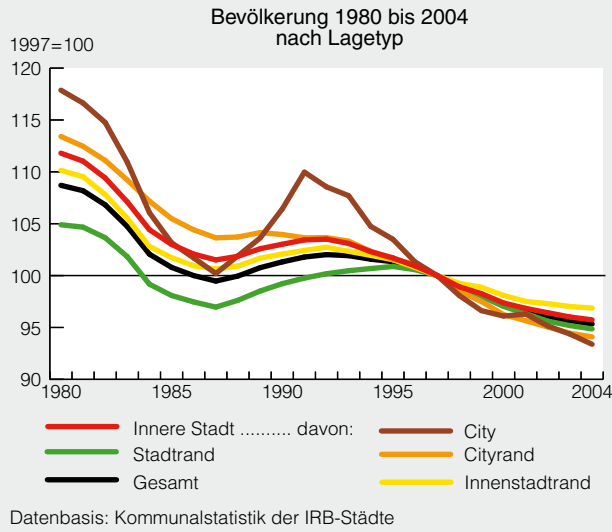
Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte (1996-2004),
Laufende Raumbbeobachtung des BBR (1995)

Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte (1996 bis 2004),
Laufende Raumbbeobachtung des BBR (1990-1995)

Anmerkung: 1997 und 1998 Eingemeindungen

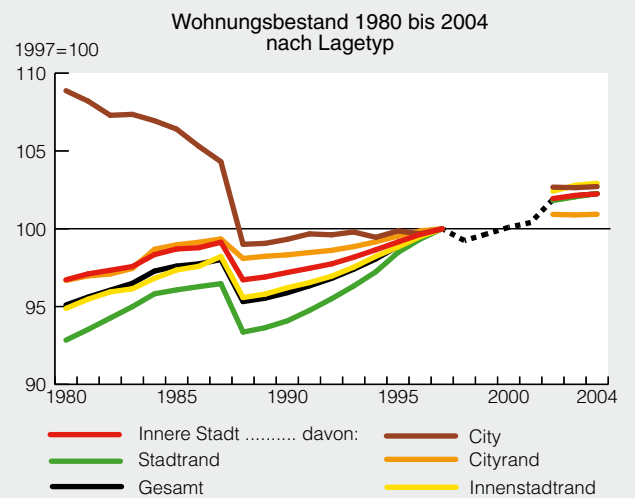
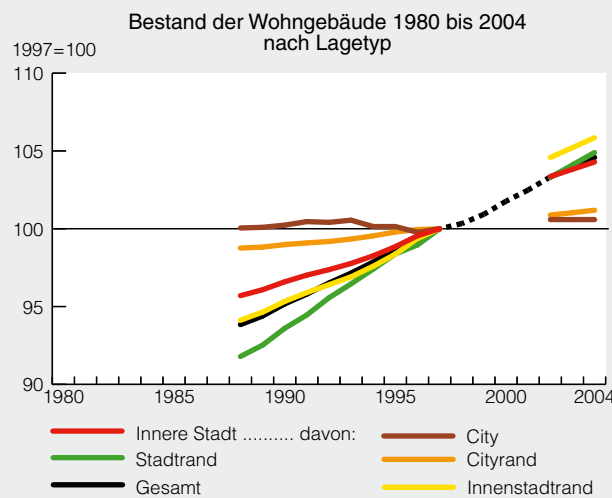
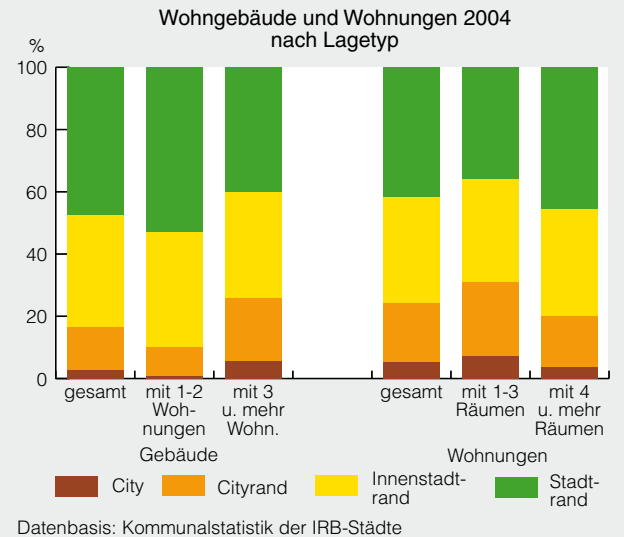
© BBR Bonn 2006

Profil der Lagetypen der Stadt Duisburg



Private Haushalte 2004 nach Lagetyp

keine Daten vorhanden

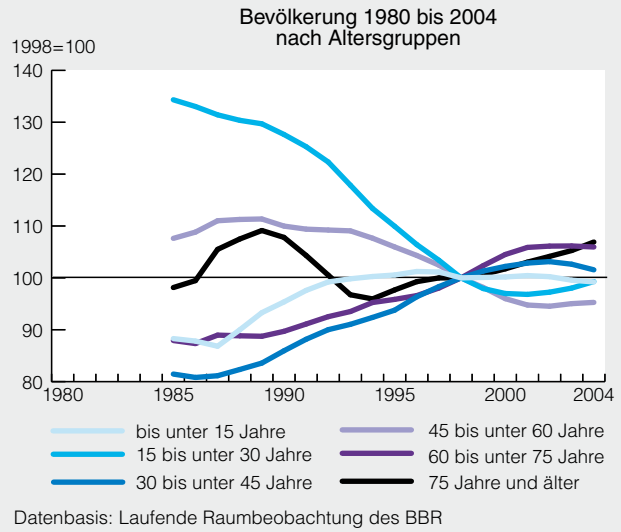
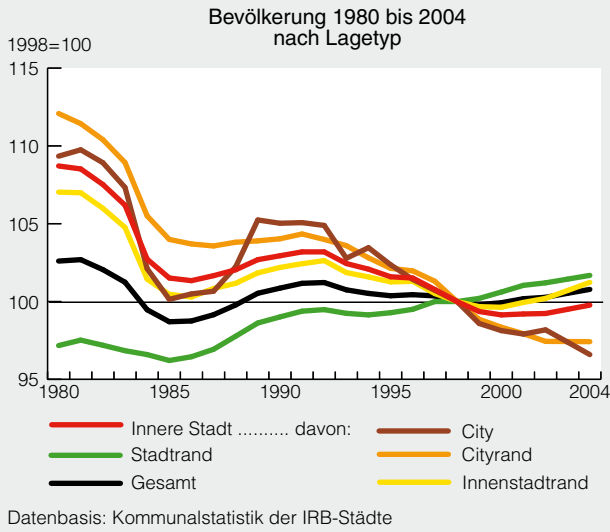


Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte (1988-1997, 2002-2004),
 Laufende Raumbbeobachtung des BBR (1998-2001)

Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte (1980-1997, 2002-2004),
 Laufende Raumbbeobachtung des BBR (1998-2001)

Anmerkung: 1987 Korrektur des Bevölkerungs-, Gebäude- und Wohnungsbestands durch die Volkszählung

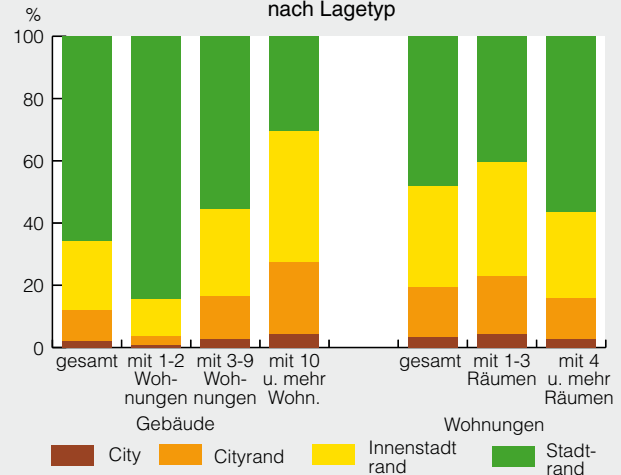
Profil der Lagetypen der Stadt Düsseldorf



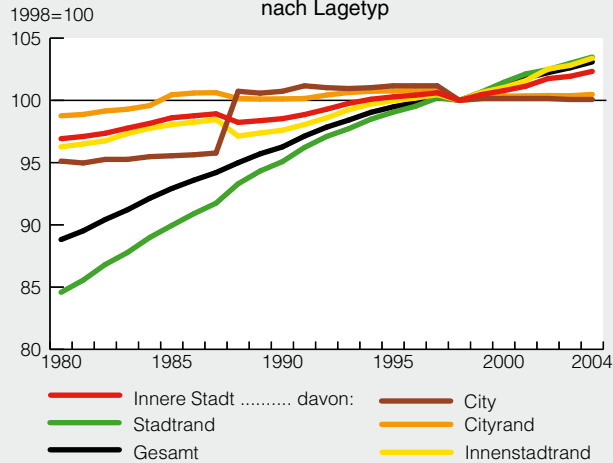
Private Haushalte 2004 nach Lagetyp

keine Daten vorhanden

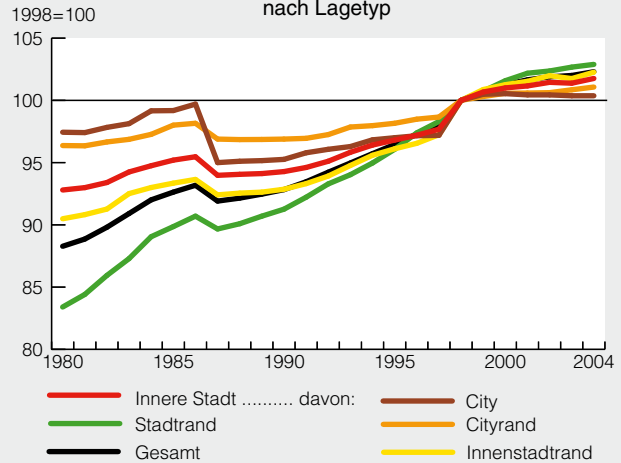
Wohngebäude und Wohnungen 2004 nach Lagetyp



Bestand der Wohngebäude 1980 bis 2004 nach Lagetyp



Wohnungsbestand 1980 bis 2004 nach Lagetyp



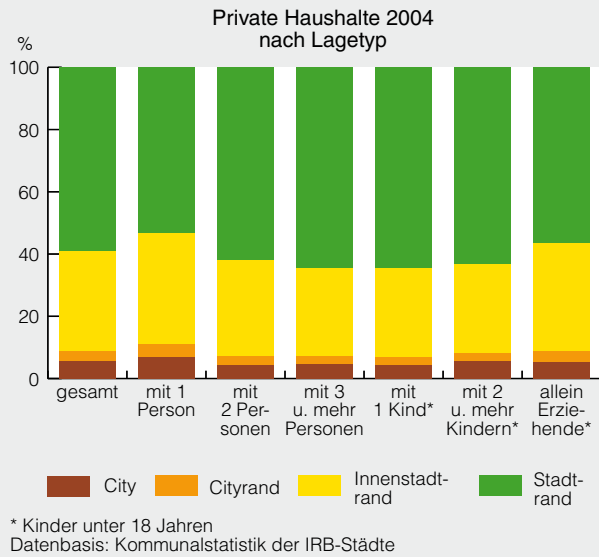
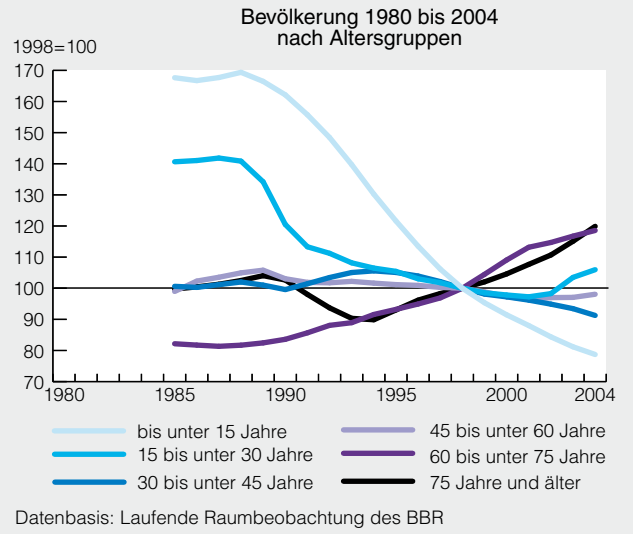
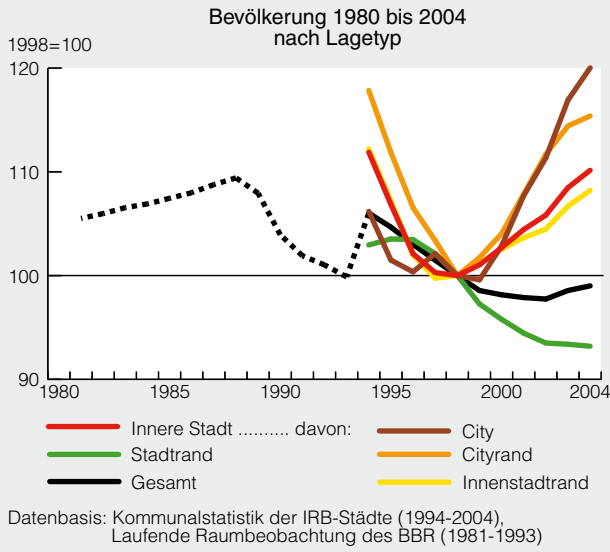
Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte

Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte

Anmerkung: 1987 Korrektur des Bevölkerungs-, Gebäude- und Wohnungsbestands durch die Volkszählung

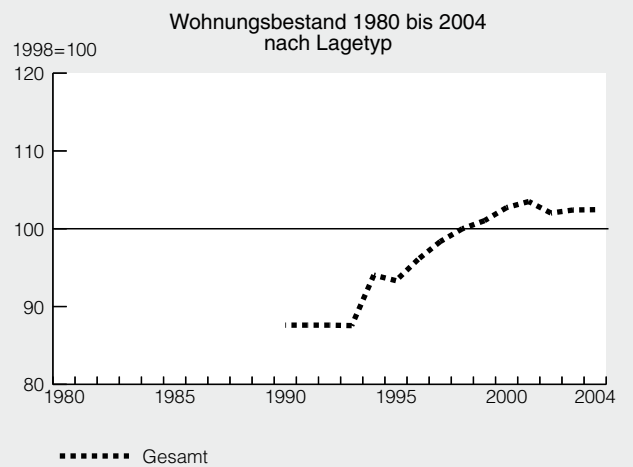
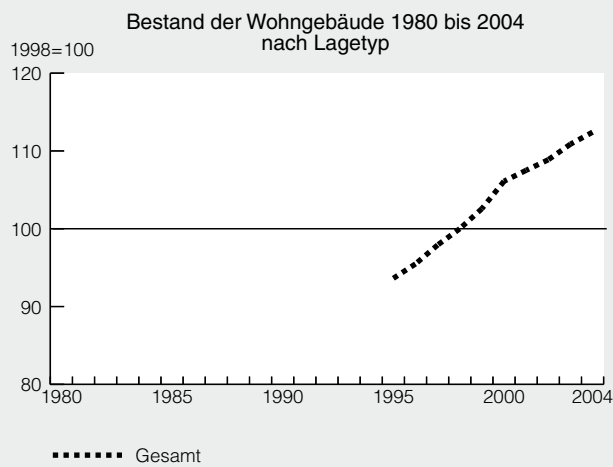
© BBR Bonn 2006

Profil der Lagetypen der Stadt Erfurt



Wohngebäude und Wohnungen 2004 nach Lagetyp

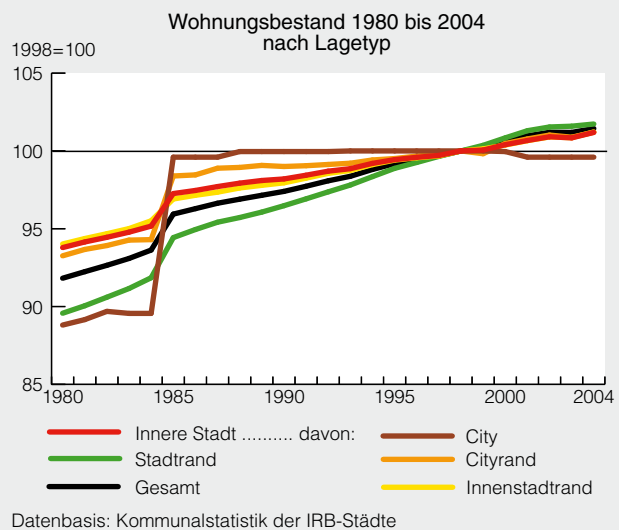
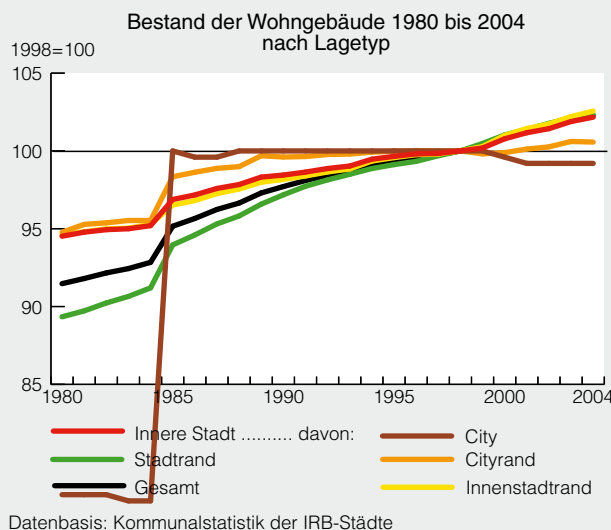
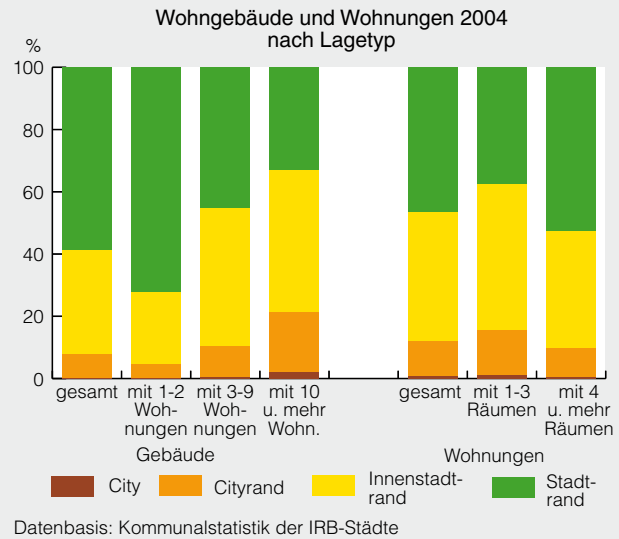
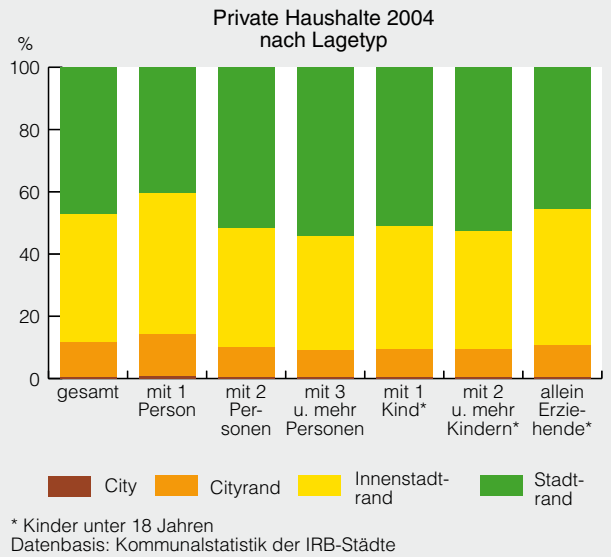
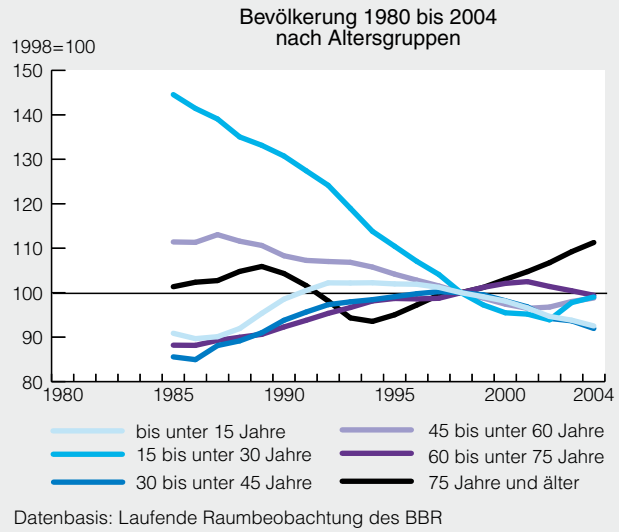
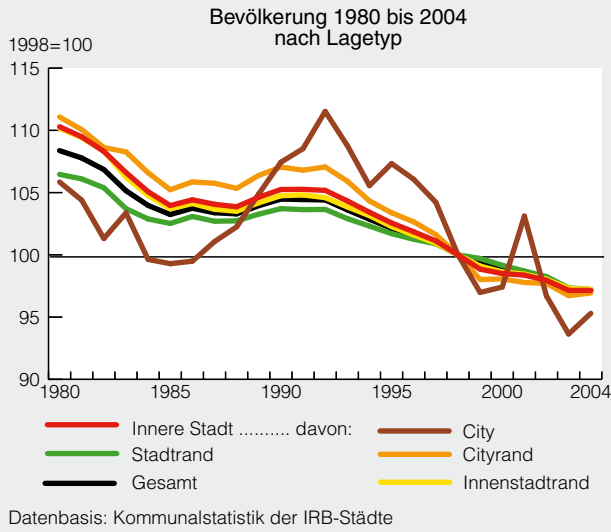
keine Daten vorhanden



Datenbasis: Laufende Raumbbeobachtung des BBR
 Anmerkung: 1994 Eingemeindungen

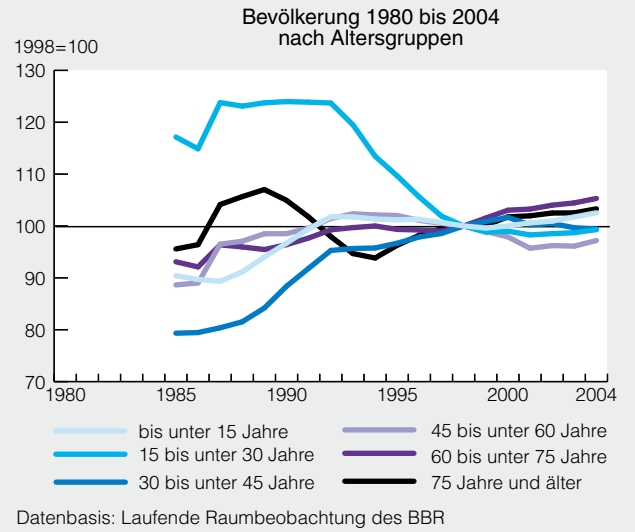
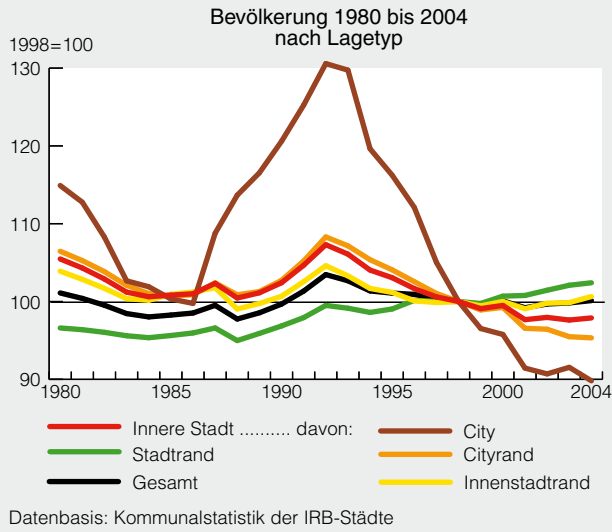
Datenbasis: Laufende Raumbbeobachtung des BBR

Profil der Lagetypen der Stadt Essen



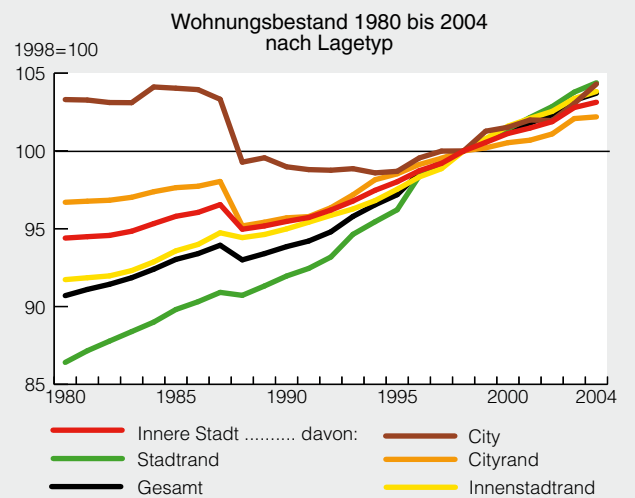
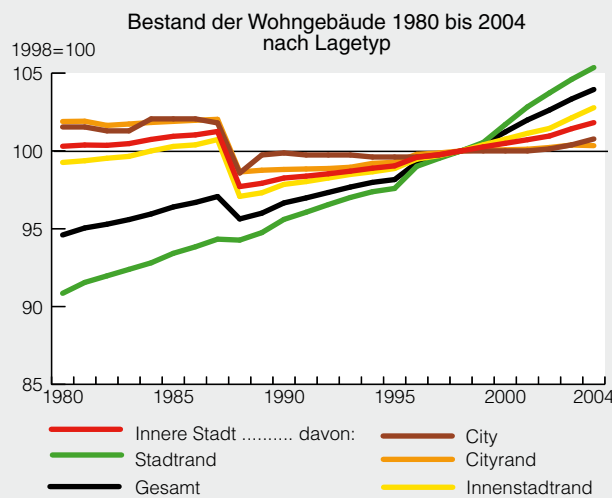
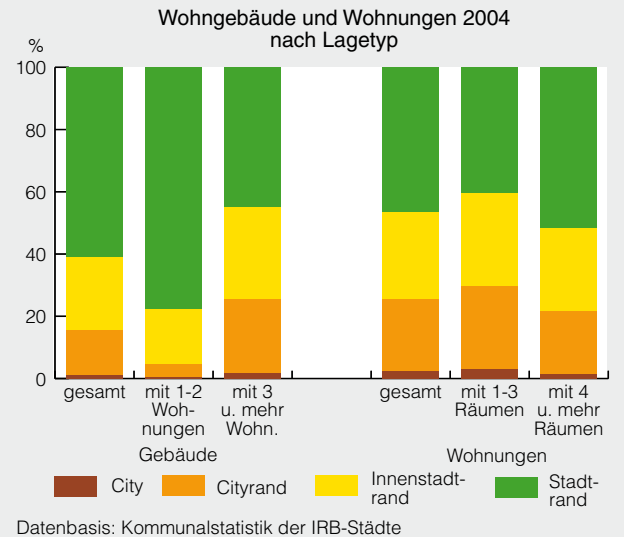
Anmerkung: 1987 Korrektur des Bevölkerungs-, Gebäude- und Wohnungsbestands durch die Volkszählung (Rückrechnung für die Jahre 1984-87)

Profil der Lagetypen der Stadt Frankfurt a. M.



Private Haushalte 2004 nach Lagetyp

keine Daten vorhanden



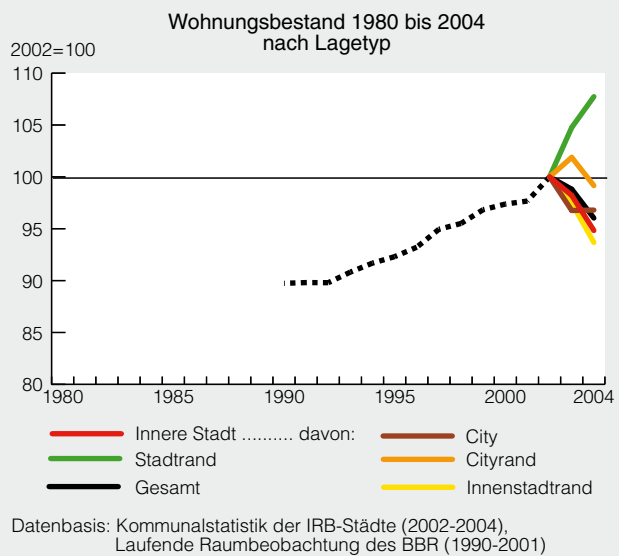
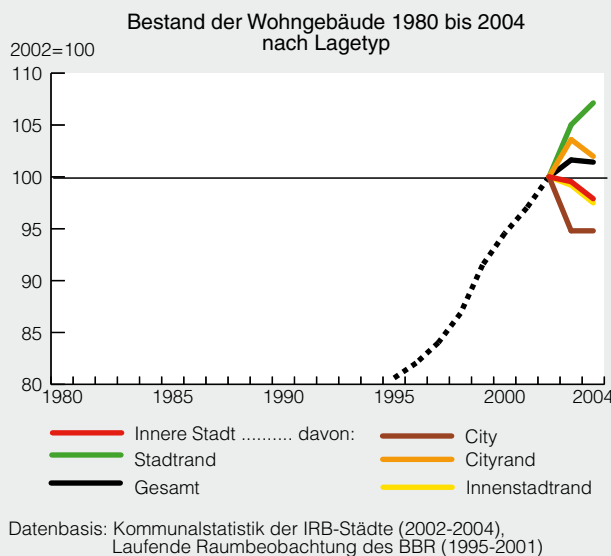
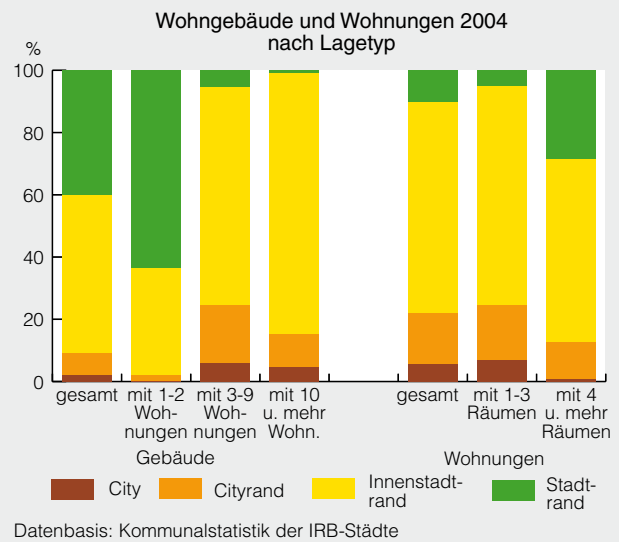
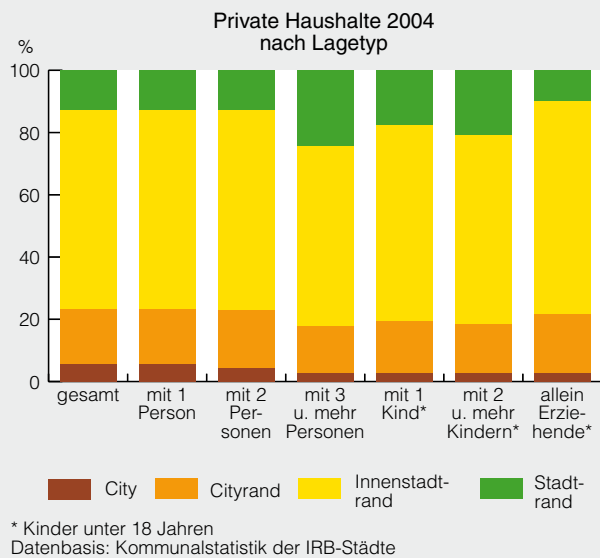
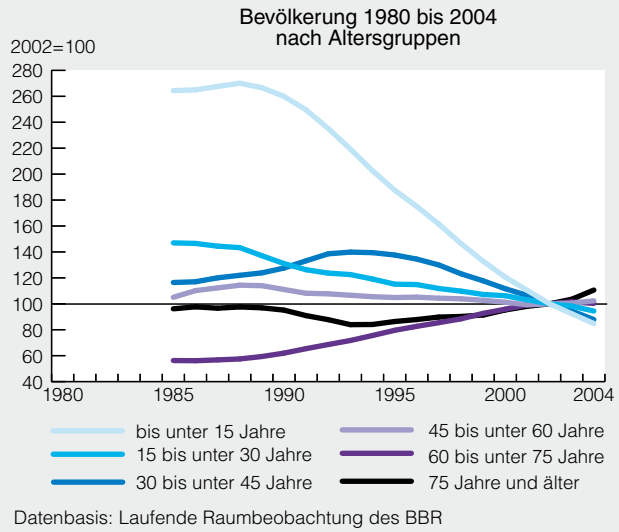
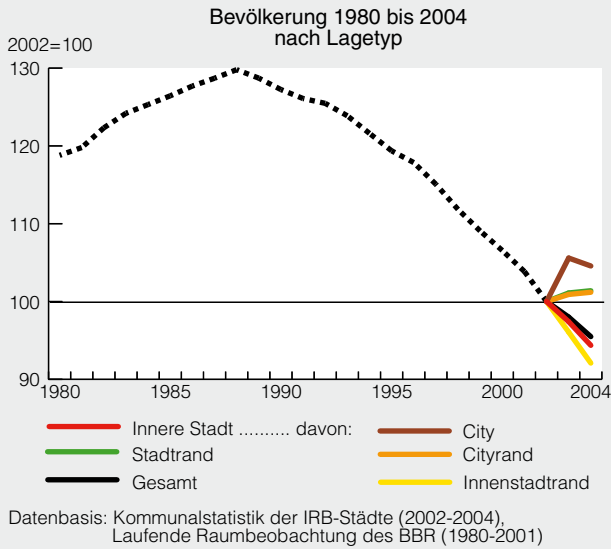
Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte

Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte

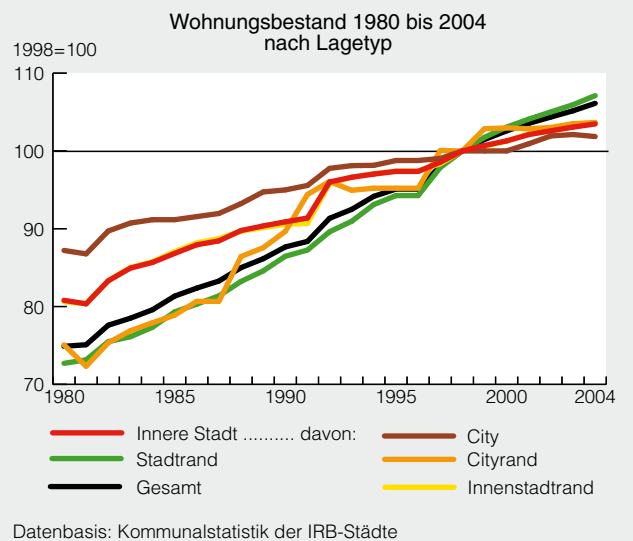
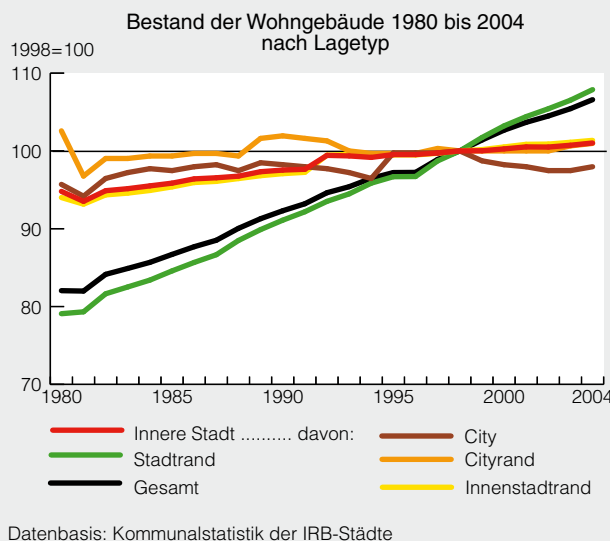
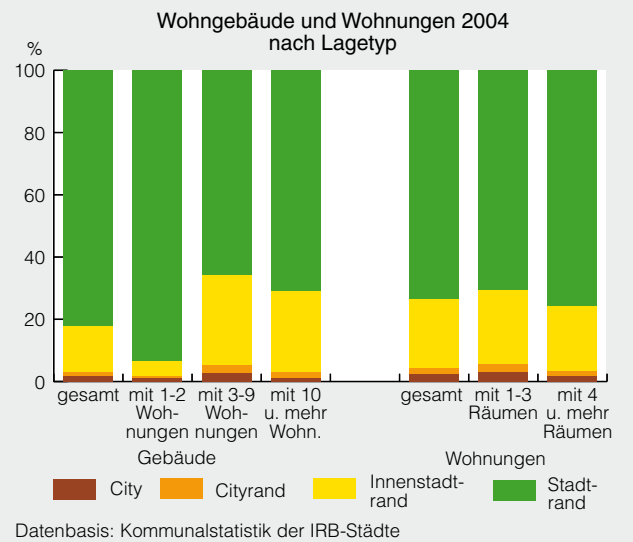
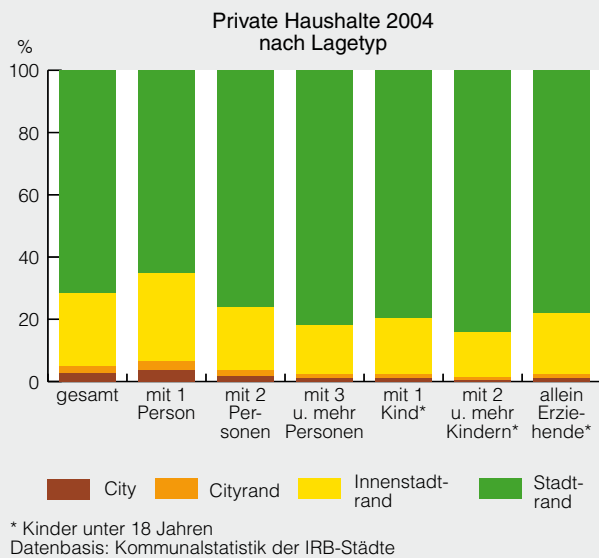
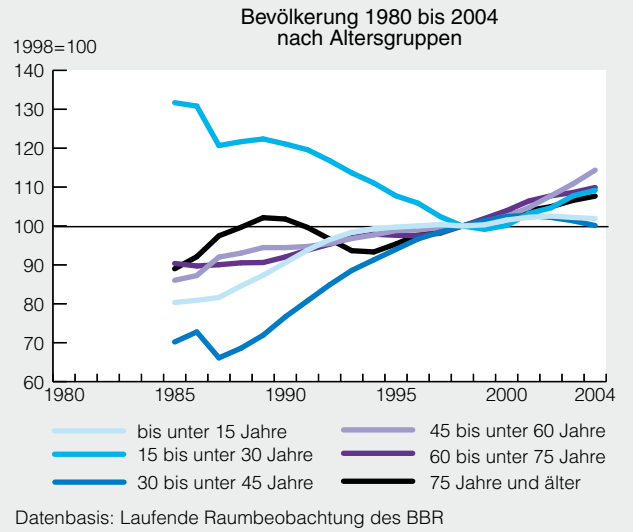
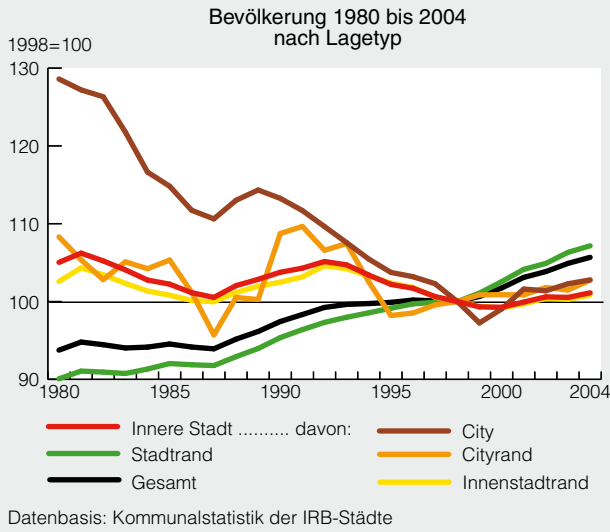
Anmerkung: 1987 Korrektur des Bevölkerungs-, Gebäude- und Wohnungsbestands durch die Volkszählung

© BBR Bonn 2006

Profil der Lagetypen der Stadt Frankfurt (Oder)



Profil der Lagetypen der Stadt Freiburg i. Br.

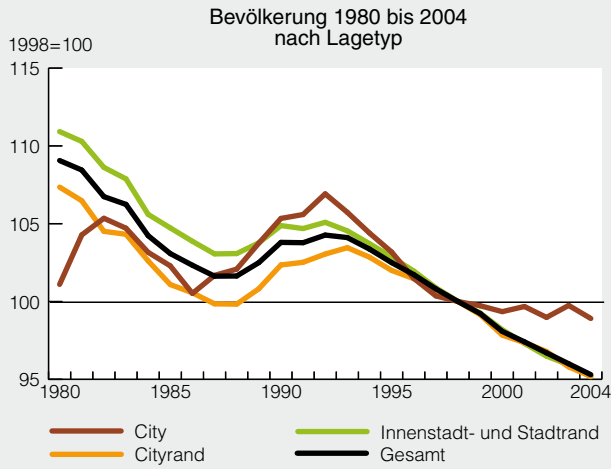


Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte

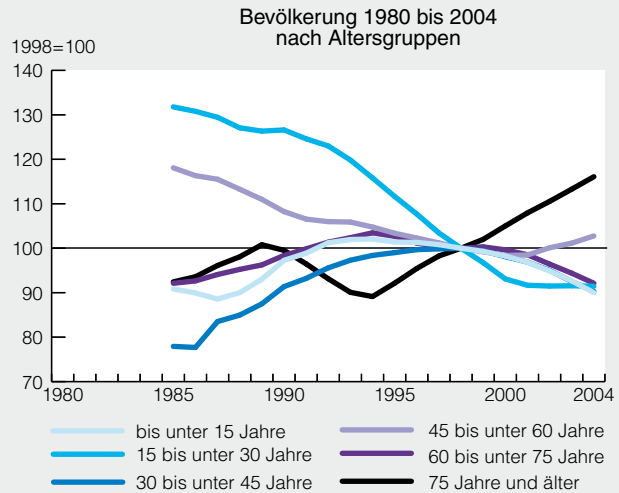
Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte

Anmerkung: 1987 Korrektur des Bevölkerungs-, Gebäude- und Wohnungsbestands durch die Volkszählung

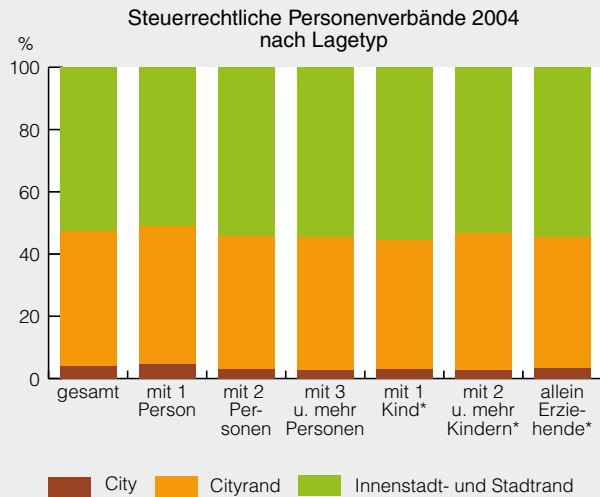
Profil der Lagetypen der Stadt Gelsenkirchen



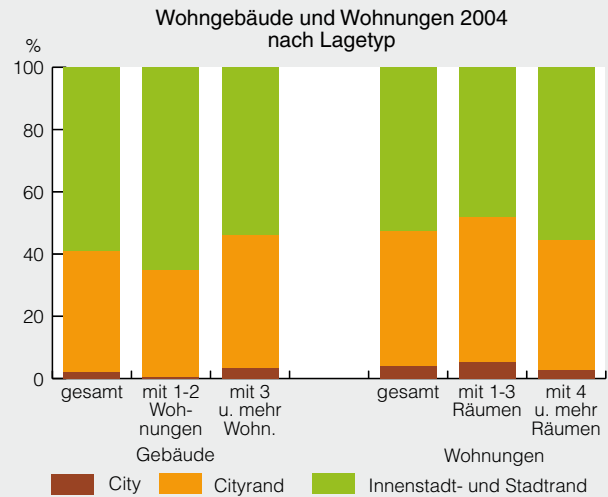
Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte



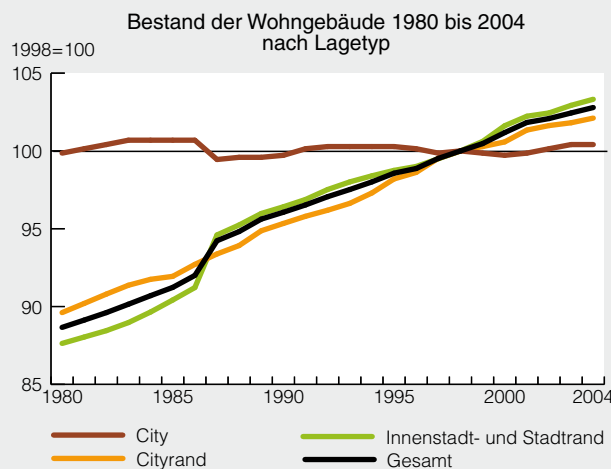
Datenbasis: Laufende Raumbeobachtung des BBR



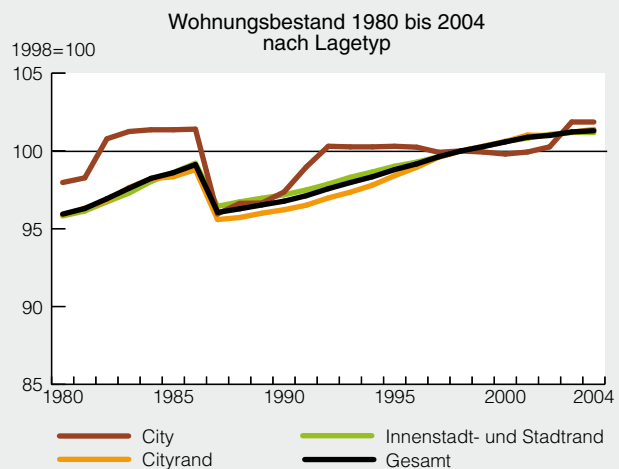
* Kinder unter 18 Jahren
Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte



Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte



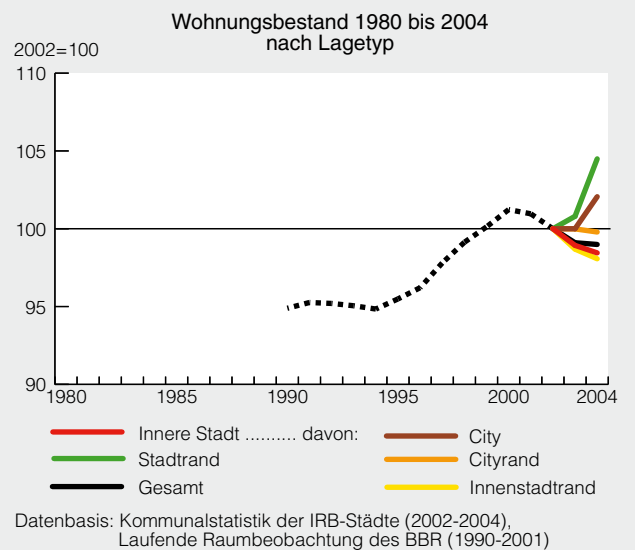
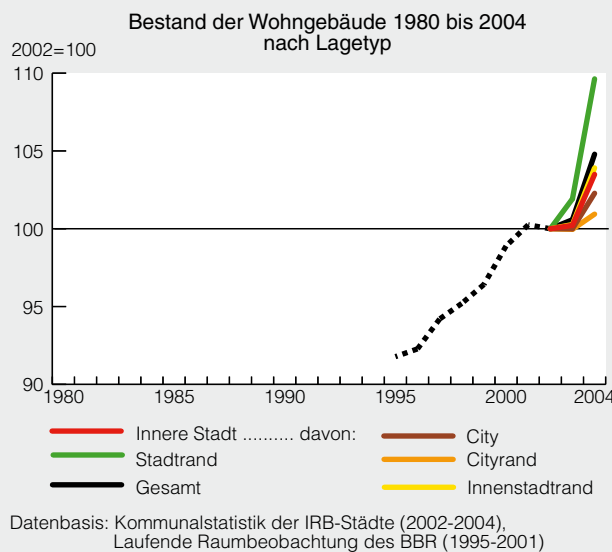
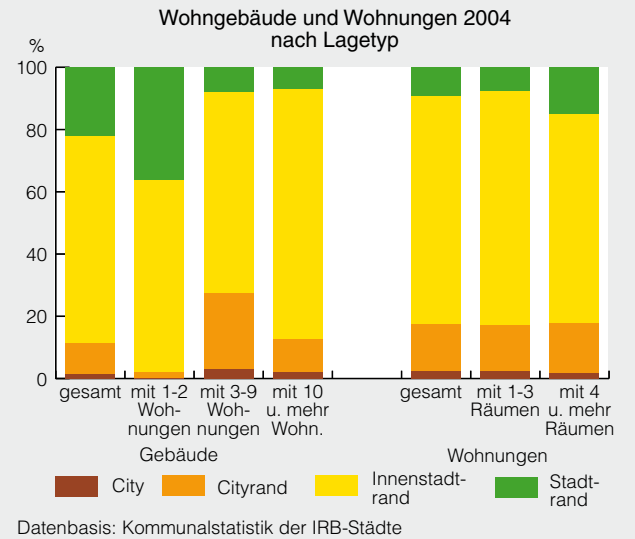
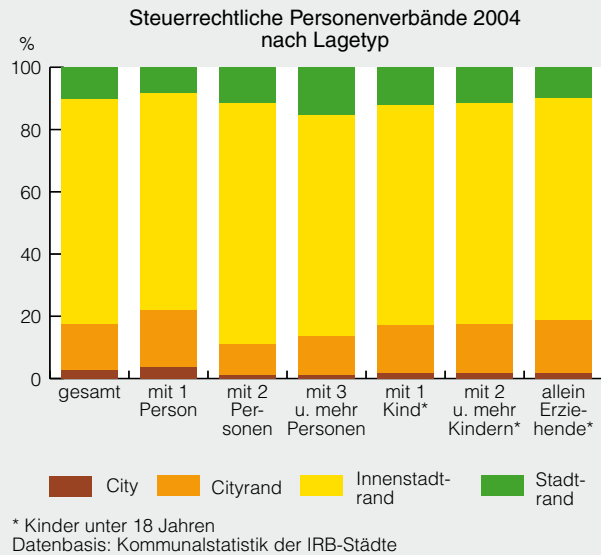
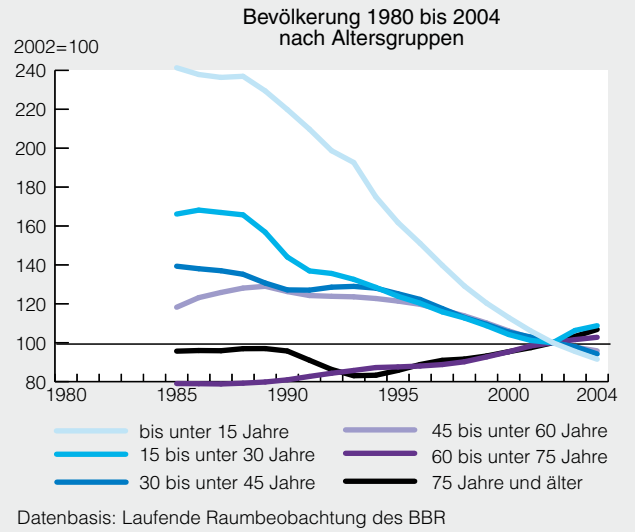
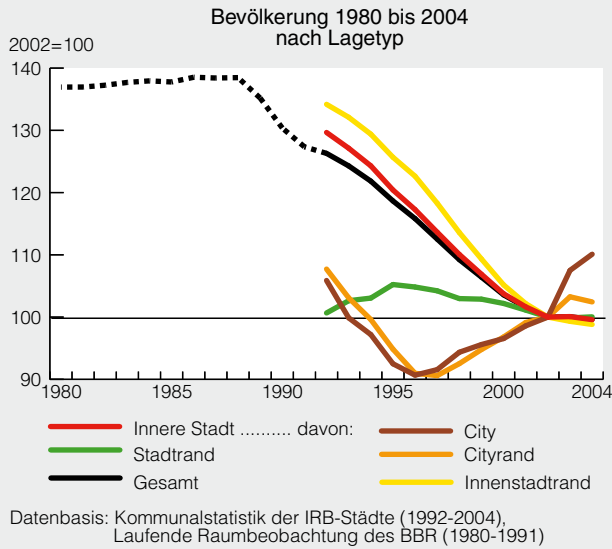
Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte



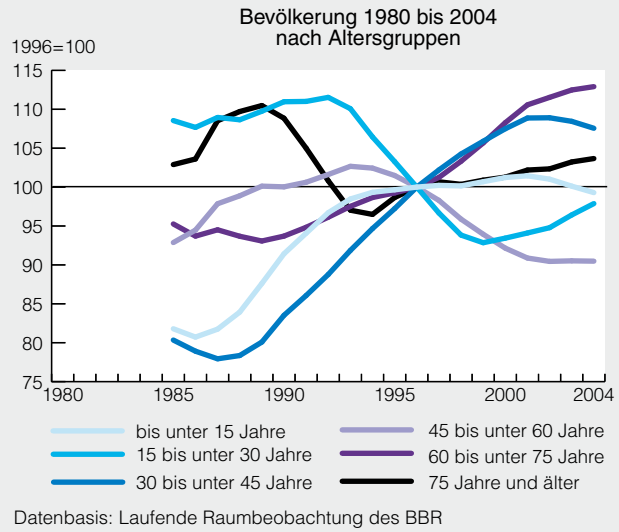
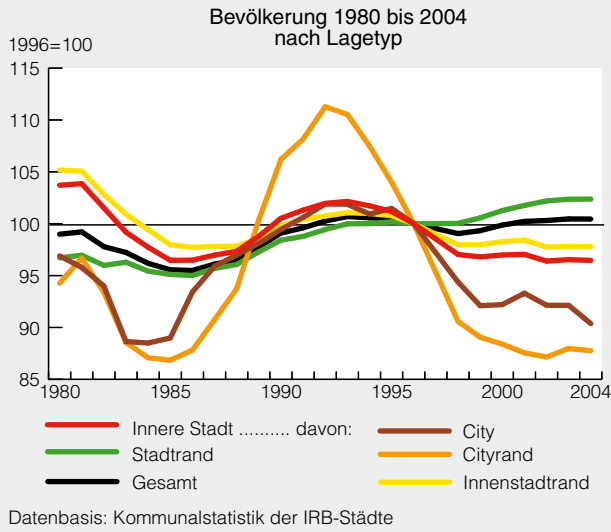
Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte

Anmerkung: 1987 Korrektur des Bevölkerungs-, Gebäude- und Wohnungsbestands durch die Volkszählung

Profil der Lagetypen der Stadt Halle (Saale)



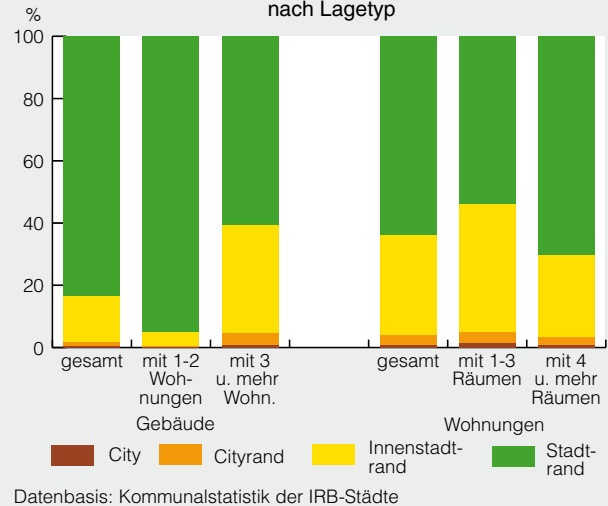
Profil der Lagetypen der Stadt Hamburg



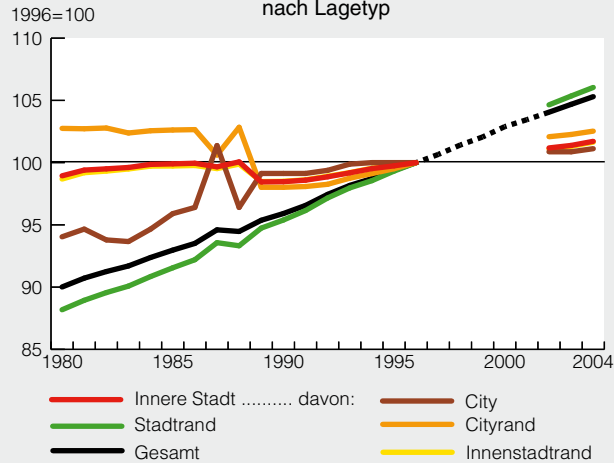
Private Haushalte 2004 nach Lagetyp

keine Daten vorhanden

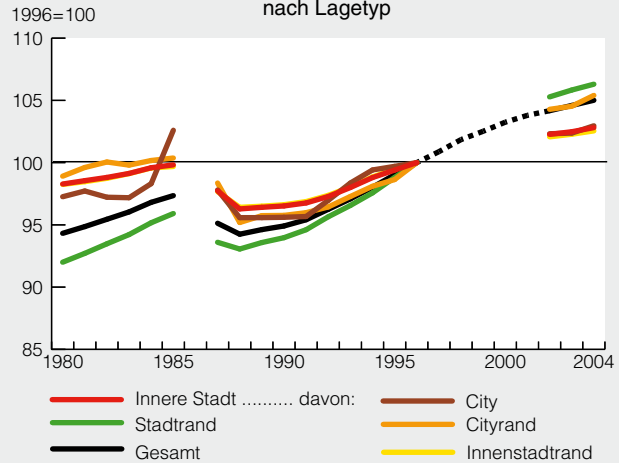
Wohngebäude und Wohnungen 2004 nach Lagetyp



Bestand der Wohngebäude 1980 bis 2004 nach Lagetyp



Wohnungsbestand 1980 bis 2004 nach Lagetyp



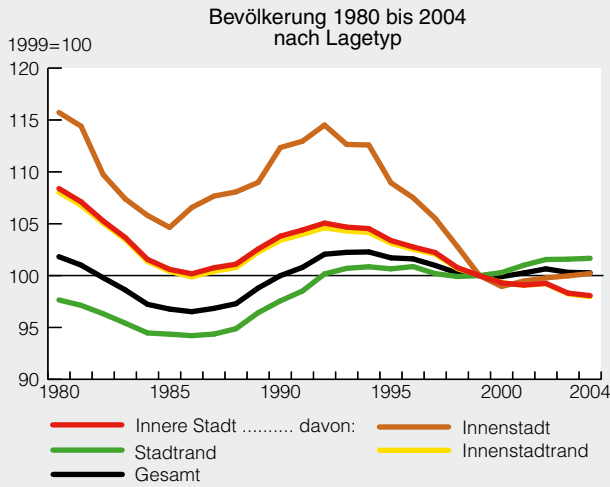
Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte (1980-1996, 2002-2004), Laufende Raumbbeobachtung des BBR (1997-2001)

Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte (1980-1985, 1987-1996, 2002-2004), Laufende Raumbbeobachtung des BBR (1997-2001)

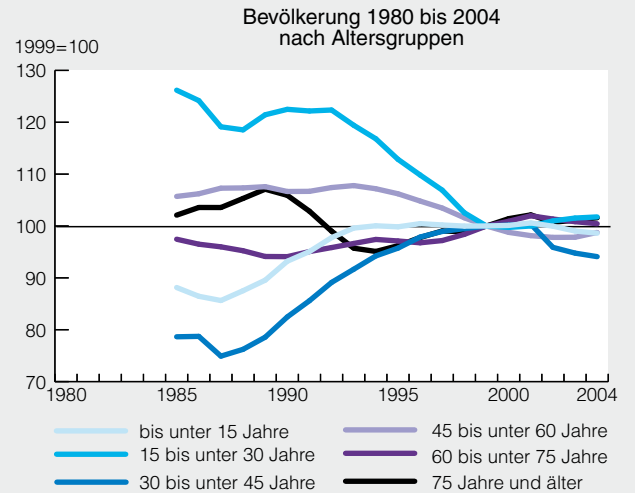
Anmerkung: 1987 Korrektur des Bevölkerungs-, Gebäude- und Wohnungsbestands durch die Volkszählung

© BBR Bonn 2006

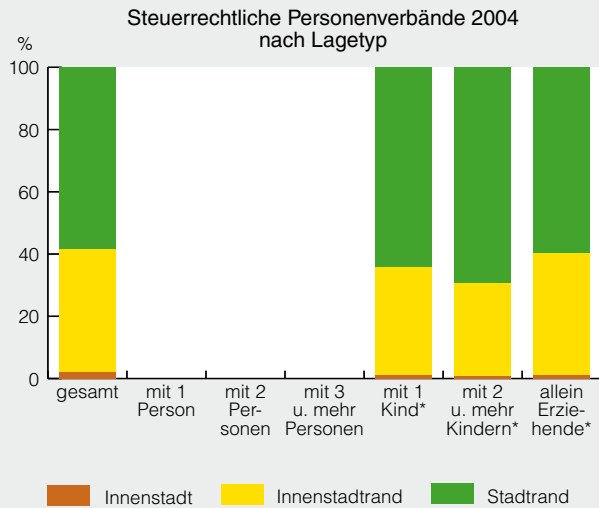
Profil der Lagetypen der Stadt Hannover



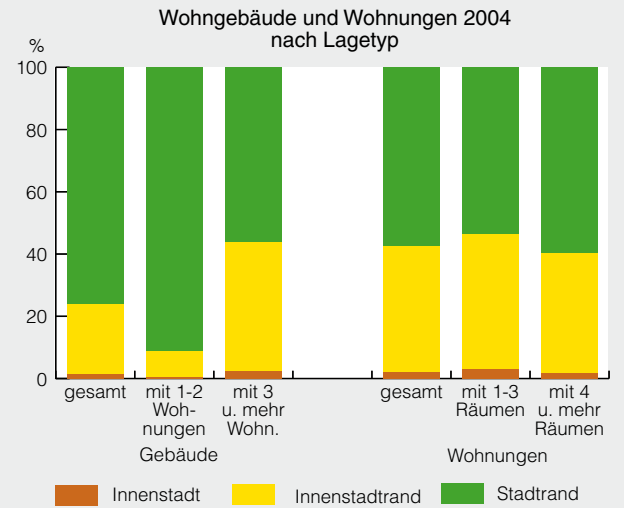
Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte



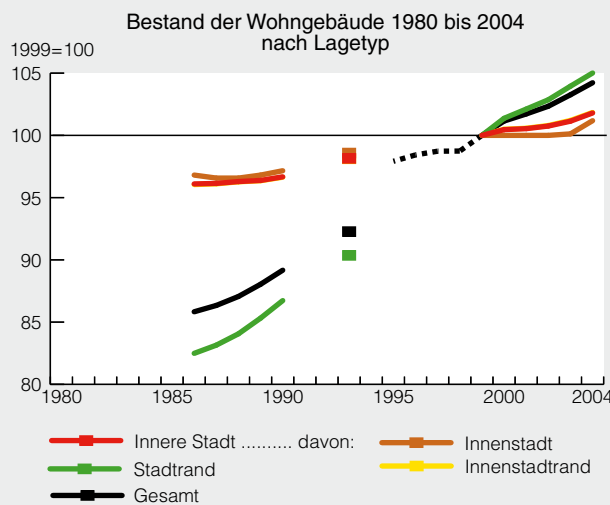
Datenbasis: Laufende Raumbbeobachtung des BBR



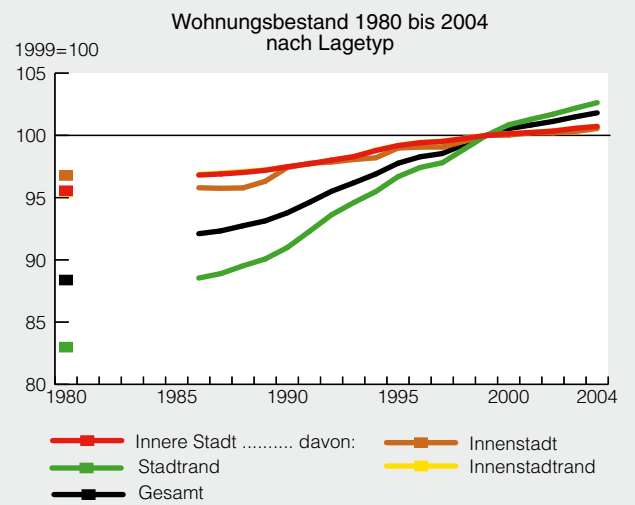
* Kinder unter 18 Jahren
Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte



Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte



Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte (1986-1990, 1993, 1999-2004), Laufende Raumbbeobachtung des BBR (1995-1998)

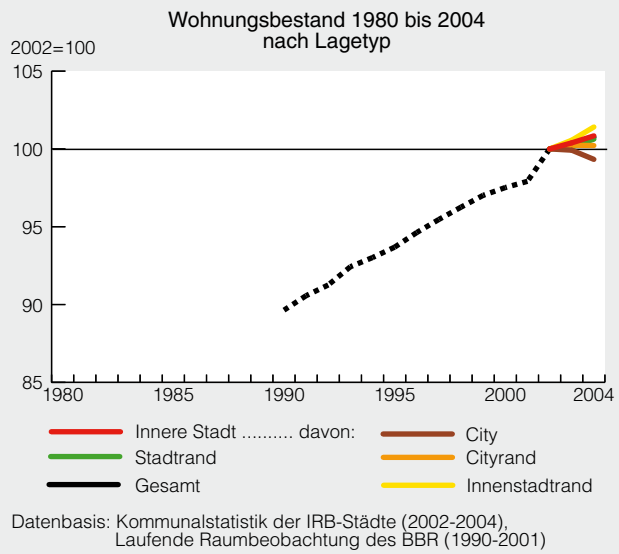
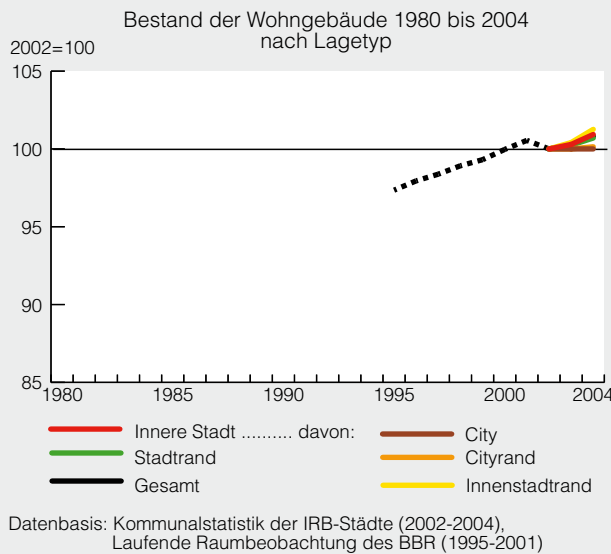
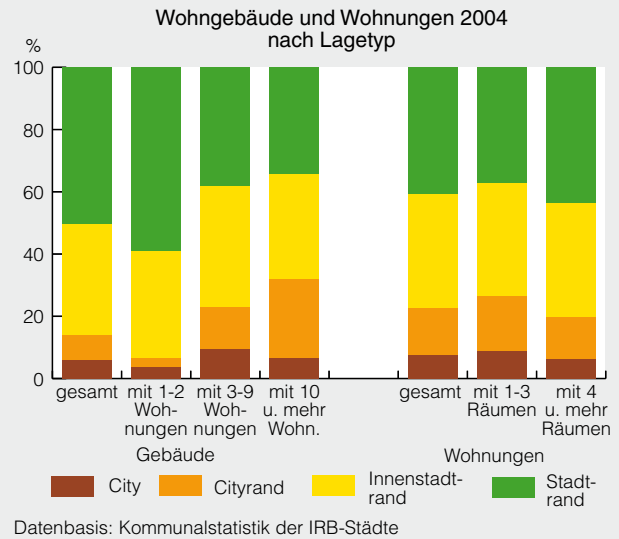
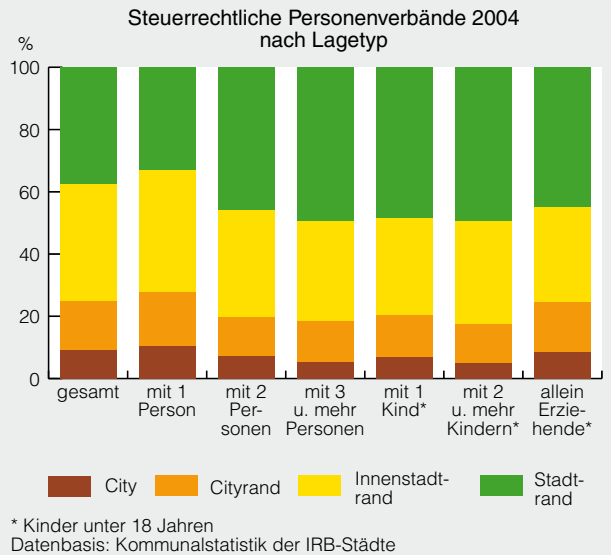
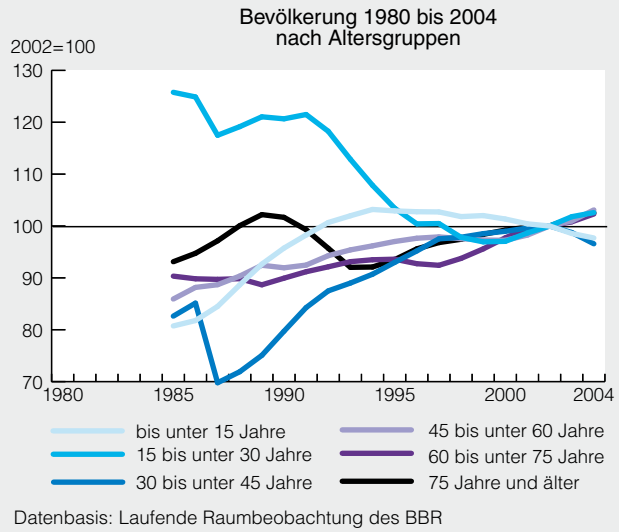
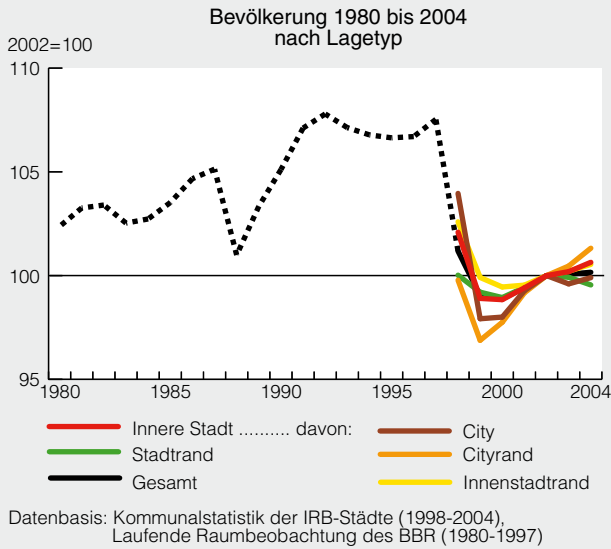


Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte (1980, 1986-1997, 1999-2004), Laufende Raumbbeobachtung des BBR (1998)

Anmerkung: 1987 Korrektur des Bevölkerungs-, Gebäude- und Wohnungsbestands durch die Volkszählung

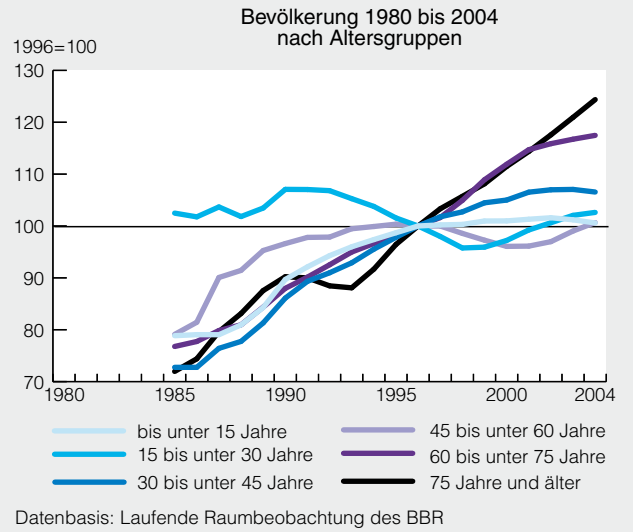
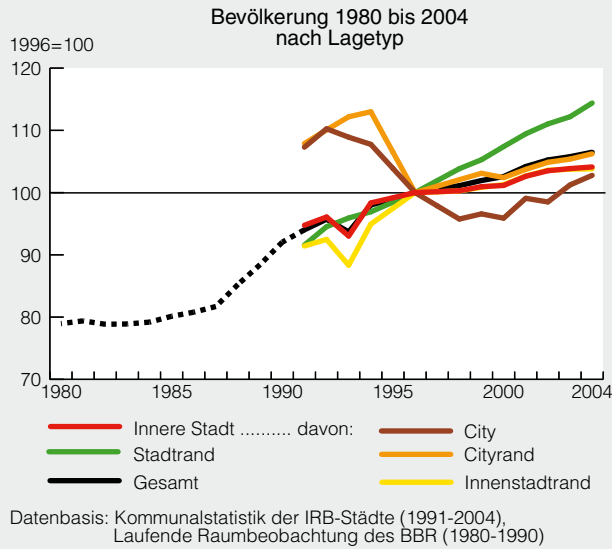
© BBR Bonn 2006

Profil der Lagetypen der Stadt Heidelberg



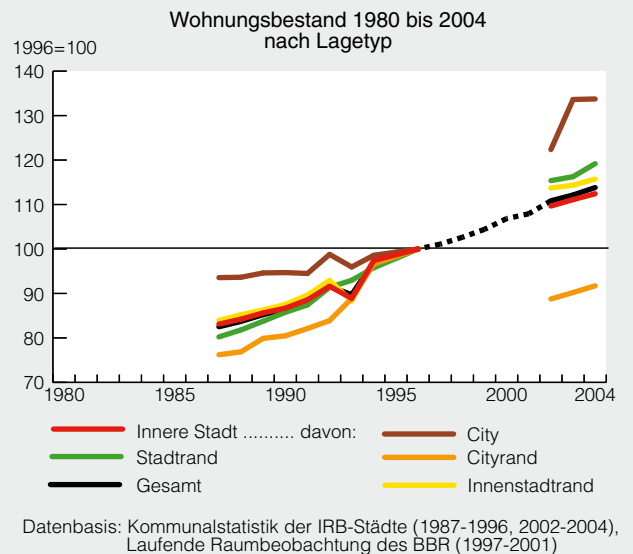
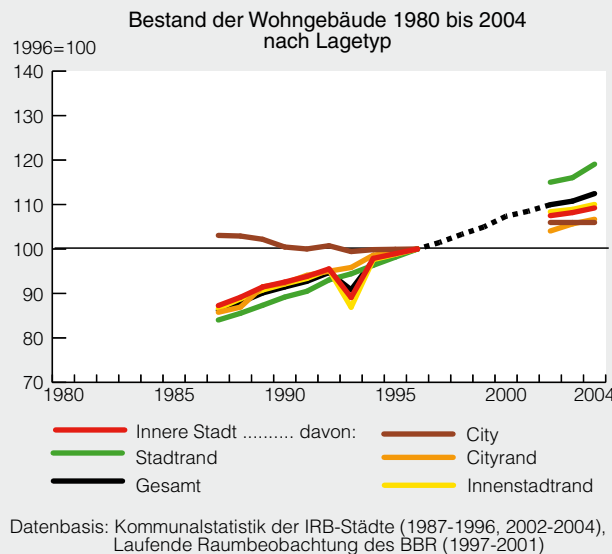
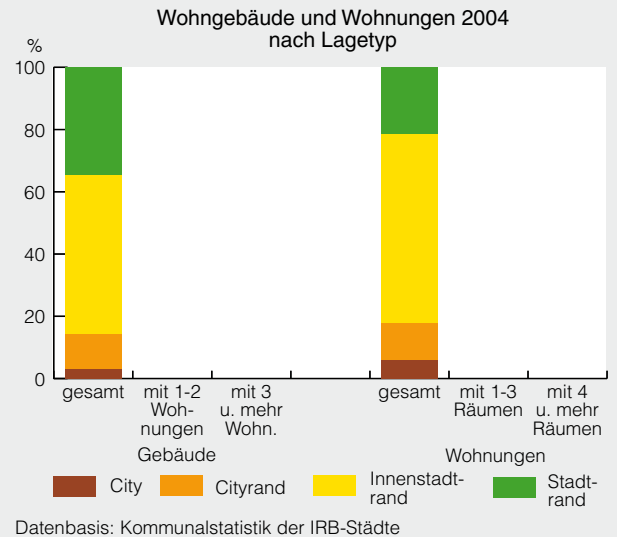
Anmerkung: 1987 Korrektur des Bevölkerungs-, Gebäude- und Wohnungsbestands durch die Volkszählung

Profil der Lagetypen der Stadt Ingolstadt



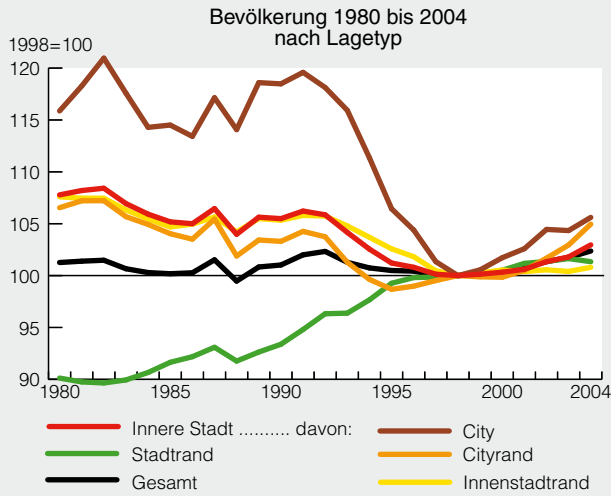
Private Haushalte 2004 nach Lagetyp

keine Daten vorhanden

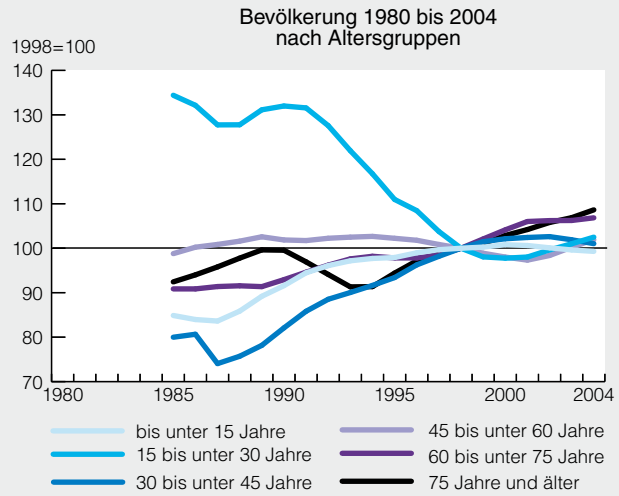


Anmerkung: 1987 Korrektur des Bevölkerungs-, Gebäude- und Wohnungsbestands durch die Volkszählung

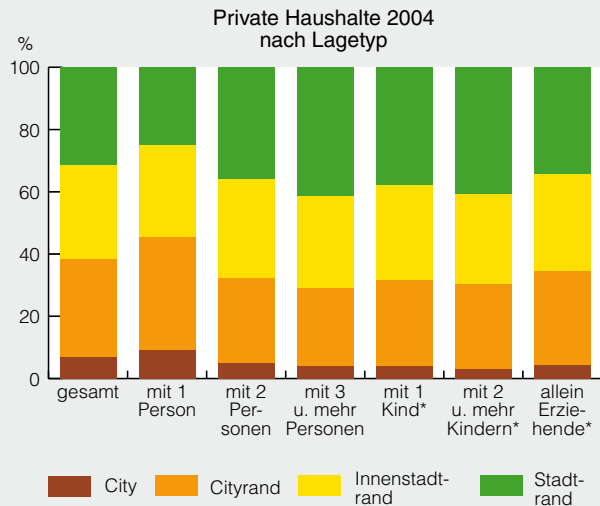
Profil der Lagetypen der Stadt Karlsruhe



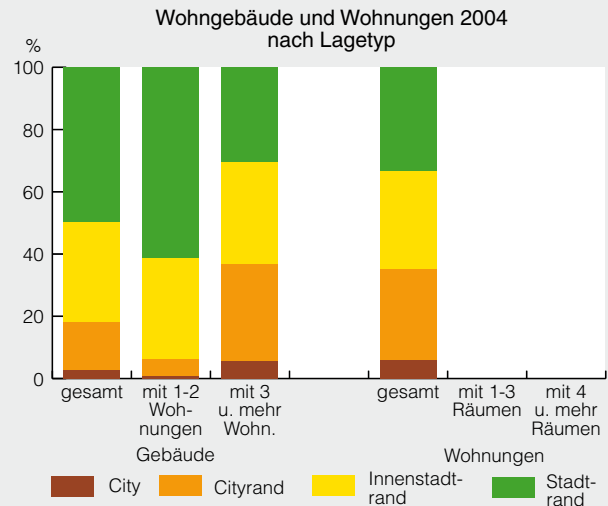
Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte



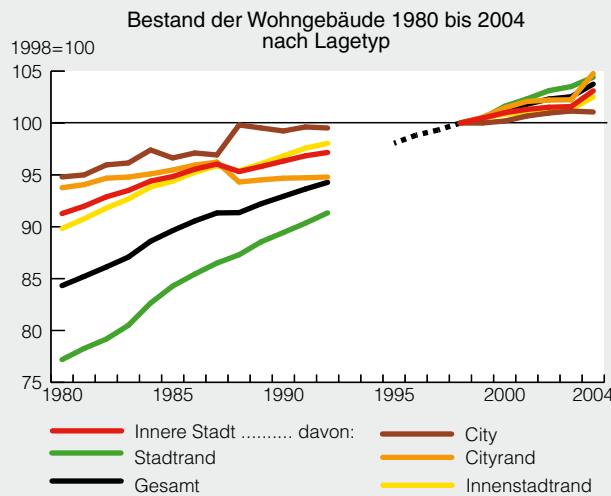
Datenbasis: Laufende Raumbbeobachtung des BBR



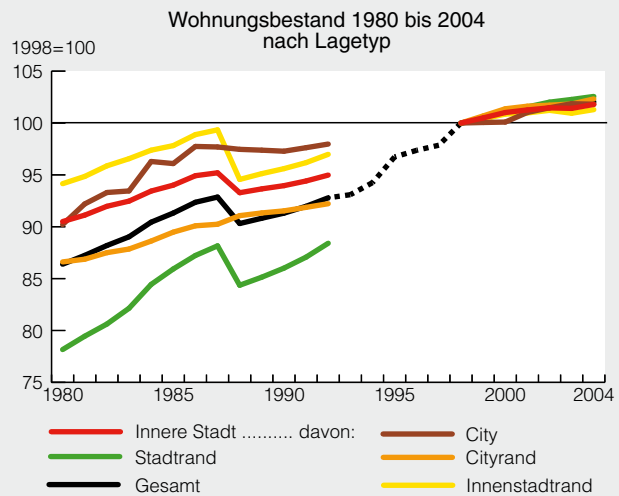
* Kinder unter 18 Jahren
Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte



Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte



Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte (1980-1992, 1998-2004), Laufende Raumbbeobachtung des BBR (1995-1997)

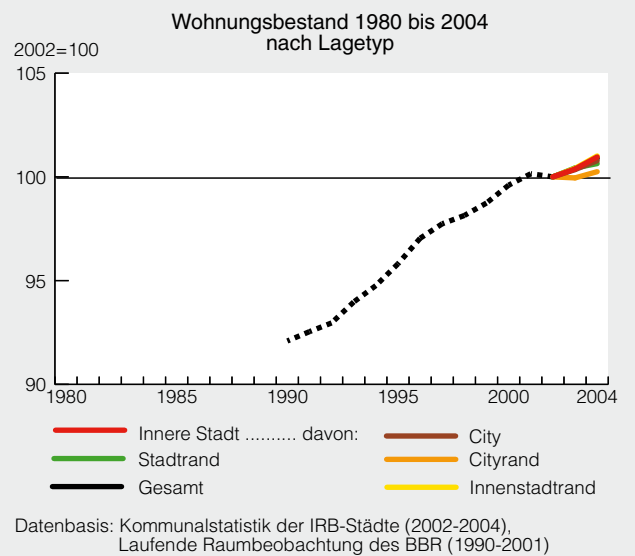
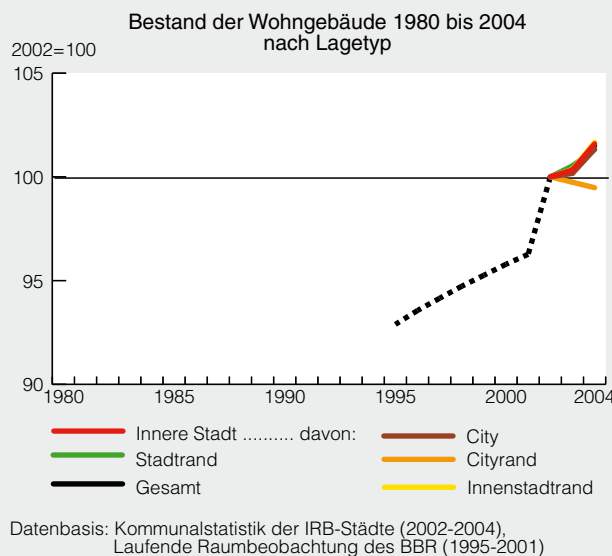
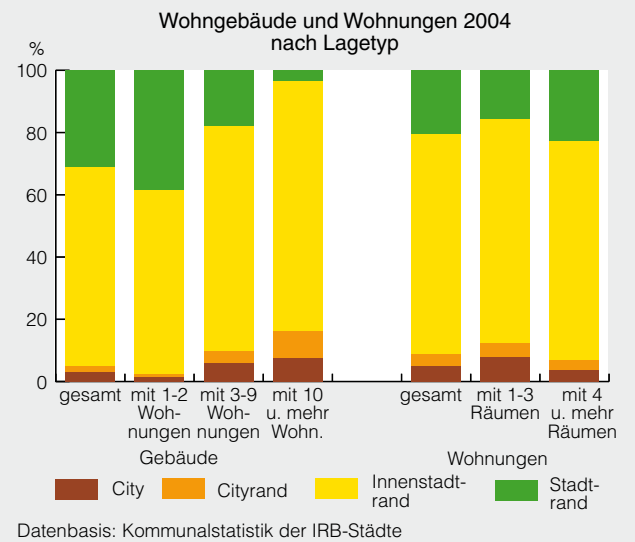
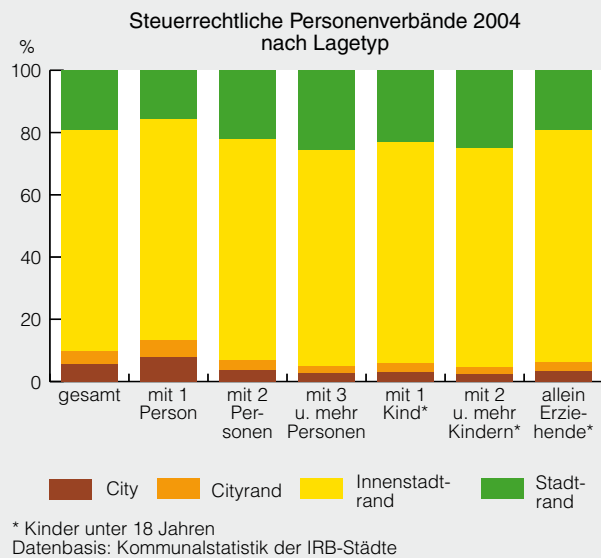
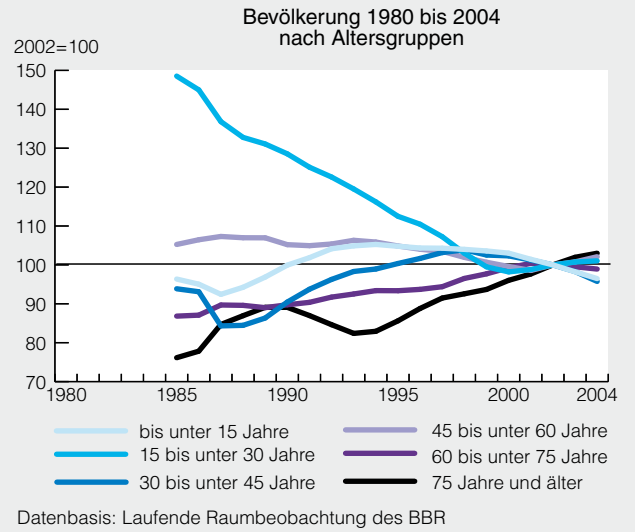
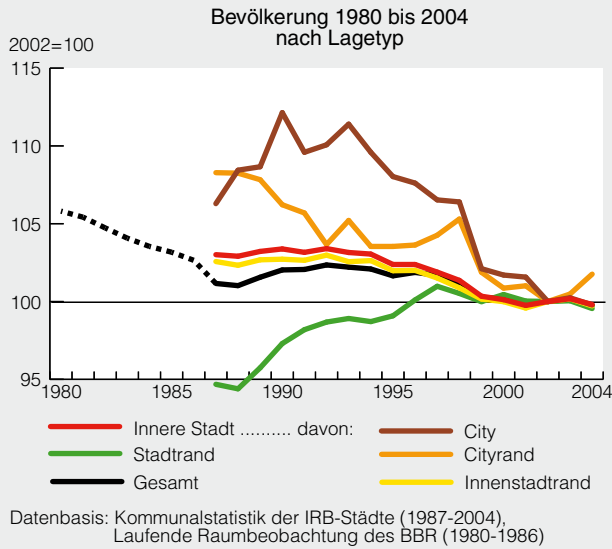


Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte (1980-1992, 1998-2004), Laufende Raumbbeobachtung des BBR (1993-1997)

Anmerkung: 1987 Korrektur des Bevölkerungs-, Gebäude- und Wohnungsbestands durch die Volkszählung

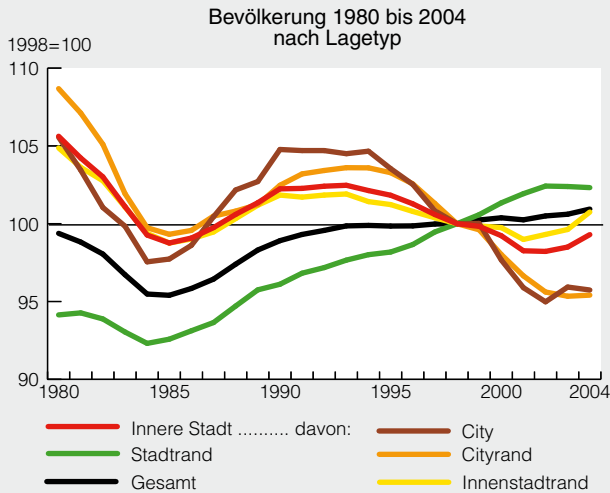
© BBR Bonn 2006

Profil der Lagetypen der Stadt Koblenz

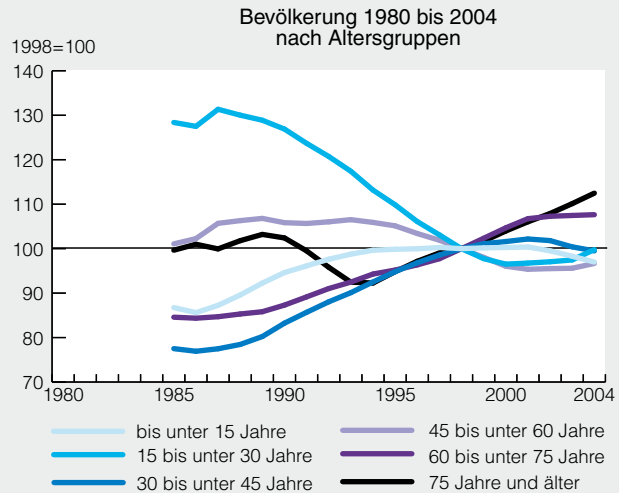


Anmerkung: 1987 Korrektur des Bevölkerungs-, Gebäude- und Wohnungsbestands durch die Volkszählung

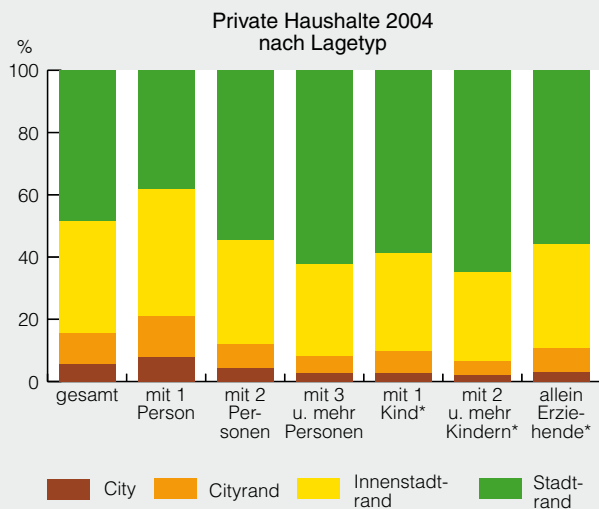
Profil der Lagetypen der Stadt Köln



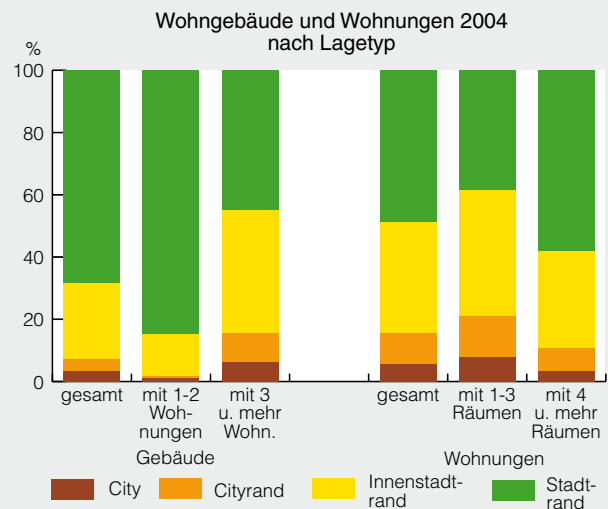
Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte



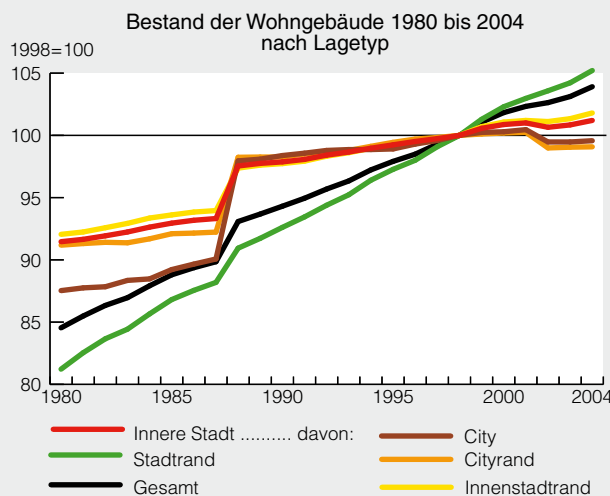
Datenbasis: Laufende Raumbeobachtung des BBR



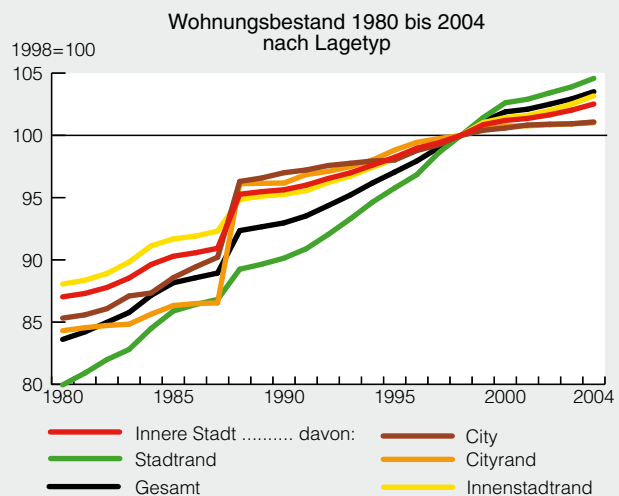
* Kinder unter 18 Jahren
Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte



Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte



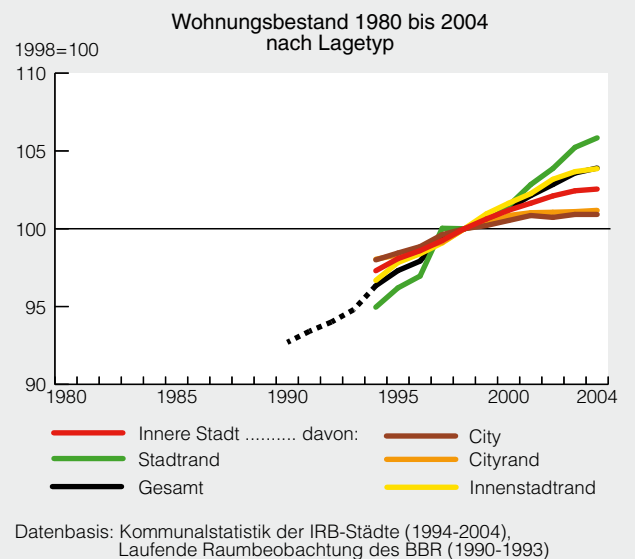
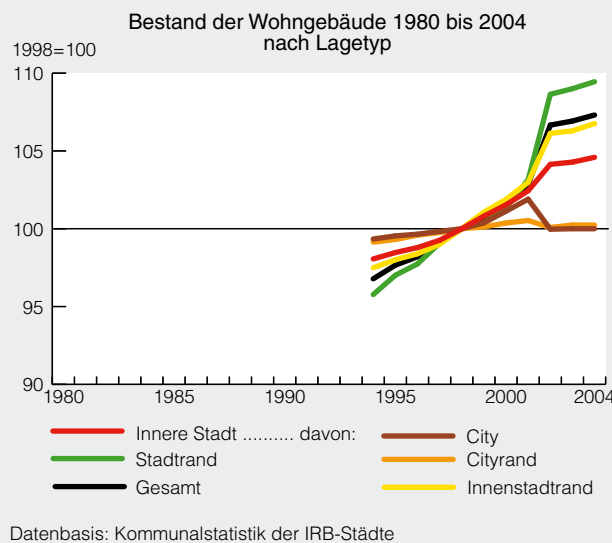
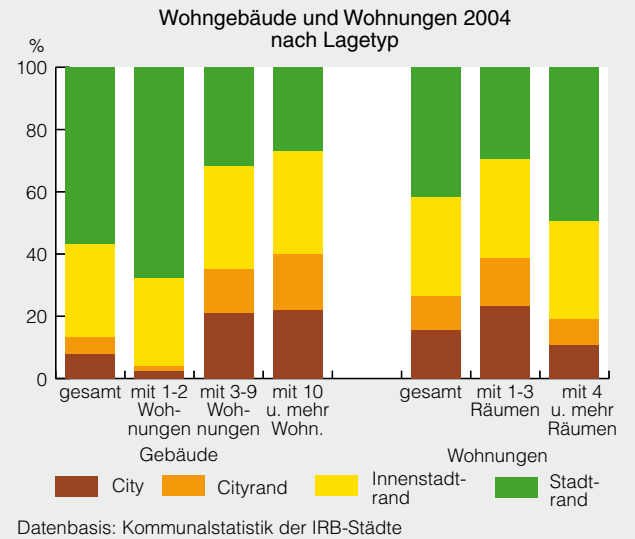
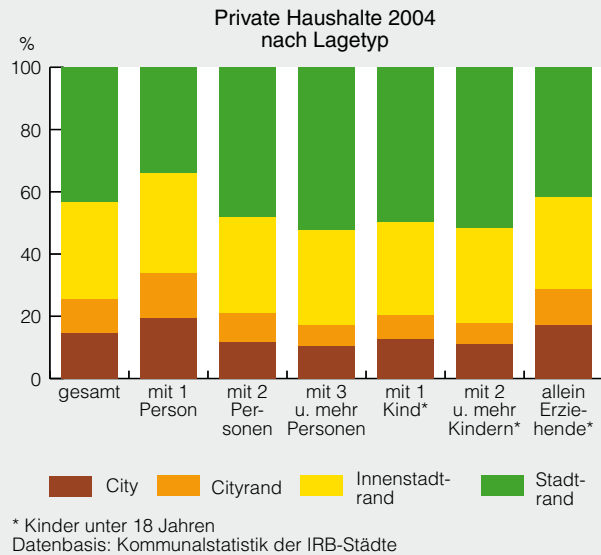
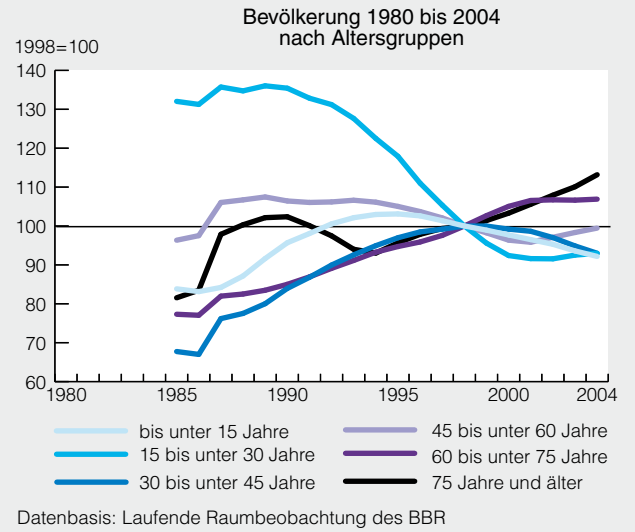
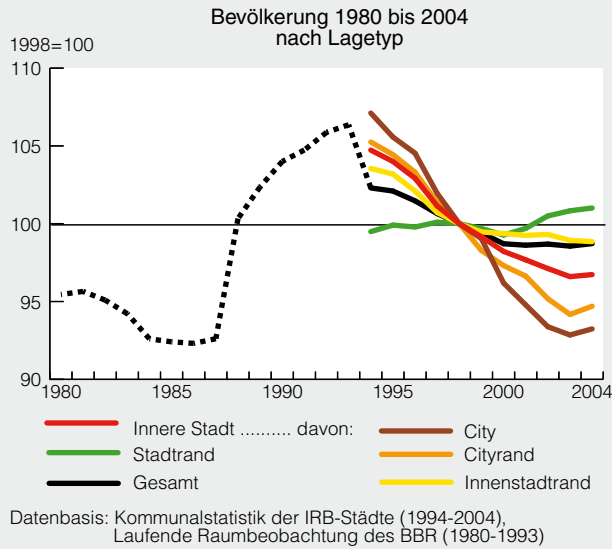
Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte



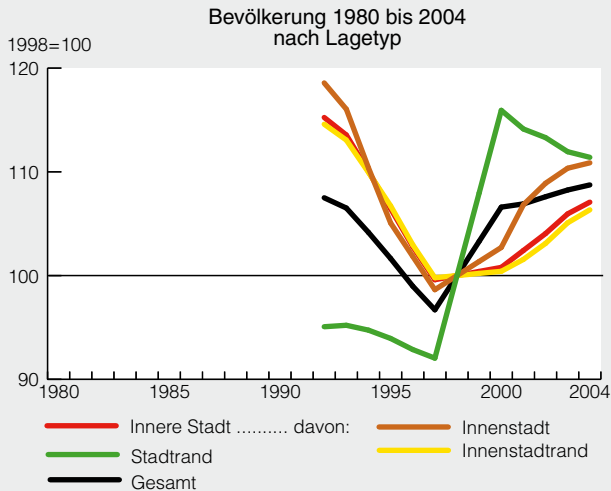
Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte

Anmerkung: 1987 Korrektur des Bevölkerungs-, Gebäude- und Wohnungsbestands durch die Volkszählung

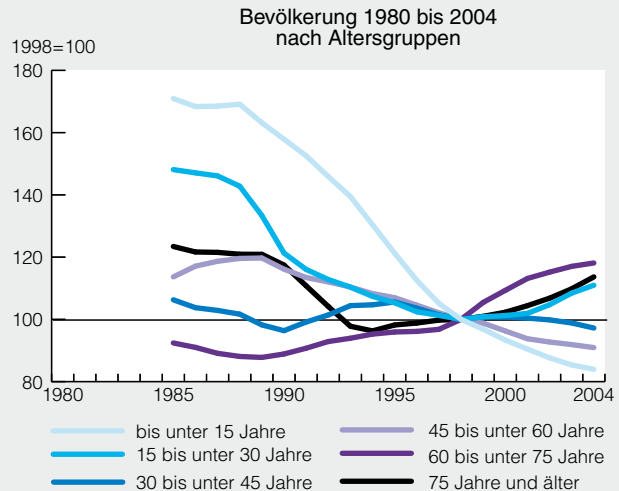
Profil der Lagetypen der Stadt Krefeld



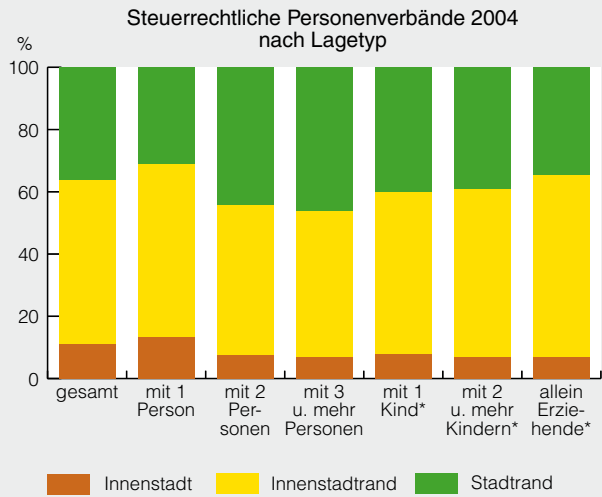
Profil der Lagetypen der Stadt Leipzig



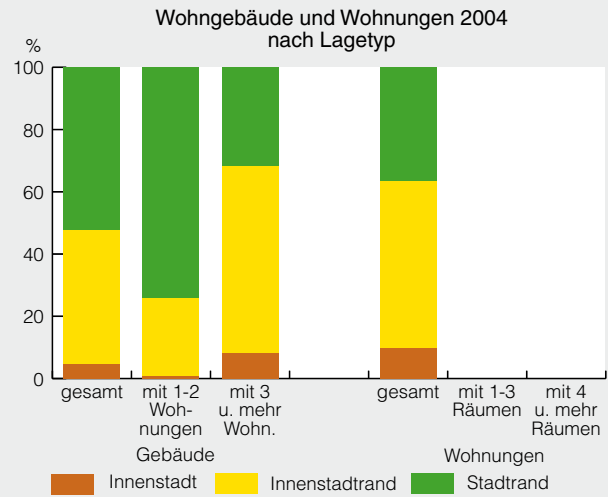
Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte



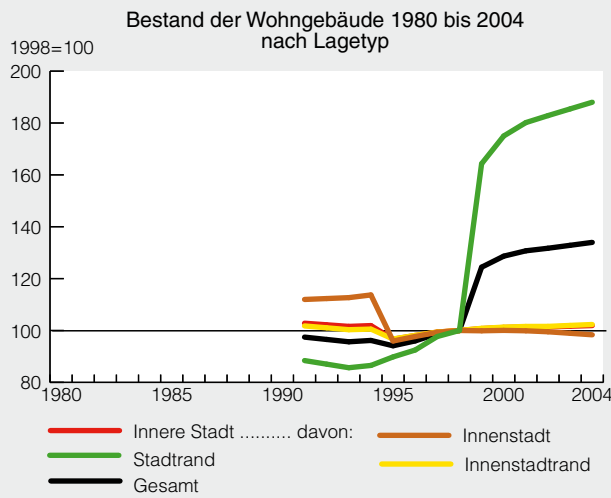
Datenbasis: Laufende Raumbeobachtung des BBR



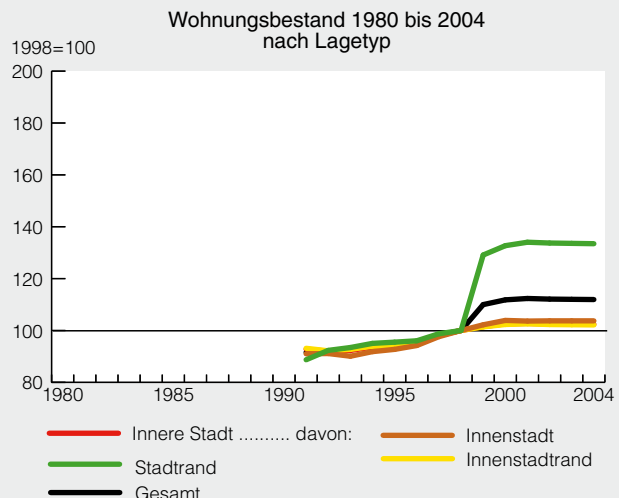
* Kinder unter 18 Jahren
 Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte



Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte



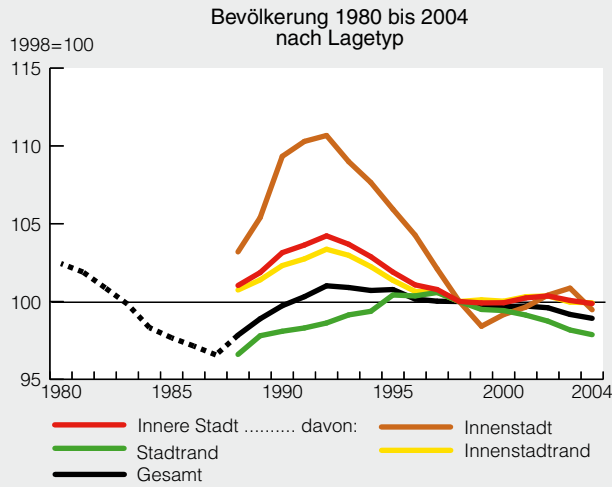
Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte



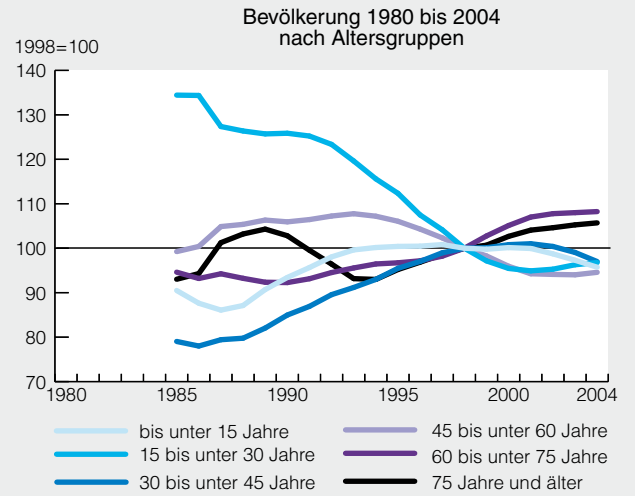
Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte

Anmerkung: 1993, 1995, 1997-2000 Eingemeindungen

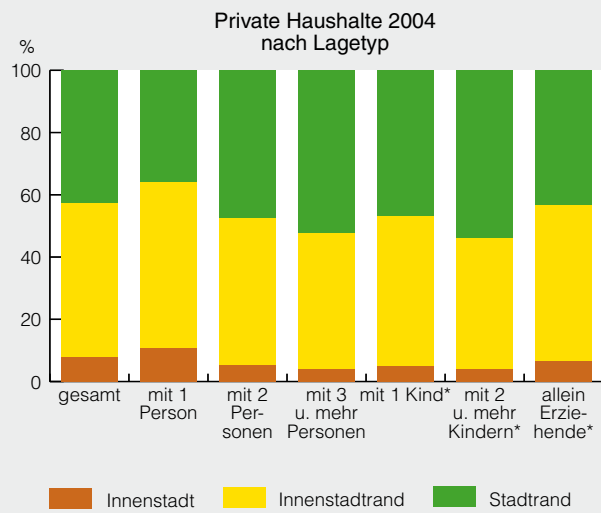
Profil der Lagetypen der Stadt Lübeck



Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte (1988-2004),
 Laufende Raumberechnung des BBR (1980-1987)



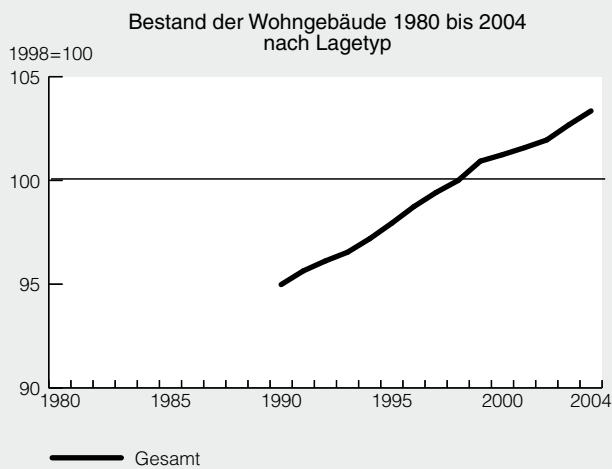
Datenbasis: Laufende Raumberechnung des BBR



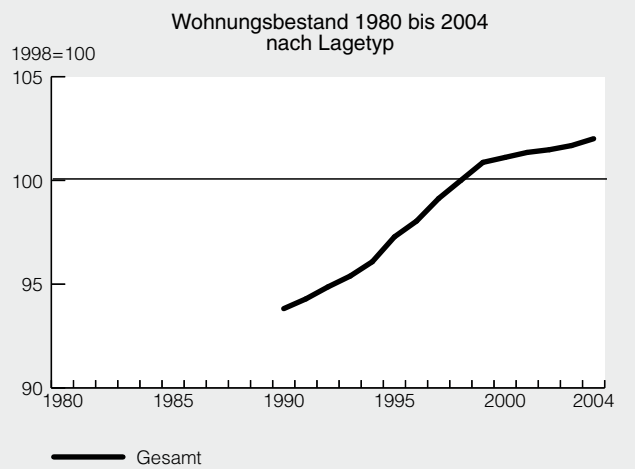
* Kinder unter 18 Jahren
 Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte

Wohngebäude und Wohnungen 2004 nach Lagetyp

keine Daten vorhanden



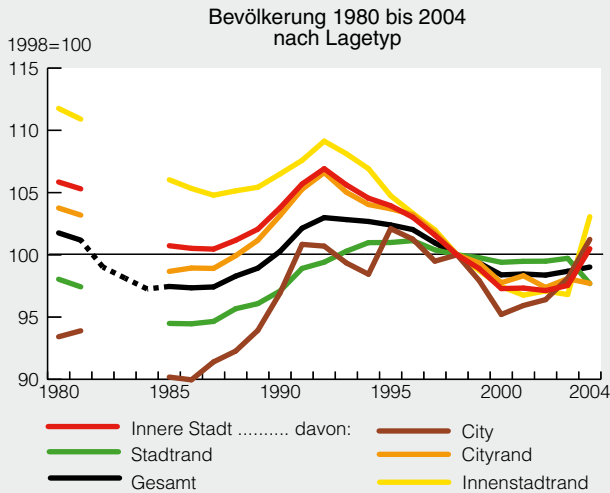
Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte



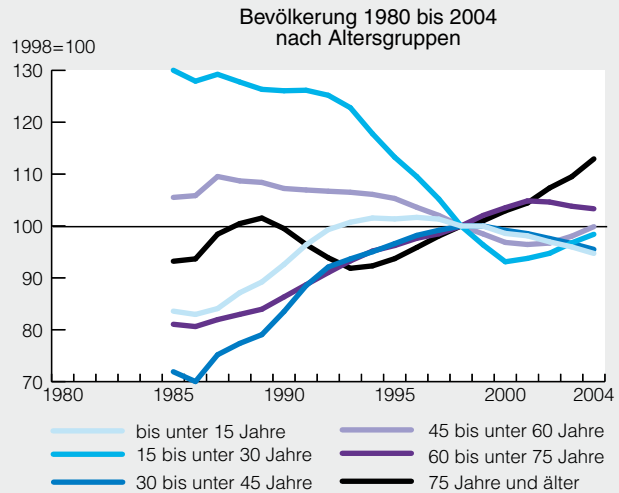
Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte

Anmerkung: 1987 Korrektur des Bevölkerungs-, Gebäude- und Wohnungsbestands durch die Volkszählung

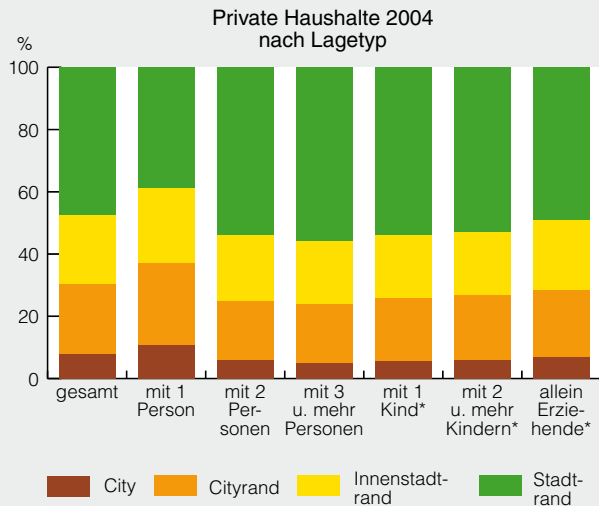
Profil der Lagetypen der Stadt Ludwigshafen



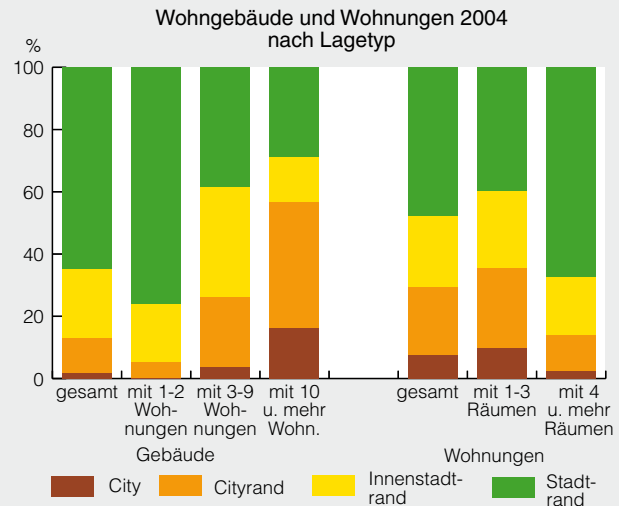
Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte (1980-1981, 1985-2004), Laufende Raumbbeobachtung des BBR (1982-1984)



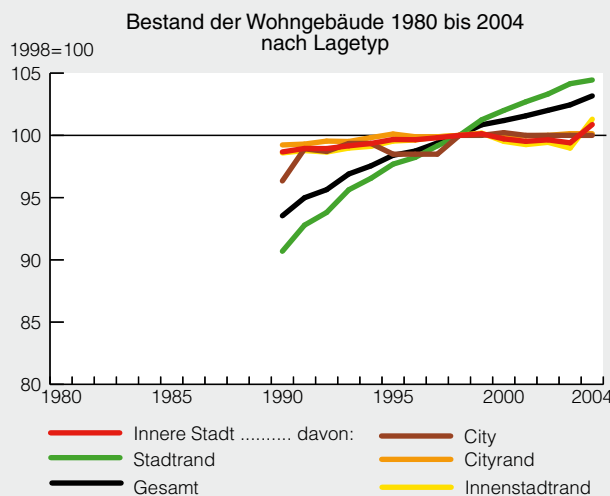
Datenbasis: Laufende Raumbbeobachtung des BBR



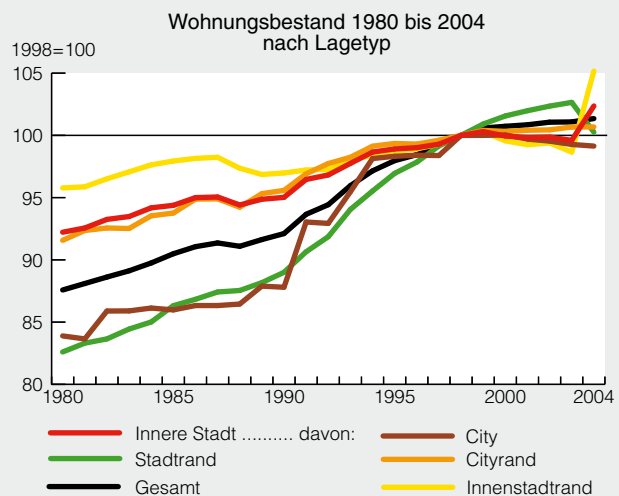
* Kinder unter 18 Jahren
 Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte



Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte



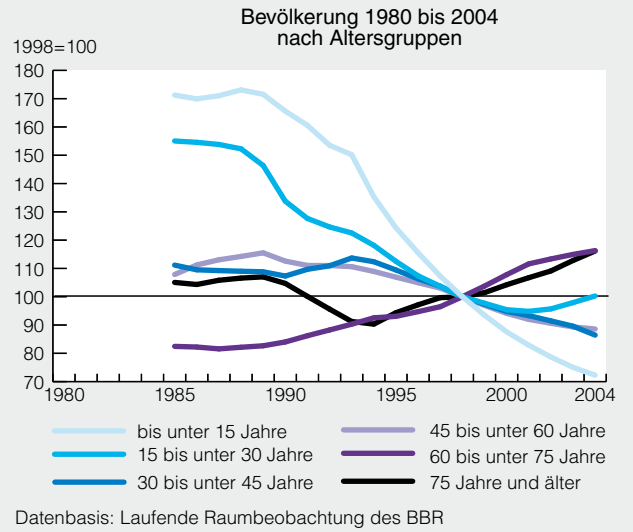
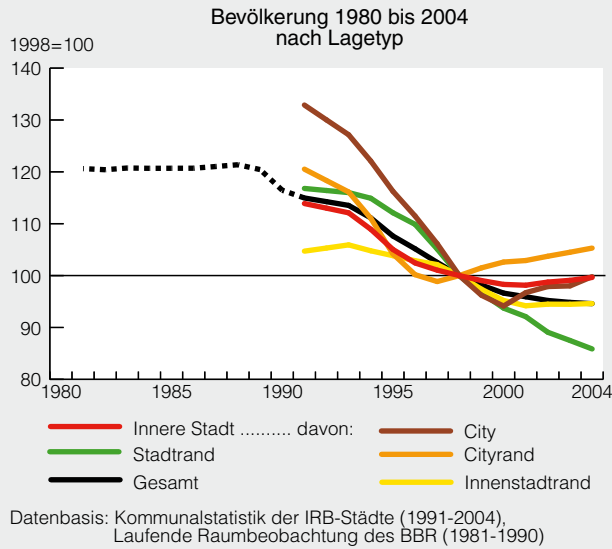
Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte



Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte

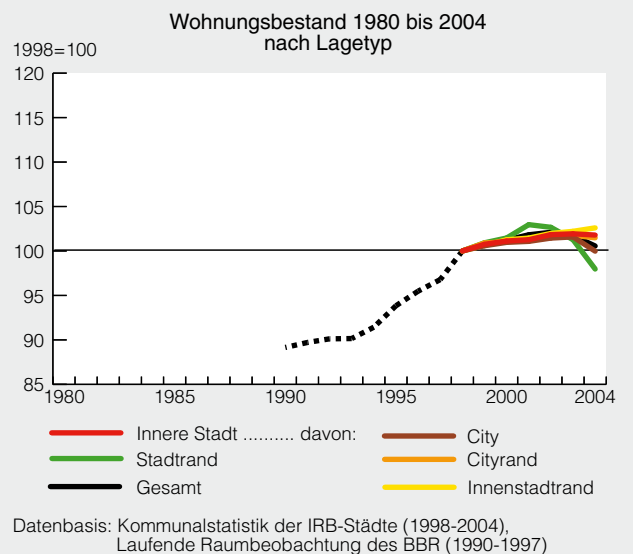
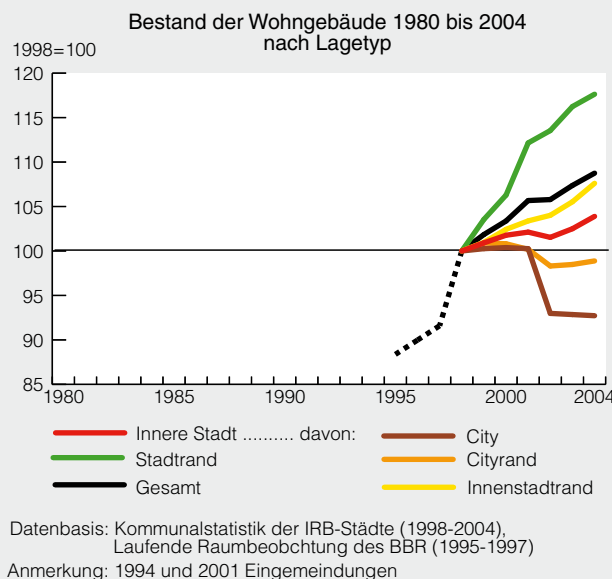
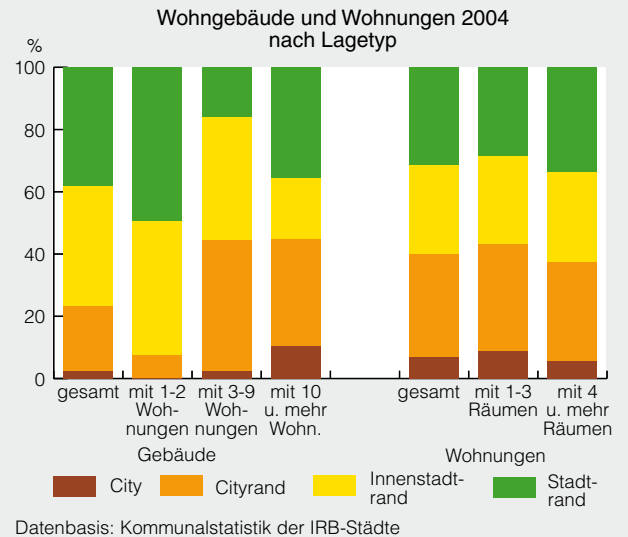
Anmerkung: 1987 Korrektur des Bevölkerungs-, Gebäude- und Wohnungsbestands durch die Volkszählung

Profil der Lagetypen der Stadt Magdeburg



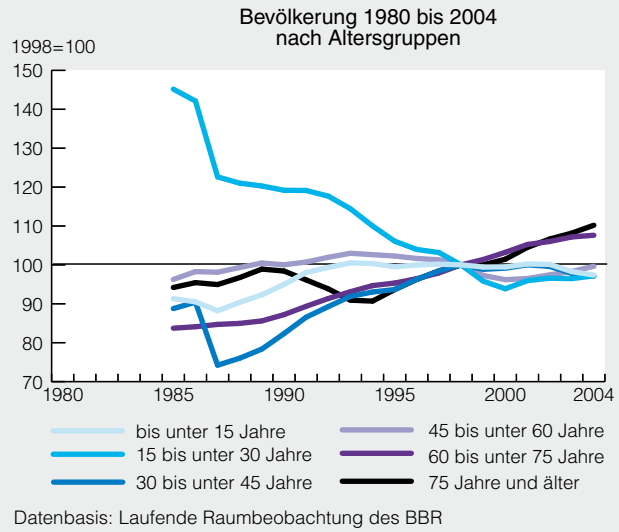
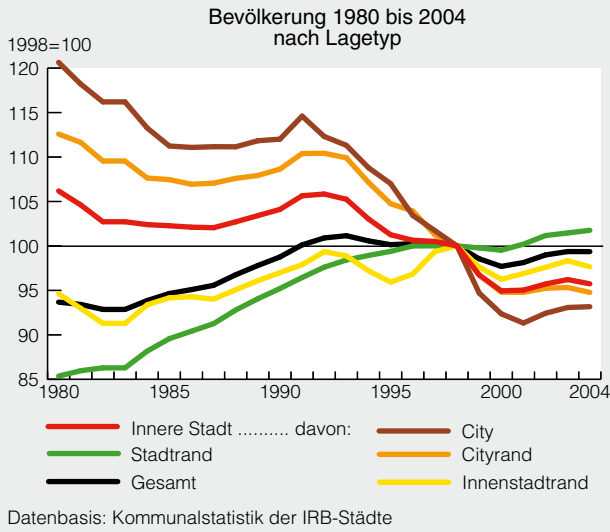
Private Haushalte 2004 nach Lagetyp

keine Daten vorhanden



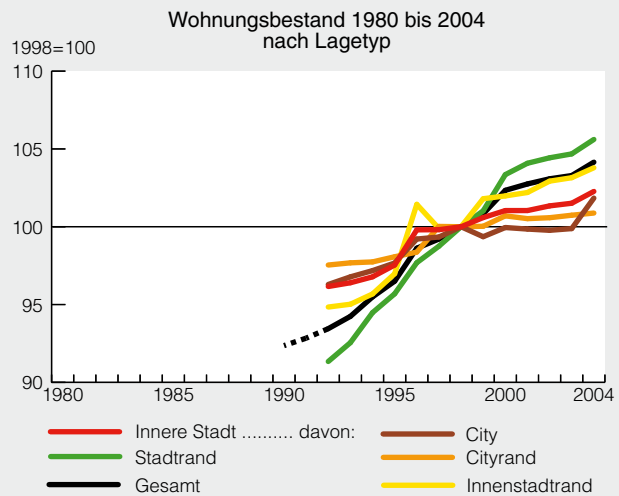
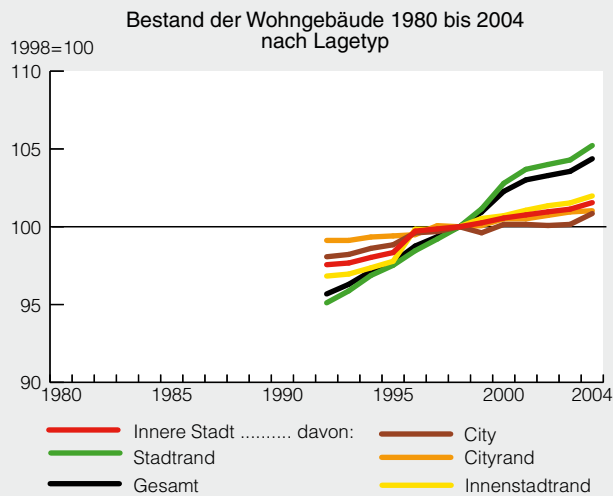
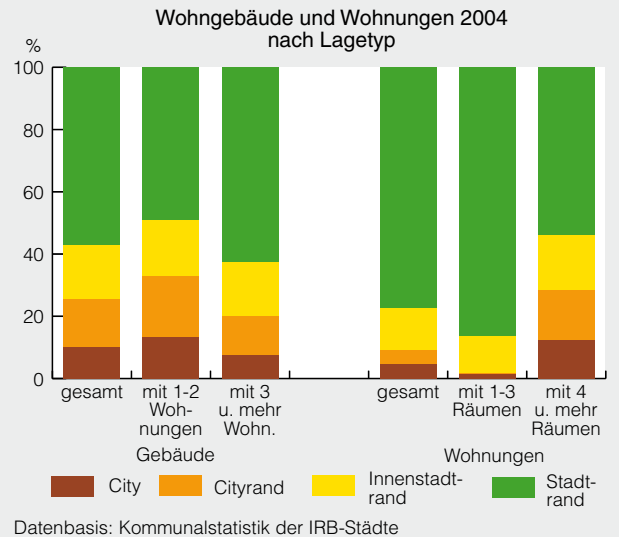
Anmerkung: 1994 und 2001 Eingemeindungen

Profil der Lagetypen der Stadt Mainz



Private Haushalte 2004 nach Lagetyp

keine Daten vorhanden



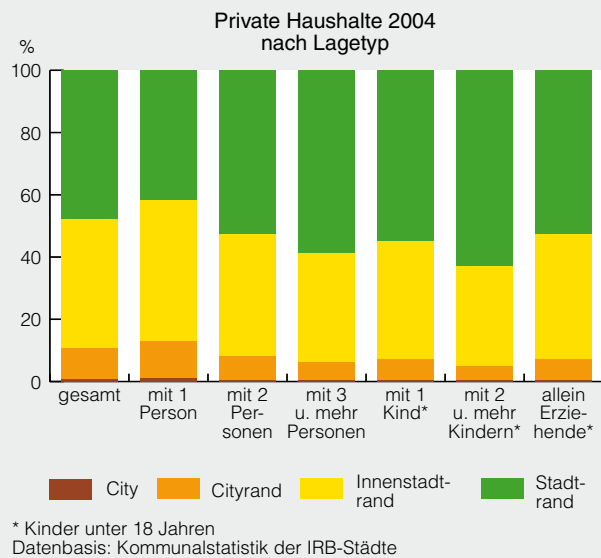
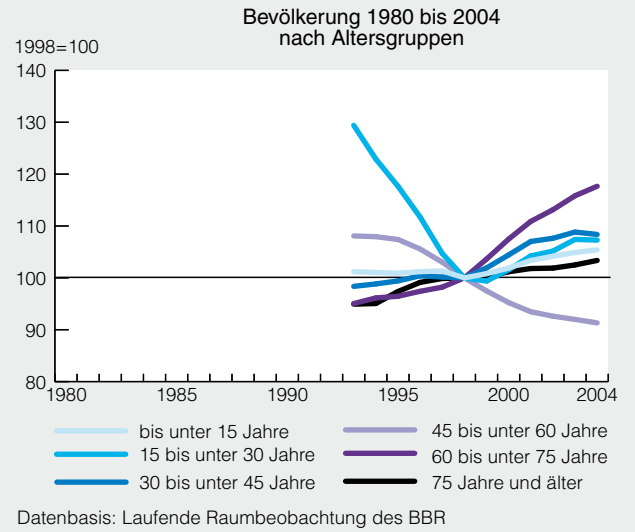
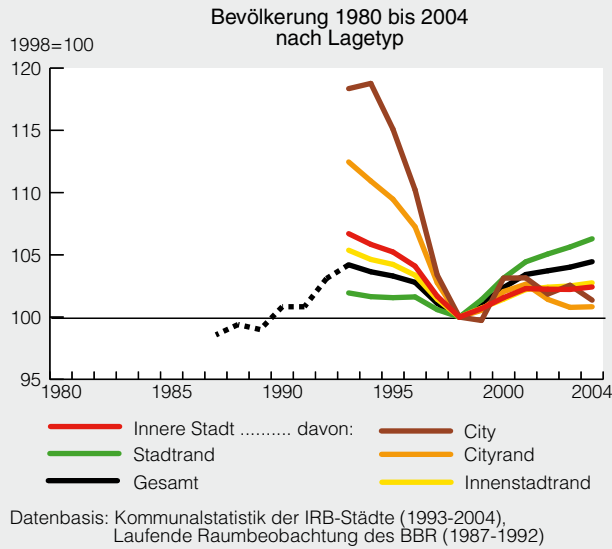
Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte

Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte (1992-2004),
Laufende Raumbbeobachtung des BBR (1990-1991)

Anmerkung: 1987 Korrektur des Bevölkerungs-, Gebäude- und Wohnungsbestands durch die Volkszählung

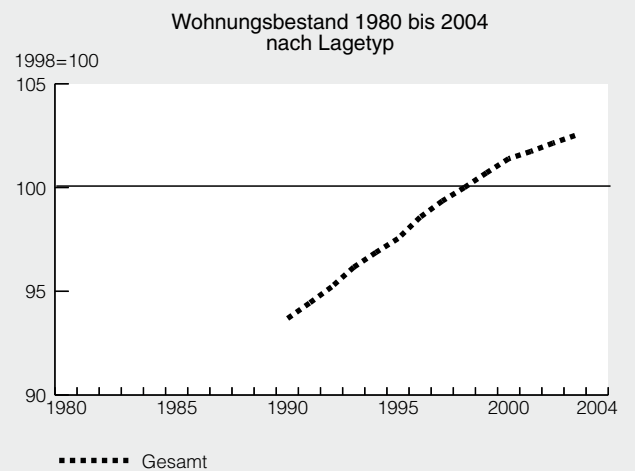
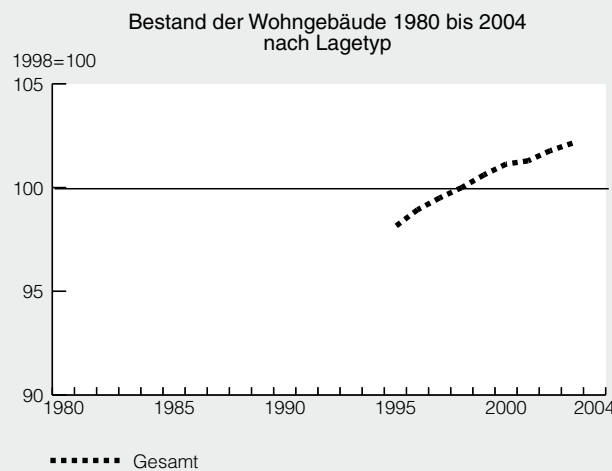
© BBR Bonn 2006

Profil der Lagetypen der Stadt München



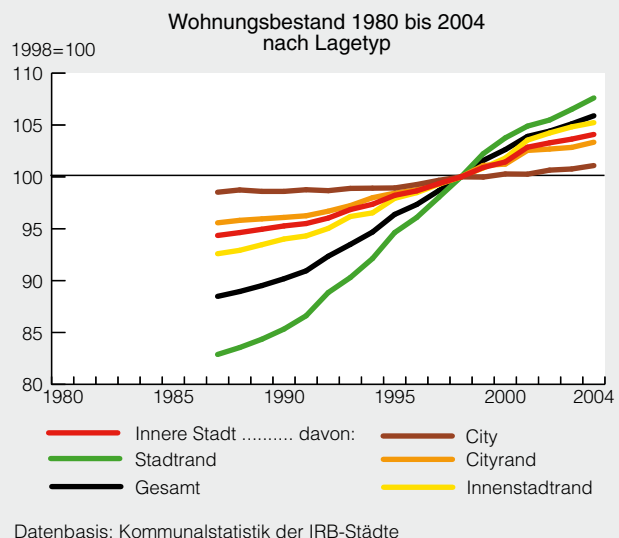
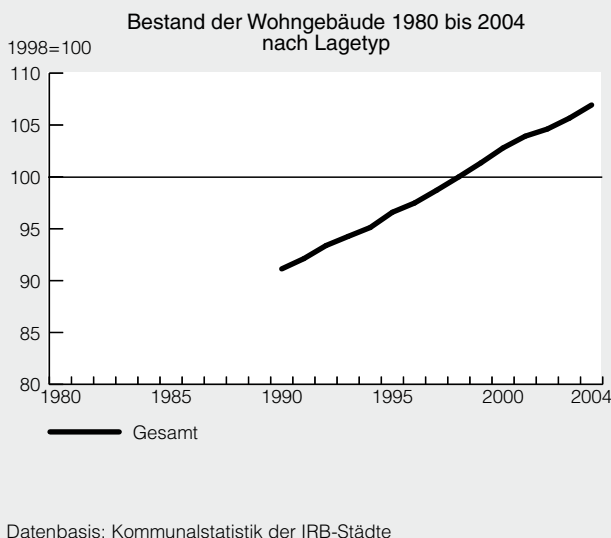
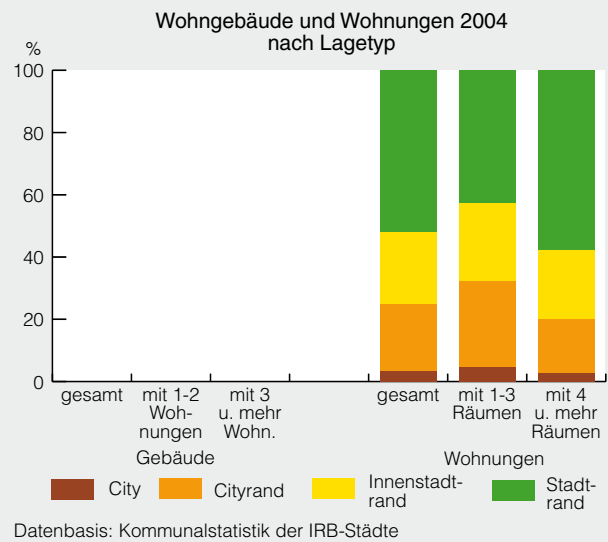
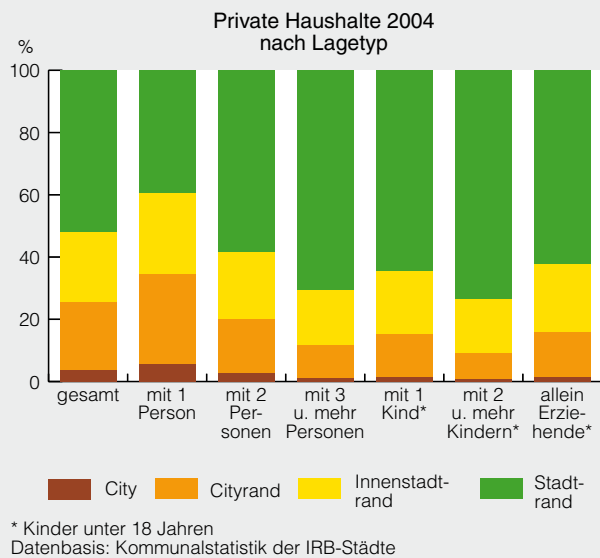
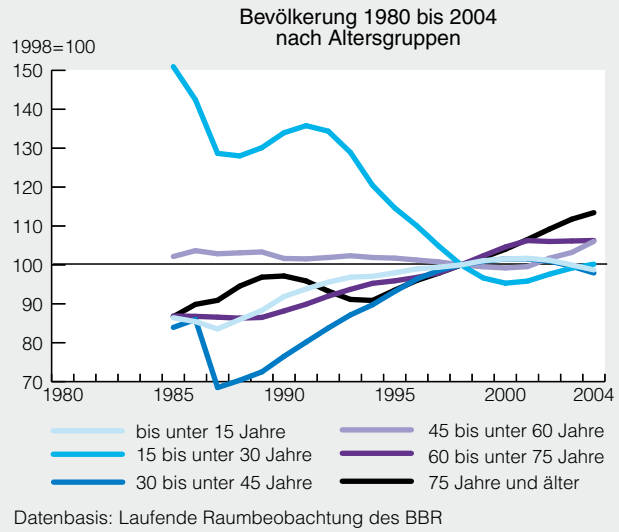
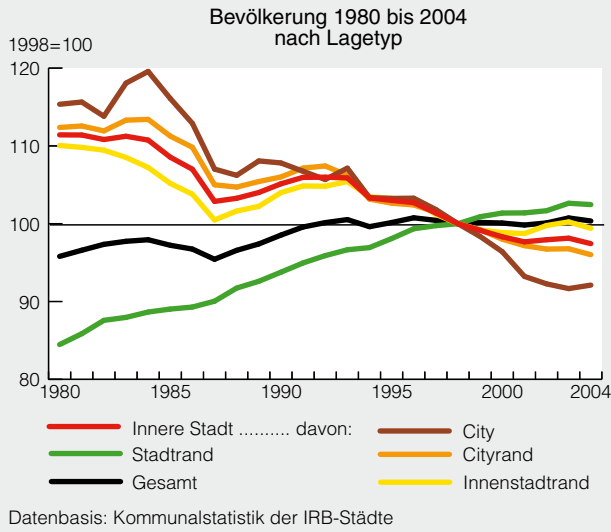
Wohngebäude und Wohnungen 2004 nach Lagetyp

keine Daten vorhanden



Datenbasis: Laufende Raumbbeobachtung des BBR
 Anmerkung: 1987 Korrektur des Bevölkerungs-, Gebäude- und Wohnungsbestands durch die Volkszählung

Profil der Lagetypen der Stadt Münster

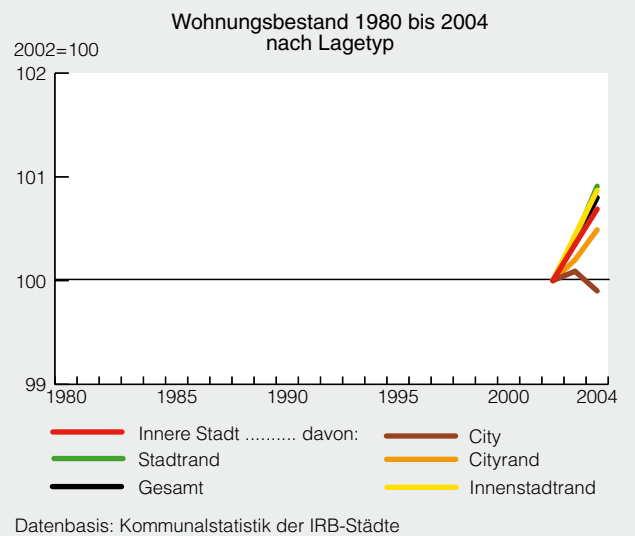
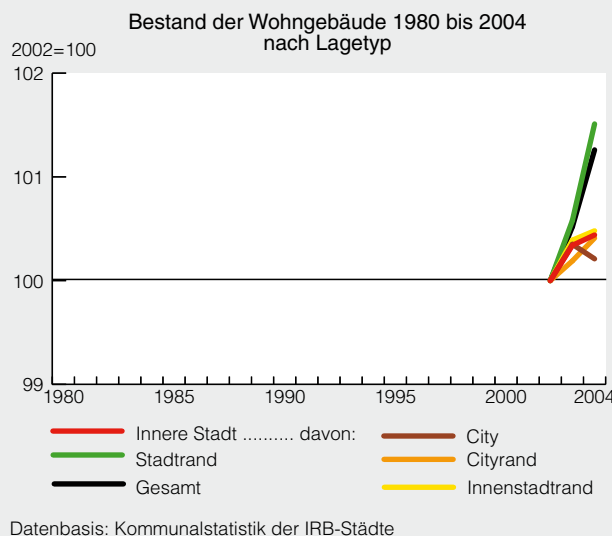
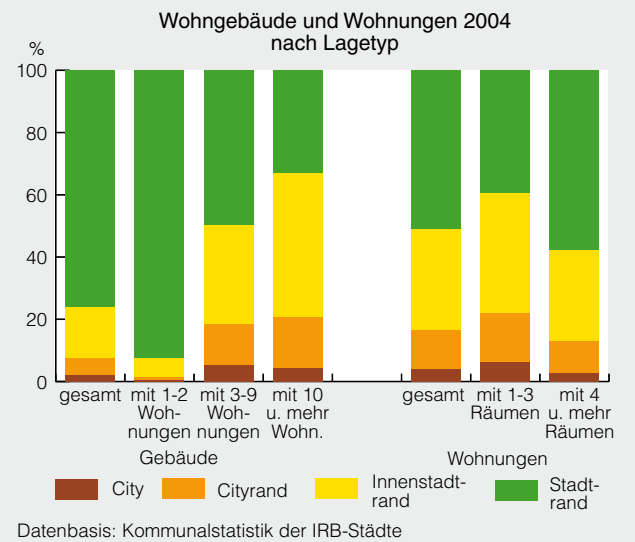
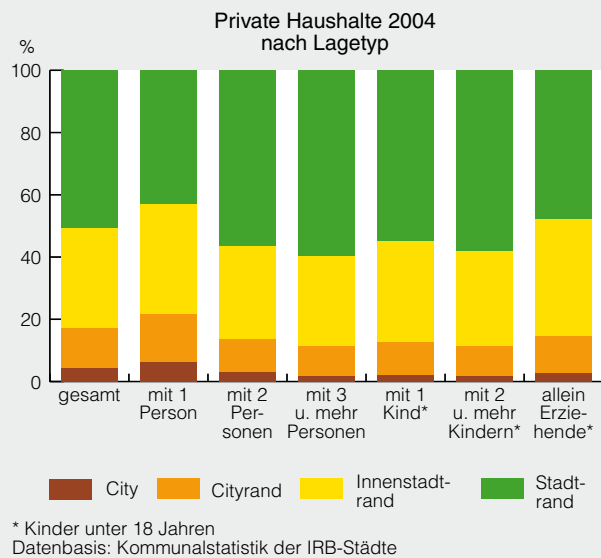
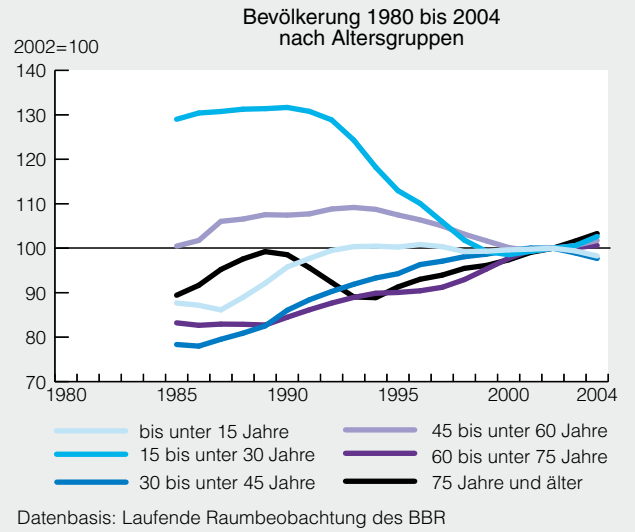
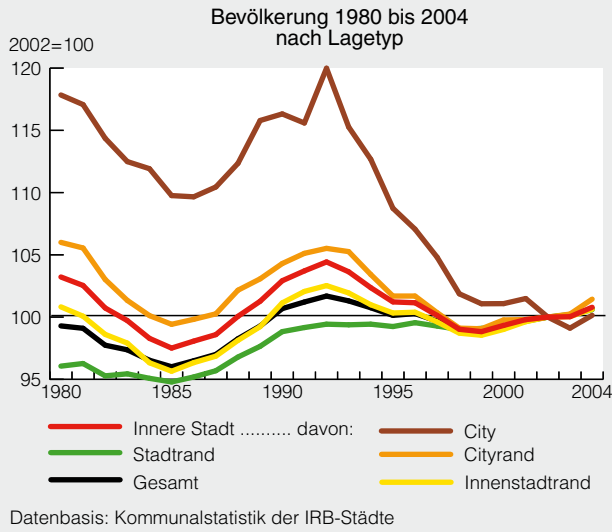


Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte

Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte

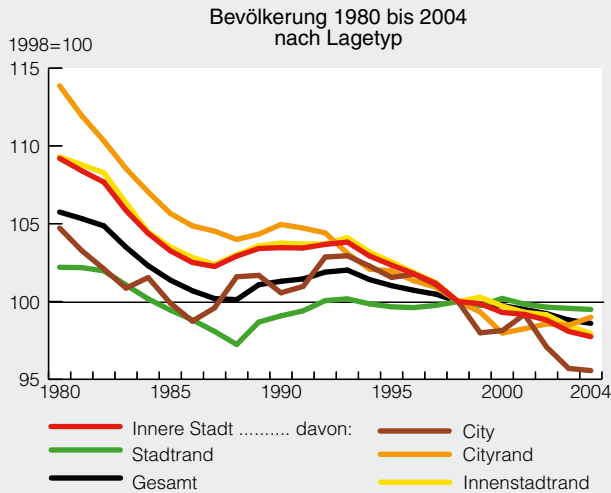
Anmerkung: 1987 Korrektur des Bevölkerungs-, Gebäude- und Wohnungsbestands durch die Volkszählung

Profil der Lagetypen der Stadt Nürnberg

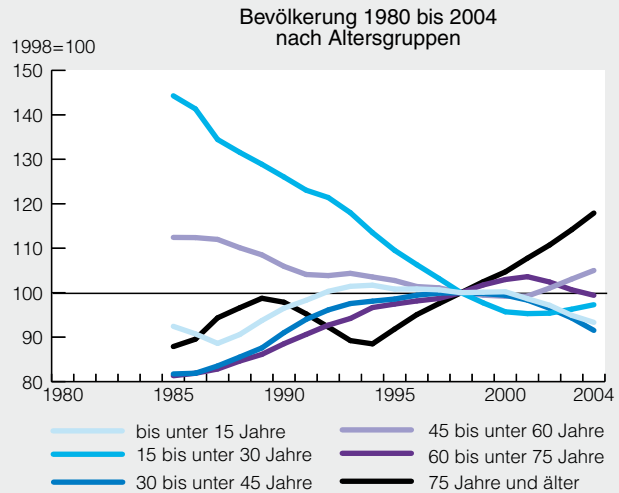


Anmerkung: 1987 Korrektur des Bevölkerungs-, Gebäude- und Wohnungsbestands durch die Volkszählung

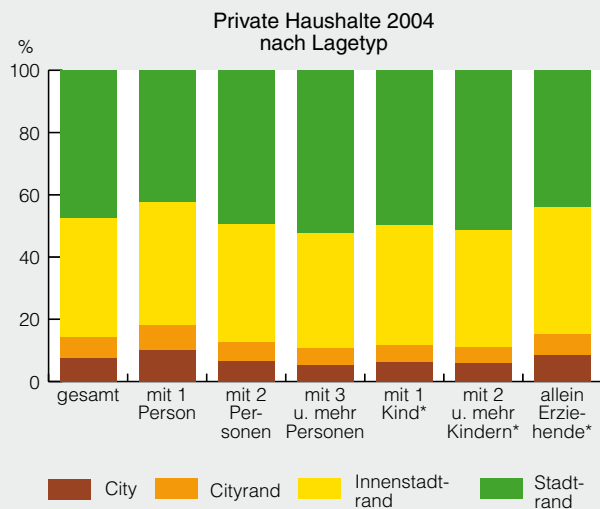
Profil der Lagetypen der Stadt Oberhausen



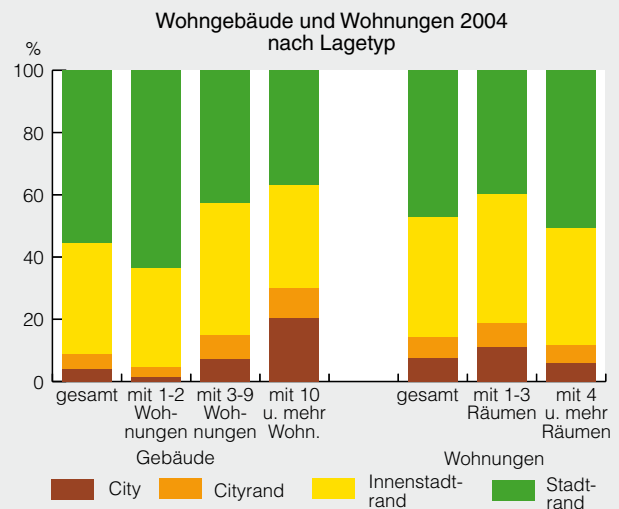
Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte



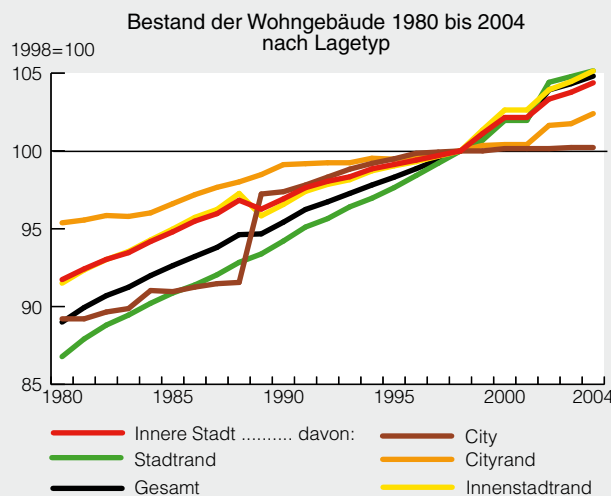
Datenbasis: Laufende Raumbearbeitung des BBR



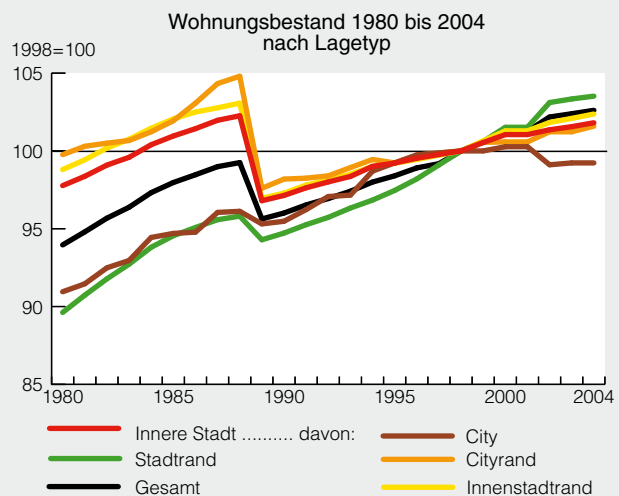
* Kinder unter 18 Jahren
Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte



Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte



Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte (1980-1996, 1998-2004), Laufende Raumbearbeitung des BBR (1997)

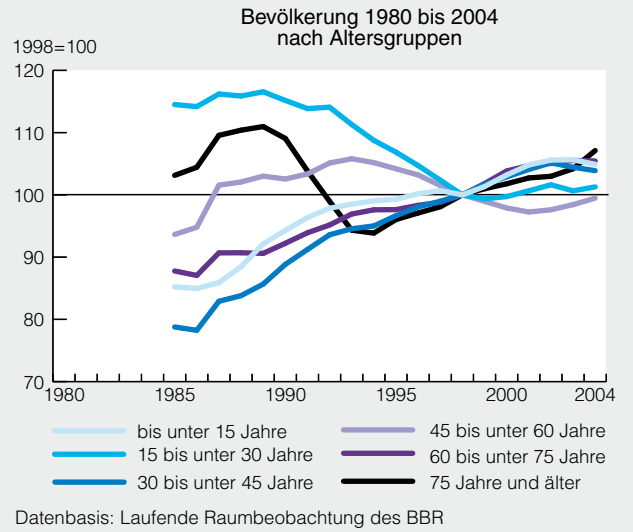
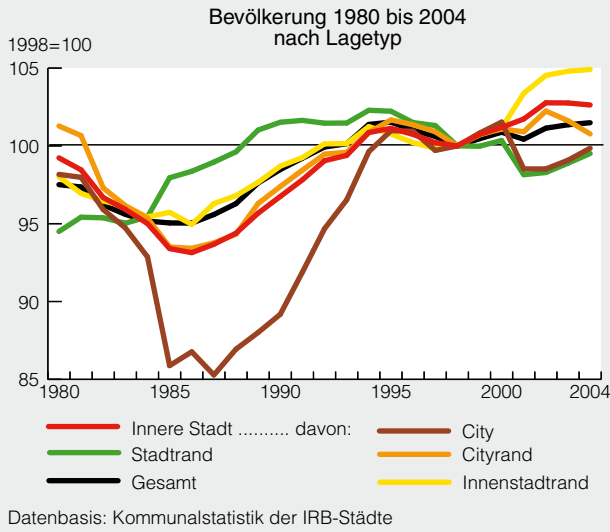


Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte (1980-1996, 1998-2004), Laufende Raumbearbeitung des BBR (1997)

Anmerkung: 1987 Korrektur des Bevölkerungs-, Gebäude- und Wohnungsbestands durch die Volkszählung

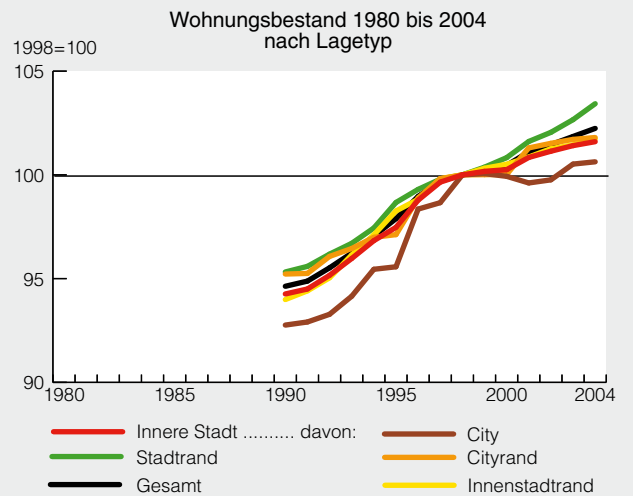
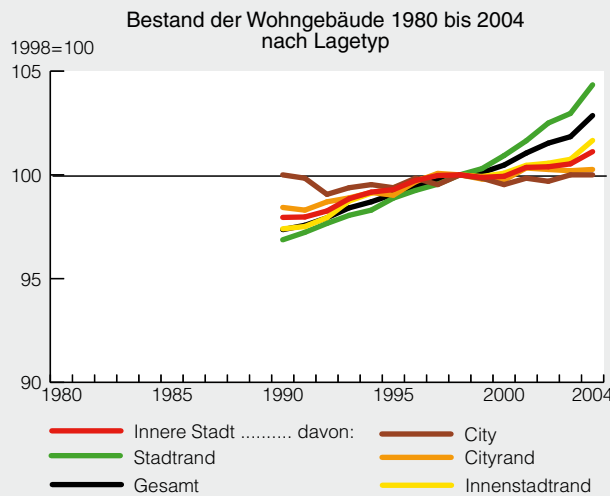
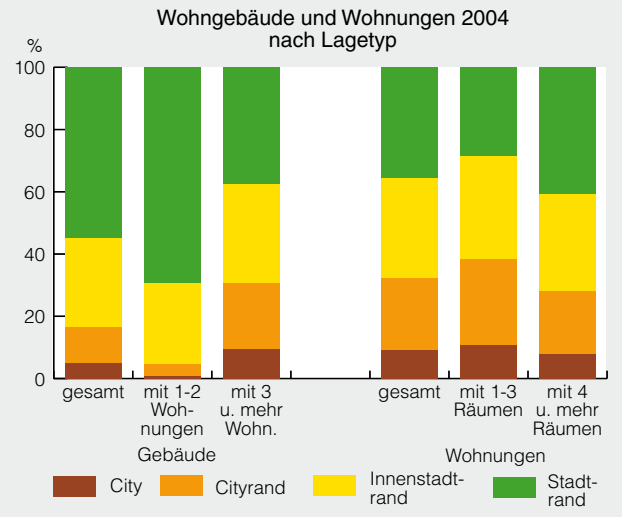
© BBR Bonn 2006

Profil der Lagetypen der Stadt Offenbach



Private Haushalte 2004 nach Lagetyp

keine Daten vorhanden



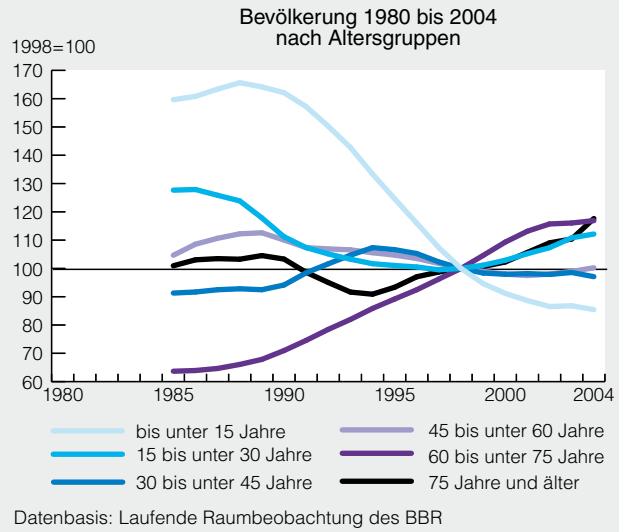
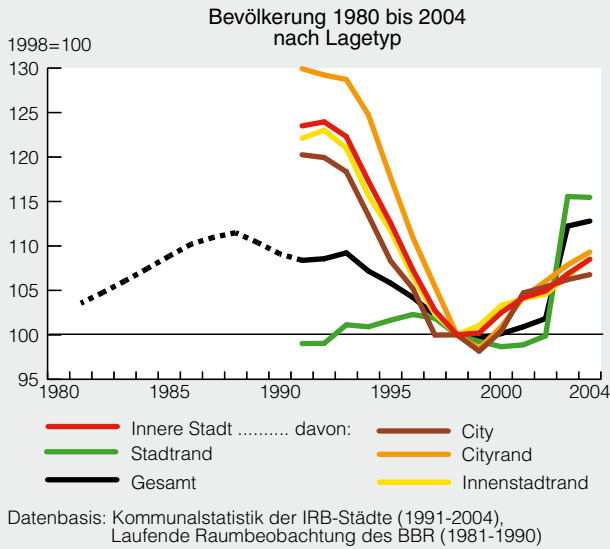
Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte

Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte

Anmerkung: 1987 Korrektur des Bevölkerungs-, Gebäude- und Wohnungsbestands durch die Volkszählung

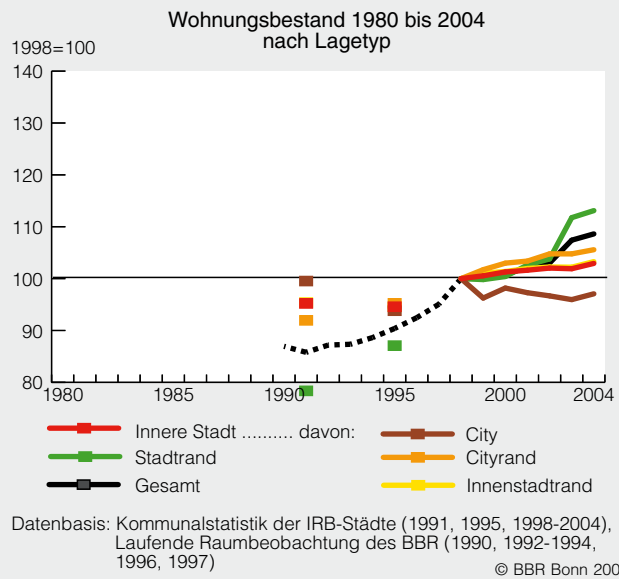
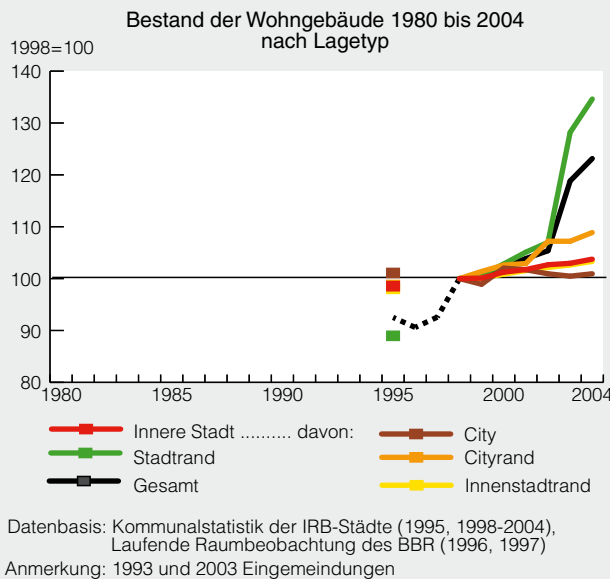
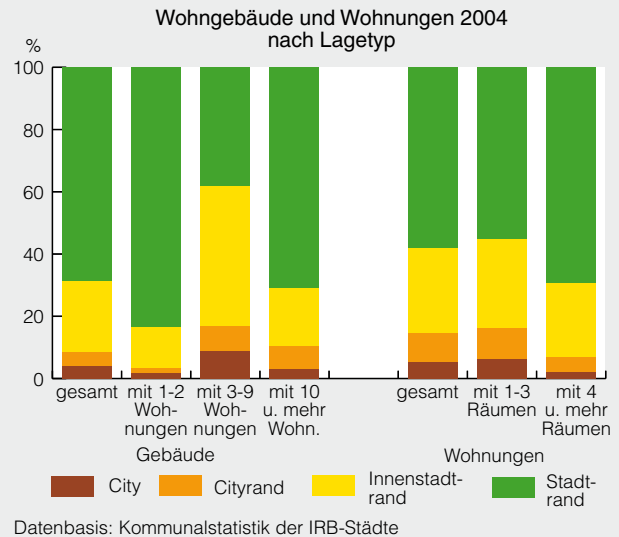
© BBR Bonn 2006

Profil der Lagetypen der Stadt Potsdam

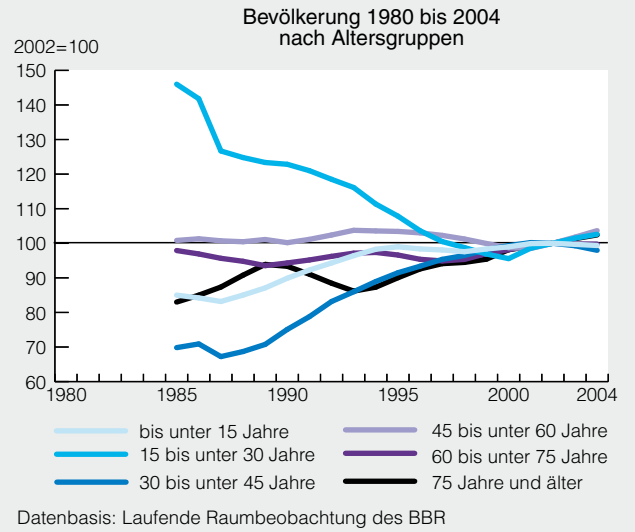
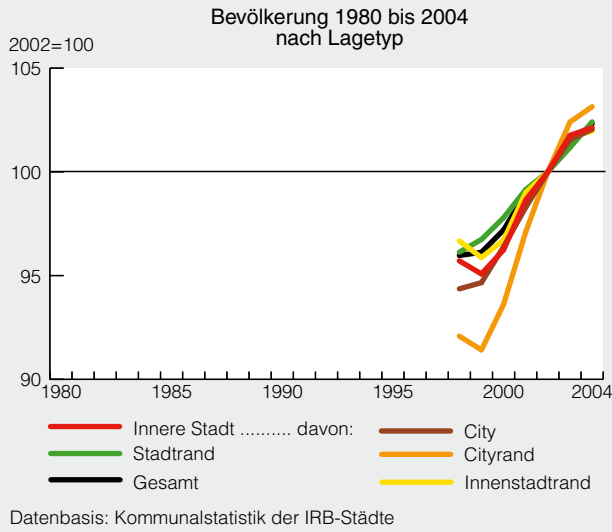


Private Haushalte 2004 nach Lagetyp

keine Daten vorhanden

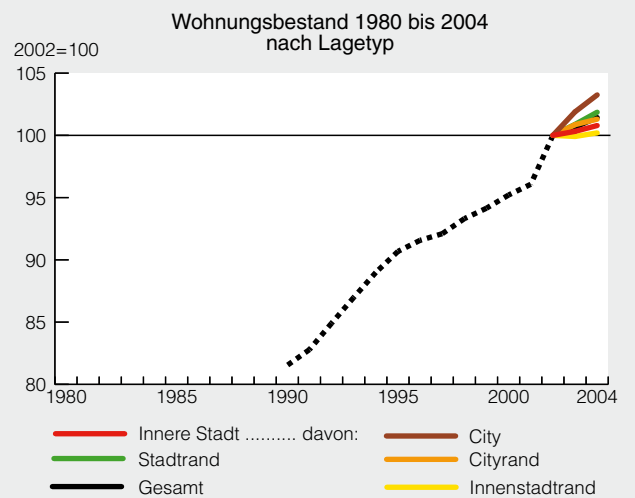
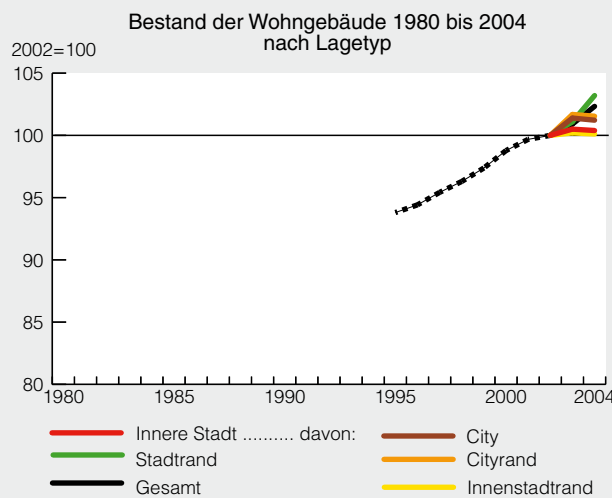
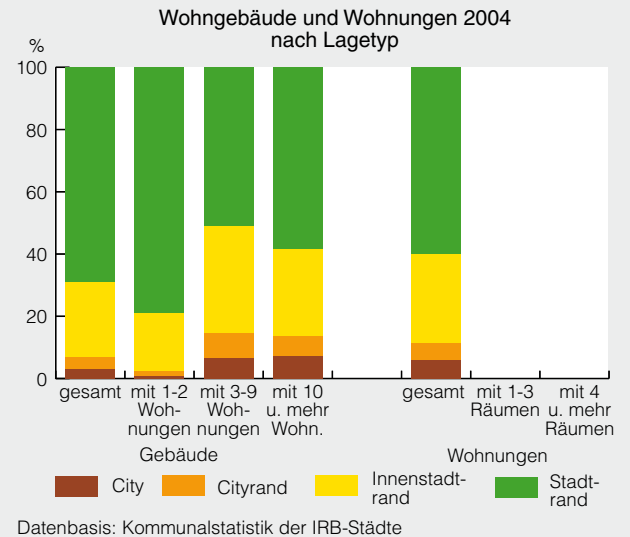


Profil der Lagetypen der Stadt Regensburg



Private Haushalte 2004 nach Lagetyp

keine Daten vorhanden



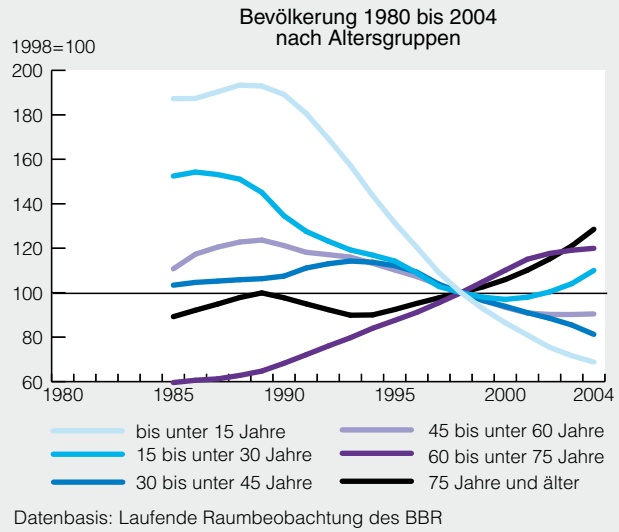
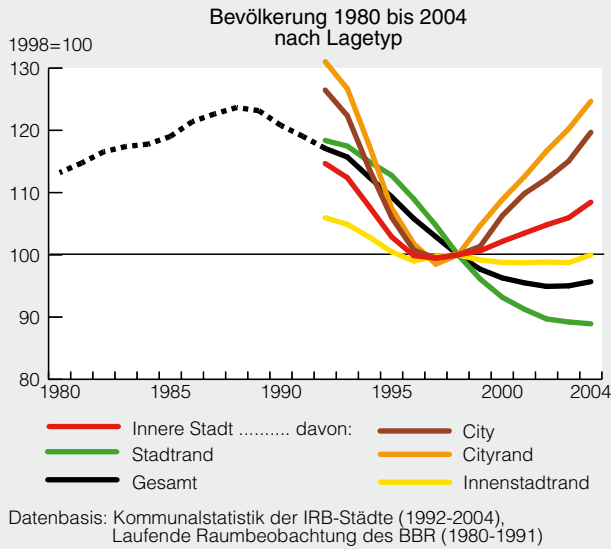
Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte (2002-2004),
Laufende Raumbbeobachtung des BBR (1995-2001)

Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte (2002-2004),
Laufende Raumbbeobachtung des BBR (1990-2001)

Anmerkung: 1987 Korrektur des Bevölkerungs-, Gebäude- und Wohnungsbestands durch die Volkszählung

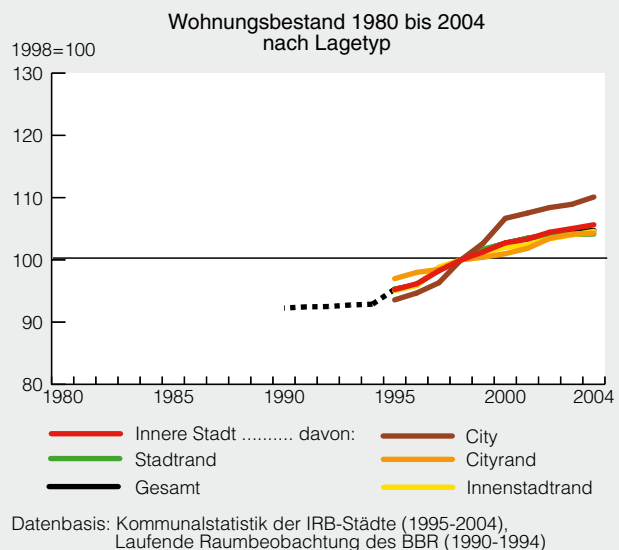
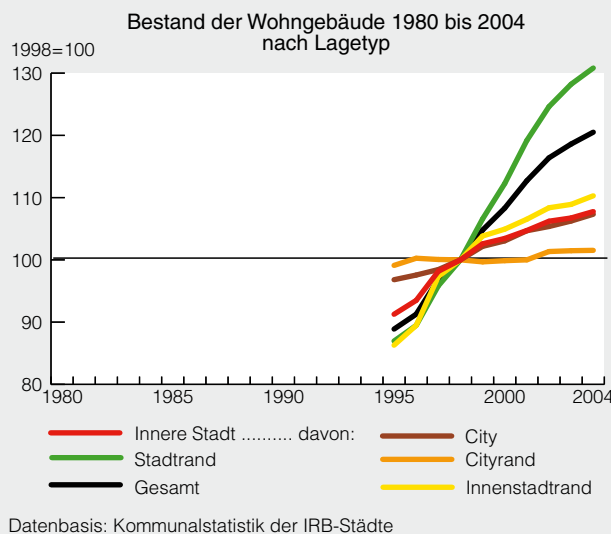
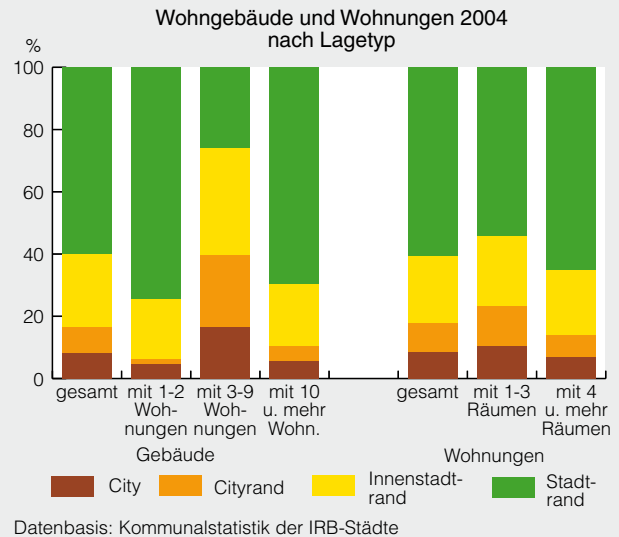
© BBR Bonn 2006

Profil der Lagetypen der Stadt Rostock

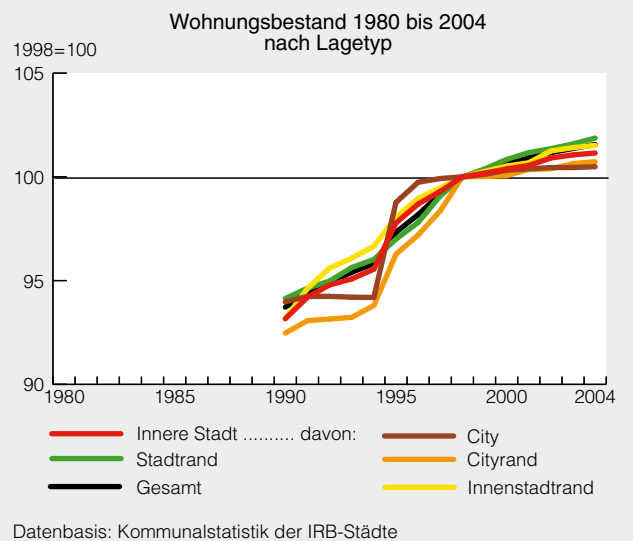
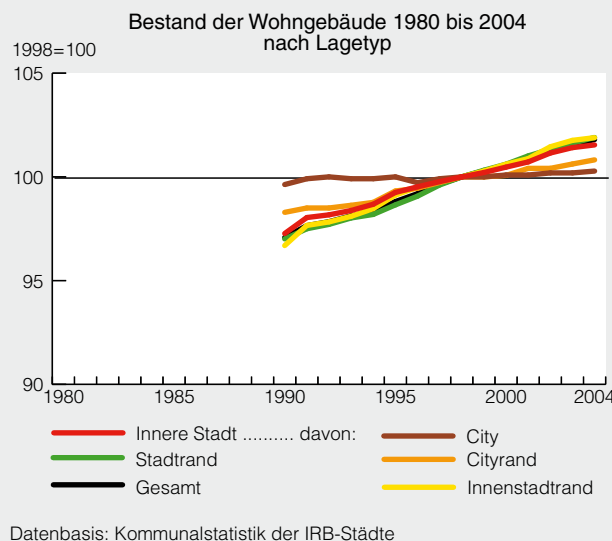
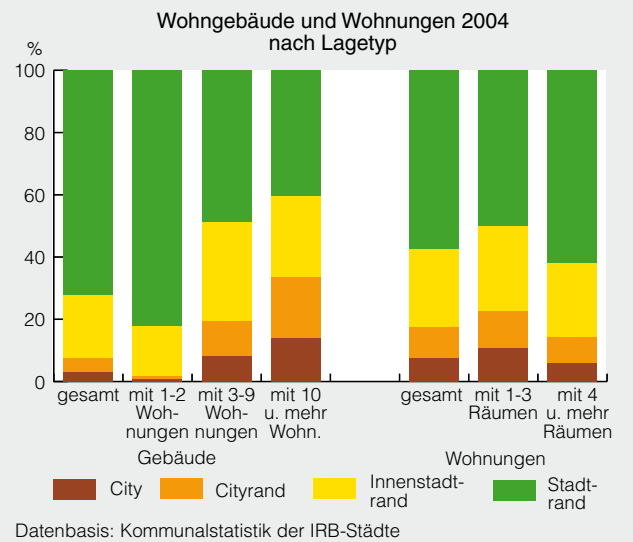
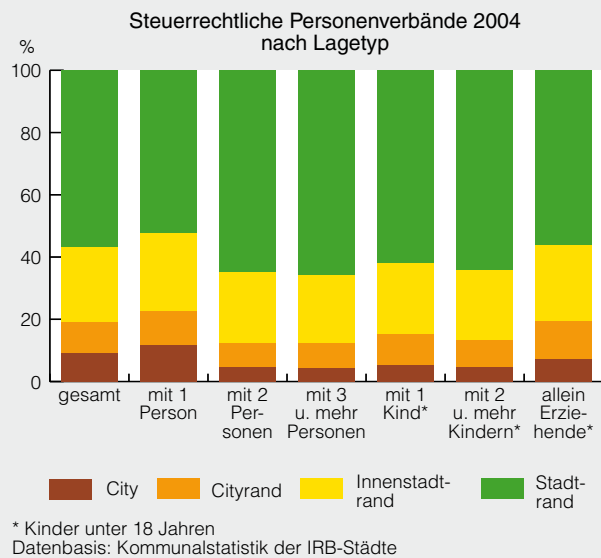
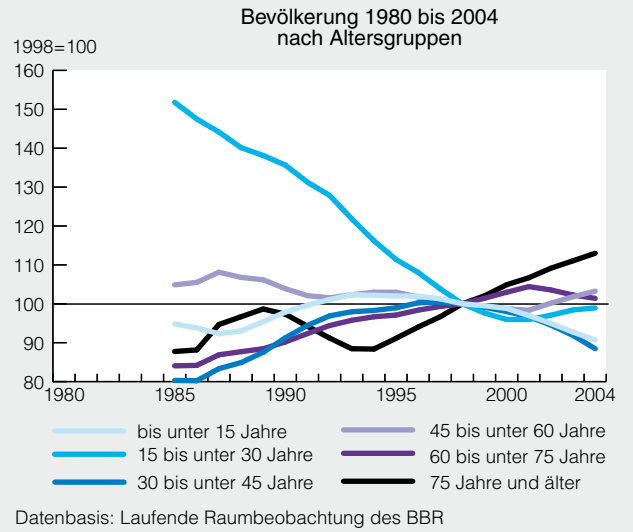
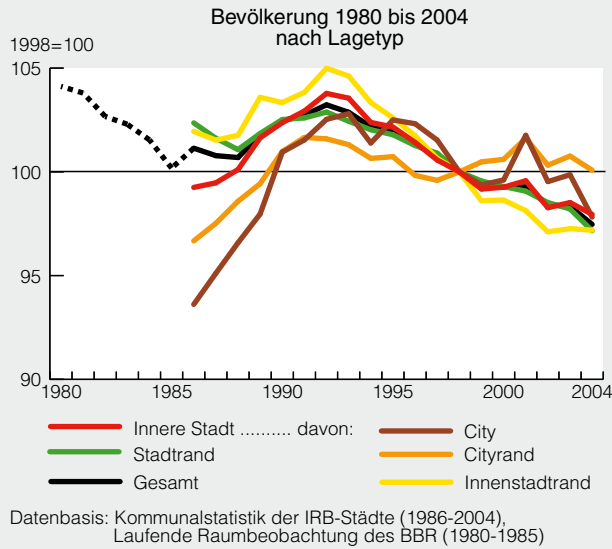


Private Haushalte 2004 nach Lagetyp

keine Daten vorhanden

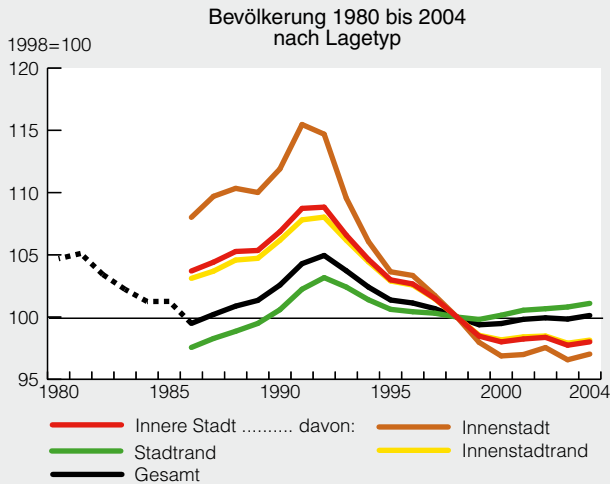


Profil der Lagetypen der Stadt Saarbrücken

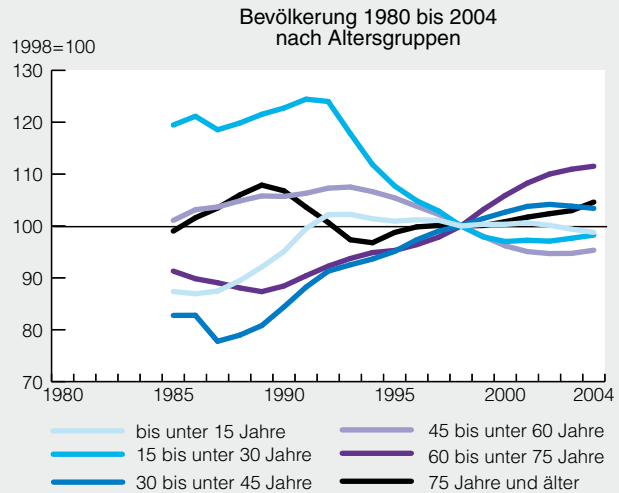


Anmerkung: 1987 Korrektur des Bevölkerungs-, Gebäude- und Wohnungsbestands durch die Volkszählung

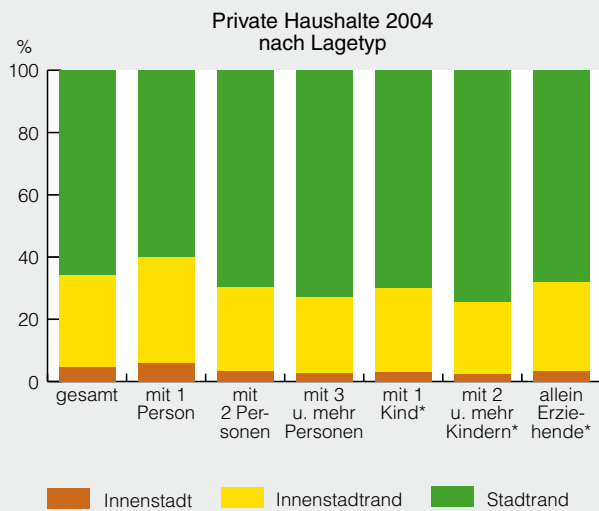
Profil der Lagetypen der Stadt Stuttgart



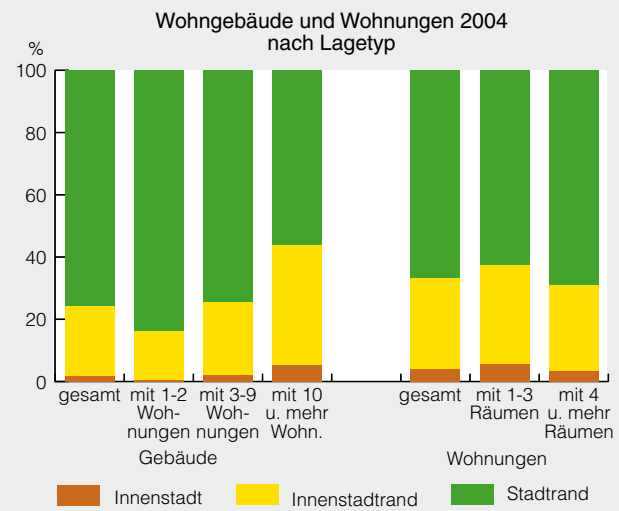
Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte (1986-2004), Laufende Raumbbeobachtung des BBR (1980-1985)



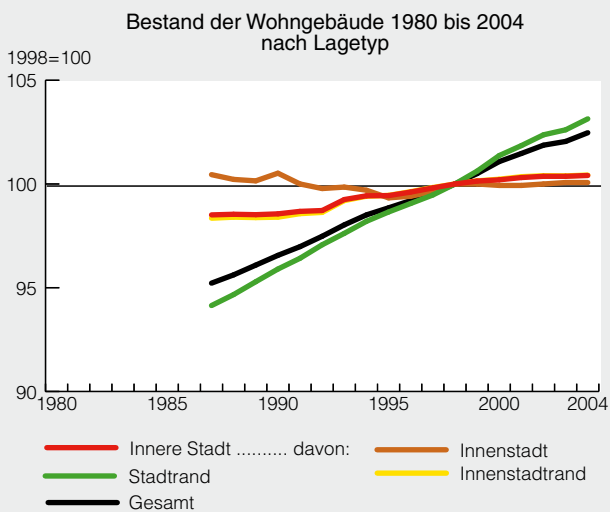
Datenbasis: Laufende Raumbbeobachtung des BBR



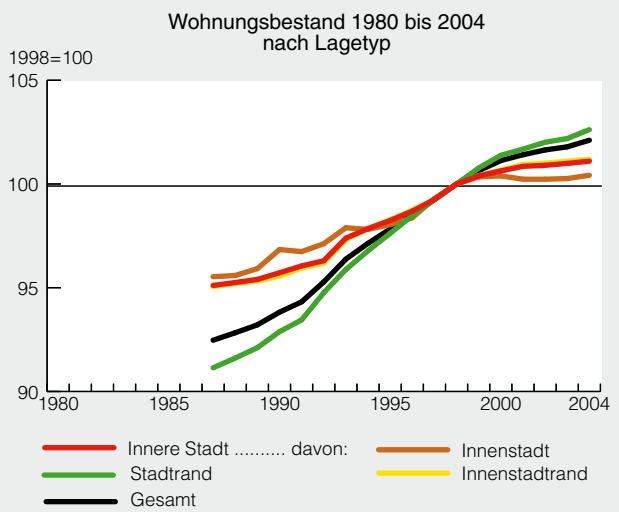
* Kinder unter 18 Jahren
Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte



Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte



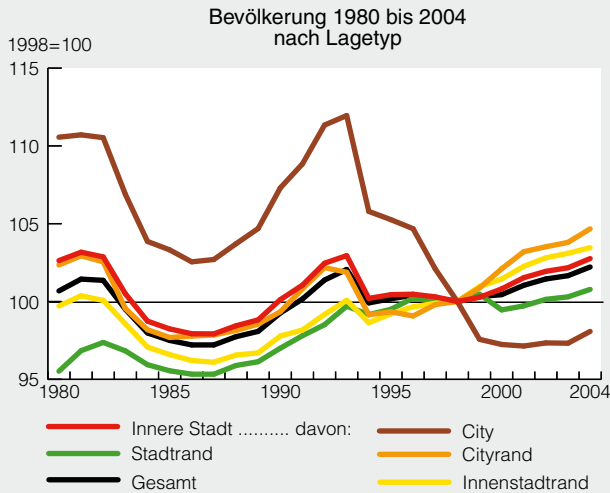
Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte



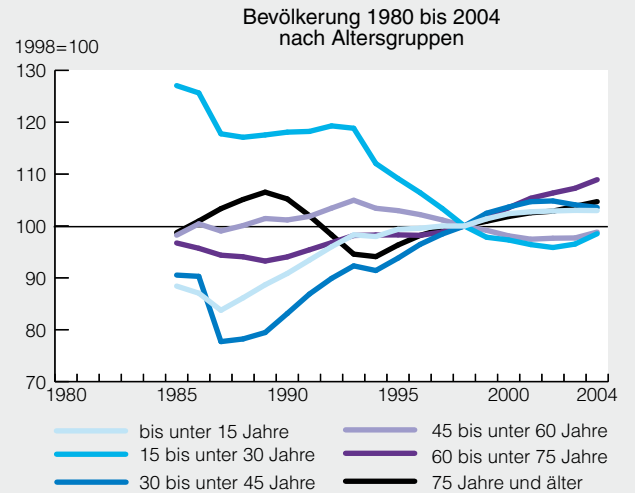
Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte

Anmerkung: 1987 Korrektur des Bevölkerungs-, Gebäude- und Wohnungsbestands durch die Volkszählung

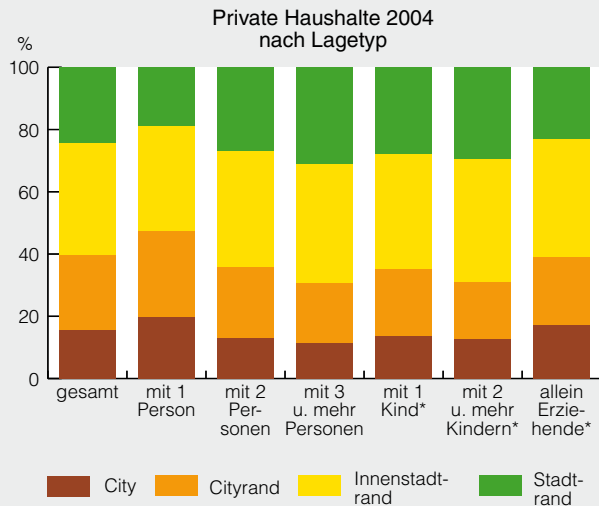
Profil der Lagetypen der Stadt Wiesbaden



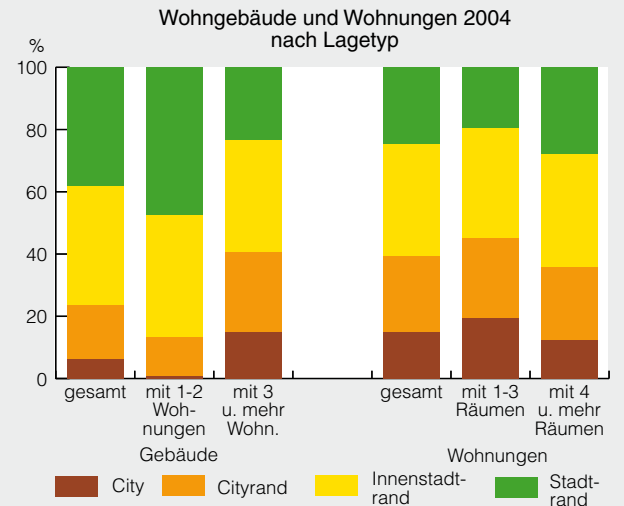
Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte



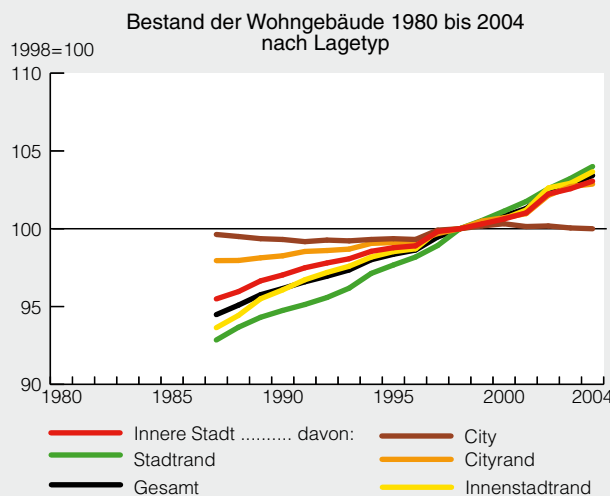
Datenbasis: Laufende Raumbearbeitung des BBR



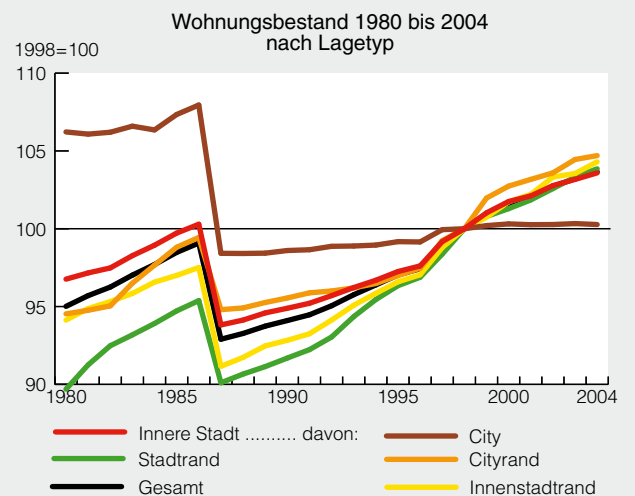
* Kinder unter 18 Jahren
Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte



Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte



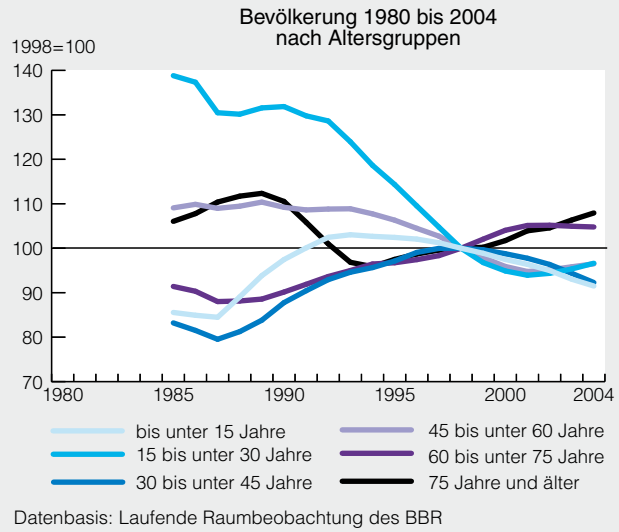
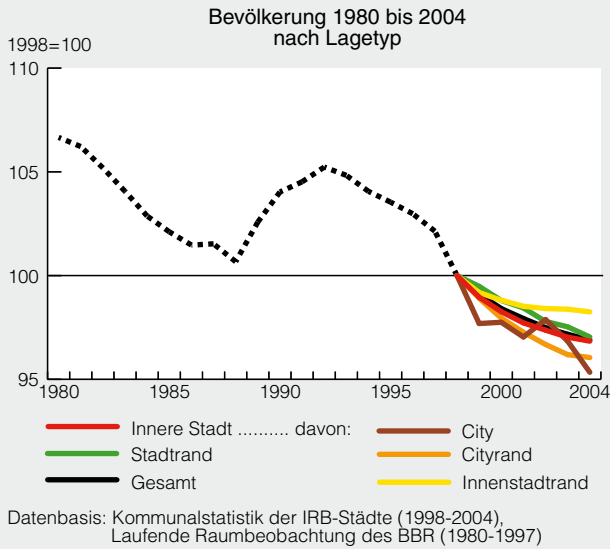
Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte



Datenbasis: Kommunalstatistik der IRB-Städte

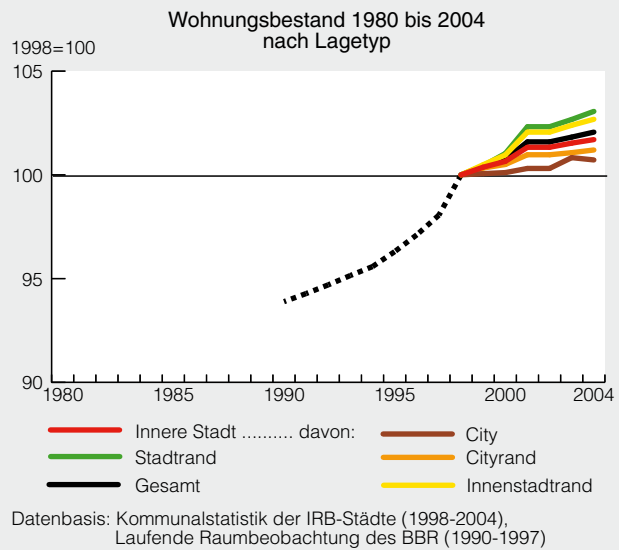
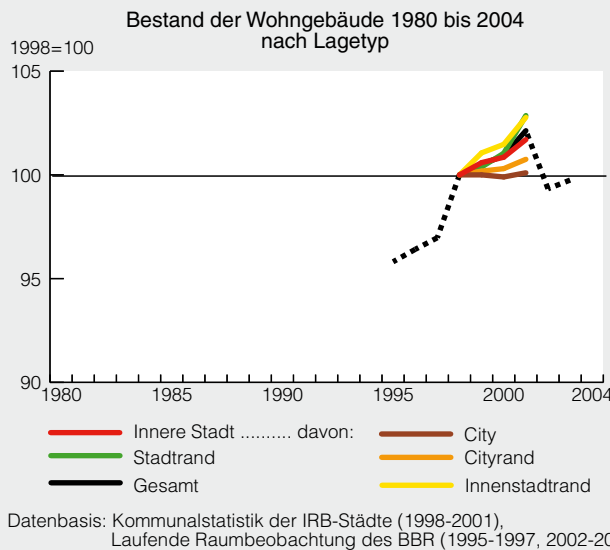
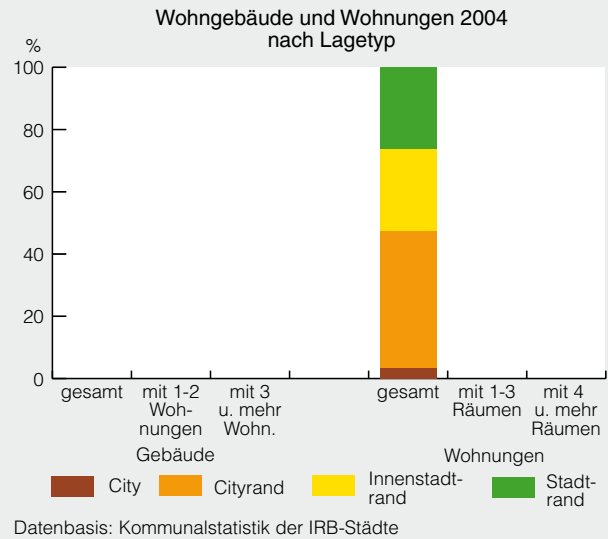
Anmerkung: 1987 Korrektur des Bevölkerungs-, Gebäude- und Wohnungsbestands durch die Volkszählung

Profil der Lagetypen der Stadt Wuppertal



Private Haushalte 2004 nach Lagetyp

keine Daten vorhanden



Anmerkung: 1987 Korrektur des Bevölkerungs-, Gebäude- und Wohnungsbestands durch die Volkszählung